

**193/KOMM XXIV. GP**

---

**KORRIGIERTE FASSUNG** laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 10. Mai 2012  
(siehe Anhang bzw. Fußnoten )

## **Kommuniké**

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen  
(910/GO XXIV. GP)**

**Untersuchungsausschussprotokoll der 15. Sitzung vom 14. März 2012 - öffentlicher Teil**

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

### **PROTOKOLL**

**Untersuchungsausschuss  
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

**15. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**vom 14. März 2012**

**Gesamtdauer der Sitzung:**

**09.13 Uhr – 18.07 Uhr**

Wien, 2012 03 14

**Dipl.-Ing. Gerhard Deimek**

Schriftführer

**Dr. Gabriela Moser**

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



## Protokoll

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

### 15. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 14. März 2012

Gesamtdauer der 15. Sitzung  
9.13 Uhr – 18.07 Uhr

Lokal VI

## **Auskunftspersonen**

(15. Sitzung; Mittwoch, 14. März 2012)

<b>Dr. Ernst STRASSER</b>	<b>3</b>
<b>Mag. Heinrich PECINA</b>	<b>41</b>
<b>Ing. Mathias REICHHOLD</b>	<b>64</b>
<b>Franz KUSIN</b>	<b>90</b>
<b>Michael KOLEK</b>	<b>118</b>

## Beginn der Sitzung: 9.13 Uhr

**Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet** die 15. Sitzung des Untersuchungsausschusses, begrüßt alle Anwesenden – und ersucht darum, die erste Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitten.

9.14

### Auskunftsperson Dr. Ernst Strasser

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen nun zur **Anhörung** von **Dr. Ernst Strasser** als Auskunftsperson.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Strasser, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dr. Ernst Strasser; Geburtsdatum: 29. April 1956; Anschrift: Wien. Sie sind selbständig und stehen in keinem öffentlichen Dienstverhältnis.

Herr Dr. Strasser, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*\*

Nun darf ich noch die **Vertrauensperson** um die Personaldaten ersuchen. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Thomas Kralik**; Geburtsdatum: 23.7.1965, Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Thomas Kralik als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer (vorsätzlich) falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu

antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

\*\*\*\*\*

Herr Dr. Strasser! Vor Eingang in die Befragung haben Sie auch die Möglichkeit zu einer zusammenfassenden Erzählung über den Gegenstand des Zeugnisses und die damit verbundenen Tatsachen. Möchten Sie diese Möglichkeit wahrnehmen, oder sollen wir sofort mit der Befragung beginnen?

**Dr. Ernst Strasser:** Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin als Auskunftsperson zum Beweisthema 1.a., b., c., e. und f. geladen, und ich stehe Ihnen für alle Auskünfte, die ich geben kann, gerne zur Verfügung.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke schön. Als erstem Fragesteller erteile ich Herrn Abgeordnetem Dr. Jarolim das Wort.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Herr Dr. Strasser, Ihre Tätigkeiten in jüngster Zeit sind uns ja durch einige Werbungsvideos mit hohem Wiedererkennungsggrad bekannt. Das, was jetzt, heute aktuell ist, ist der Komplex **Telekom:** Zahlungen und Leistungen, die in diesem Zusammenhang geflossen sind, insbesondere dort, wo Sie als Gesamtverantwortlicher der **VCP – Vienna Capital Partners –** tätig waren.

Insgesamt ist die Frage die, ob Leistungen, die Sie oder Ihnen nahestehende Unternehmen bezogen haben ... – Da werden wir dann später dazu kommen. Es gibt ja da nahezu einen „Konzern“, kann man sagen: von der **CCE** angefangen, über die **ZSA**, die **CIN Consult**, dann gibt es eine **Konti**, eine **Expert Management Beratung**, eine **BCD**, eine **Hofherr Kommunikation**, eine **advisory partners OG**.

Die Frage ist jetzt, wie diese Gesellschaften und Sie im Zusammenwirken zu sehen sind, welche Leistungen Sie dort erbracht haben, welche Beträge wo kassiert worden sind.

Der zweite Themenblock ist einer, der sich auseinandersetzt mit der Frage, ob diese Beträge, die da bezogen worden sind, wegen Leistungen, die Sie erbracht haben, **nachdem** Sie Minister waren, geflossen sind – oder ob es unter Umständen auch so sein kann, dass das Beträge sind, die aufgrund Ihrer Tätigkeiten als Minister geflossen sind. Und da steht natürlich ganz im Vordergrund die Frage – mit der wir uns bei einer anderen Gelegenheit auseinandersetzen werden – **master-talk** und **Tetron**.

Ich darf ganz kurz in Erinnerung rufen: Dem **master-talk**-Konsortium wurde zugeschlagen ein Auftrag, für die Blaulichtorganisationen für ganz Österreich ein Leistungspaket durchzuführen. Sie haben das dann in Ihrer Tätigkeit als Minister ein Jahr nach dem Zuschlag beendet, haben dann die Gesellschaft **Tetron**, also ein Konsortium, beauftragt. Die Republik durfte da 30 Millionen € bezahlen.

Nachdem also Zahlungen erfolgt sind aus diesem neu zugeschlagenen Konsortium Tetron, nämlich Motorola, Telekom und Alcatel, stellt sich die Frage, ob das damit zusammenhängt, ob das Leistungen sind, die möglicherweise zum Dank für Ihre Entscheidung beglichen wurden. Und da ist dieser Vertrag mit den **Vienna Capital**

**Partners** ganz wesentlich. Sie kennen den Vertrag, und ich darf Ihnen vorschlagen, dass wir da die Bestimmungen durchgehen und Sie uns sagen – weil doch vieles sehr mysteriös, aufklärungsbedürftig ist –, wie das zu verstehen ist.

Der Vertrag „Belvedere“ ist der erste Vertrag, es gibt ja dann auch einen weiteren, nämlich „Grand Prix“. Der „Belvedere“-Vertrag wurde am 17.2.2006 abgeschlossen, und zwar zwischen den Vienna Capital Partners einerseits und der Telekom andererseits.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Gegenstand dieses Vertrages, bei dem Sie ausdrücklich im Projektteam als Gesamtverantwortlicher angeführt werden: Ernst Strasser, Managing Director; drei weitere Personen, Hilfskräfte, werden da ebenfalls angeführt.

Ziel dieses Vertrages ist, das Projekt „Belvedere“ als Optimierung der Telekommunikations-Infrastruktur auf Landes- und Bundesebene einzusetzen und durchzuführen.

Können Sie uns ein bisschen mehr zu diesem Unternehmensgegenstand und zum Ziel dieses Vorhabens sagen?

**Dr. Ernst Strasser:** Herr Abgeordneter, die VCP ist ein Investmenthaus, hat eine ganze Reihe von Geschäftsfeldern. Eines dieser Geschäftsfelder war zumindest – ich habe gelesen, Herr Pecina wird am Nachmittag hier sein, und er wird das im Detail ausführen können –, sich mit Beratung, Mergers & Acquisitions und ähnlichen Dingen zu befassen, seit mindestens zehn, zwölf Jahren in etwa.

Ich war nicht angestellt, auch nicht Mitglied der Geschäftsleitung der **VCP Investmentbank**, sondern Gesellschafter und geschäftsführender Gesellschafter der **VCP Energy** – das ist eine Tochter der VCP Investmentbank – und habe als Konsulent und Berater das eine oder andere Projekt der VCP Investmentbank unterstützt, so wie auch hier.

Ich kenne **diesen** Vertrag nicht. Ich habe in der Zeitung Ausschnitte von diesem Vertrag gesehen, aber ich habe natürlich als Berater der VCP Investmentbank bei diesem Projekt mitgewirkt. Es ging um eine Strategie, die die Telekom verfolgt hat, eine Bündelung der Festnetzaktivitäten in Ländern und auch auf Bundesebene anzustreben. Und die Telekom hat sich der VCP als Helfer für diesen Versuch der Bündelung bedient.

Ich denke, dass in den Unterlagen, die Ihnen vorliegen – die mir nicht vorliegen, weil ich dort nicht mehr tätig bin –, ersichtlich ist, dass dieses strategische Ziel zwar ein Wunsch der Telekom war, aber nicht umsetzbar war, weil es andere Partner gegeben hätte, die da mitwirken hätten sollen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ob das jetzt glaubwürdig ist oder nicht, dass Sie den Vertrag nicht kennen, das müssen andere beurteilen. Maßgeblich ist jedenfalls, dass Sie dort als **Gesamtverantwortlicher** die zentrale Schnittstelle und die zentrale Persönlichkeit in dieser gesamten Abwicklungsmechanik waren.

Wenn ich Ihnen jetzt die einzelnen Transaktionspunkte vorlesen darf – können Sie uns dazu etwas sagen? Wir haben also hier zum Beispiel gleich als erstgenannten Punkt: die Identifikation und Auswahl des Bundeslandes, in dem eine erfolgreiche Umsetzung des Projektes „Belvedere“ frühestmöglich erwartet werden kann.

Und dann kommt es: Gespräche und Verhandlungen mit den Entscheidungsträgern in dem ausgewählten Bundesland.

Gab es eine Zielgröße, ein Zielbundesland, auf das Sie da besonderes Augenmerk gelegt haben? Wenn ja: welches war das?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein, da gab es keine, sondern es war, wie das sichtlich hier in diesem Papier auch aufgelöst ist, zuerst eine Aufgabe der VCP, zu eruieren: Wo gibt es reale Möglichkeiten, zu Ergebnissen in der Bündelung zu kommen? Und sobald es dieses Papier und diese Unterlagen gab, musste die Telekom entscheiden, wo die ersten Schritte gesetzt werden sollten. Ich sage das deshalb im Konjunktiv, weil sich nach der Analyse herausgestellt hat, dass dieses Projekt so, wie sich das die Telekom vorstellt, **nicht** umsetzbar war.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** In der Phase 1 sollten Sie als Projektleiter vertrauliche Ansprachen mit Entscheidungsträgern auf Ebene der Landespolitik und der lokalen Partnerunternehmen durchführen.

Haben Sie irgendwann einmal derartige vertrauliche Ansprachen mit Entscheidungsträgern auf der Landesebene durchgeführt?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein, ich habe in Sondierungen mit Unternehmungen, die dafür in Frage kommen, Gespräche mit Managern dieser Unternehmungen geführt, aber nicht mit politischen Entscheidungsträgern.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich frage das auch deshalb, weil das Entgelt, das Volumen, das da als Gegenleistung finanzieller Natur vereinbart worden ist, nicht gerade unerheblich ist. Auf Seite 2 des Vertrages – wenn Sie da nachschauen wollen – unter „Honorarstruktur“ unten, letzter Absatz, steht:

VCP erhält –

das ist das Unternehmen, wo Sie als Generalmanager tätig sind –

für den Zeitraum der effektiven Tätigkeit im Rahmen des Mandatsvertrags –

da werden 48 Monate geschätzt, was die Gesamtdauer betrifft –

ein monatliches Beratungshonorar in Höhe von 10 000 €. Für jede **aktiv betreute** Transaktion erhält VCP ein monatliches weiteres Beratungshonorar –

das kommt also noch dazu –

in Höhe von 25 000 €.

Also in Summe sind das – und ich nehme an, dass natürlich die meiste Zeit Aktivitäten gesetzt worden sind – 35 000 €.

Dann gibt es noch ein Erfolgshonorar – ich zitiere –:

Im Falle einer erfolgreichen Eigenkapitalbeteiligung gibt es ein Erfolgshonorar in Höhe von 1 Prozent des Transaktionsvolumens, jedenfalls aber nicht weniger als 300 000 €. – Zitatende.

Das ist nicht wenig! Das ist insbesondere nicht wenig angesichts dessen, was Sie uns hier darstellen, was getan worden ist.

Welche Zahlungen sind aus Ihrer Sicht aufgrund Ihrer Tätigkeit geflossen?

**Dr. Ernst Strasser:** Das weiß ich nicht und das **kann** ich auch nicht wissen.

Ich darf da eine Richtigstellung anbringen zu Ihren Ausführungen, die Sie einleitend zu dieser Frage gemacht haben. Ich darf noch einmal festhalten: Es ist unrichtig, was Sie gesagt haben, dass ich als „Generalmanager“ in der VCP tätig war. Das **stimmt nicht**, sondern ich war Managing Partner der **VCP Energy**, einer Tochter der

VCP Investmentbank, und für die VCP Investmentbank als Berater für manche Projekte, bei denen ich jeweils nachgefragt wurde, zusätzlich tätig.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Schauen wir uns es vielleicht einmal an: Wenn Sie auf Seite 4 dieses Vertrages gehen, sehen Sie, da unterschreiben diesen Vertrag die Telekom Austria und die VCP Capital Partners Unternehmensberatungs Aktiengesellschaft.

Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das mehr oder weniger die Konzernmutter. – Ist das richtig?

**Dr. Ernst Strasser:** Das kann Ihnen wahrscheinlich Herr Pecina genauer sagen. Ich kann nicht genau sagen, ob die VCP Energy eine Tochter dieser Gesellschaft war. Herr Pecina hat mehrere Gesellschaften.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wenn Sie auf Seite 1 dieses Vertrages unten im Projektteam nachschauen, werden Sie dort als gesamtverantwortlicher **Managing Director** geführt.

Wie kommt es dazu, dass es – ohne Ihre Kenntnis offenbar, so schaut es mir jetzt fast aus – dazu kommt, dass Sie da mit einer derart hochdekorierten und auch hochbezahlten Tätigkeit angeführt werden?

**Dr. Ernst Strasser:** Tut mir leid, ist unrichtig, dass ich das auch so klar festhalten muss, denn die Bezeichnung „Managing Director“ bezieht sich auf meine Funktion in der **VCP Energy** und die Bezeichnung „hochbezahlt“ ist jedenfalls nicht anwendbar auf diesen Vertrag, denn ich habe keine wie immer geartete Entlohnung aus diesem Vertrag erhalten, sondern ich hatte eine Vereinbarung als Geschäftsführer der VCP Energy und ich hatte eine Vereinbarung mit der Investmentbank als Unternehmensberater. Und das ist vollkommen – ich muss sagen: leider –, vollkommen unabhängig von den Projekten, zu denen ich hinzugezogen wurde.

Ich habe auch keinen Einfluss genommen und auch kein Wissen darüber gehabt, in welcher Höhe und wie die finanziellen Vereinbarungen bei einzelnen Projekten mit den Kunden und Partnern der VCP Investmentbank gestaltet wurden.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Herr Doktor Strasser, wollen Sie uns damit sagen, dass das ein Scheinvertrag sein kann, der hier vorliegt?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich muss das wirklich scharf zurückweisen. Ich verstehe auch nicht, wie man bei einem ganz normalen Geschäft und einer Geschäftstätigkeit, die für die VCP vollkommen innerhalb ihres Tätigkeitsbereiches ist – meinem Wissen nach die VCP mit Telekom-Firmen auch außerhalb Österreichs, auch vor meiner Zeit in der VCP, sehr erfolgreich tätig gewesen ist –, wie man da der VCP unterstellen kann, nicht mir, sondern Sie unterstellen das ja der VCP, dass das ein Scheinvertrag wäre. Ich kann mir das nicht vorstellen, und ich würde auch, sollte ich davon irgendwie Kenntnis erhalten haben, nicht bei so etwas dabei sein.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Zur Erklärung: Ich unterstelle überhaupt niemandem etwas, ich unterstelle weder Ihnen etwas, noch der VCP. Wir haben hier Verträge, wir haben hier Unterlagen. Ein bisschen kenne ich mich aus im Zivilrecht, so über die Jahre. Es gibt klar eindeutige Verträge, die auf nichts anderes schließen lassen, als dass hier Tätigkeiten entfaltet worden sind. Und das frage ich Sie jetzt.

Wenn Sie sagen, Sie wissen davon nichts, was da vereinbart worden ist, obwohl Sie – „Projektteam“ steht da, „Projektteam: Gesamtverantwortung Ernst Strasser; bei diesem Team gibt es dann noch drei andere Personen – dort angeführt sind, dann kann ich das nur zur Kenntnis nehmen. Aber mir zu sagen, ich unterstelle etwas, dagegen möchte ich mich in aller Deutlichkeit verwahren.



Ich darf noch eines sagen, wenn Sie bitte weiterblättern: Dieses erfolgreiche Unternehmen, das offensichtlich keine Leistungen erbracht hat, möglicherweise aber – ich habe mir das durchgerechnet, über die Zeit müssten das 480 000 € sein, die hier zur Auszahlung gebracht wurden – wurde ...

Der erste Vertrag wurde am 17. 2. 2006, am 20. 2. 2007 wurde ein weiterer Vertrag abgeschlossen, wieder zwischen der Telekom und der VCP Capital Partners Unternehmensbeteiligungs AG, der „Grand Prix“ heißt. Der erste heißt „Belvedere“, der zweite heißt „Grand Prix“. Der hat ein bisschen einen anderen Unternehmensgegenstand, nämlich offensichtlich Akquisitionstätigkeiten im Ausland über eine Gesellschaft. Dort wird als Entgelt vereinbart ein Betrag von – Sekunde! – 10 Prozent des Erfolgshonorars. Da gibt es hinten noch ein Attachment. (*Abg. Dr. Jarolim blättert in seinen Unterlagen.*)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die 7 Minuten sind an sich vorüber.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ganz kurz noch eine Frage, ich bin gleich fertig. Ein monatliches Beratungshonorar von 35 000 und ein Erfolgshonorar in Höhe von 3 200 000. Also das sind Beträge, die sind schon gewaltig. 35 000 im Monat und 3 200 000 im Erfolgsfall.

Ist Ihnen von diesem Vertrag irgendetwas bekannt?

**Dr. Ernst Strasser:** Mit ist bekannt, dass es diese Aktivität gab, aber ich darf das noch einmal in aller Klarheit festlegen und feststellen. Erstens: Es ist vollkommen normal, dass ein Investmenthaus, wie es die VCP ist, Aufträge lukriert – Aufträge lukriert in aller möglicher Form, wie zum Beispiel den Auftrag „Belvedere“, und dass sich dieses Experten und Fachleute holt, um Teilbereiche dieses Auftrages abzuarbeiten. In dem Fall war das ich. Sie lesen auch in dem Vertrag – ich sehe das jetzt –, dass die Kollegen, die da federführend mitgewirkt haben, zum Teil Telekom-Experten auch extra angeführt sind, sodass jeder seine Arbeit dort erledigt. Ich habe das koordiniert, das ist auch okay.

Ich würde bitten, dass man Herrn Pecina fragt; meines Wissens nach sind die Verträge vereinbart, sie wurden aber **nicht** schlagend, weil das Projekt vorher abgebrochen wurde, weil die Annahmen, die die Telekom als strategische Vorgaben an das Projekt gesetzt hat, nicht umsetzbar waren.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** In welchem Projekt jetzt: im ersten oder im zweiten?

**Dr. Ernst Strasser:** Frau Vorsitzende, ich würde gerne ausreden. Ich weiß nicht, ob das möglich ist.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, lassen Sie die Herrn Dr. Strasser die Ausführungen abschließen! Wir haben dann die Möglichkeit, in einer zweiten Runde noch nachzufragen.

**Dr. Ernst Strasser:** Also das gilt für alle Projekte, das gilt für alle Projekte. Die Investmentbank schließt ein Projekt ab, macht den Vertrag, holt sich dann Experten und arbeitet das auf. Das ist ein ganz normaler Vorgang, der in jeder vernünftig und gut geführten Investmentbank vonstattengeht. So ist es auch da gewesen. Und so, wie das für eine gute und vernünftige Beziehung zwischen dem Auftragnehmer VCP und der Telekom passiert ist, ist meines Wissens nach, nachdem die ersten Sondierungen, die ersten Analysen durchgeführt worden sind, den zuständigen Leuten von der Telekom gesagt worden, das wird so nicht gehen, eure Annahmen lassen sich nicht umsetzen, weil die potentiellen Partner zu einer Bündelung solcher Aktivitäten nicht bereit sind. Und daher wurde das Projekt **abgebrochen**.

Daher sind meines Wissens nach nicht annähernd jene Beträge, die da vereinbart worden sind, auch an die VCP Aktiengesellschaft – das hat mit mir überhaupt nichts zu tun – geflossen. (*Abg. Dr. Jarolim: Entschuldigung, ...*) – Sie möchten mich wieder unterbrechen. Ich mache das, was die Vorsitzende mir anschafft.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, setzen Sie fort! Sie können Ihre Antwort entsprechend ausgestalten. Kein Problem.

**Dr. Ernst Strasser:** Okay. Zweiter Punkt: Es ist falsch, Herr Abgeordneter, und ich muss das auch in der Klarheit festlegen und bin etwas verwundert über diese „Kenntnis“, die über Abläufe in Investmentbanken läuft. Da wurde nichts fortgesetzt. In dem einem Projekt geht es darum, dass es um die Bündelung von Infrastrukturleistungen in Bund und Ländern Österreichs geht. In dem zweiten Projekt ging es darum, ein ausländisches Unternehmen wollte die Telekom im Festnetzbereich kaufen. Ich wüsste nicht, wie man bei diesen beiden – bei uns zu Hause sagt man: Kraut und Rüben – auf eines zusammenbringen sollte. Da wurde nichts fortgesetzt, sondern es ging um ein neues Projekt, das da aufgesetzt wurde, weil die Telekom Interesse hatte, ein ausländisches Unternehmen im Festnetzbereich zu kaufen und die VCP engagiert hat, um das zu bewerkstelligen – so, wie jede vernünftige Investmentbank und jeder vernünftige Investor das üblicherweise macht.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Noch eine letzte Frage. Ich habe Sie gefragt bei zwei Verträgen, in denen Sie ganz maßgeblich vorkommen und als Managing Partner dargestellt werden, was **Ihre Rolle** ist. Da nützt mir eigentlich dieses Herumgerede überhaupt nichts; ich hätte eine klare Antwort erwartet.

Was war **Ihre konkrete Leistung** im ersten Vertrag?

Was war im zweiten Vertrag **Ihre konkrete Leistung**?

Sie haben zu Beginn gesagt, dass Sie von dem ersten Vertrag nichts wissen und auch nichts gemacht haben, daher die Telekom offensichtlich etwas völlig Falsches kalkuliert hat und das daher nicht durchgeführt worden ist.

Ich frage Sie jetzt: Was ist im zweiten Vertrag? War das so ähnlich? Oder stellt sich heraus, dass es doch im ersten Vertrag anders war, als Sie uns vorher dargestellt haben?

**Dr. Ernst Strasser:** Es tut mir leid, dass ich da einen gewissen unsachlichen Ton in der Debatte verspüre und auch festhalten muss. Ich weise ganz scharf zurück, dass ich nichts gewusst hätte und nichts gemacht hätte, sondern das, was klar ist, ist, dass die VCP als der Auftragnehmer den Vertrag organisiert, verhandelt und abgeschlossen hat und dass sich die VCP als Verantwortliche für den Vertrag Berater bedient hat, die dann inhaltlich die Dinge bearbeitet haben. Ich konnte bereits ausführen, dass ich Sondierungen auf der Managementebene nach den Analysen, die von uns gemeinsam, und zum Großteil von den Kollegen – auch Kollegen, die in diesem Vertrag erwähnt sind – vorgenommen worden sind, durchgeführt habe, und nach einer Erstanalyse feststellen musste, dass die von der Telekom getroffenen Annahmen aus unserer Sicht **nicht** umsetzbar waren.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Bevor ich meine erste Frage stelle, eine Klarstellung: Das wichtigste Beweisthema, zu dem wir Sie sicherlich noch in diesem Ausschuss befragen werden, ist der Behördenfunk **Tetron**. Ich stelle nur zur Sicherheit fest, damit es auch alle wissen, das ist heute nicht Beweisthema und dazu wird erst zu einem späteren Zeitpunkt befragt. Heute geht es ausschließlich um bestimmte Zahlungsflüsse. Kollege Jarolim hat bereits mit einem wichtigen Bereich begonnen.

Ich möchte mit einem anderen Bereich fortsetzen, ich komme später noch auf die VCP-Sache zurück.

Herr Dr. Strasser, es liegen uns Rechnungen Ihrer **cce consulting gesmbh** an die Hohegger Holding GmbH vor, und zwar drei Rechnungen mit immer demselben Rechnungstext.

*(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt):*

„Wie in der Vereinbarung zwischen Hohegger Holding GmbH und der cce consulting gesmbh vom 06.07.2006 vorgesehen, darf ich für meine Tätigkeiten vom“ –

dann kommt Jänner 2008, und dann kommen andere Zeiträume, jeweils den Betrag von –„€ 30.000,- incl. 20% Mehrwertsteuer in Rechnung stellen.“

Uns liegt aber der Vertrag vom 6. 7. 2006 nicht vor.

Können Sie sagen, mit wem Sie welche Leistung vertraglich am 6. 7. 2006 – es wird wohl die Hohegger-Gruppe sein –, welche Leistung Sie am 6. 7. 2006 mit Hohegger vereinbart haben?

**Dr. Ernst Strasser:** Dr. Hohegger hat mich angesprochen, meiner Erinnerung nach im Jahr 2006, irgendwann gegen Sommer, dass er einen Auftrag hat in Bulgarien. Die bulgarische Regierung und der bulgarische Staat haben ein großes Problem mit der Europäischen Union, insbesondere was die Gewährung und die Auszahlung von bestimmten Förderungsbeträgen an bulgarische Institutionen betrifft. Es würde angedroht werden, dass es eingestellt wird, oder wurde auch eingestellt – das weiß ich jetzt nicht mehr so genau. Jedenfalls muss die bulgarische Regierung handeln.

Es sind zwei Bereiche, in denen ein dringlicher Handlungsbedarf bestünde, die er auch mit seiner Firma übernommen hätte, um mitzuhelfen, das zu beseitigen. Einmal die Kontakte zu den entscheidenden Stellen in der Europäischen Union, weniger bei den Entscheidern in Brüssel, sondern bei den Regierungen, bei Mitgliedern der Europäischen Union zu verbessern, und zweitens insbesondere mehr Vertrauen der europäischen Institutionen und der europäischen Staaten in den bulgarischen Polizeiapparat zu bringen.

Dr. Hohegger hat mich gefragt, ob ich bereit wäre, da als Experte mitzuwirken, was sowohl die Verbesserung, Intensivierung, Neugestaltung des bulgarischen Polizei- und vor allem Kriminaldienstes, als auch der Grenzsicherung und Ähnliches betrifft, und zweitens, ob ich bereit wäre mitzuhelfen, meine Erfahrung einzubringen, insbesondere die Kontakte zu europäischen Regierungen zu verbessern.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was war jetzt konkret Ihre Leistung, was haben Sie konkret getan?

**Dr. Ernst Strasser:** Wir haben eine ganze Reihe von Unterlagen verfasst und beschafft, die insbesondere in der Neuausrichtung der bulgarischen Europapolitik gelegen sind. Das heißt: Intensivierung der Kontakte zu europäischen Regierungen, Intensivierung insbesondere der Beziehungen des damaligen Verantwortlichen im Innenministerium und im Außenministerium im Kontakt mit seinen europäischen Kollegen, und die Supervidierung der Versuche – sage ich jetzt einmal – der bulgarischen Regierung, das bulgarische Innenministerium auf einen europäischen Weg auszurichten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da ist ja durchaus einiges geschehen und da hat es dann einen Abschlussbericht gegeben Ich zitiere:

„Bulgaria in the UE: Building a new partnership. REPORT. INTERNATIONAL ADVISORY BOARD FOR BULGARIA.“

*(Der Auskunftsperson werden neuerlich Schriftstücke vorgelegt.)*

Dr. Hochegger sagt in seiner Beschuldigten-Einvernahme, mit Dr. Strasser wurde vereinbart, dass er Mitglied in einem Advisory Board für die Hochegger-Gruppe wird und dafür 100 000 € in Rechnung stellen kann. – Das sagt Dr. Hochegger in seiner Beschuldigten-Einvernahme.

Waren Sie Mitglied dieses Advisory Boards? (**Dr. Strasser: Nein!**) – Wie kommt dann Dr. Hochegger dazu?

**Dr. Ernst Strasser:** Das müssen Sie ihn fragen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Jetzt habe ich Folgendes gemacht: Ich habe mir diese ganz Studie durchgeschaut. Da werden Dutzende Leute aufgezählt, alles Mögliche. Da werden auch die wesentlichen Ersteller der Studie aufgezählt, die die einzelnen Bereiche aufgearbeitet haben. Das waren die Mitglieder des Advisory Boards, und Dr. Hochegger behauptet, Sie wären ein Mitglied dieses Advisory Boards gewesen. Dieses Advisory Board besteht aus Dominique de Villepin, Paul Demaret, Josep Piqué, Aunus Salmi, António Vitorino, Casimir de Dalmau – aber von Ihnen weit und breit keine Spur. Die ganze Studie durch, mit allen, die daran gearbeitet haben: Von Ihnen weit und breit keine Spur.

Können Sie sich das erklären, dass Dr. Hochegger für einen Ex-Innenminister 90 000 € zahlt, alle anderen, die in dem Advisory Board mitarbeiten, anführt, nicht nur anführt, sondern die unterschreiben dann sogar das Vorwort, alle mit persönlicher Unterschrift – und der Einzige, von dem sich keine Spur findet, ist der Dr. Strasser? Warum?

**Dr. Ernst Strasser:** Das hat einen ganz einfachen Grund, Herr Abgeordneter. Sie und ich haben diesen Report gesehen. Ich habe ihn jetzt gesehen, er ist vom Mai 2009. Ich war sozusagen einer der Miterfinder dieses Advisory Boards. Und wenn Sie auf die Rechnungen schauen, dann war ich für die Hochegger-Gruppe tätig im Zeitraum vom September 2006 bis Frühjahr 2008. Das heißt, dieser Report ist sichtlich ein Ausfluss meiner Arbeit, und ich freue mich, dass das sichtlich so erfolgreich war. Ich hatte bis jetzt davon nicht so eine detaillierte Kenntnis.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben vollkommen recht. Unten bei dem Report steht: Sofia, Mai 2009. Und Sie sagen uns jetzt, Sie haben die Tätigkeit für Hochegger 2008 beendet. Warum haben Sie dann ein Monat nach Erstellung des Reports, nämlich am 30. 6. 2009 – dieser Report stammt aus dem Mai 2009 – noch eine Rechnung an Hochegger über 30 000 € gelegt?

**Dr. Ernst Strasser:** Am 30. 6. 2009?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Am 30.6. 2009. Uns liegt diese Rechnung vor, und Ihnen auch.

**Dr. Ernst Strasser:** Das würde ich gerne sehen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Selbstverständlich, das ist gar kein Problem.

**Dr. Ernst Strasser:** Das würde ich gerne sehen.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das steht auch drinnen. Ich lese es Ihnen vor, wieder der gleiche Text: „... darf ich für meine Tätigkeiten vom Jänner 2009 bis zum Juni 2009 den Betrag von 30.000 €“ verrechnen.

Herr Dr. Strasser, das, was Sie uns gerade erzählt haben, stimmt einfach nicht.

**Dr. Ernst Strasser:** Das tut mir leid.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben sich vertraglich verpflichtet, bis Juni 2009 zu arbeiten. Und Sie haben im Juni 2009, und zwar exakt am 30. 6. 2009 eine Rechnung gelegt und dafür auch 30 000 € inklusive Umsatzsteuer erhalten.

Warum geben Sie dem Untersuchungsausschuss hier eine überprüfbar falsche Information? Warum versuchen Sie, darzustellen, Sie seien bei der Endverfassung – ich werde es Ihnen nachher sagen, warum wahrscheinlich – dieser Studie nicht mehr dabei gewesen? Warum?

**Dr. Ernst Strasser:** Es tut mir sehr leid, dass ich das so deutlich festhalten muss. Meines Wissens nach war die letzte Rechnung, die ich erstellt habe, im Jahr 2008, und zwar im Frühjahr oder Spätfrühjahr.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann gehen wir es doch gemeinsam durch. Sie sehen eine Rechnung vor sich. Sie haben eine Kopie dort. Da steht rechts oben „Grafenwörth, 30.06. 2009“.

**Dr. Ernst Strasser:** Ja, ich sehe das. Aber ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und von wem stammt die Unterschrift unten?

**Dr. Ernst Strasser:** Das werde ich mir gerne im Detail anschauen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Von wem ist die Unterschrift unten?

**Dr. Ernst Strasser:** Das werde ich mir gerne im Detail anschauen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Strasser, ich habe Sie jetzt gefragt, von wem ist die Unterschrift unten?

**Dr. Ernst Strasser:** Das ist meine Unterschrift. Das werde ich mir gerne anschauen. Ich muss aber festhalten, dass hier etwas vorliegt, was nicht den Tatsachen entsprechen kann. Ich möchte das in aller Form ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie meinen, Sie haben eine falsche Rechnung gelegt?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich werde das überprüfen und werde das gerne nachreichen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mir reicht schon das, was da ist, und was Sie gesagt haben.

Dann passiert Folgendes – und das erklären Sie mir jetzt bitte –: Sie erklären hier diesem Ausschuss, und das ist etwas vollkommen anderes, als Herr Dr. Hochegger in seiner Beschuldigtenvernehmung gesagt hat: Ich war dabei bei der Gründung eines Advisory Boards.

Herr Dr. Hochegger sagt – und ich sage es Ihnen ganz offen, ich bin aufgrund der Fakten geneigt, eher ihm zu glauben –, mit Dr. Strasser wurde vereinbart, dass er Mitglied in einem Advisory Board für die Hochegger-Gruppe wird.

Ich halte es für möglich – ich formuliere das vorsichtig, und wir werden uns das genau auch mit Dr. Hochegger anschauen müssen –, dass es einen ganz bestimmten Grund gab, warum vereinbart wurde, dass Sie in den Advisory Board kommen, aber letzten Endes nicht in diesem Advisory Board drinnen stehen. Ich halte es für nicht ausgeschlossen, dass es von vornherein nicht geplant war, eine dementsprechende Tätigkeit auszuüben. Aber auf das möchte ich zurückkommen.

Dr. Hochegger sagt dann weiters – ich zitiere –:

Ich persönlich hatte mit Dr. Strasser Kontakt bei einem Projekt für die bulgarische Regierung. Er unterstützte uns in der Beratung des damaligen Premierministers Stanischew Sergej. Wir waren zu diesem Zweck gemeinsam in Sofia, wo diese Gespräche mit dem Premierminister stattgefunden haben. – Zitatende.

Was können Sie uns über die Gespräche mit Premierminister Stanischew sagen?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich kann das bestätigen. Mit dem Ministerpräsidenten war das genau ein Gespräch, bei dem ich dabei war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie zufällig noch das Datum?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein, das kann ich leider nicht sagen. Es war ein Abendessen in einem kleinen Kreis, an dem der Kabinettschef des Premierministers, ein bis zwei Personen aus seinem Umfeld – die ich jetzt nicht mehr direkt namentlich erinnerlich habe – und Dr. Hochegger, ein Mitarbeiter von ihm – vielleicht auch eine Mitarbeiterin, das habe ich jetzt nicht mehr genau in Erinnerung – und ich teilgenommen haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Der ehemalige Premierminister von Bulgarien, Herr Stanischew, ist von der bulgarischen Wochenzeitschrift „Capital Weekly“ dazu befragt worden. Da gibt es einen Artikel am 2. März 2002 unter dem Titel „Die Affäre Hochegger“.

Stanischew sagt dort: Ich kenne Ernst Strasser nicht.

Können Sie das erklären?

**Dr. Ernst Strasser:** Ja, ich habe das gelesen. Ich kann dazu nicht mehr sagen, als dass dieses Abendessen so stattgefunden hat, wie ich das eben geschildert habe. Und es muss ja in den Unterlagen vom Büro Hochegger nachvollziehbar sein, wann das gewesen ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir haben keinen Hinweis auf ein derartiges Essen gefunden. Jetzt sagen Sie mir einmal, was haben Sie mit dem Herrn Premierminister Stanischew besprochen?

**Dr. Ernst Strasser:** Genau das, was wir vorhin im Detail durchbesprochen haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das haben Sie so eindrucksvoll gemacht, dass er Sie komplett vergessen hat. Okay.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich halte das aus.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Strasser, ich habe Sie vollkommen anders in Erinnerung, aber ...

**Dr. Ernst Strasser:** Das ist nicht das Problem. Vielleicht hat es auch einen gewissen Grund, warum (*Abg. Dr. Pilz: Warum man Sie vergisst*) –, warum der ehemalige Ministerpräsident sich daran nicht mehr erinnert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Schauen wir einmal, was noch vergessen worden ist. Da haben wir ein vergessenes Rechnungsdatum, ein von jemandem anderen vergessenes Abendessen.

Schildern Sie uns einmal Ihre Tätigkeit in Sofia! Wo war das Büro der Hochegger.Com. in Sofia?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein. Ich habe ja klar festgelegt, dass ich einmal in Sofia gewesen bin, bei diesem Abendessen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und bei einem einmaligen Abendessen haben Sie die Grundsteine für die Reform des bulgarischen Polizeiwesens gelegt? Bei der Vorspeise? Bei der Hauptspeise – oder beim Dessert?

**Dr. Ernst Strasser:** Meistens kann man, wenn man isst, schlecht sprechen. Aber die Arbeit, die in solche Ergebnisse mündet, passiert nicht beim Abendessen, sondern die passiert auch nicht – wenn ich das noch ausführen darf –, dass der Ministerpräsident an den Arbeitssitzungen teilnimmt, sondern das passiert mit den Leuten von Hochegger. Und koordiniert hat das dort der Kabinettschef des Ministerpräsidenten und eine Dame, die, glaube ich, irgendwie das Bindeglied zu Herrn Hochegger war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie sich noch an den Namen des Bindegliedes erinnern?

**Dr. Ernst Strasser:** Das kann ich nicht. Ich habe aber jetzt in der Zeitung gelesen, dass das angeblich die Lebensgefährtin sein soll. – Das kann ich nicht, nein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist nicht das Bindeglied, sondern das ist eine ganz andere Geschichte.

Es hat zwei Hochegger-Verträge gegeben, einen vom 11. Mai 2005 über etwa 500 000 €, der ist gegangen von der **International Fair Plovdiv** an Hochegger.Com in Wien, also von der Internationalen Messe, ist bezahlt worden vom Wirtschaftsministerium und hat seinen Subauftrag zwischen der Hochegger.Com mit der PR Media LTD Frau Monika Yossifova gegeben, die die Lebensgefährtin des gerade Premierminister werdenden Herrn Stanischew war.

Dann gibt es den Vertrag, der Sie betrifft, darauf kommen wir dann noch zurück.

Dann haben wir einen Subauftrag zwischen der Hochegger.Com mit der Active Group EOOD mit **Monika Janova**, wie Monika Yossifova inzwischen heißt.

Das können wir nicht im Ausschuss klären. Das wird vielleicht jetzt im bulgarischen Parlament geklärt, ob es da Schmiergelder an den damaligen bulgarischen Premierminister gegeben hat.

Ich möchte nur eines wissen: Nennen Sie uns jetzt die Arbeitsgespräche im bulgarischen Innenministerium mit bulgarischen Polizeibehörden, an denen Sie teilgenommen haben?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe dort an keinen teilgenommen. Ich habe für Hochegger gearbeitet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wo haben Sie für Hochegger gearbeitet?

**Dr. Ernst Strasser:** In der – wie heißt das –, in der Goldeggasse, glaube ich, war sein Büro.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aha! – Sie waren ja zuständig, um in diesem Report die große Reform der bulgarischen Polizei und des Sicherheitswesens vorzubereiten. Das kommt ja auch vor. Unter Punkt II.2. haben Sie ein Kapitel „Justice and Home Affairs: The heart of the crises“.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte die letzte Frage, denn die Zeit ist weit überschritten!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist ja kein Problem. Ich habe dann eine ganze Reihe von Fragen. Dann ist es besser, ich mache das in der zweiten Runde. – Danke schön.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Dr. Strasser, nachdem Herr Pilz hier jetzt große Spekulationen begangen und Ausführungen gemacht hat, kommen wir zurück zu Herrn Dr. Hochegger.

Seit wann kennen Sie Herrn Dr. Hochegger?

(Ein Mitarbeiter des grünen Klubs holt von der Auskunftsperson das dieser davor vorgelegte Schriftstück.)

**Dr. Ernst Strasser:** Entschuldigung, darf ich das nicht behalten?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dazu müssten Sie erst Mitarbeiter des Grünen Klubs werden.

**Dr. Ernst Strasser:** Moment! Darf ich dazu etwas sagen? (Obfrau Dr. Moser: Bitte!) – Da wird behauptet, es gibt eine Rechnung, und dann ist der Abgeordnete Pilz nicht bereit, diese Rechnung herauszugeben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie nicht die tatsächliche Wahrnehmung gemacht, dass diese Rechnung die ganze Zeit vor Ihnen gelegen ist? Das ist ein normaler Vorhalt ... (Dr. Strasser: Ich würde sie gerne überprüfen, Herr Pilz!)

Das ist ein ganz normaler Vorhalt. Für uns gelten hier auch die Regeln der StPO, dass, wenn ich zu einem Aktenstück befrage, ich Ihnen das vorlege. Das heißt aber nicht, dass die **Besitzrechte** an diesem Aktenstück an Sie übergehen.

Wenn ich Sie weiter dazu befrage, Herr Dr. Strasser, ist die Rechtslage ... (Dr. Strasser: Das heißt ...!) – Was haben Sie studiert?

**Dr. Ernst Strasser** (in seinen Unterlagen blätternd): Frau Vorsitzende, gehört das irgendwo in die ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie müssen es auch nicht beantworten.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es ist im Verlauf des Untersuchungsausschusses ...

**Dr. Ernst Strasser:** Muss ich die Frage beantworten, was ich studiert habe, weil das irgendwie in der ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Nein! Ich betrachte das als rhetorische Frage, denn jeder **weiß**, was Sie studiert haben.

**Dr. Ernst Strasser:** Aber dann muss ich festhalten: Der Herr Abgeordnete Pilz behauptet eine Rechnung zu haben, ist aber nicht bereit, sie zu geben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nur ganz kurz dazu:

Erstens: Ich möchte den Verfahrensanwalt ersuchen, dazu Stellung zu nehmen, wie hier Vorhalte zu machen sind.

Zweitens: Herr Dr. Strasser, warum ich Ihnen das nicht überlasse, hat einen ganz einfachen Grund: Da ist ein Kopierschutz drauf, der das Ganze als ein Dokument des grünen Klubs kennzeichnet. Und es ist mir sehr wichtig, dass wir sicherstellen können, dass auf Dauer die Dokumente, die zu uns zurück verfolgbar sind, nicht in fremde Hände geraten.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es wird dann diese Causa noch mit dem Herrn Verfahrensanwalt besprochen werden.

Am Wort ist jetzt Frau Abgeordnete Tamandl. – Bitte.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Hätten Sie, Herr Kollege Pilz, das schon vorher gesagt, dann wäre es wahrscheinlich nicht so rübergekommen. Das, was Sie jetzt am Schluss gesagt haben, ist ja richtig. Es kann Herr Dr. Strasser nicht wissen, dass jede Fraktion Ihre Dokumente mit einem Kopierschutz versehen hat und aus diesem Grunde das natürlich **nicht** weitergegeben werden kann.

Ich möchte meine Frage wiederholen: Herr Dr. Strasser, seit wann kennen Sie Herrn Dr. Hohegger?



**Dr. Ernst Strasser:** Als Person in den Medien kenne ich ihn so wie jeder wahrscheinlich hier in diesem Saal ziemlich lange. (*Abg. Tamandl: Persönlich!*) Ich glaube nicht, dass ich ihn vor 2006 jemals persönlich gesprochen habe oder er mit mir gesprochen hat. Ich glaube, dass das der Punkt war, wo ich ihn persönlich kennengelernt habe: Er hat mich angesprochen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Welchen Eindruck hatten Sie von Peter Hochegger?

**Dr. Ernst Strasser:** Er ist ein professioneller Unternehmer, der ein Unternehmen aufgebaut hat und sichtlich weiß, wovon er spricht, und zum damaligen Zeitpunkt in jeder Form auch als interessante Unternehmenspersönlichkeit in Österreich gesehen worden ist.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie sind ja zu 100 Prozent Beteiligter in der **CCE-Consulting GmbH**.

Können Sie uns sagen, was der Unternehmensgegenstand dieser CCE-Consulting GmbH ist?

**Dr. Ernst Strasser:** Das ist Beratung, Merger & Acquisition.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Auf welchen Märkten sind Sie mit dieser Gesellschaft aufgetreten: Sind Sie nur in Österreich mit dieser Gesellschaft aufgetreten oder waren Sie da auch international tätig?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich war außerhalb Österreichs auch tätig und bin tätig.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie haben den Unternehmensgegenstand genannt.

Welches Leistungsangebot konnten Sie da an mögliche Geschäftspartner geben?

**Dr. Ernst Strasser:** Die Kernkompetenz von CCE ist Merger & Acquisition. Das heißt, wir helfen Firmen, Betrieben, die insbesondere auf anderen zukünftigen Märkten Absatz oder Produktion suchen, diese zu finden und dann schrittweise mit dem eigenen zu verschmelzen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Welche konkreten Aufträge hat die CCE direkt von einer dem Herrn Dr. Hochegger zuzurechnenden Firmen erhalten?

**Dr. Ernst Strasser:** Außer diesem genannten Auftrag keine.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie meinen Sie „genannten Auftrag“?

**Dr. Ernst Strasser:** Außer dieser Vereinbarung gab es keinen geschäftlichen Kontakt mit der Firma Hochegger.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Gab es Aufträge von der Telekom Austria beziehungsweise einer der Telekom Austria zurechenbaren Firmen an die CCE?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein. Nein.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Keine? Schließen Sie das aus? (*Dr. Strasser nickt.*)

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte zu einer weiteren Firma kommen, und zwar zur „**GP Unternehmensberatung GmbH**“.

Was ist der Unternehmensgegenstand dieser Firma?

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann** (*nach Rücksprache mit der Vertrauensperson*): Es wird vom Anwalt des Herrn Dr. Strasser ausgeführt, dass bezüglich dieses Punktes b und in Bezug auf diese Frage ein Finanzstrafverfahren

anhängig sei – ausgelöst durch eine Selbstanzeige – ist das richtig, Kollege? –, so dass hier die Beschuldigtenrechte zustehen.

**Dr. Ernst Strasser:** Ihre Frage war der Unternehmensgegenstand?

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich habe Sie nach dem Unternehmensgegenstand gefragt. Ich glaube, dass das nicht mit dem Verfahren zusammenhängt.

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Dr. Strasser kann entscheiden, ob er das beantworten möchte.

**Dr. Ernst Strasser:** Das ist eine Beteiligungsgesellschaft, und das Ziel war, eine Beteiligungsgesellschaft aufzubauen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie uns sagen, was das Leistungsangebot dieser Gesellschaft war?

**Dr. Ernst Strasser:** Die Kernkompetenz dieses Unternehmens ist, neben Beratung und Akquisition, schrittweise Beteiligungen aufzubauen, und zwar eine Beteiligungsgesellschaft zu formen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wann wurde diese Gesellschaft gegründet? Können Sie uns das sagen?

**Dr. Ernst Strasser** *(nach einem Blick in schriftliche Unterlagen):* Sie wurde 2007 gegründet.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie uns sagen, wer in dieser Gesellschaft die Gesellschafter sind.

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Dr. Ernst Strasser:** Ich mache von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie uns sagen, warum die Firma treuhändig oder Ihr Anteil treuhändig von einem Gerhard Pircher und nicht direkt von Ihnen gehalten wurde?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich mache von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Welche Aufträge hat die GP Unternehmensberatung GmbH direkt von einer Herrn Dr. Hochegger zuzurechnenden Firmen erhalten? *(Dr. Strasser: Entschuldigung! Welche Aufträge hat ...?)*

Ich wollte wissen, welche Aufträge dieses Unternehmen, nämlich die GP Unternehmensberatung GmbH, von Herrn Dr. Hochegger oder von einem der Firmen, die Herrn Dr. Hochegger zuzurechnen sind, erhalten hat. *(Dr. Strasser: Keine!)* – Keinerlei Aufträge? *(Dr. Strasser: Keine!)* – Und die Telekom? Gab es Aufträge von der Telekom? *(Dr. Strasser: Keine!)*

Einer Niederschrift des Finanzamtes ist zu entnehmen, dass Sie gesagt hätten, die VCP sei die einzige Firma gewesen, die 100 000 € gezahlt hätte.

Wie können Sie sich diesen Widerspruch zwischen den vorliegenden Rechnungen, die Sie vorhin vorgelegt bekommen haben, und Ihren Aussagen vor der Finanzbehörde erklären?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson, nachdem diese davor mit dem Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann gesprochen hat.)*

**Dr. Ernst Strasser:** Ich verstehe Ihre Frage nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Es gab seitens des Finanzamtes einen Vorhalt, den Sie beantwortet haben. Die Finanz wollte eine detaillierte Aufstellung der Einnahmen wissen, und dieser Niederschrift ist zu entnehmen, dass Sie damals ausgesagt hätten, dass die **VCP** die **einzige** Firma gewesen sei, die 100 000 € gezahlt hätte – und das, obwohl, wie schon vorhin angesprochen wurde, **drei** Rechnungen in diesem Zusammenhang von je 30 000 € gelegt worden sind.

(Verfahrensanwalt Dr. **Hoffmann**: Das ist eine falsche ...!)

**Dr. Ernst Strasser:** Da liegt ein Missverständnis vor.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Frau Abgeordnete, der Vorhalt ist nicht korrekt – auch nach Ansicht des Verfahrensanwaltes!

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Das sind zwei unterschiedliche Dinge.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Dann möchte ich noch wissen – Herr Dr. Pilz hat vorhin das Engagement für die bulgarische Regierung angesprochen –: Sind Ihnen in diesem Zusammenhang Tätigkeiten von einigen Personen bekannt? Ich möchte gerne ein paar Namen da nennen.

Sind Ihnen Tätigkeiten in diesem Zusammenhang vom ehemaligen Bundesminister und jetzigen SP-Seniorenchef **Karl Blecha** bekannt?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe in der Zeitung gelesen, dass – aber das ist reines Zeitungswissen – sowohl Karl Blecha als auch der ehemalige Abgeordnete Schieder konsularische Tätigkeiten für die Firma Hochegger gemacht haben, aber ich hatte keine (*Abg. Tamandl: Aber direkt getroffen haben Sie ihn nicht?*) wie immer gearteten Kontakte mit den beiden Herrschaften.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sind Ihnen in diesem Zusammenhang Tätigkeiten von **Alfred Gusenbauer** bekannt?

**Dr. Ernst Strasser:** Außer auf dem Gerüchtemarkt kenne ich das nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sind Ihnen Tätigkeiten anderer Politiker direkt oder indirekt für Firmen des Herrn Dr. Hochegger bekannt?

**Dr. Ernst Strasser:** Im Moment fällt mir niemand ein.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Für die erste Runde habe ich keine Frage mehr.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Herr Dr. Strasser, zum Themenkomplex **VCP**: Sie haben gesagt, es hat die VCP Energy gegeben, wo Sie Geschäftsführer waren. Ich nehme an, für diese Tätigkeit haben Sie einen Geschäftsführerbezug erhalten, ein Gehalt bekommen. (*Dr. Strasser: Ja!*) – Wie hoch war das ungefähr?

**Dr. Ernst Strasser:** Ungefähr – das ist einige Jahre her –, ungefähr 4 000 oder 5 000 €.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie haben Ihre Tätigkeit so beschrieben, dass Sie im Rahmen dieser beiden Projekte keine politischen Entscheidungsträger getroffen haben, sondern dass Sie Sondierungen aufgrund von Analysen mit Unternehmungen, mit dem Management von Unternehmungen vorgenommen haben.

Kann man das ein bisschen konkretisieren? Mir ist das ein bisschen zu schwammig: „Sondierungen mit Unternehmungen“.

Was kann man sich darunter vorstellen? Können Sie Beispiele nennen, welche Firmen das waren?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich darf da sozusagen präzisieren: Da geht es nicht um die beiden Projekte, sondern es geht um das Projekt „Belvedere“.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ums erste? (*Dr. Strasser: Ja!*) Das Projekt „Belvedere“ ist das erste, ja?

**Dr. Ernst Strasser:** Beim Projekt „Belvedere“ haben wir zuerst mögliche Gesprächspartner sondiert, und dann habe ich mehrere Verantwortliche der Unternehmungen, die mögliche Gesprächspartner sind, kontaktiert, um eine erste Einschätzung über die Idee und das Vorhaben der Telekom zu bekommen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Können Sie da ein Beispiel nennen?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich bin an die Verschwiegenheit gebunden, werde jetzt hier keine Namen nennen, aber wenn die Telekom oder – ich weiß nicht – Herr Pecina diese Verschwiegenheit nicht hat, dann gibt es keinen Grund, das nicht zu nennen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Darf ich fragen – ich meine, die Verschwiegenheit ist momentan ein bisschen in aller Munde gewesen aufgrund von Gesetzesvorhaben, die jetzt so nicht kommen; da geht es um Anwälte, Ärzte, Priester, Journalisten und Ähnliches –:

Wie ist da konkret Ihre Verschwiegenheit: Handelt es sich dabei um Geschäftsgeheimnisse – oder haben Sie das in Ihrem Vertrag drinnen gehabt? Woher kommt da Ihre Verschwiegenheit?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson, danach diese mit Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann.)*

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Herr Dr. Strasser erklärte mir, dass er aufgrund einer Vereinbarung, geschlossen mit der Telekom, eine Verschwiegenheitsbindung hat, weil es sich um Geheimnisse handelt, die der Telekom zustehen, also Geschäftsgeheimnisse, Betriebsgeheimnisse – das kann ich jetzt nicht unterscheiden, das müsste man werten – offengelegt würden, wozu er aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung nicht berechtigt ist.

Das ist es zumindest ein Grund, dass er sich der Aussage entschlagen könnte, weil das in Anspruch genommen werden könnte, auch finanziell.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ich verstehe das, dass das ein Nachteil sein könnte. Mir ist einmal der Grund wichtig, denn es könnte ja sein, wenn der Ausschuss zum Beispiel an die Telekom herantritt und wir gerne eine Entbindung davon hätten, dass das die Telekom durchaus macht. Und dann könnten wir mit diesem Thema natürlich fortsetzen.

Der Geschäftszweig der **VCP Energy** war welcher? Ich meine, „Energy“, das klingt an sich so, wie wenn da mit Energieversorgungsbetrieben oder ... – Was war der Geschäftszweig?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich möchte da zum letzten Punkt einen Anhaltspunkt geben. Es ist ja sozusagen Allgemeingut, dass es Festnetzfirmen gibt, die in anderem als im Eigentum der Telekom sind, in Österreich. Über Wunsch der Telekom habe ich mit einzelnen verantwortlichen Managern solcher Firmen, insbesondere zweien, Kontakt aufgenommen. Ich habe überhaupt kein Problem, Ihnen die Kontaktpersonen zu nennen, aber ich möchte jetzt nicht da ein Problem bekommen mit der Telekom. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ist akzeptiert! Ist durchaus akzeptiert!*)

Zu Ihrer Frage, was die **VCP Energy** betrifft: Die VCP Energy wurde gegründet, um vor allem in Ungarn und in Bulgarien, in Rumänien mit großen Energieverbrauchern Energie zu erzeugen, vor allem durch Gaskraftwerke. Wir haben da insbesondere mit einem sehr großen, weltweit agierenden Ölkonzern – nicht einem österreichischen, um das klarzustellen – einen Partnerschaftsvertrag geschlossen, um ein Beispiel zu nennen, in der Modernisierung und Erstellung eines 60-MW-Kraftwerkes in Bulgarien, in einer Raffinerie. Wir haben mit ungarischen großen Energieverbrauchern, insbesondere chemischer Industrie, eine Partnerschaft geschlossen, um in Nord-Ungarn in diesem chemischen Werk eine neue, moderne, abgasfreie Energiestätte zu erzeugen. Und wir waren dabei, in Rumänien etwas Ähnliches zu machen. – Das war der Geschäftszweig der VCP Energy.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Das war der Geschäftszweig der VCP Energy. Dann erklärt sich für mich auch der Name. Dann ist ja die Frage, ob es jetzt irgendwo beim Bund oder bei den Ländern Festnetzbetreiber gibt, um die zu bündeln, eher ein – unter Anführungszeichen – „unternehmerisches Abfallprodukt“.

**Dr. Ernst Strasser (heiter):** Da haben Sie natürlich so ... Da muss man das klarlegen: Ich war Managing Partner der VCP Energy und Geschäftsführer dort, für diesen Bereich, und ich war Berater und Konsulent für die Investment AG der VCP Investment AG. Und in unterschiedlichen Projekten, je nachdem, welche Projekte das waren – da gibt es eine ganze Reihe davon –, hat die VCP Investmentbank meine Beratungsleistung abgerufen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Das heißt, Sie haben von der Investmentbank für so Sonderprojektbetreuungen, Beratungen, dann auch gesondert, ich nehme an, eher ein Werkhonorar bekommen?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein, nicht gesondert, sondern das war vorher vereinbart, dass ich zur Verfügung stehe für gewisse Mannstunden, und das wurde dann einfach abgerufen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Das war im Rahmen des Geschäftsführerbezugs der Tochtergesellschaft so vereinbart, dass Sie auch für Beratungen zur Verfügung stehen?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein, es gab einen Geschäftsführerbezug für die VCP Energy und es gab einen Beratervertrag mit der VCP Investitionsbank AG, oder wie sie genau heißt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Jetzt zur Frage der **CCE Consulting** und der Zusammenarbeit mit **Hochegger**.

Es wurde da jetzt einmal dieses eine Abendessen in Bulgarien entsprechend erörtert. In welcher Sprache hat man sich da an sich verständigt? Mit Dolmetsch? Englisch? (**Dr. Strasser: Englisch!**) – Jetzt haben Sie gesagt, die Tätigkeit für Hochegger bestand darin, auch Kontakte zu Regierungsstellen, Regierungsmitgliedern im gesamten Bereich der EU herzustellen.

Ist das richtig? Habe ich das richtig verstanden?

**Dr. Ernst Strasser:** Meine Aufgabe war in dem Projekt nicht, die Kontakte herzustellen, sondern die entsprechenden **Vorschläge** zu machen, wo und in welcher Form man sowohl auf der Ebene des Ministerpräsidenten als auch auf der Ebene des Außenministeriums als auch auf der Ebene des Innenministeriums die Kontakte wesentlich intensivieren sollte. Sie wissen vielleicht, ich habe in meiner Zeit als Innenminister das Salzburger Forum gegründet, und ich hatte da eine große Erfahrung, was die außenpolitischen Kontakte betrifft. Ich habe also nicht die Kontakte selber

hergestellt, sondern ich habe als Supervisor, als Ideengeber, als Entwickler der Ideen mitgeholfen, diese Kontakt zu erstellen.

Wenn ich da noch einmal kurz zurückkommen darf auf dieses Papier, das Herr Abgeordneter Pilz vorgelegt hat: Dominique Villepin war zu der Zeit, als ich im Ministerium war, Innenminister, Antonio Vittorino war zu dem Zeitpunkt der Kommissar, und ich habe unter anderem einfach Konzepte entwickelt, wer ein sinnvoller Gesprächspartner und auch eine sinnvoll einzubindende Persönlichkeit wäre, um die bulgarische Innen- und Außenpolitik besser wirksam werden zu lassen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Verstehe ich das jetzt so richtig: Sie sind da beratend tätig gewesen für die Hohegger-Gruppe und haben dort Konzepte im weitesten Sinn, irgendwelche Papiere, Listen, Namenslisten mit Begründung – warum diese Person, Stärken, Schwächen, was auch immer – zur Verfügung gestellt und erarbeitet. Das haben Sie dann abgegeben, und aus dem hat dann Hohegger oder wer auch immer Kontakte hergestellt oder nicht oder was auch immer.

Ist das so die Tätigkeit gewesen?

**Dr. Ernst Strasser:** Ja, ich habe da meistens in Besprechungen und Sitzungen daran mitgewirkt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Gibt es da irgendwelche schriftlichen Unterlagen dazu: Papiere, Konzepte, Studien?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe keine mehr. Bei mir ist der Computer von der Polizei mit großem Erfolg ... – wie sage ich da? – Jedenfalls sind die Unterlagen nicht mehr verwendbar.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Wie darf ich das verstehen: „mit großem Erfolg der Polizei nicht mehr verwendbar“?

**Dr. Ernst Strasser:** Die Polizei hat meinen Computer gecheckt, und als ich ihn zurückbekommen habe, habe ich die Dokumente nicht mehr gefunden.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Aha. Aber es könnte sein, dass die Polizei diese Unterlagen noch hat, beziehungsweise kann es auch sein, dass im Bereich der Firma Hohegger auch noch entsprechende Kopien oder sonst etwas vorhanden wären? – Gut. – Danke, vorerst keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Dr. Strasser, eine ganz andere Causa: Wir wissen, dass im Bereich der Telekom auch die Jagdgesellschaften des Alfons Mensdorff-Pouilly ganz entscheidend waren und sind. Ich führe exemplarisch an, dass es laut dem „Flieder“-Bericht der Telekom Aufträge der Telekom an Mensdorff-Pouilly für Jagdgesellschaften in einem Gesamtumfang von über 150 000 € gibt. Über 150 000 € hat die Telekom an Mensdorff-Pouilly für Jagdveranstaltungen in Luising gezahlt.

Konkret gibt es zwei Aufträge, und zwar aus dem Jahr 2007 und aus dem Jahr 2008, zwei Jagdveranstaltungen, Gesamtpreis: über 150 000 €. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch Folgendes – Zitat aus diesem „Flieder“-Bericht –:

Das Angebot wurde –

also das Angebot von Mensdorff für diese Treibjagd am 23. Jänner 2007 –

per e-Mail vom Direktor der Österreichischen Volkspartei, Herrn Michael Fischer, an Herrn Schieszler übermittelt. Am nächsten Tag erfolgte, ebenfalls per e-Mail, die Bestätigung des Programms durch Herrn Schieszler. – Zitatende.

Das heißt, der Direktor der Österreichischen Volkspartei bestellt bei der Telekom eine Treibjagd, die Telekom zahlt es, und dann treffen sich alle bei Herrn Mensdorff-Pouilly in Luising.

Ich frage Sie dazu, Herr Dr. Strasser, und erinnere Sie in diesem Zusammenhang an Ihre Wahrheitspflicht: Waren Sie jemals bei Alfons Mensdorff-Pouilly in Luising und haben Sie jemals an diesen Jagdveranstaltungen **teilgenommen?** – Ich lege die Betonung auf „teilgenommen“, nicht, ob Sie selber dort gejagt haben, sondern ob Sie im Rahmen dieser Veranstaltungen **teilgenommen** haben, auch an abendlichen Treffen zum Beispiel.

**Dr. Ernst Strasser:** Es ist bekannt, dass ich **kein** Jäger bin, auch **keinen** Jagdschein besitze, daher auch **nicht** jage. Ich habe daher an keinen Jagdveranstaltungen teilgenommen, aber ich habe an zwei Abendessen teilgenommen, an zwei Abendessen in Luising.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Daher habe ich Sie, weil ich das weiß, dass Sie dort teilgenommen haben – da gibt es ein schönes Jagdzimmer, das eine ist für die Herren, das andere ist für die Damen –, bewusst gefragt: nicht, ob Sie jagen waren, sondern ob Sie – weil ich weiß, dass Sie keinen Jagdschein haben – an **Treffen** teilgenommen haben. Sie haben hier zwei Abendessen bei Mensdorff in Luising bestätigt.

Wann haben diese Abendessen stattgefunden? Wer war dort dabei? Was ist dort gesprochen worden?

**Dr. Ernst Strasser:** Das kann ich leider jetzt nicht sagen, wann die beiden Abendessen waren. Sie waren jedenfalls unter meiner Ministerzeit.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das heißt, Sie haben als Minister im Rahmen von Jagdveranstaltungen des Mensdorff-Pouilly im burgenländischen Luising an Treffen teilgenommen?

**Dr. Ernst Strasser:** Das heißt, ich habe als Minister an Abendessen teilgenommen. Das ist richtig, ja. Das waren wahrscheinlich mehr als zwei; bei knapp fünf Jahren Ministerzeit.

Bei diesem Abendessen – ich kann mich detailliert an eines erinnern – waren anwesend: ungarische und tschechische Gäste aus dem dortigen Parlament, der tschechische Vizepräsident des Parlaments. Das war für mich auch eine wichtige Möglichkeit, mein Konzept für die Intensivierung der polizeilichen Beziehungen zu den Nachbarländern zu vertreten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie weitere Angaben machen zu diesen Abendessen im Rahmen dieser Jagdveranstaltungen: Waren da jemals Personen der Telekom mit dabei? (*Dr. Strasser: Nein!*) – Ein gewisser Rudi Fischer zum Beispiel oder andere Personen?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein. Nein. Meines Wissens nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aber es haben Ihre damaligen Kabinettsmitarbeiter an diesen Jagdveranstaltungen teilgenommen. – Ist das korrekt?

**Dr. Ernst Strasser:** Es waren einzelne Mitarbeiter meines Kabinetts – was auch durchaus normal ist, dass bei ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Welche Mitarbeiter Ihres Kabinetts waren das? – Ob das „normal“ ist, wage ich zu bezweifeln.

Welche Mitarbeiter Ihres Kabinetts waren das?

**Dr. Ernst Strasser:** Herr Abgeordneter, es tut mir sehr leid, dass ich da klarstellen muss: Bei dienstlichen Abendessen des Ministers – so habe ich das zumindest verstanden – ist es vernünftig und günstig, dass einzelne Mitarbeiter mit dabei sind, weil es in der Regel zu Vereinbarungen kommt, in der Regel Dinge besprochen werden, die eine Nacharbeitung mit sich bringen.

Wenn ich richtig informiert bin, dann waren Sie einmal ein enger Mitarbeiter eines Landeshauptmannes, und Sie wissen da am besten, dass es einfach eine Selbstverständlichkeit ist, wenn Landeshauptleute, Minister und andere Persönlichkeiten ein Abendessen bestreiten, dass es Sinn macht und absolut üblich ist, dass sie von Teilen des Kabinetts begleitet werden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich war zwar Mitarbeiter eines Landeshauptmannes, aber wir waren Gott sei Dank nie bei Herrn Mensdorff in Luisling – und wir wären auch nicht hingegangen.

Der Sachverhalt ist insofern sehr relevant – darf ich festhalten, Herr Dr. Strasser –, weil wir eben hier Telekom-Rechnungen haben in Höhe von 150 000 € von Jagdveranstaltungen des Mensdorff-Pouilly, die über Michael Fischer vom ÖVP-Klub organisiert wurden.

Ich darf hier einige Teilnehmer nennen: Schieszler, Fischer, Wolfgang Frauenholz, Christian Switak, Robert Gruber von der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich, Markus Beyrer von der Industriellenvereinigung damals und ein gewisser Philipp Ita; das war einmal Ihr Kabinettschef. Diese Treibjagd hat am 10. November 2007 stattgefunden.

Fragen an Sie ganz konkret: Waren Sie da am 10. November 2007 mit dabei oder nicht?

**Dr. Ernst Strasser:** Entschuldigung, welchen Zeitraum haben Sie gemeint?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Diese Treibjagd hat am 10. November 2007 stattgefunden.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich bin am 10. Dezember 2004 zurückgetreten, und ich habe gesagt, dass ich an zwei Abendessen teilgenommen habe und zu diesem Zeitpunkt Minister war. – Das wird sich mit **2007** irgendwie nicht leicht vereinbaren lassen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Naja, es kann ja auch sein, dass Sie als Privatperson dabei waren.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe doch klar gesagt, Herr Abgeordneter Petzner, dass ich zwei Mal bei Abendessen war und dass ich diese zwei Mal als **Minister** dort war. Daher ist es unmöglich und denkmöglich, dass ich **2007** dabei war.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben auch ausgesagt, dass dort ein hochrangiger Vertreter der tschechischen Regierung mit dabei war, und ich darf daran erinnern, dass es im Zusammenhang mit dem Eurofighter-Kauf auch schwere Vorwürfe gibt in Richtung Tschechien – aber das ist heute nicht Untersuchungsgegenstand.

Es hat eine weitere Treibjagd stattgefunden am 14. November 2008. Wissen Sie von der etwas? – Die hat auch die Telekom gezahlt.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich muss das leider richtigstellen: Ich habe nicht gesagt, dass ein hochrangiger Vertreter der tschechischen Regierung dabei war, sondern ich habe klargemacht, dass ein Vertreter des tschechischen Parlaments, der Vizepräsident des tschechischen Parlaments anwesend war.



**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Naja, das ist ja auch nicht irgendwer. – Gut, lassen wir den Mensdorff sein und kommen wir vielleicht später darauf zurück.

Ich komme jetzt zu diesem Hohegger-Auftrag, den Sie bekommen haben und der über Ihre Firma CCE verrechnet wurde.

Hohegger nennt in seiner Beschuldigteneinvernahme vom 31.5.2011 drei Teilbereiche, warum Sie Mitglied in seinem Advisory Board geworden sind und diese Rechnung gestellt wurde.

Was den ersten Bereich betrifft, so nennt er ein Projekt für die bulgarische Regierung und sagt – Zitat –:

Strassers Aufgabe war es, Meinungsklima und Akzeptanz über die bulgarischen Reformen in Justiz und Korruptionsbekämpfung in der EU darzulegen und dem Premierminister Vorschläge zu machen, wie ein entsprechender Dialog aufzusetzen ist. – Zitatende.

Ich finde das sehr, sehr spannend, dass gerade Sie sich gemeinsam mit dem Herrn Hohegger im Bereich der Korruptionsbekämpfung in Bulgarien engagiert haben, und darf Sie dazu fragen:

Sind diese Angaben des Herrn Hohegger korrekt?

Was können Sie zu Ihren Tätigkeiten im Rahmen der Korruptionsbekämpfung in Bulgarien und der Beratung der Justiz dort in diesem Zusammenhang angeben?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich darf noch einmal festhalten, dass ich nie Mitglied in irgendeinem Advisory Report – Advisory Board, so muss es eigentlich heißen – war.

Was die Arbeit an dem bulgarischen Projekt betrifft, so war das ein Input, den ich gegeben habe, und eine Arbeit, die in zwei Bereichen stattgefunden hat: Zum einen, was die Politik und den politischen Auftritt des bulgarischen Ministerpräsidenten, des bulgarischen Außenministeriums und des bulgarischen Innenministeriums bei und mit den Kollegen in Europa betrifft – auf der einen Seite.

Und auf der zweiten Seite die Vorantreibung der Reform der Polizei, insbesondere der Kriminalpolizei, die Verstärkung der Zusammenarbeit, auch in polizeilicher Hinsicht, insbesondere mit den Nachbarländern, die Verstärkung der Zusammenarbeit in polizeilicher Hinsicht mit den EU-Partnern. Das ging auch dahin, dass ich plädiert habe für den Aufbau von Systemen, die europaweit grundsätzlich kompatibel sind. Das ging auch dahin, dass ich der Meinung war und bin, dass die Europäische Union insbesondere bei Ländern, die am Rande Europas sind und Außengrenzen haben, Unterstützung braucht und es sinnvoll ist, unterstützt zu werden, sowohl inhaltlich als auch strukturell und auch finanziell, beim Aufbau eines funktionierenden Grenzschutzsystems. Das hat auch dorthin geführt, dass das – ich glaube das heute noch – in Diskussion stehende Schengen-System und der Schengen-Beitritt Bulgariens zeitgerecht vorbereitet und eingeleitet werden mussten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also im Rahmen der Beratung der bulgarischen Justiz in Sachen Korruptionsbekämpfung und der Verbesserung des Meinungsklimas und der Akzeptanz der bulgarischen Reformen im Korruptionsbereich auf EU-Ebene haben Sie dem Herrn Premierminister keine Vorschläge unterbreitet, wenn ich das so richtig zusammenfasse.

Wie kommt Herr Hohegger zu diesen Aussagen?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich verlängere die Sitzung, wenn ich das, was ich gerade gesagt habe, wiederhole. Aber ich mache das gern, wenn Sie das wünschen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nein, ich habe schon verstanden, Sie müssen es nicht wiederholen.

Gehen wir zum zweiten Bereich. Hohegger nennt ja drei Teilbereiche für diese 100 000 €. Das eine ist die Beratung der bulgarischen Regierung in Sachen Korruptionsbekämpfung und Verbesserung des Meinungsklimas in diesem Zusammenhang auf Basis der EU.

Da sagt Hohegger in seiner Beschuldigteneinvernahme Folgendes – Zitat –:

Ein weiteres Projekt, an das ich mich erinnern kann, war ein Immobilienprojekt in Niederösterreich, wo in der Gemeinde Vösendorf ein Hochhaus errichtet werden sollte. Strasser wurde als Berater in dieses Projektteam mit aufgenommen. Seine Aufgabe war es, die Entscheidungsstrukturen innerhalb der niederösterreichischen Landesregierung und im Zusammenspiel mit der Gemeinde Vösendorf darzulegen und unserem Projektteam Empfehlungen für Argumente und Kommunikationsmaßnahmen zu geben. – Zitatende.

Was können Sie zu diesem Teil sagen, weil Hohegger das anführt im Zusammenhang mit den rund 90 000 bis 100 000 €, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für ihn von ihm bekommen haben?

**Dr. Ernst Strasser:** Dazu kann ich gar nichts sagen. Ich erfahre das jetzt von Ihnen. Es wäre auch irgendwie etwas eigenartig, weil, zumindest solange ich mich erinnern kann, Vösendorf eines der ganz wenigen niederösterreichischen sozialdemokratischen „Hochämter“ ist, wenn ich das so sagen darf. Und wenn der Herr Hohegger mich dazu gewinnen möchte, dass ich dem, der dort, zumindest zu dem Zeitpunkt – ich weiß nicht, ob der noch Bürgermeister ist –, Bürgermeister gewesen ist, also wenn er mich da einladen würde, wäre das für das, was er da scheinbar plant, wirklich äußerst **unzweckmäßig** – um das sehr vornehm zu bezeichnen – gewesen.

Wenn Sie den damaligen Bürgermeister meinen – vielleicht ist der jetzt nicht mehr, das weiß ich nicht so genau –, dann wäre das absolut **kontraproduktiv**.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also das heißt bezüglich dieser Aussagen des Hohegger, Sie haben nie im Zusammenhang mit Ihrem Hohegger-Engagement zu tun gehabt mit einem Immobilienprojekt in Niederösterreich? Fasse ich das so richtig zusammen?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe da nie etwas getan, und wäre man da an mich herangetreten, hätte ich es auch nicht machen können, weil ich dazu keine Möglichkeiten gehabt hätte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Na, mich hat es ja auch ein bisschen gewundert, weil Hohegger hier von Entscheidungsstrukturen innerhalb der niederösterreichischen Landesregierung spricht. Dort gibt es keine Entscheidungsstrukturen, sondern dort entscheidet ausschließlich der Landeshauptmann Pröll, wie wir wissen. (*Heiterkeit.*)

Aber eine andere Frage in diesem Zusammenhang zu Ihrem 100 000 €-Engagement: Herr Hohegger nennt in seiner Beschuldigteneinvernahme diese Beratung für die bulgarische Regierung, er nennt dieses Immobilienprojekt in Niederösterreich, wo Sie gesagt haben, es ist falsch, und er nennt zum Dritten auch, dass Sie den Projektleiter in seiner Firma, Stefan Krenn, fallweise bei Bedarf beraten hätten.

Jetzt sagen Sie aber zu diesen 100 000 € gegenüber dem „profil“ vom 14. Februar 2011 etwas ganz anderes als heute im Untersuchungsausschuss. Da sagen Sie – Zitat –:

Herr Hochegger hatte einen ausländischen Kunden, der ein Problem hatte. Ich habe dabei geholfen, dieses Problem zu beseitigen. – Zitatende.

Was war denn dieses eine Problem, das Sie beseitigt haben? – Ich kann Ihnen den Artikel auch gerne vorlegen, wenn Sie wollen.

**Dr. Ernst Strasser:** Zuerst: Ich habe keine Ahnung, um was es da geht bei dem Projekt in Vösendorf, aber wenn es um eine Bauangelegenheit geht, dann ist auch in Niederösterreich der Arm des angeblich weitreichenden Landeshauptmanns begrenzt, weil über Bauangelegenheiten in Niederösterreich meiner Kenntnis nach die **Bürgermeister** entscheiden, zumindest in der ersten Instanz:

Aber zur Frage ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Zur letzten Frage bitte, denn Sie haben dann bereits 1 Minute überschritten, Herr Kollege Petzner.

**Dr. Ernst Strasser:** Erstens: Der Herr, der neben Hochegger an diesem Abendessen teilnahm, war Stefan Krenn, also der Herr, der neben Hochegger an dem Abendessen mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten teilnahm, das ja schon Teil dieser Diskussion hier war. Aber es kann sein, dass Sie da nicht im Saal waren. Für den Fall, dass Sie das noch einmal hören möchten, bin ich gern bereit, das auch zu sagen. (*Abg. Petzner: Nein, ich habe alles gehört!*) Das war Stefan Krenn. Meinem Gefühl nach war er dort auch sozusagen ... Es war der Herr Hochegger schon der Projektleiter dafür, aber ich habe dort einiges mit ihm zu tun gehabt.

Was das Projekt betrifft, habe ich das, glaube ich, ausführlich erklärt. Die bulgarische Regierung hat ein massives Problem in der Außendarstellung, insbesondere gegenüber der Europäischen Union, was die Einschätzung und das Image des Landes bei der Kriminalitätsbekämpfung und beim außenpolitischen Auftritt betrifft, und dieses Problem zu lösen, da habe ich mitzuhelfen versucht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Schlussfrage zu diesem Bereich: Dieses Honorar, das Sie von Hochegger in diesem Zusammenhang bekommen haben, ist verrechnet worden über die CCE, eine Unternehmung von Ihnen. Ich zitiere dazu zum Schluss „profil“ vom 12. 3. 2012, das die Gewinne dieser 2005 gegründeten Gesellschaft von Ihnen angibt: 2006 waren laut „profil“ rund 330 000 € Gewinn und im Jahr darauf, also 2007, 530 000 € Gewinn.

Woraus setzen sich diese Gewinne und Umsätze zusammen? Und wie viele Mitarbeiter hatte denn diese CCE-Consulting?

**Dr. Ernst Strasser:** Die CCE-Consulting hat außer mir derzeit keinen Mitarbeiter. Sie hatte zum Teil Gelegenheitsmitarbeiter.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Zu den Umsätzen: Können Sie da was sagen, denn das betrifft ja auch die Gewinne.

**Dr. Ernst Strasser:** Darf ich da Ihre Frage noch einmal ...?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Noch einmal: Im Jahr 2006 Gewinn 330 000 €, im Jahr 2007 Gewinn 530 000 €. Da Ihre Hochegger-Leistungen über diese Firma abgerechnet wurde, frage ich Sie in diesem Zusammenhang, woraus sich diese Gewinnsummen zusammensetzen, ob diese korrekt sind, vor allem auch deswegen, weil Sie jetzt selber angegeben haben, dass diese Firma nur aus einer Person besteht, nämlich Ihnen selbst, und Gelegenheitsmitarbeitern – was auch immer mit dem Begriff „Gelegenheitsmitarbeiter“ gemeint ist. Das weiß ich nicht, aber ich frage Sie zu den Umsätzen.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich kann jetzt zu den Umsätzen nicht im Detail Stellung nehmen, weil ich die Unterlagen nicht mithabe, aber sie sind ja in der Bilanz ablesbar. Das ist ja im Firmenbuch nachzuschauen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Damit kommen wir in die zweite Runde. – Bitte, Herr Abgeordneter Jarolim.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Nur ganz kurz: Herr Dr. Strasser, Sie haben uns von diesen beiden Abendessen in Lusing erzählt. Waren dort eigentlich auch Personen von der Motorola oder von Alcatel anwesend? Wissen Sie das noch? Motorola-, Alcatel-Mitarbeiter beim Abendessen in Lusing? – Nicht so schwer.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich möchte erinnern, dass das **Tetron** betrifft.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Nein, ich will wissen, wer bei dem Abendessen dabei war, sofern er sich erinnern kann. Er hat uns ja vorher von diesen beiden Abendessen erzählt, und das hätte ich gerne gewusst, ob die dabei waren dort. Wir haben ja Aufzeichnungen, und ich möchte jetzt seine Meinung wissen, wenn ich das fragen darf.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Letztlich geht es in Richtung Tetron. Vielleicht lässt sich die Frage anders stellen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Lassen Sie die Frage zu oder nicht?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Der Verfahrensanwalt ist der Meinung, dass diese Frage unzulässig ist. Vielleicht kann er es auch begründen.

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Nicht unter dem Beweisthema, das der Auskunftsperson genannt wurde bei der Ladung.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Eine andere Frage. Die Hohegger-Ausführungen in seiner Beschuldigteneinvernahme wurden Ihnen schon vorgehalten. Noch einmal zu diesem Advisory Board. Wir haben also da herumgeredet, Sie sagen, Sie waren nie in einem Advisory Board. Ich halte Ihnen noch einmal die Aussage von Hohegger vor. Es gibt diesen Vertrag, sagt er, mit der CCE-Consulting. Und weiter:

Es handelt sich um einen auf ein Jahr ausgelegten schriftlichen Vertrag von jährlich 100 000 €. Meiner Erinnerung nach ist der Vertrag entweder eineinhalb Jahre oder zwei Jahre gelaufen. Der Vertrag war zwischen Trummer und Strasser ausgehandelt und abgeschlossen worden. – Zitatende.

Das bedeutet: 150 000 oder 200 000 € Zahlung an Sie.

Stimmt das oder stimmt das nicht?

**Dr. Ernst Strasser:** Das stimmt so nicht, denn ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wie stimmt es dann?

**Dr. Ernst Strasser:** Sie können ja den Rechnungen entnehmen ... – Meiner Erinnerung nach war das ein Vertrag, der jährlich 50 000 € umfasst. Es ist richtig, dass er ... – Das ist auch Ihre Meinung, oder?

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Nein, das ist nicht meine Meinung, ich möchte nur wissen, was **Sie** sagen.

**Dr. Ernst Strasser:** Ah, okay. Das ist 50 000 €, und dass er zwei Jahre gedauert hat – vielleicht war er auf ein Jahr ausgelegt, das mag sein, aber dass er insgesamt zwei Jahre gedauert hat, und damit kommt vielleicht der Betrag von 100 000 zustande.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Herr Dr. Strasser, ich frage es nur deshalb, damit wir gegenüberstellen können, welche Aussagen zu den jeweiligen Punkten gemacht worden sind, um uns ein entsprechendes Bild zu machen.

Eine Frage: Haben Sie sich im Rahmen Ihrer Beratungsverträge dort Bediensteter, Mitarbeiter oder sonstiger dem Bundesministerium für Inneren zugeordneten Personen bedient? (Dr. **Strasser: Nein!**) – Frage! (Dr. **Strasser: Nein!**)

Ich gehe jetzt die Gesellschaften durch, die in Ihrem Eigentum waren oder wo Sie Anteile hatten, und ich frage Sie, ob diese Gesellschaften erstens mit Telekom, zweitens mit Motorola und drittens mit Alcatel irgendwelche Geschäfte hatte, Zahlungen eingegangen sind, und zwar unabhängig davon, ob das jetzt die Muttergesellschaft ist oder ob das jetzt eine Tochtergesellschaft ist. – Da gibt es einen Einwand dagegen, sehe ich.

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Ich meine, dort, wo Sie Fragen stellen zu der Geschäftsbeziehung Motorola und Alcatel, gehört das zu einem anderen Untersuchungsgegenstand, nicht zu dem, zu dem Herr Dr. Strasser jetzt geladen wurde. Der erste Teil wird, wie ich meine, zu beantworten sein.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Gut, gehen wir es durch. CCE-Consulting?

**Dr. Ernst Strasser:** Darf ich nur die Frage noch einmal hören?

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich habe gefragt, ob es Kontakte, Geschäftsfälle oder Zahlungen gegeben hat mit einem dieser drei Konsortiumsmitglieder: Das war die **Telekom**, das war die **Motorola** und das war die **Alcatel**.

**Dr. Ernst Strasser:** Aha, okay.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich kann Sie auch beim nächsten Mal fragen. Ich habe da überhaupt kein Problem damit.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich kann das einfach ruhig beantworten, ohne ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Hätte ich vorgeschlagen, ja.

**Dr. Ernst Strasser:** Es gibt von keiner meiner Firmen oder Tochterfirmen Geschäftsbeziehungen zu einem dieser drei Unternehmungen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Gab es niemals?

**Dr. Ernst Strasser:** Es gab und gibt sie nicht.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Letzte Frage. Wir haben „NEWS“ eine nicht uninteressante Ausführung entnehmen können. Ich muss allerdings sagen, das ist natürlich eine indirekte Darstellung, deren Authentizität ich vermute, aber nicht beweisen kann. Es ist ein Mail im Zusammenhang mit Ihrer Person an eine mir auch nicht näher bekannte Person, aber deshalb frage ich Sie – und zitiere –:

Danke auch für deine Nachsicht für meine Vorgangsweise gegenüber Herrn Strasser. Mit der Anweisung von 10 150 € netto betrachte ich sämtliche wie immer geartete „Leistungen“ dieses „Herrn“ als abgegolten und werde in deutlicher Sprache erklären, dass wir von jedweder weiteren Inanspruchnahme seiner „Beratungsleistung“ Abstand nehmen werden. – Zitatende.

Können Sie sich und dann uns erklären, was mit diesem Mail gemeint ist?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein. Ich habe gehört, dass das da steht, ich kann mir das aber nicht erklären.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Danke schön. Ich habe keine Fragen mehr.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir haben jetzt das mit dem Datum geklärt. Ich lasse Ihnen dann noch einmal die Rechnung vorlegen, dann können Sie sie bei der Befragung wieder anschauen.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Wir haben das mit dem Advisory Board geklärt.

Frage: Können Sie einen einzigen bulgarischen Polizeibeamten oder Beamten des Innenministeriums nennen, mit dem Sie zusammengearbeitet haben?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe mit den Leuten dort nicht direkt geredet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mit wem haben Sie dann geredet?

**Dr. Ernst Strasser:** Mit den Leuten von Hochegger. Ich habe doch meine Arbeitsweise schon wiederholt dargelegt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, ja, ich beginne sie eh zu verstehen.

Welche Expertise über das bulgarische Sicherheitswesen hatten die Mitarbeiter von Hochegger?

**Dr. Ernst Strasser:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich sage es Ihnen: gar keine! Ist ja ganz einfach.

**Dr. Ernst Strasser:** Aber das ist ja auch nicht der Punkt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, das ist schon der Punkt! – Herr Dr. Strasser, ich komme gleich zu weiteren Punkten.

Es gibt ja nicht nur das Advisory Board. Wir nähern uns der Schlüsselfrage, und es geht um Scheinrechnungen, und ich werde Ihnen dann auch sagen, warum.

Es gibt einen Annex zu diesem Board. Da werden alle Personen aufgezählt, die etwas mit diesem Board zu tun hatten. Das geht seitenlang – seitenlang geht das dahin! Und dann geht es weiter bei „St“: Stoitschev, Svinarov – kein Strasser. Kein Ernst Strasser! Nicht einmal bei der **„List of personalities with whom the International Advisory Board has met“**, kommt Ernst Strasser vor. Es gibt **keinen** Ernst Strasser in der Studie!

Und jetzt sage ich Ihnen etwas ganz anderes. Es gibt heute in der bulgarischen Tageszeitung „Presa“ ein Interview mit Herrn Hochegger. Ich lese Ihnen die deutsche Übersetzung vor; es ist ganz kurz.

Frage: Wie viel hat Ernst Strasser genommen für das Projekt in Bulgarien?

Antwort – wörtlich! –: Meine Agentur hat Ernst Strasser Geld gegeben, aber das Geld ist nicht nur für seine Arbeit in Bulgarien. – Zitatende.

Herr Dr. Strasser, nach dieser Erklärung von Dr. Hochegger in einer bulgarischen Tageszeitung gehe ich davon aus, dass diese Rechnungen, die wir heute ausführlich besprochen haben, **Scheinrechnungen** sind und dass Sie von Herrn Dr. Hochegger für eine ganz andere Leistung bezahlt worden sind.

Was war die Leistung, für die Dr. Hochegger, nachdem er sagt, diese 100 000 € waren „nicht nur“ für Bulgarien – wahrscheinlich waren sie **überhaupt nicht** für Bulgarien –, was war die Leistung, für die Sie Dr. Hochegger in Wirklichkeit bezahlt hat?

**Dr. Ernst Strasser:** Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die weise ich auf das Schärfste zurück!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich zitiere ein Hohegger-Interview, und ein Interview ist keine „Ungeheuerlichkeit“, sondern ein Faktum.

Herr Hohegger erklärt selbst – ich lese es Ihnen gerne noch einmal vor –:

Meine Agentur hat Ernst Strasser Geld gegeben, aber das Geld ist nicht nur für seine Arbeit in Bulgarien.

Und daher frage ich Sie: Wofür noch?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich halte fest, Herr Abgeordneter, dass Sie mir einerseits eine gerichtliche Aussage von Herrn Hohegger vorhalten, wo er des Langen und Breiten erklärt, was ich in Bulgarien getan habe, und jetzt behaupten Sie, es gibt irgendeine Zeitung, irgendwo, die druckt irgendetwas ab. Was soll ich jetzt glauben? Ich sage Ihnen, was ich **weiß**. Ich sage Ihnen, was ich **weiß**. Ich habe für die Agentur Hohegger dieses Projekt mitbetreut. Ich habe einen ganzen Abend dafür investiert in Sofia mit dem dortigen Ministerpräsidenten, ich habe meine Erfahrung als Minister, als Mitglied der Bundesregierung, als jener eingebracht, der die wahrscheinlich größte Polizeireform, die es in Europa in den letzten 15 Jahren gegeben hat, durchgeführt hat, und da lasse ich mir von niemandem – auch nicht von einem Mitglied dieses Untersuchungsausschusses! – unterstellen, dass das etwas ist, was nicht 100 000 € wert ist.

Ich weise das auf das Schärfste zurück und lege Wert auf die Feststellung, dass man mir nicht vorwerfen oder vorhalten kann einerseits gerichtliche Aussagen des Dr. Hohegger und andererseits irgendwelche angeblichen Äußerungen in irgendwelchen bulgarischen Zeitungen, die jetzt nicht überprüfbar sind!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir werden dazu ja noch den Herrn Dr. Hohegger in diesem Ausschuss befragen können. So viel Zeit haben wir noch, bis wir uns dann ein abschließendes Urteil, wenn das überhaupt möglich ist, bilden können. – Aber ich fasse einmal zusammen:

Wir hatten einmal in einem anderen Untersuchungsausschuss eine Pressekonferenz im Wert von 93 000 €; hier haben wir ein Abendessen, das möglicherweise gar nicht stattgefunden hat, im Wert von 90 000 €. Eine über dieses mögliche, aber nicht sichere Abendessen hinausgehende Leistung konnten wir, konnte zumindest ich bisher **nicht** feststellen: keine Termine mit der bulgarischen Polizei, keine Termine mit dem Innenministerium, keine vorlegbaren Konzepte, keine Namenslisten, überhaupt nichts, nur die Behauptung, dass Ihre Leistung das wert war.

Herr Dr. Strasser, das bezweifle ich überhaupt nicht! Ich bin mir sicher, dass Dr. Hohegger gewusst hat, wofür er Sie bezahlt, nur war es sicherlich **nicht** diese Bulgarien-Geschichte. Diese drei Rechnungen – vor der Befragung war ich mir da nicht sicher, aber jetzt **bin** ich mir sicher – sind **Scheinrechnungen**, zumindest besteht der dringende **Verdacht**, dass es sich um Scheinrechnungen handelt.

Ausgehend von diesem dringenden Verdacht, dass es sich um Scheinrechnungen handelt, werde ich das erstens der Staatsanwaltschaft übergeben, weil das durchaus ähnliche Muster wie andere Fälle aufweist, und wir werden die Staatsanwaltschaft ersuchen, dass hinsichtlich der Delikte, die jetzt ständig behandelt werden, auch geklärt wird, ob es da notwendig ist, Ermittlungen vorzunehmen.

Das andere ist, wir müssen versuchen, draufzukommen, wofür Sie wirklich bezahlt worden sind.

Deswegen frage ich Sie ein letztes Mal: Wollen Sie, nachdem Dr. Hohegger in einem Interview heute darauf hinweist, dass es zumindest nicht ausschließlich Bulgarien war, wofür Sie bezahlt worden sind, diesem Ausschuss sagen, wofür Sie Herr Dr. Hohegger **wirklich** bezahlt hat, und wollen Sie den Versuch unternehmen, eine Leistung nachzuweisen? – Sie müssen ja irgendetwas für diese 90 000 € geleistet haben! Darum ersuche ich Sie jetzt.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich weise auf das Schärfste zurück, dass es da Scheinrechnungen gibt! Das ist eine böse Unterstellung, die Sie unter Wahrnehmung Ihrer Immunität machen! Ich kann dagegen nichts tun, weil Sie das in Ausübung Ihrer Immunität machen! Das halte ich für eine Vorgangsweise, die ihresgleichen sucht!

Zweitens: Ich habe klargelegt – und zwar in wiederholten und klaren Ausführungen –, was ich geleistet habe, und Sie werden in Europa wenig Leute finden, die zu diesem Zeitpunkt so viel Erfahrung auf diesem Gebiet hatten wie ich, und zwar in mehrerer Hinsicht: Das gilt sowohl für die polizeiliche Arbeit, das gilt auch für die internationale Polizeiarbeit, das gilt für das Verständnis darüber, wie man Projekte, die einem für das eigene Land wichtig sind, in Europa marktfähig und durchsetzungsfähig macht und das gilt auch für den Hinweis, dass sich der bulgarische Ministerpräsident einen Abend ausschließlich diesem Thema – nicht mir, aber dem Projekt von Herrn Hohegger – gewidmet hat.

Ich weise die Unterstellungen, die Sie unter Benützung Ihrer Immunität machen, auf das Schärfste zurück!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist alles im Protokoll.

Ich möchte Sie jetzt zu einem völlig anderen Bereich befragen, das ist „**Group 4 Securicor**“.

Betreffend diese Gruppe **G4S**: Haben Sie in irgendeiner Form einmal eine Funktion in dieser Gruppe gehabt oder haben Sie eine? Das ist eine Telekom-Rechnung und es gibt eine Aussage von Herrn Dr. Hohegger über diese Rechnung, die ich gleich vorhalte. Die Zahlung war von der Telekom Austria vorgegeben, von Mag. Gernot Schieszler letztendlich beauftragt und so weiter – wir kommen darauf zurück –, es ist eine Rechnung vom 19. März 2007.

Aber ich frage Sie einleitend einmal, bevor ich auf die Rechnung selbst zurückkomme: Hatten Sie jemals in irgendeiner Form mit der G4S zu tun?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich war dort Aufsichtsrat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Richtig. – Und jetzt haben wir diese Rechnung vom 19. März 2007. Waren Sie am 19. März 2007 Aufsichtsrat der G4S? (*Dr. Strasser: Ja!*) – Ja, aha.

Am 19. März wird die Rechnung gelegt an die Valora Unternehmensberatung über 204 000 €. Wissen Sie etwas über diese Rechnung? (*Dr. Strasser: Nein!*)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich weise darauf hin, dass die 5 Minuten Zusatzfragezeit zu Ende sind.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich wollte nur Folgendes fragen: Wissen Sie etwas über diesen Auftrag?

Ich sage es Ihnen ganz offen, Herr Dr. Strasser: Es war uns völlig unerklärlich, wozu es diesen Auftrag über 204 000 € gibt. Ich war der Meinung, weil Sie Aufsichtsratsmitglied von G4S waren beziehungsweise noch sind, dass Sie uns etwas über diesen Auftrag sagen können. Wir können den Auftrag der Telekom zuordnen, aber wir können aus



den Akten überhaupt nichts entnehmen, welches Interesse die Telekom hatte, diesen Auftrag zu vergeben.

Sie sitzen dort im Aufsichtsrat, und ich wollte einfach wissen, ob Sie irgendeinen Grund kennen, warum dieser Auftrag vergeben worden ist.

**Dr. Ernst Strasser:** Um welchen Auftrag geht es überhaupt? (*Abg. Dr. Pilz: Es ist der Auftrag ...!*) Ich bin Aufsichtsrat in einem Unternehmen – sind Sie Aufsichtsrat in irgendeinem Unternehmen? –, ein Unternehmen, das, glaube ich, 40 Millionen Umsatz hat. Glauben Sie, ein Aufsichtsrat, der viermal im Jahr tagt, schaut sich irgendeinen Auftrag an, der 204 000 € ausmacht?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es geht nicht darum, ob ich etwas glaube, sondern ich *frage* Sie einfach ... (*Dr. Strasser: Sie glauben das aber scheinbar!*) – Nein, ich *frage* Sie, ob Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht haben – nichts anderes.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe keine Wahrnehmungen darüber.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben zu dieser Rechnung keine Wahrnehmungen. – Okay. Das ist für mich erledigt. Danke.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Dr. Strasser, es gab seitens einer Firma von Herrn Hochegger Strategien und Umsetzungen für Vorstandspositionierungen in der Telekom Austria. Unter anderem gab es auch für den Gernot Schieszler solch eine Positionierung aus dem Jänner 2007, wo über seine Tätigkeit geschrieben wird und alles Mögliche drinnen ist, unter anderem auch eine Graphik zu einem Tischgespräch über die Kommunikationsmechanik, wie man den Herrn Schieszler besser positionieren kann.

Da gibt es eine Aufzählung – auch ein Advisory Board – von Personen und von Institutionen, die in diesem Advisory Board drinnen sind. Unter anderem ist das das Hayek Institut, dann Sie, Ernst Strasser, dann Karl Samstag, Heinz Lederer, Matthias Winkler und Hochegger beziehungsweise Bredl.

Haben Sie Kenntnis davon, dass Sie einem PR-Konzept von Hochegger für Schieszler zufolge diesem Advisory Board für Gernot Schieszler angehören sollten?

**Dr. Ernst Strasser:** Davon habe ich keine Kenntnis, aber ich habe über Einladung des Hayek Instituts an einem Mittagessen teilgenommen, bei dem auch Herr Schieszler war.

Ich habe im Vorfeld zu dieser Vernehmung nachgedacht, wann ich überhaupt irgendwann einen Kontakt mit Herrn Schieszler oder anderen Leuten gehabt haben konnte, und dort ist mir das wieder bewusst geworden. Es gab irgendeine Einladung zu einem Mittagessen – das muss zu finden sein – des Hayek Instituts, da hat das Hayek Institut mich eingeladen, und dort war auch Herr Schieszler zugegen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie sagen, wer damals bei diesem Gespräch oder bei diesem Mittagessen dabei war?

**Dr. Ernst Strasser:** Es war ein ausländischer Stargast von irgendeinem Schwesterninstitut aus Großbritannien. Der war sozusagen Keynote-Speaker – aus Großbritannien oder den USA, das weiß ich jetzt nicht –, und Sie wissen, wie das so mit Lunch- oder Dinner-Debatten geht. Zwischen Vorspeise und Hauptspeise spricht der Keynote-Speaker und dann wird diskutiert.

Wer da aller dabei war, das kann ich jetzt nicht sagen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie sich erinnern, ob eine der genannten Personen – ich kann sie Ihnen gerne noch einmal sagen: Karl Samstag, Heinz Lederer, Matthias Winkler beziehungsweise Herr Hochegger und, hier steht Bredl, ich nehme an, Herr Bredl – dabei waren bei diesem Essen?

**Dr. Ernst Strasser:** Das war ein Kreis von etwa 15, 20 Leuten, aber ich kann jetzt wirklich nicht sagen, wer da noch mit teilgenommen hat.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie uns vielleicht noch sagen, wann dieses Essen stattgefunden hat, denn diese Strategie und Umsetzung, diese Positionierung ist vom Jänner 2007. Wissen Sie noch, wann dieses Essen in etwa stattgefunden hat?

**Dr. Ernst Strasser:** Es müsste zwischen 2006 und 2009 gewesen sein, aber ich kann das jetzt nicht feststellen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Als Sie für die Vienna Capital Partners tätig waren, können Sie uns bitte noch einmal sagen, für welche Projekte Sie da verantwortlich waren, die für die Telekom Austria abgewickelt wurden?

**Dr. Ernst Strasser:** Meiner Erinnerung nach gab es in der Zeit, wo ich involviert war, zwei Projekte: das Projekt „Belvedere“ und das Projekt „Grand Prix“. Beide Projekte wurden nicht durchgeführt, weil die Voraussetzungen, die ... – Nein, beim zweiten Projekt hat sich meiner Erinnerung nach die Meinung der Telekom dazu geändert. Es wurde dann ab irgendeinem Zeitpunkt, der sehr bald war, Abstand genommen, dieses Unternehmen kaufen zu wollen.

Beim ersten Projekt, bei „Belvedere“, waren, wie ich schon ausführen konnte, die Vorgaben, die die Telekom gegeben hat, **nicht** gegeben, um das Projekt weiterzuführen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie uns Personen nennen, die diesen Teams für diese beiden Projekte angehört haben?

**Dr. Ernst Strasser:** Bei beiden Projekten war ganz sicher – ich sage das jetzt in Erinnerung – Frau Guzel Gumerova dabei, die zum damaligen Zeitpunkt unter anderem die Spezialistin für Telekom-Angelegenheiten in ganz Europa war. Es könnte sein, dass Herr Franta mit dabei war und ein, zwei Analysten, deren Namen ich jetzt nicht mehr präsent habe.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wissen Sie, wer den Vertrag zwischen der Vienna Capital Partners in Bezug auf das Projekt „Belvedere“ seitens der Telekom Austria unterzeichnet hat?

**Dr. Ernst Strasser:** In einer Zeitung habe ich gelesen, dass das der Herr Fischer gewesen sein soll.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Aber hatten Sie zum damaligen Zeitpunkt, als dieser Vertrag geschlossen wurde, eine Wahrnehmung darüber, wer diesen Vertrag unterzeichnet hat? (*Dr. Strasser: Nein!*) – Sie haben gesagt, Sie waren Managing Director der VCP Energy. Wer waren da Ihre Ansprechpartner in der Telekom Austria? Gab es da jemanden, mit dem Sie direkt in Kontakt getreten sind?

**Dr. Ernst Strasser:** Wir haben keinen Kontakt gehabt mit der Telekom Austria. Das war ein anderes Geschäftsfeld.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Bei diesen beiden Projekten, über die hier gesprochen wurde, „Belvedere“ und „Grand Prix“, wer waren da Ihre Ansprechpartner in der Telekom Austria?

**Dr. Ernst Strasser:** Das kann ich jetzt nicht namentlich benennen. Das waren immer eine ganze Menge, die sind immer aufgetaucht so zu fünft oder zu siebent, auch in wechselnden Konstellationen, und es war eine der Herausforderungen, eine klare Telekom-Meinung zu formulieren.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie da irgendwelche Namen nennen? Es müssen ja nicht immer alle sein.

**Dr. Ernst Strasser:** Es war jedenfalls jemand aus dem Controlling, der eher eine federführende Rolle dort hatte, aber ich habe den Namen nicht erinnerlich.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** War da jemals Herr Schieszler dabei? (*Dr. Strasser: Nein!*) – Mit welchen Abteilungen haben Sie da zusammengearbeitet? Sie haben das Controlling schon erwähnt. Gab es andere Abteilungen auch, mit denen Sie in diesem Zusammenhang in Kontakt getreten sind?

**Dr. Ernst Strasser:** Nicht wahrnehmbar, sondern das wurde vom Controlling organisiert, und die Leute sind dann dort dazugeholt worden. Es war aber immer eine sehr große Zahl, also immer mehr als sechs oder sieben.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Hatten Sie in dieser Funktion und für diese beiden Projekte auch Kontakte zu den Vorständen der Telekom Austria?

**Dr. Ernst Strasser:** Nein. Also Vorstände? In beiden Bereichen wäre der Verantwortliche das Vorstandsmitglied Fischer gewesen, denn damals waren Festnetz und – wie heißt das? – Mobilkom noch getrennt. Meiner Erinnerung nach hatte ich keinen Kontakt mit Herrn Fischer.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** In den Akten liegt ein Werkvertrag aus dem Jahr 2007 der Hohegger Kommunikationsberatung GesmbH mit der Telekom Austria, und dieser Werkvertrag hat zum Inhalt:

Ergänzung des Beratungsteams um Mag. Daniela Raschhofer, um professionelle Beratung und professionelles Lobbying vor Ort, Brüssel und Straßburg, sicherzustellen, Entwicklung eines konkreten EU-Lobbying Projektplanes.

Soll ich Ihnen das vorlegen lassen?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich kenne das nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ist Ihnen Frau Mag. Daniela Raschhofer bekannt?

**Dr. Ernst Strasser:** Ja, sie ist mir bekannt. Sie war einmal EU-Abgeordnete, glaube ich, oder Nationalratsabgeordnete. EU-Abgeordnete.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie war von 1996 bis 2004 EU-Abgeordnete der FPÖ.

Haben Sie eine Wahrnehmung darüber, dass Frau Mag. Daniela Raschhofer in Brüssel als Lobbyistin für die Telekom Austria tätig war?

**Dr. Ernst Strasser:** Da kann ich überhaupt nichts dazu sagen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Keine Fragen mehr. – Danke.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Herr Dr. Strasser, Sie haben ja einige Funktionen im öffentlichen Leben in Österreich ausgefüllt: sei es im Bundesland Niederösterreich, sei es auf Bundesebene.

Frage: Waren Sie irgendwann einmal von der Telekom eingeladen zu irgendwelchen Veranstaltungen? Kitzbühel-Rennen, Beach-Volleyball-Turnier Klagenfurt oder solche

repräsentativen Veranstaltungen, die die Telekom gesponsert und wo die Telekom eingeladen hat?

**Dr. Ernst Strasser:** Wissentlich nicht. Warum ich da langsam bin bei meiner Antwort, ist deshalb: Ich war einmal beim Beach-Volleyball-Turnier. Nach meinem Wissen habe ich von der G4S<sup>1</sup> die Karten bekommen. Das weiß ich aber jetzt nicht genau.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Für mich tut sich jetzt keine Frage auf, sondern das, was Kollege Pilz am Anfang bei seiner letzten Wortmeldung da gesagt hat, er wird jetzt einiges der Staatsanwaltschaft übergeben, Unterlagen und Ähnliches. Mir ist in dem Zusammenhang Ihre Antwort aufgefallen, wo Sie bezüglich der Polizeiermittlungsarbeit, wo Ihr Laptop sichergestellt worden ist betreffend der Konzepte der schriftlichen Dinge im Rahmen dieser Beratung von Hochegger mit Bulgarien, Innenministerium und Ähnliches, gesagt haben, die Leistung war es auf jeden Fall wert, weil Sie eine Person sind, die zum damaligen Zeitpunkt über einen der größten Erfahrungsschätze verfügt hat im Bereich der Polizeiarbeit, der Polizeireform, auch auf internationaler Ebene oder Ähnliches. Das war Ihre Selbstdarstellung, warum Sie eben diese besondere Expertise haben.

Da ist mir in Erinnerung gekommen, dass es bei Ihren Laptops oder sonst so Sachen immer irgendwelche Probleme gibt. Da haben wir einmal das G'schichterl gehabt, dass einmal ein Laptop bei einem Chauffeur durch die Gegend geflogen sein soll – das war eher ein G'schichterl –, dann sind eben diese ganzen sogenannten Strasser-E-Mails aufgetaucht. Dann haben wir hier im Spitzel-Untersuchungsausschuss den ehemaligen Kabinettschef Ita gehabt, der eine Festplatte von Ihnen aus dem Tresor des Ministerbüros genommen und zu Hause im Kamin angezündet oder eingeheizt hat, wobei man da weiß, dass so etwas eigentlich nur bei der Temperatur eines Hochofens schmilzt – abgesehen davon, dass es natürlich bedenklich ist, wenn Staatseigentum verbrannt wird, denn die Festplatte war ja Eigentum der Republik Österreich. Noch dazu gibt es die Bestimmung der Luftreinhalte; die Luftreinhalte ist natürlich auch ein bisschen problematisch, wenn man Kunststoff oder Ähnliches verbrennt.

Jetzt sind Sie da als der „Größte“ – unter Anführungszeichen, und ich formuliere es sehr spitz –, der mit der Polizeiarbeit zu tun hat, und ausgerechnet bei Ihnen ist es jetzt auch wieder so: Die Polizei nimmt Ihren Laptop, und denn bekommen Sie dann gelöscht zurück. Da ist wieder eine Panne passiert.

Ich muss sagen, diese Inzidenz der Ereignisse wundert mich bei einem ehemaligen Innenminister grundsätzlich sehr – oder vielleicht wundert es mich auch nicht.

Aber das war jetzt keine Frage an Sie, sondern eher eine Feststellung. – Ich habe keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Dr. Strasser, ich komme zurück auf dieses Projekt „Belvedere“ von VCP. Da steht drin, dass Folgendes möglich ist – Zitat –:

Weitere externe Konsulenten werden vom Auftraggeber in Abstimmung mit VCP beauftragt. – Zitatende.

Gab es solche weiteren externen Konsulenten im Rahmen dieses Projektes gemeinsam mit der Telekom? Wenn ja: Wer waren diese Konsulenten?

**Dr. Ernst Strasser:** Entschuldigung, ich durfte schon ausführen, dass das Projekt „Belvedere“ zu einem ziemlich frühen Zeitpunkt abgeschlossen werden musste, weil die Voraussetzungen, die die Telekom für die Umsetzung gegeben hat, **nicht** gegeben waren. Daher gibt es schon rein objektiv wenig Anlass zu derartigen externen

---

<sup>1</sup> Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Unterstützern. Ich habe auch keine Erinnerung daran, dass so etwas gemacht worden ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich komme noch einmal zurück auf diese rund 100 000 €, die im Zusammenhang mit Hochegger/Advisory Board geflossen sind. Wir haben dieses Projekt schon beleuchtet, das es gemeinsam mit der niederösterreichischen Landesregierung gab. Hochegger hat da noch angegeben, dass Sie fallweise den Herrn Stefan Krenn beraten hätten, der ja Mitarbeiter in der Hochegger-Firma war. Das ist insofern von Relevanz, als er vorher angibt – Zitat –:

Mag. Stefan Krenn kannte Dr. Ernst Strasser von seiner Tätigkeit als Büroleiter für den, glaube ich, damals Generalsekretär Lopatka.

Und dass auch dieser Mag. Stefan Krenn es war, nämlich der ehemalige Büroleiter des Lopatka, der den Kontakt zwischen Ihnen und Herrn Hochegger hergestellt und auch dieses Engagement eingefädelt hat.

Können Sie bestätigen, dass Mag. Stefan Krenn dieses Engagement eingefädelt hat?

Gibt es da einen politischen Zusammenhang zu Lopatka oder der Österreichischen Volkspartei?

Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für Hochegger jemals Beratungstätigkeiten gemeinsam mit diesem Stefan Krenn durchgeführt, wie es Hochegger angibt? Wenn ja: welche?

**Dr. Ernst Strasser:** Zuerst: Ich habe Herrn Mag. Krenn persönlich nicht gekannt. Er war mir aber vom Sehen her bekannt, irgendwo aus dem Parlament oder aus der Parteizentrale. Wie sich dann herausgestellt hat, war er angeblich ein Mitarbeiter des ehemaligen Generalsekretärs Lopatka.

Ich kann jetzt nicht sagen, ob Herr Mag. Krenn der Auslöser war, dass Herr Hochegger mich angerufen hat. Aber es hat mich Herr Hochegger angesprochen – wie ich das schon vor einiger Zeit hier ausführen konnte –, ob ich für dieses Projekt in Bulgarien zur Verfügung stünde.

Herr Mag. Krenn war ein Mitarbeiter von Herrn Hochegger, der nach dem Herrn Hochegger hauptzuständig für diese Bulgarien-Geschichte war. Insofern habe ich zwangsläufig mehr Kontakt mit Mag. Krenn gehabt. Es kann schon sein, dass bei dem einen oder anderen Kaffeegespräch auch andere Dinge besprochen worden sind. Aber ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung daran.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie schließen einen politischen Zusammenhang zur Österreichischen Volkspartei aus?

**Dr. Ernst Strasser:** Schließe ich vollkommen aus! Aus meiner Wahrnehmung damals hatte Herr Mag. Krenn zum damaligen Zeitpunkt, als er bei Hochegger war, mit der Volkspartei überhaupt nichts zu tun.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Eine Frage noch – wir wandern jetzt von Wien nach Spanien –: Sie geben in Ihrer Selbstanzeige beziehungsweise dann in diesem Steuerverfahren an, dass Ihre Wohnung – oder wie man das auch bezeichnet hat – auf Mallorca aus Ihren Einkünften im Rahmen Ihrer Gesellschaft finanziert wurde und dass Sie das dort angelegt haben, also in einer Immobilie angelegt haben.

Was können Sie zur Finanzierung dieser Wohnung auf Mallorca sagen? Sind da auch Gelder hineingeflossen, die Sie im Rahmen von Hochegger-Aufträgen lukriert haben?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Herr Abgeordneter, ich weise Sie darauf hin: Der Gegenstand Ihrer Frage ist **nicht** Verfahrensgegenstand. Es geht um eine Wohnung und ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja eben! Und diese Wohnung könnte sehr wohl unter anderem mit Finanzmitteln aus dem Hohegger-Engagement des Herrn Strasser finanziert worden sein. Daher ist das sehr wohl für den Ausschuss relevant.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Dann stellen Sie bitte die Frage entsprechend!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe die Frage genau so gestellt: wie diese Wohnung in diesem Zusammenhang finanziert wurde, ob dort Gelder aus seiner Tätigkeit für Hohegger hineingeflossen sind! (Dr. **Strasser: Nein!**)

Eine weitere Frage im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit für Hohegger – Sie waren da ja sehr aktiv, wie Sie es auch darstellen –:

Wie viele verschiedene Büros haben Sie denn insgesamt im Rahmen Ihrer Firmen und Tätigkeiten?

**Dr. Ernst Strasser:** Jetzt habe ich eines.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich frage das deswegen – ich zitiere hier aus den Steuerunterlagen –:

2006 gibt es Mietaufwände für Büro Jettsdorf, Büro Riemergasse, Büro Ungargasse und Betriebskosten Hartäckerstraße. 2007 kommen zu diesen Büromieten in Jettsdorf, Riemergasse ...

**Dr. Ernst Strasser:** Entschuldigung, darf ich da kurz mitschreiben?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also 2006: Büro Jettsdorf, Büro Riemergasse, Büro Ungargasse. – Wir legen Ihnen das Dokument vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

2006: Büro Jettsdorf, Büro Riemergasse, Büro Ungargasse, Betriebskosten Hartäckerstraße.

2007 kommen zu den 2006 angeführten Büros noch ein Mietaufwand und Betriebskosten für die Walfischgasse dazu.

2008 – Zitat – gibt es Mietaufwand Jettsdorf, Ungargasse, Zaunergasse, Betriebskosten Jettsdorf, Ungargasse, Walfischgasse, Zaunergasse und am Schluss Bad Ischl. Das sind größtenteils auch Mietaufwände für Büros.

Jetzt frage ich Sie Folgendes, weil Sie vorhin auch angegeben haben, Sie hatten nur Gelegenheitsmitarbeiter, und eigentlich war diese eine Firma, die CCE, de facto ein **Ein-Mann-Betrieb**, nämlich bestehend aus Ihnen selbst, im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit auch für Hohegger in diesem Bereich:

Warum haben Sie da so viele verschiedene Büros, Büromieten und Büroadressen gehabt? Was hat sich dort abgespielt? Was ist dort, in diesen Büros?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Sie müssen die Frage in Zusammenhang mit dem Verfahrensgegenstand und dem Beweisthema bringen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe nach diesen Büros gefragt, weil das ja ein Ein-Mann-Betrieb ist, nämlich die CCE, über die 100 000 € von Hohegger gelaufen sind.

Ich frage in diesem Zusammenhang, ob Dr. Strasser Tätigkeiten für Hohegger über diese Büros abgewickelt hat – und wenn nein, was sonst in diesen vielen

verschiedenen Büros stattfindet, weil es da eben derart viele verschiedene gibt. Bei einem Ein-Mann-Unternehmen ist das doch ein bisschen auffällig.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es erhebt sich auch die Frage, worin hier die politische Verantwortung besteht, wenn Sie diese Fragen stellen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das wird sich dann herausstellen, wenn die Auskunftsperson die Frage beantwortet, was die Verantwortung ist.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es liegt bei Ihnen, Herr Dr. Strasser, die Frage zu beantworten; sie ist eindeutig im Grauzonenbereich.

**Dr. Ernst Strasser:** Ich folge meinem Anwalt nicht und beantworte Ihnen diese Frage, weil es ja politisch gedacht ist und nicht sachlich.

Sie sehen sehr genau, das ist ein niederösterreichischer Standort – das ist Jettsdorf –, und das ist ein Wiener Standort. Da bin ich viel umgezogen, das stimmt, ich habe mich da persönlich des Öfteren verändert. Wenn Sie es genau wissen wollen: von der Hartäckerstraße in die Riemergasse, in die Ungargasse und dann in die Walfischgasse. Dort bin ich bis heute.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Es gibt eine von Hohegger im Jahr 2007 erstellte PR-Strategie für den damaligen Telekom-Manager Gernot Schieszler, worin Schieszler zahlreiche Vorschläge macht. Nach Hoheggers Vorstellungen sollten Sie in einen eigens zu schaffenden Beirat einziehen, der Schieszler regelmäßig mit öffentlichkeitswirksamen Inhalten und Themen versorgen sollte. Diese PR-Strategie umfasst 29 Seiten und wurde auch bezahlt, nämlich mit 465 000 € an Hohegger.

Wie können Sie sich erklären, dass Sie in diesem PR-Konzept genannt werden, in dieser PR-Strategie des Hohegger für den Herrn Schieszler, der keine unrelevante Person in der Telekom-Causa ist, die 465 000 € gekostet hat, dass Hohegger Sie anführt als Mitglied eines Beirates, der Schieszler beraten soll?

Haben Sie darüber mit Hohegger gesprochen? Was können Sie dazu angeben?

**Dr. Ernst Strasser:** Da müssen Sie Herrn Hohegger fragen. Ich kenne das nicht. *(Abg. Petzner: Sie wissen also auch nicht ...? – Obfrau Dr. Moser: Bitte, kommen Sie ...!)*

Und ich war auch nie Mitglied dieses Boards. Das ist ja das Wichtige.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dieses Beirates, meinen Sie?

**Dr. Ernst Strasser:** Oder Beirat, oder was immer das ist. *(Abg. Petzner: Beirat, ja!)* Meines Wissens nach: Ich habe keine Kenntnis, dass es so etwas gibt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben also auch nie irgendwelche ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, zur letzten Frage zu kommen!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich bin ohnehin bei der letzten Frage!

Sie haben also auch nie irgendwelche Beratungstätigkeiten oder andere Bereiche für Herrn Schieszler geleistet oder sind in einem Beirat gesessen?

Das ist deswegen von Relevanz, weil das ein wesentlicher Teil dieses PR-Konzeptes von Hohegger für Schieszler gewesen ist, und dafür wurden auch 465 000 € bezahlt. Daher frage ich das noch einmal.

Also: Nie Kontakt mit Schieszler? Nie mit Hohegger über Schieszler gesprochen? Nie Schieszler im Namen Hoheggers beraten oder sich mit ihm getroffen oder Ähnliches?

**Dr. Ernst Strasser:** Ich habe auf eine Frage von Frau Tamandl gesagt, dass ich einmal an einem Mittagessen teilgenommen habe auf Einladung der Hayek-Stiftung oder Hayek-Vereinigung, da war unter anderen auch Herr Schieszler anwesend. Ich erinnere mich deshalb, weil er sozusagen zwei Sessel weiter gesessen ist und neben mir dieser ausländischer Keynote-Speaker gesessen ist, den ich jetzt nicht mehr namentlich im Kopf habe.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen zu den Zusatzfragen. – Herr Abgeordneter Jarolim, bitte.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Nur eine kurze Frage: Es ist vorhin ventiliert worden, dass Sie bei der Group 4 im Aufsichtsrat waren. Es gibt auch einen Beratervertrag zwischen Ihnen und der Group 4, und der wird üblicherweise, wenn Sie Aufsichtsratsmitglied sind, im Aufsichtsrat behandelt: ob das genehmigt wird, da das Aufsichtsratsmitglied naheliegenderweise nicht gleichzeitig Unternehmen beraten kann, ohne dass sich daraus eine Kollision ergibt, und das natürlich genehmigt werden muss, so problematisch es ohnedies auch dann noch ist.

Gibt es einen derartigen Beschluss?

**Dr. Ernst Strasser:** Das weiß ich nicht. Das müssen Sie die Group 4 fragen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Aber Sie waren ja im Aufsichtsrat der Group 4!

**Dr. Ernst Strasser:** Ja, aber nicht zu dem Zeitpunkt, als der Beratervertrag abgeschlossen wurde.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Letzte Frage: Können Sie mir erklären – es ist nicht relevant, aber es macht einen Unterschied, weil wir Sie möglicherweise noch einmal einladen müssen –, warum Sie, wenn Sie wissen, dass Sie heute zur Telekom einvernommen werden, die Telekom nicht vorher fragen, ob sie Sie von Ihrer Geheimhaltungspflicht entbindet?

**Dr. Ernst Strasser:** Es tut mir leid, ich habe mit *niemandem* Kontakt aufgenommen im Vorfeld, weil ich mich nicht in irgendeine Situation begeben möchte, in der irgendwer aus diesem Kreis oder jemand anderer mir vorhält, ich hätte etwas verabredet.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sie brauchen sich ja nicht zu verabreden, Sie brauchen sich nur von der Verschwiegenheit *entbinden* zu lassen! Ich meine, jetzt müssen wir eben noch einmal einvernehmen, und das ist ja für uns alle nicht wahnsinnig witzig. Das ist eine praktische Frage, und da denke ich mir, dass Sie unter Umständen das Feeling haben, zu wissen, was sich da abspielen könnte. Aber ich meine, Sie müssen es nicht beantworten. Es ist ein Zeichen des Bedauerns, würde ich eher sagen. Aber so ist es eben. – Danke schön.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nur noch ganz kurz, wieder bezogen auf diese Rechnungen, von denen ich ja ausgehe und es für sehr wahrscheinlich halte, dass diese drei CCE-Rechnungen Scheinrechnungen sind: Da wird immer ein Vertrag zwischen der Hohegger Holding GmbH und der CCE Consulting GmbH vom 6. 7. 2006 erwähnt.

Verfügen Sie über ein Exemplar dieses Vertrages?

**Dr. Ernst Strasser:** Ja, ich denke, dass ich ihn haben müsste. Ich habe ihn aber jetzt nicht gefunden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wären Sie bereit, nachzuschauen? Und wenn Sie ihn finden, uns eine Kopie davon zur Verfügung zu stellen? (*Dr. Strasser: Selbstverständlich!*) – Wunderbar. – Danke.



**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Zusatzfrage: Abgeordnete Tamandl, bitte. (*Abg. Tamandl: Keine Zusatzfrage!*)

Zusatzfrage: Abgeordneter Rosenkranz, bitte. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Keine Frage!*) – Keine.

Zusatzfrage: Abgeordneter Petzner, bitte. (*Abg. Petzner: Keine Zusatzfrage!*) – Auch keine.

Dann bedanke ich mich bei der Auskunftsperson, Herrn Dr. Strasser.

(Die Auskunftsperson Dr. **Strasser** sowie dessen Vertrauensperson verlassen den Sitzungssaal.)

11.37

\*\*\*\*\*

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich werde jetzt die Sitzung zwecks einer Fraktionsrunde kurz unterbrechen, und wir setzen dann möglichst rasch wieder fort. Die Fraktionssitzung findet unmittelbar nach Verlassen der Journalistinnen und Journalisten im Vorraum des Lokals IV statt.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

11.38

\*\*\*\*\*

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.38 Uhr **unterbrochen**. – Fortsetzung der Beratungen um 12.33 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil**.)

\*\*\*\*\*

12.35

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** leitet – um 12.35 Uhr – zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, die **nächste** Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitten.

12.36

### Auskunftsperson Mag. Heinrich Pecina

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen nun zur Anhörung von **Mag. Heinrich Pecina** als **Auskunftsperson**.

Ich möchte mich bei Herrn Mag. Pecina für die Verzögerungen entschuldigen.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und Übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen sowie alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Lassen Sie bitte derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Pecina, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Heinrich Pecina, Geburtsdatum 23. Juli 1950; Adresse: Maria Ellend; Beruf: Vorstandsdirektor. Sie sind nicht in einem öffentlichen Dienstverhältnis.

Herr Mag. Pecina, auf die Auskunftsverweigerungsgründe gemäß § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*\*

Nun ersuche ich die Vertreter der Bild- und Fotomedien, den Saal zu verlassen. Ich habe Ihnen jetzt schon sowieso mehr Zeit eingeräumt als sonst üblich. Bitte, nehmen Sie diese Aufforderung nicht nur zur Kenntnis, sondern vollziehen Sie sie auch!

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um ihre Personaldaten ersuchen. Ihr vollständiger Name lautet: **DDr. Hans René Laurer**, am 23. Juni 1944 geboren, Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr DDr. Laurer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird, oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Ich setze die **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der **Belehrung** über die Strafdrohung bei einer

vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen können daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

\*\*\*\*\*

Herr Mag. Pecina, Sie haben auch noch die Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende Erzählung zu den Tatsachen zu geben, die Gegenstand des Zeugnisses sind. Möchten Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*) – Bitte.

**Auskunftsperson Mag. Heinrich Pecina:** Sehr geehrte Frau Obfrau! Werte Mitglieder des Untersuchungsausschusses! Meine Damen und Herren! Ich möchte von dieser Möglichkeit, eine zusammenfassende Darstellung zu machen, gerne Gebrauch machen, um bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit zu haben, auf mediale Erscheinungen, Artikel der vergangenen Wochen umfassend, aber auch im Detail, richtig Stellung zu nehmen.

Erstens: Die Firma Vienna Capital Partners, die ich hier als Vorstand vertrete, wurde von mir 1998 gegründet. Ich war zuvor ab 1990 in der Österreichischen Creditanstalt gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern damit beauftragt, das Investmentbankgeschäft der Creditanstalt in Form der Creditanstalt Investmentbank, deren Generaldirektor-Stellvertreter ich war, aufzubauen, und habe dann nach meinem Ausscheiden aus der Creditanstalt 1997 die Gelegenheit ergriffen, 1998 die Firma **Vienna Capital Partners** zu gründen.

Etliche der besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen Creditanstalt Investmentbank sind im Laufe der folgenden Jahre in mein heutiges Unternehmen gekommen und arbeiten heute im Rahmen der VCP.

Die Region, die wir sozusagen abdecken, sind die Länder der Europäischen Union, welche in den letzten Jahren beigetreten sind oder vielleicht auch beitreten werden. So haben wir dementsprechend in den vergangenen Jahren etliche Transaktionen, auch großen Umfangs, in diesen Ländern – von Polen über Ungarn und Rumänien bis zu Ländern des Balkan-Raumes – durchgeführt. Wir betreiben eine aktive Homepage, wo wir im Rahmen des Möglichen auch darüber informiert halten.

Die Beratungsleistung **Corporate Finance**, in Österreich als Unternehmensberatung geführt, ist ein klassischer Bereich des Investmentbankgeschäftes. Diesen Bereich haben wir als Kernbereich in der VCP in Ausführung. Das bedeutet, dass man Unternehmen bei der Akquisition von anderen Unternehmen oder Unternehmensteilen berät: sei es im Ankauf oder im Verkauf.

Das ist ein komplizierter, langwieriger und auch hochprofessioneller Prozess. Ich habe in meiner Firma, die zu leiten ich das Vergnügen habe, auch dementsprechend hochqualifizierte Leute, insgesamt etwa 55 bis 60 Menschen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, verstreut zwischen Österreich und Polen, wo wir eine große Niederlassung haben.

Ich sage das eingangs deswegen, weil diese Firma nicht ein Einmannbetrieb ist, der plötzlich Leistungen erbringen würde, für die er eigentlich nicht bekannt ist oder für die er nicht prädestiniert wäre. Wir haben in dieser Firma Menschen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit spezifischer und langjähriger Erfahrung, was Transaktionen im Telekombereich betrifft. Die Firma gehört insgesamt fünf Partnern und einer Partnerin, sprich einer Dame, die entsprechend beteiligt sind. Es handelt sich im Konkreten um eine Dame, nämlich um Frau Guzel Gumerova, die bereits in der Zeit der Creditanstalt Investmentbank Leiterin des entsprechenden Telekomteams war und bis heute diese Funktion in der VCP ausübt.

Ich möchte jetzt zu den Fakten der zwei Mandate kommen, welche wir als VCP von der Telekom Austria hatten und die, wie ich glaube, Gegenstand der Befragung sein werden, nämlich die Mandate, die unter den Codenamen „**Belvedere**“ und „**Grand Prix**“ aufscheinen und durchgeführt wurden.

Ich möchte zunächst damit beginnen, dass ich selbstverständlich in Vorbereitung des heutigen Termins bei der Telekom Austria ersucht hatte um Befreiung der entsprechenden Geheimhaltungsvorschriften, denen die Firma VCP ansonsten unter den schriftlich abgeschlossenen Mandatsvereinbarungen unterliegt beziehungsweise, falls keine Befreiung erfolgt wäre, unterlegen wäre. Ich habe diese Befreiung schriftlich mit und darf Sie der Frau Vorsitzenden übergeben.

*(Die Auskunftsperson überreicht der Obfrau ein Schriftstück.)*

Beide Mandate – um damit zu beginnen – wurden von uns, sprich von der VCP und den zuständigen Personen, als Geschäftsoportunitäten oder Möglichkeiten an die Telekom Austria herangetragen. Es war also **nicht** so, dass eines oder beide diese Projekte von der Telekom Austria an uns herangetragen worden wären – was eine Möglichkeit gewesen wäre und als geschäftlicher Normalfall natürlich immer wieder passiert –, sondern beide Geschäftsfälle wurden von unseren Leuten entsprechend identifiziert, vorgeschlagen und entwickelt.

Zunächst zum Projekt „**Belvedere**“. Der industrielle Hintergrund dieses Projektes war, dass zu dem gefragten Zeitraum, sprich in den Jahren 2006 und 2007, in der Telekombranche insgesamt die Glasfasernetzwerke mit großen Investitionsvolumina ausgebaut wurden, und zwar nicht nur in Österreich, sondern auch in den angrenzenden Ländern.

Sehr große Investitionsvolumina waren hierfür erforderlich, und es gab einen Wettbewerb zwischen Unternehmen, sich da schnell – es ging um Zeit – einen Platz zu sichern, um dann entsprechend Serviceleistungen anbieten zu können. Konkret waren das in Österreich unter anderem die Telekom Austria und auch die Energieversorger in den einzelnen Bundesländern, vor allem in Niederösterreich und Wien.

Es ging in diesem Zeitraum auch darum, dass dieser Ausbau von der öffentlichen Hand in verschiedenen Formen und Möglichkeiten, auch durch die Breitbandförderung, mitfinanziert wurde.

Die zweite Transaktion, „**Grand Prix**“, ist im Übrigen – das ist jetzt nur ein Vorgriff auf das Spätere – nichts anderes als ein großes Telekommunikationsunternehmen gewesen, das in fünf Ländern Mitteleuropas solche Netzwerke bereits groß ausgebaut hatte und von den damaligen Eigentümern in einem öffentlichen Prozess, nämlich in

einem Tendersverfahren, verkauft wurde. Nun war es so, dass wir im Jahre 2005, und zwar etwa Ende Oktober, Anfang November 2005, aufgrund von VCP-internen Informationen von Ernst Strasser darauf aufmerksam gemacht wurden, dass es eine Wettbewerbssituation gibt, die eigentlich konkret im Fall von Niederösterreich und der Telekom Austria eine gewisse Unzufriedenheit auf allen Seiten hervorruft.

Es war unser Telekomteam, welches in einem Prozess von Anfang November 2005 bis ganz konkret 17. Februar 2006 einen Vorschlag für die Telekom Austria erarbeitet hat, nämlich zu versuchen, mit einzelnen regionalen EVUs zu einer sinnvollen Zusammenarbeit zu kommen und einzelne dieser Netzwerke vielleicht zu kaufen, vielleicht auch gegen eine Beteiligung an der Telekom Austria, aber jedenfalls in sinnvoller Art und Weise zu handeln und Investitionsmittel nicht doppelt in Anspruch zu nehmen.

Vonseiten meiner Firma waren an diesem Gespräch, an diesem Prozess insgesamt sieben Personen beteiligt, und zwar unter der Leitung meiner Partnerin, welche das Telekomteam führt und die größte Erfahrung dabei hat. Das ist Frau Gumerova, österreichische Staatsbürgerin, aber nicht in Österreich geboren. Es waren also sieben Personen, wobei auch ein zweiter Partner der Firma an diesem Team beteiligt war, nämlich Herr Christian Fischer, der die gesamte analytische Kapazität unserer Firma leitet. – Wir beschäftigen permanent etwa 10 bis 15 Analysten.

Wir haben dazu am 17. Februar 2006 nach etlichen Gesprächen, Präsentationen, Verhandlungen bei der Telekom Austria einen Vorvertrag gezeichnet beziehungsweise als **Term Sheet** unterschrieben. Das war ein **Vorvertrag**, welcher vonseiten der Telekom Austria von Herrn Rudolf Fischer und vonseiten meiner Firma von mir unterschrieben wurde, und zwar verhandelt von meinem Team, das ausgezeichnet ist.

Auf Basis dieses Vorvertrages wurde sodann in weiterer Folge in den Monaten darauf der **eigentliche Vertrag** verhandelt, der umfangreich ist, etwa 20 Seiten, der natürlich unter anderem durch die Rechtsabteilung der Telekom Austria ging. Dieser wurde schließlich am 7. September 2006 unterschrieben, seitens der Telekom Austria von Herrn Fischer und Herrn Schieszler, wie es meines Erachtens auch notwendig ist, dass rechtsverbindlich dann eben zwei Vorstandsmitglieder unterschreiben.

Dieser Vertrag orientiert sich vom Textaufbau und von den Bestimmungen her an einem Mustervertrag, wie wir ihn als Firma national, aber vor allem international verwenden. Er war in **deutscher Sprache** verfasst – normalerweise werden diese Verträge bei uns in englischer Sprache verfasst. Er enthielt keine außergewöhnlichen Bestimmungen, keine außergewöhnlichen Konditionen, die nicht in allen übrigen Verträgen ebenfalls zur Anwendung kommen würden oder gekommen wären.

Dieser Vertrag beinhaltete als Kompensation für die Arbeit erstens einen üblichen sogenannten **Retainer** – das wurde hier als Beratungshonorar ins Deutsche übersetzt – von 10 000 € pro Monat, alle Beträge ohne Mehrwertsteuer, welcher tatsächlich verrechnet wurde, nämlich von März 2006 bis März 2007 und dann nochmals von Juli bis September 2007, sodass unter diesem Titel „Retainer“ insgesamt 160 000 € ohne Mehrwertsteuer vereinnahmt wurden.

Zweitens beinhaltet der Vertrag eine Klausel zur Abgeltung von Barauslagen gegen Nachweis der Kosten. Unter diesem Titel wurden insgesamt 814,49 € verrechnet. Dieser Betrag enthält auch Mehrwertsteuer.

Drittens beinhaltete der Vertrag eine **Success Fee**, eine Erfolgskommission für den Fall des erfolgreichen Abschlusses einer oder mehrerer Transaktionen. Diese Success Fee kam **nicht** zur Anwendung, da es aufgrund der Willensbildung der Vertragsparteien schließlich zu **keinem** Abschluss kam.

In diesem Zeitraum hat mein Team intensiv daran gearbeitet. Wir haben – das sei auch gesagt – in der Firma eine genaue Kostenerfassung. Dazu zählt auch eine Zeiterfassung. Ich kann Ihnen sagen, dass wir aufgrund der Zeiterfassung, aufgrund der Aufzeichnungen, die mir vorliegen, für beide Projekte zusammen, nämlich „Belvedere“ und „Grand Prix“ insgesamt 1 281,50 Arbeitsstunden erfasst haben; das sind die Stunden meines Teams. Bei beiden Projekten zusammen war Herr Strasser laut Aufzeichnungen mit 44 Stunden beteiligt, das entspricht 3,4 Prozent.

Wenn ich jetzt im Vorgriff schon auf das Projekt „Grand Prix“, das ich ebenfalls noch ausführlich schildern möchte, die Erlöse berechne, die wir als VCP AG bei beiden Geschäftsfällen zusammen vereinnahmten, so ergibt das 160 000 € und 75 000 €. Das ergibt also zusammen 235 000 € ohne die weiterverrechneten Spesen. Damit komme ich auf einen Stundensatz für die Beschäftigten – das ist jetzt eine rein kalkulatorische Größe – von 183,45 €.

Dieses Projekt „Belvedere“ wurde in seiner Abwicklung einmal ausgesetzt – darauf habe ich, glaube ich, schon kurz verwiesen –, und zwar im Jahr 2007 in den Monaten April, Mai und Juni; weil wir uns in dieser Zeit intensivst um das andere Projekt, nämlich um „Grand Prix“, kümmerten. Es ist dann wieder aufgenommen worden, nachdem vom Vorstand der Telekom Austria beschlossen wurde, das Projekt „Grand Prix“ nicht weiter zu verfolgen, und wurde schließlich im September 2007 auf Beschluss des Vorstandes der Telekom Austria, dass es wohl nicht zu einem Abschluss kommen könnte mit einem der EVUs, beendet.

Dieses Projekt war genauso wie das Projekt „Grand Prix“ kein Geheimprojekt der Telekom Austria. Es waren an diesem Projekt insgesamt – laut unseren Aufzeichnungen, die mir vorliegen – elf Personen der Telekom Austria zumindest laufend damit beschäftigt. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen diese Namen später noch zur Verfügung stellen. Das zweite Projekt, das Projekt „Grand Prix“, war Folgendes: Eine große Firma namens **GTS**, welche in Mitteleuropa große Investitionen über die vorvergangenen Jahre gemacht hatte im Ausbau eines Glasfasernetzwerkes, kam Anfang 2007 zum Verkauf. Wir kannten diese Firma schon die Jahre zuvor, wir kannten auch die Umstände, wir kannten auch das Management und waren daher informiert, dass dieses Unternehmen zum Verkauf kommen würde. Es wäre auch vom industriellen Sinn her für die Telekom Austria, so meine ich, sehr sinnvoll gewesen, dieses Glasfasernetzwerk in den angrenzenden Ländern Österreichs zu erwerben. Und wir haben im Februar 2007 die Telekom Austria persönlich darauf aufmerksam gemacht, dass es da zu einem Tenderverfahren kommen würde.

Wir haben dazu am 20. Februar 2007 eine entsprechende Mandatsvereinbarung als Berater der Telekom Austria unterschrieben. Das **Tenderverfahren** wurde **international** ausgeführt. Auf der Verkaufsseite war eine Bank namens **KBC** mit dem Tenderverfahren, mit dem Ausschreibungsverfahren befasst. Wir haben, wie es üblich ist, in diesem Verfahren unter größtem Zeitdruck arbeiten müssen.

Es gab ein geordnetes Verfahren, ein dreistufiges: erste Stufe: Interessenbekundung; zweite Stufe: ein bedingtes Offert abgeben; dritte Stufe: Endverhandlungen.

Es wurde ein umfangreiches Team zusammengestellt mit anderen externen Rechtsberatern, mit Wirtschaftsprüfern für den dann folgenden Überprüfungs- und Due-Diligence-Prozess. Es wurde auch die mit der Durchführung des Tenderverfahrens beauftragte Bank KBC von der Telekom Austria schriftlich informiert, dass wir als VCP als exklusive Berater für die Telekom Austria mandatiert wurden, und wer von der VCP dafür als Ansprechpartner exklusiv nominiert wurde, nämlich Frau Gumerova. Das war in schriftlicher Form.

Dieses Verfahren ist dann so ausgegangen, dass knapp vor Abgabe eines bedingten Offertes – das wäre dann im Mai 2007 gewesen – der Vorstand der Telekom Austria sich entschlossen hatte, kein verbindliches Offert abzugeben und nicht mehr an diesem Tenderverfahren teilzunehmen. Damit war dann mit noch ein paar Versuchen, einen Co-Investor zu bringen, das Projekt im Juni beendet.

Für diesen Zeitraum der intensiven Bearbeitung haben wir drei Retainer von jeweils 25 000 € vereinnahmt von der Telekom Austria, was sicherlich unsere Kosten genauso wie bei dem Projekt „Belvedere“ nicht gedeckt hat. Ich glaube, dass auch die anderen Berater, wie zum Beispiel Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht umsonst gearbeitet haben werden.

Herr Strasser hat bei diesem Projekt überhaupt keine Rolle gespielt, bis auf – laut Stundenaufzeichnung – dreieinhalb Stunden, die er in diesem Zusammenhang erfasst wurde. Das mögen interne Besprechungen gewesen sein.

Ich möchte abschließend noch ein kurzes Wort prinzipieller Natur über die **Honorargestaltung** in unserem Geschäftsbereich sagen. Das Investmentbank-Geschäft in diesem Bereich der Beratung – oder auf Englisch: **Corporate Finance** – basiert international, als Standard, auf folgenden Honoraren:

erstens: ein sogenannter Retainer. Ein Retainer ist ein Honorar, das man ab der Unterzeichnung des Mandatsvertrages erhält oder eines Vorvertrages, wo man entsprechende Verpflichtungen eingeht, als da sind nicht nur Vertraulichkeit, sondern auch Information, Beachtung von Interessenkonflikten, weil man ab diesem Zeitpunkt keine ähnlichen Beratungsverträge eingehen könnte, man ist also gebunden, man ist „**retained**“ seitens des Auftraggebers. Man unterschreibt damit große Verpflichtungen, auch was Verantwortlichkeit betrifft, man hat Haftungen, unter anderem dafür, was man tut oder nicht tut. Man muss eine entsprechende Personalkapazität bereithalten, ohne zu wissen, wann genau sie abgerufen werden wird.

Der Retainer ist auch eine Zahlung dafür, dass der Auftraggeber es ernsthaft meint. Nichts ist schlimmer für einen Corporate-Finance-Berater, als wenn er unter Vertrag genommen und dann seine Leistung nicht wirklich abgefragt wird. Das passiert manchmal, um jemanden so zu blockieren, damit er nicht für die Konkurrenz tätig sein könnte.

Das zweite Element ist die **Erfolgsprovision**. Die Erfolgsprovision ist **das** Element, wo man wirklich Geld verdient und die gesamten Kosten dadurch abgedeckt hat – noch einmal: Mein Unternehmen beschäftigt in etwa 55 bis 60 Personen. Die Erfolgsprovision berechnet sich prinzipiell nach dem Transaktionsvolumen. Es gibt viele Möglichkeiten, wie man dieses Transaktionsvolumen definiert: als Unternehmenswert, als Eigenkapitalwert – da gibt es viele Möglichkeiten, aber es ist das Transaktionsvolumen, das die Basis ist. Dafür wird ein Prozentsatz genommen, der je nach Größenordnung der Transaktion variieren kann. Je größer die Transaktion ist, desto prozentual geringer ist dieser Betrag. Bei Transaktionen, die in viele Hunderte Millionen Euro gehen, mag das eine Größenordnung von einem halben, von einem dreiviertel Prozentpunkt sein – je kleiner die Transaktion, desto größer der Prozentsatz.

Üblich ist in etwa 1 Prozent bis 1,5 Prozent bei kleinen Transaktionen. Das Projekt „Belvedere“ war so gesehen eine sehr kleine Transaktion, das Projekt „Grand Prix“ wäre wesentlich größer gewesen. Wir wissen nicht genau, zu welchem Preis dann verkauft wurde, wir schätzen, es waren in etwa 300 Millionen bis 400 Millionen €; so berechnete sich auch die vorgesehene Erfolgsprovision.

Das Dritte ist noch – ich will das anmerken –, das sich als Entwicklung der vergangenen Jahre eingebürgert hat, dass eine sogenannte **Incentive Fee** gezahlt wird. Das heißt, dass der Auftraggeber ohne rechtliche Verpflichtung, wenn er mit der Arbeit der Investmentbank oder des Investmentbank-Beraters zufrieden war, freiwillig – freiwillig! – einen bestimmten Prozentsatz bezahlt, in etwa in der Größenordnung von der Hälfte der Erfolgsprovision. Eine solche Incentive Fee hatten wir da **nicht** vereinbart; war auch noch nicht Marktstandard zu diesem Zeitpunkt; heute wäre es das.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ihre Ausführungen sind sehr, sehr eindrucksvoll, nur: die Zeit läuft. Vielleicht könnten Sie zum Ende kommen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich bin schon fertig. Ich möchte nur noch sagen, wir hatten in diesem Zusammenhang, sowohl was „Belvedere“ als auch „Grand Prix“ betrifft, mit niemandem eine Subprovision oder eine Subvereinbarung, wir haben dieses Geld **ausschließlich** als VCP AG vereinnahmt. – Danke.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** erteilt als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich werde jetzt versuchen, eine kleine, kleine Spur zeitökonomischer vorzugehen.

Sagen Sie: Wie viele Monate war Ernst Strasser im Projekt „Belvedere“ beschäftigt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Herr Abgeordneter Pilz, ich kann Ihnen nur aufgrund der Zeiterfassungen die Zahl geben, dass Dr. Strasser beim Projekt „Belvedere“ – „Belvedere“, glaube ich, war Ihre Frage (**Abg. Dr. Pilz: Ja!**) –, dass er bei dem Projekt „Belvedere“ (**Obfrau Dr. Moser: 44 Stunden!**) 40,5 Stunden zugerechnet hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, das habe ich mir auch ausgerechnet. Ich habe Sie aber etwas anderes gefragt: Wie viele Monate, nein, sagen wir so: Über welchen Zeitraum, in Monaten gemessen, war Strasser an diesem Projekt beschäftigt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Dieser Zeitraum hat begonnen praktisch mit der gesamten Laufzeit. Also ich kann jetzt nicht ersehen, ob er jeden Monat Zeit darauf verwendet hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und wie viele Monate war diese gesamte Laufzeit?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ach so, die Monate, das kann ich Ihnen gerne sagen.

Der Vorvertrag wurde unterschrieben im Februar 2006, und es gab dann eine Unterbrechung, wo wir ... Nein, also gut, sagen wir, ... dem Februar 2006 und lief dann bis September 2007.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das sind also – wenn es jetzt keine Unterbrechung gegeben hat – 16 Monate, ist das richtig? – Das heißt, nach meiner Rechnung gehen wir einmal aus von 16 Monaten, sollen es 15 oder 17 sein. (**Mag. Pecina:** 19 Monate, ja!) 19, Entschuldigung, dann mache ich meine ganze komplizierte Rechnung neu. – Dann hat der gesamtverantwortliche Managing Director Ernst Strasser für das Projekt „Belvedere“ pro Monat im Schnitt 2,3 Stunden gearbeitet.

Sagen Sie: Arbeiten bei Ihnen Managing Directors, die die Gesamtverantwortung für ein Projekt tragen, im Schnitt 2 Stunden im Monat? Ist das üblich?

**Mag. Heinrich Pecina:** Herr Abgeordneter Pilz, ich darf Sie darauf verweisen, dass Sie sich offensichtlich auf den Vorvertrag beziehen, betitelt „Term Sheet“, welcher am 17. Februar unterschrieben wurde, wo tatsächlich unter „Projektteam“ steht: Gesamtverantwortung: Ernst Strasser, Managing Director.



Im Beratungsvertrag – ich weiß nicht, ob der Ihnen vorliegt – ist davon **nicht** die Rede.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mir geht es um etwas anderes, weil ich ähnliche Phänomene aus der Politik kenne: dass Leute die Gesamtverantwortung übernehmen – und sich dann herausstellt, dass die qualitativ und quantitativ kaum feststellbar ist. Und mich interessiert jetzt einfach in diesem Zusammenhang, ob bestimmte Gesetze herkömmlicher Politik auch für Projekte Ihres Unternehmens gelten.

Seien Sie also so freundlich und schildern Sie einfach dem Ausschuss, wie Ernst Strasser mit etwas über 2 Stunden Gesamtbelastung pro Monat die Gesamtverantwortung getragen hat, damit wir uns das konkret vorstellen können.

Was hat Strasser da gemacht? Was hat er da alles getragen? Und wie hat er als Direktor das gesamte Projekt gemanagt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Erstens: Die Bezeichnung „Managing Director“ ist ein freier Titel. In der VCP hatte er keine Funktion oder keinen Titel. Er war auch nicht Prokurist, er war auch nicht Handlungsbevollmächtigter. Das ist ein Titel, der aus der VCP Energy, wo er geschäftsführender Gesellschafter war, sozusagen ihm mitgegeben war. – Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Es steht hier diese Bezeichnung „Gesamtverantwortung: Ernst Strasser“ auf dem Vorvertrag drauf. Ich glaube, sagen zu können, dass damit insbesondere gemeint war, dass in der Ansprache der Eigentümer der regionalen EVUs ... – Und er war ja unser Berater. Ernst Strasser war ja nicht Berater der Telekom, er war unser Berater ... – Wie hier am besten die Ansprache erfolgen könnte, dass man eben hier, wenn ich es so ausdrücken darf, einen gewissen Hintergrund gegeben hatte. Die tatsächliche Verantwortung bei uns intern war bei Frau Gumerova, die hier auch die entsprechende Erfahrung hatte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was hat denn Herr Dr. Strasser, der Managing Director Strasser, für diese Tätigkeit erhalten? Wie viel?

**Mag. Heinrich Pecina:** Für diese Tätigkeit hat Herr Strasser keine Bezahlung erhalten. Er hatte diese Funktion im Rahmen seiner Gesamttätigkeit für die VCP oder die VCP-Gruppe ausgeübt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Strasser hat ja im VCP-Energy-Bereich – das geht aus anderen Unterlagen hervor – nach einer gewissen Zeit nichts mehr getan.

Frage: Wie hoch war Strassers Gehalt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Herr Dr. Strasser hatte eine **Gesamtkompensation** für seine Tätigkeit im Aufbau der VCP Energy und als Berater für uns, wo er sein Wissen und seine Kontaktmöglichkeiten und seine Möglichkeiten sozusagen als unser Berater umsetzen konnte. Und das war ein Fixum für seine gesamte Tätigkeit in dem Dreijahresvertrag, den er hatte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja. Und wie hoch war dieses Fixum?

**Mag. Heinrich Pecina:** Dieses Fixum möchte ich als Geschäftsgeheimnis, wie ich es meine, des Unternehmens **nicht** nennen. Ich möchte aber so viel nennen, dass die Zahlen, die in den Medien im Umlauf waren mit 500 000 € und mehr, maßlos übertrieben sind beziehungsweise dem sehr guten Einkommen oder Fixum eines führenden Mitarbeiters des Unternehmens entsprachen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das kann alles oder nichts heißen.

So, jetzt frage ich einmal den Verfahrensanwalt, wie er die Angelegenheit sieht mit der Berufung auf das Betriebs- beziehungsweise Geschäftsgeheimnis.

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Meines Erachtens ist es kein Betriebsgeheimnis, aber möglicherweise ein Geschäftsgeheimnis, wie Ihr Unternehmen Berater, die von außen kommen, honoriert – da stehen Sie auch in Konkurrenz zu anderen –, sodass das durchaus – vielleicht bedarf es noch einer näheren Begründung, um darüber entscheiden zu können – als Geschäftsgeheimnis angesehen werden kann und die präzise Angabe dann unter dem Geschäftsgeheimnis nicht gemacht werden müsste in öffentlicher Sitzung. Aber da müssten wir noch etwas hören ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, ich nehme das eh so zur Kenntnis. Es ist aus einem anderen Grund auch nicht so wichtig. Aber in dem Moment, in dem die Auskunftsperson sagt, im Bereich der üblichen Gehälter, schaut es nicht mehr sehr nach Geschäftsgeheimnis aus, weil die üblichen Gehälter kann man ...

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Ich meine, wenn Sie die Frage stellen, was der übliche Bereich des Angestellten ist, dann wäre das meiner Auffassung nach zu beantworten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Jetzt bringen Sie mich auf die wunderbare Idee zu fragen: Was ist eigentlich das übliche Gehalt? (*Heiterkeit.*)

**Mag. Heinrich Pecina:** Das ist nicht nur eine sehr gute Idee, sondern auch eine sehr gute Frage.

Also ich würde meinen, dass ein sehr gutes Einkommen, das für alle Fix-Angestellten oder jedenfalls für jene, die nicht in Partnerschaft sind, weil Partner in einem solchen Unternehmen bedeutet, man hat überhaupt kein fixes Einkommen, sondern man ist nur am Gewinn beteiligt, und das kann sehr viel oder auch gar nichts sein. Also: ein sehr gutes Gehalt würde ich in der Größenordnung zwischen 200 000 bis 300 000, 350 000, vielleicht 400 000 € ansetzen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann nehmen wir doch 300 000 €, multiplizieren das mit diesen drei Jahren, dann sind wir auf 900 000 €, ich rechne jetzt einfach so vor mich hin.

Über diese 44 Stunden hinaus hat in dieser Zeit Herr Dr. Strasser für VCP noch irgendetwas geleistet? Ich habe nämlich keinen Hinweis darauf gefunden.

**Mag. Heinrich Pecina:** Also ich meine, dass Dr. Strasser nicht total untätig war, wie es jetzt aus Ihrer Frage herauskommen würde, und dem, glaube ich, hätte ich auch nicht zugeschaut. Herr Dr. Strasser war sehr wohl bei Projekten im Ausland tätig und hat, glaube ich, aber auch in seiner Funktion als Berater war er für uns sehr intensiv, na ja sehr intensiv, war auf jeden Fall sehr tätig. Immerhin haben wir auch vieles an Einsichten ihm zu verdanken. Und ich würde also meinen, jedenfalls wäre es unfair, zu sagen, dass seine ganze Tätigkeit aus 44 Stunden bestanden hätte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, ich bin jederzeit bereit, das geringfügig aufzurunden, an dem soll es überhaupt nicht scheitern. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass wir uns da wesentlich in den dreistelligen Bereich hineinbewegen.

Nehmen wir einmal an, 100 Stunden, geschenkt, aber wenn Sie hernehmen 900 000 €, und ich gehe jetzt von sagen wir einmal 100 Stunden aus, dann muss es doch einen Grund geben, warum Herr Dr. Strasser, den ich nicht als Investmentbanker und auch nicht als Telekom-Experten kennen gelernt habe, dann auf ein Stundenhonorar von 9 000, na sollen es 6 000 oder 5 000 sein, kommt.

Sind Sie wirklich so reich, dass Sie sich um dieses Geld einen in Investment- und Telekomfragen völlig ahnungslosen Dr. Strasser leisten? Und was sagen eigentlich Ihre Miteigentümer dazu?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich kann Ihre Rechnung, Herr Dr. Pilz, nicht nachvollziehen, ich möchte aber versuchen, Ihre Frage anders zu beantworten, nämlich inhaltlich.

Die Aufgabe von Herrn Dr. Strasser war nicht, an Telekom-Projekten zu arbeiten. Das war, wenn Sie so wollen, in diesem Fall wirklich nur ein Nebenprodukt. Seine Aufgabe war es, im Energiebereich in einer eigenen Firma, die wir dafür gegründet haben, wo er geschäftsführender Gesellschafter war, in einem klar umgrenzten oder definierten Bereich zu arbeiten, eine Organisation aufzubauen, entsprechende Projekte zu bearbeiten. Ich dachte, dass Herr Dr. Strasser ein Mensch ist, der organisatorische Erfahrung hat und der andere Organisationen – sei es nicht nur das Innenministerium, sondern auch das „Hilfswerk“ beispielsweise – mit großem, jedenfalls das „Hilfswerk“ mit großem Erfolg reorganisiert hat.

Dr. Strasser hatte zuvor, bevor er in diese Funktionen kam, Erfahrung in der Industrie. Er war bei einem Privatunternehmen Prokurist, bei einem sehr großen und bedeutenden Privatunternehmen. Und diese Aufgaben waren es, für die er primär und mit der entsprechenden auch Exklusivität ausgestattet unter Vertrag genommen wurde. Das wäre auch für ihn eine große Chance gewesen, immerhin als geschäftsführender Gesellschafter mit einer Beteiligung von 10 Prozent, schließlich, bei Erfolg, auch entsprechend finanziellen Erfolg zu haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte den Bereich „Belvedere“ dann bald abschließen. Ein paar letzte Fragen: Das Geld ist ja von der Telekom Austria gekommen.

War die Telekom Austria informiert, dass Dr. Strasser in diesem Projekt die Gesamtverantwortung übernimmt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Die Telekom Austria war unser Klient, Klient der VCP AG. Daher hat die Telekom Austria auch die Rechnungen der VCP AG bezahlt. Das ist auch nachvollziehbar. Wir sind eine Aktiengesellschaft. Wir sind geprüft von Price Waterhouse. Also das ist alles – wie soll ich sagen? – genau nachvollziehbar. Herr Dr. Strasser war der Telekom Austria natürlich auch bekannt und diese unglückselige Formulierung im Term Sheet, das Term Sheet war ja von Herrn Rudolf Fischer unterschrieben, das Term Sheet muss ja auch in der Telekom Austria bekannt gewesen sein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War es ein Wunsch der Telekom Austria, dass Dr. Strasser in diesem Projekt beschäftigt wird?

**Mag. Heinrich Pecina:** Das ist mir nicht bekannt. Das weiß ich nicht. Ich habe auch diesen Vertrag nicht persönlich verhandelt, sondern habe das meiner Leiterin für das Telekom-Geschäft, die sehr professionell ist und lange Jahre Erfahrung hat, überlassen, habe auch mit Herrn Fischer oder mit Herrn Schieszler diesbezüglich keinerlei Kontakt gehabt, wie ich die beiden Herren auch ansonsten nicht persönlich kenne und weder zu diesen noch zu irgendwelchen anderen Geschäftsfällen dazu ein Gespräch hatte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Am 10. Juli 2008 haben Sie dann einen weiteren Vertrag mit Herrn Dr. Strasser geschlossen. Da gibt es ein Memo, streng vertraulich, über diesen Vertrag. Und darin heißt es – ich zitiere jetzt nur die wichtigsten Passagen –:

Lieber Ernst, mein Angebot an dich, wie am 2. Juli mit dir mündlich erörtert und in diesem Memo zusammengefasst, zu deiner weiteren Zusammenarbeit mit VCP beziehungsweise VCP-Gruppe lautet wie folgt:

1. Die neue Vereinbarung wird auf zwei Jahre abgeschlossen, bis 30.6.2010.

2. Deine künftige Tätigkeit wird sich auf zwei Bereiche konzentrieren:

a) Lobbyingtätigkeit mit den dir in Österreich, aber auch international zugänglichen Meinungsträgern für VCP-Interessen sowie Kontaktmanagement und laufende Beratung der VCP hinsichtlich aller politisch interessanten Entwicklungen.

b) Umsetzung dieser Tätigkeit –

also offensichtlich politisches Lobbying –

in Beziehung auf die Anbahnung von Geschäftskontakten beziehungsweise den Abschluss von Transaktionen sowie deren teilweise Begleitung nach Maßgabe und Abstimmung mit beziehungsweise durch die VCP-Geschäftsleitung.

3. Deine Remuneration wird aus drei Komponenten bestehen:

a) ein Fixum von 150 000 € pro Jahr, dafür wird ein Konsulentenvertrag abgeschlossen,

b) für die politische Lobbyingtätigkeit ein Performance-abhängiger Bonus von 100 000 € und dann

c) noch eine Erfolgsprovision für mögliche Geschäftsanbahnungen. – Zitatende.

Dieser Vertrag ist von Ihnen und von Ernst Strasser unterschrieben worden.

Sagen Sie: Wozu haben Sie zum damaligen Zeitpunkt den politischen Lobbyisten Ernst Strasser gebraucht? Wir kennen ja inzwischen aus Bild- und Tonaufnahmen Genaueres über die Möglichkeiten des Herrn Dr. Strasser in Bezug auf politisches Lobbying. Wozu haben Sie ihn gebraucht?

**Mag. Heinrich Pecina:** Dieses Papier, dieses Memo, das Sie jetzt zitiert haben, wurde so nie umgesetzt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Unterschrieben haben Sie es beide.

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich habe es unterschrieben, es wurde aber so nie umgesetzt, sondern wir haben uns im September 2008, nachdem der Dreijahres-Vertrag abgelaufen war, im guten Einvernehmen voneinander getrennt. Bis Ende Herbst 2008 wurden dann seine alten Verträge, die bis zu dem Zeitpunkt abgelaufen waren, abgerechnet. Wie gesagt, dieses Memo, aus dem Sie zitiert haben, wurde so nie umgesetzt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und damit war für Sie das Kapitel Ernst Strasser erledigt. (*Mag. Pecina: Richtig!*) – Okay, danke.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Pecina, wir haben von Ihnen erfahren, dass Sie die Geschäftsfelder Telekom und Energie betreut haben.

Welche weiteren Geschäftsfelder hat Ihr Unternehmen? Womit beschäftigen Sie sich? Und was ist Ihre Aufgabenstellung im Unternehmen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Entschuldigung. Ich habe die Frage jetzt nicht ganz verstanden.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Sie haben im Zuge Ihres Eingangsstatements dargestellt, dass Sie sich mit Geschäftsfeldern wie Telekom,

Telekommunikationstechnologien beziehungsweise auch Energie, wie durch die Thematik Strasser dargestellt, beschäftigen.

Welche weiteren Aufgabenfelder haben Sie in Ihrem Unternehmen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, meinen Sie, in welchen Industriebereichen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** In welchen Bereichen sind Sie sonst noch tätig?

**Mag. Heinrich Pecina:** In welchen Industriebereichen wir tätig sind? (*Abg. Hornek: Ja!*) – Die Tätigkeit ist nicht industriespezifisch. Es geht darum, dass ein Unternehmen ein anderes Unternehmen kaufen oder verkaufen möchte.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, Sie sind in allen Geschäftsfeldern tätig, wo es um den Ankauf und Verkauf von Unternehmen geht. Habe ich Sie so richtig verstanden?

**Mag. Heinrich Pecina:** Prinzipiell ja.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Was ist Ihre Aufgabenstellung im Unternehmen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich bin Vorstand des Unternehmens, also Geschäftsführer, wenn Sie wollen. (*Abg. Hornek: Des Mutterunternehmens?*) – Der VCP AG.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Können Sie mir darstellen, wie aus Ihrer Sicht die Aufgabenstellung des Herrn Dr. Strasser war: Hat es über die beiden bereits genannten Bereiche hinaus für Energie – was mich etwas verwundert hat – beziehungsweise auch Telekommunikation andere Aufgabenstellungen gegeben, die uns jetzt noch nicht bekannt sind?

**Mag. Heinrich Pecina:** Dr. Strassers Aufgabenstellung war, im Bereich der VCP Energy das Geschäft aufzubauen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Aber meine Frage war: Hat es weitere Aufgabenstellungen gegeben, die heute noch nicht hier dargestellt und diskutiert worden sind?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ansonsten war er für uns beratend, wenn Sie so wollen, tätig. Aber seine Hauptaufgabe war, das Geschäft im Bereich der VCP Energy zu entwickeln.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Wer waren in Ihrem Unternehmen jene Personen, die hauptsächlich mit Herrn Dr. Strasser kommuniziert haben, die Aufgabenstellungen definiert, die mit ihm enger zusammengearbeitet haben?

**Mag. Heinrich Pecina:** Das kann ich so allgemein nicht beschreiben, weil in der Dreijahresperiode hatte er natürlich mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Kontakt.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, es hat keine direkte Kontaktperson in Ihrem Unternehmen gegeben, die mit Herrn Dr. Strasser zusammengearbeitet hat?

**Mag. Heinrich Pecina:** Dr. Strasser hatte sicherlich einen Hauptkontakt zu mir persönlich. Aber er hat schließlich natürlich mit allen Personen Kontakt.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, Herr Dr. Strasser war für Sie so wichtig, dass Sie sich persönlich um Ihren Mitarbeiter gekümmert haben?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich kümmere mich um **alle** meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das ist löblich.

Welche Verträge hat es zwischen der TA und der VCP beziehungsweise mit weiteren Ihnen zuzurechnenden Unternehmen gegeben?

**Mag. Heinrich Pecina:** Welche Verträge zwischen der TA, der Telekom Austria, meinen Sie? (*Abg. Hornek: Ja!*) – Und?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Der VCP und möglichen Tochterunternehmen Ihres Unternehmens gegeben?

**Mag. Heinrich Pecina:** Zwischen der Telekom Austria und der VCP gab es diese von mir zuvor geschilderten zwei Beratungsverträge. (*Abg. Hornek: Keine weiteren?*) – Mir ist nichts bekannt.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Auch keine von Ihren möglichen Tochterunternehmen, die es ja in einer Vielzahl gibt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Also jedenfalls keine Beratungsverträge. Es gibt Verträge, wo wir Leistungen der Telekom Austria, normale Serviceleistungen in Anspruch nehmen. (*Abg. Hornek: Konkret welche?*) – Naja, wir sind Kunde der Telekom Austria.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Auf welcher Ebene wurden diese Verträge ausgehandelt? Wer war da federführend: Sie persönlich wieder?

**Mag. Heinrich Pecina:** Die Frage, glaube ich, habe ich bereits beantwortet. Diese zwei Verträge wurden seitens meines Unternehmens von der für Telekom-Projekte zuständigen Mitarbeiterin beziehungsweise Partnerin verhandelt.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Entspricht es der Tatsache, dass der sogenannte Mandatsvertrag zum Projekt „Grand Prix“ vom Februar 2006 von den TA-Vorständen Fischer und Schieszler unterzeichnet wurde?

**Mag. Heinrich Pecina:** Der Mandatsvertrag zum Projekt „Grand Prix“ wurde von Fischer und Schieszler unterschrieben, ja.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Welche weiteren Kontakte hatten Sie zu Herrn Gernot Schieszler? (*Mag. Pecina: Gar keinen!*) – Sie haben lediglich zur Kenntnis genommen, dass dieser Vertrag von ihm unterzeichnet wurde, und hatten nie mit Herrn Schieszler Kontakt, auch in anderen Geschäftsfeldern nicht?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich hatte mit Herrn Schieszler keinen Kontakt.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Im Mandatsvertrag heißt es auf der letzten Seite wörtlich – ich zitiere –:

Wir stimmen dem Inhalt dieses Schreibens zu und anerkennen die Verbindlichkeit der Mandatsbedingungen für die Transaktion Grand Prix, als ob diese in diesem Schreiben vollständig enthalten wäre. – Zitatende.

Wie ist diese Formulierung zu verstehen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Jeder Vertrag besteht laut Mustervertrag aus den Allgemeinen Vertragsbedingungen, die der Telekom Austria aus dem vorangegangenen Vertrag „Belvedere“ schon bekannt waren. Und nachdem wir hier bei diesem Projekt praktisch den besonderen Teil neu adaptieren mussten, meine ich, dass darauf Bezug genommen war, dass diese Allgemeinen Vertragsbedingungen der Telekom Austria eben schon bekannt waren. Es wurden dann dafür auch noch eben die allgemeinen Mandatsbedingungen nochmals unterfertigt in weiterer Folge.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Ist eine derartige Vorgangsweise bei Ihnen üblich?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich sehe nichts Außergewöhnliches in dieser Vorgangsweise. (*Abg. Hornek: Also üblich?*) – Ich sehe da nichts Außergewöhnliches.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Momentan keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Herr Pecina, erstens einmal danke für die ausführliche Darstellung beziehungsweise vor allem – das möchte ich wirklich festhalten –, dass Sie sich ausdrücklich von der TA von der Geheimhaltung befreien haben lassen. Das gelingt offensichtlich nicht **allen** Auskunftspersonen in dieser Deutlichkeit so.

Nur ein paar kurze Fragen. Kennen Sie Herrn Peter Hochegger beziehungsweise haben Sie mit diesem bei Projekten zusammengearbeitet?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich kenne Herrn Hochegger nur aus der Zeitung.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Zweite Frage zu Herrn Strasser. Sie haben uns ja erklärt, er ist für das Telekom-Projekt von der Verantwortlichen in Ihrem Firmenkonglomerat für Telekom ausgewählt worden für eine spezifische Arbeit. Man hat sich dann einvernehmlich getrennt.

Wissen Sie den Grund für die einvernehmliche Trennung?

**Mag. Heinrich Pecina:** Strassers Vertrag war nach drei Jahren im Sommer 2008 abgelaufen. Wir konnten uns schließlich nicht auf eine Verlängerung einigen, beziehungsweise glaube ich, dass er zu diesem Zeitpunkt bereits andere Pläne hatte.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Das heißt, er wäre inhaltlich noch wertvoll gewesen für das Projekt, aber man hat sich aus zeitlichen, finanziellen Gründen, was immer, nicht einigen können.

**Mag. Heinrich Pecina:** Man hat sich nicht geeinigt, beziehungsweise hatte Dr. Strasser offensichtlich schon andere Pläne.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nur ein paar ganz, ganz kurze Fragen. – Ihr Auftreten hier beweist, Sie sind ein sehr smarterer Geschäftsmann, Sie sind auch sehr, sehr erfolgreich, wenn ich das sagen darf oder wenn man auch den diversen Medienberichten in den Wirtschaftszeitungen und -magazinen Glauben schenken darf, über Ihre erfolgreichen Akquisitionen.

Umso mehr frage ich mich, was war für den smarten, erfolgreichen und auch finanziell –ich formuliere es einmal sehr vorsichtig – sehr gut ausgestatteten Heinrich Pecina mit seinem sehr erfolgreichen Unternehmen VCP der konkrete Grund, das konkrete Motiv, ausgerechnet den ehemaligen Innenminister von der Österreichischen Volkspartei, Ernst Strasser, für sein Unternehmen zu engagieren?

**Mag. Heinrich Pecina:** Herr Abgeordneter Petzner, zunächst herzlichen Dank für Ihre lobenden Worte, aber um bei den Fakten zu bleiben: Erstens sagt ein altes Sprichwort, es wäre schön, aber es ist leider nicht möglich, **heute** auf den Kursen von **gestern** zu handeln. Das heißt, zu dem Zeitpunkt, als Ernst Strasser sich entschloss, aus der Politik in die Privatwirtschaft zu gehen, war er meiner Einschätzung nach ein Mann, der nicht nur starkes organisatorisches Talent hatte, sondern auch bestrebt war, etwas Neues aufzubauen. Und nach langen Gesprächen Anfang 2005 – da hatte sich Strasser schon aus der Politik verabschiedet – hatte ich gedacht, dass er diese Chance verwirklichen könnte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aus Ihren Formulierungen heraus ergibt sich für mich eine, sage ich dazu, persönliche Frage, die Sie nicht beantworten müssen, weil es wirklich eine persönliche Frage ist, aber ich stelle sie trotzdem. Wenn Sie es nicht beantworten wollen, müssen Sie es ja auch nicht.

Rückblickend gesehen, auch in der Zeitform, in der Sie sprechen: Würden Sie heute, auf Basis Ihres heutigen Kenntnisstandes der Person Ernst Strasser, seine erbrachten oder nicht erbrachten Leistungen für Ihr Unternehmen im Vergleich zu den Zahlungen, zum Einkommen oder zu den finanziellen Vorteilen, die er durch Sie bekommen hat oder das Gehalt, das Sie ihm bezahlt haben, noch einmal einen Ernst Strasser in Ihrem Unternehmen engagieren oder nicht? Wenn nein: warum nicht?

**Mag. Heinrich Pecina:** Den zweiten Teil Ihrer Frage brauche ich nicht zu beantworten, denn der ist selbstredend. Aber zum ersten Teil der Frage sage ich ganz offen, zum heutigen Zeitpunkt sind viele Umstände und Details bekannt, die mir damals nicht bekannt waren, und daher würde ich den ersten Teil Ihrer Frage mit einem Nein beantworten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie würden ihn heute nicht mehr engagieren, aber ich komme noch einmal zurück zum Engagement damals.

Haben Sie damals, als Sie Strasser engagiert haben für die VCP, auch schon über konkrete Projekte gesprochen, wo Sie ihn einsetzen wollen, wo er tätig sein wird – oder war das eher einmal so eine Art Rahmenvereinbarung, er kommt einmal zu Ihnen ins Unternehmen und dann wird man schauen, welche Tätigkeitsfelder sich ergeben? Oder hat man schon zum Zeitpunkt seines Engagements bei Ihnen genau besprochen, für welche konkreten Projekte er mit welchem Aufgaben- und Verantwortungsbereich eingesetzt wird?

**Mag. Heinrich Pecina:** Der konkrete Bereich, von dem damals die Rede war, war der Energiebereich, weil es in diesem Bereich – damals bis heute – große Chancen und Möglichkeiten geben sollte; im Kraftwerksbereich, in der erneuerbaren Energie, in der Entwicklung neuer Energietechnologien und deren Umsetzung.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Es gibt dazu auch einen Artikel vom 22. April 2005 in der Zeitschrift „FORMAT“: „Strassers neuer Job“. Der Artikel ist eine richtige Lobeshymne auf Ernst Strasser, ich weiß nicht, ob das „FORMAT“ es noch einmal so schreiben würde, aber das muss man das „FORMAT“ fragen.

Da werden auch Sie zitiert, auch Herr Strasser, und es wird davon gesprochen, dass es um Projekte im Strombereich, im Energiebereich geht, dass man vor allem in Osteuropa etwas Neues machen will. Zitat Pecina: „Hier bieten sich große Chancen, etwa durch Umrüsten auf Gas oder Biomasse.“, et cetera. Es dreht sich immer alles um diesen Energiebereich, um Strom und Kraftwerke.

Meine konkrete Frage dazu: War Ernst Strasser dann tatsächlich ausschließlich für diesen Bereich tätig, was damals auch seine öffentliche Job-Description war, oder hat sich das dann verschoben? Was hat Herr Strasser dann konkret für einzelne Themenbereiche in Ihrem Unternehmen bearbeitet, und wo ist er aktiv gewesen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Wir haben etliche Energieprojekte in angrenzenden Ländern konkret vor Augen gehabt, bearbeitet und zu entwickeln versucht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aber es waren, als Sie Strasser engagiert haben, die konkreten Projekte „Belvedere“ und „Grand Prix“ – darauf will ich eigentlich hinaus – und die Telekom-Projekte, zum damaligen Zeitpunkt schon Thema – oder haben sich diese Projekte erst dann erst im Laufe der weiteren Zusammenarbeit ergeben?

**Mag. Heinrich Pecina:** Diese beiden Projekte, Telekom-Belvedere und Grand Prix, waren zu dem Zeitpunkt, Anfang 2005 – ich nehme an, darauf nehmen Sie Bezug –, nicht bekannt. Wie ich heute eingangs schon gesagt habe, wurden beide Projektideen von uns zu einem viel, viel späteren Zeitpunkt an die Telekom Austria herangetragen,



nämlich Belvedere Ende 2005 und Grand Prix aufgrund der objektiven Umstände dann erst Anfang 2006.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Da kommen wir jetzt zum Punkt. Strasser, vor allem auch öffentlich kommuniziert, engagiert für den Energiebereich, VCP Energy, für Osteuropa, für Strom, et cetera. Und dann kommen irgendwann diese Telekom-Projekte, ich formuliere es einmal so, und plötzlich taucht da in diesem Belvedere-Papier, in diesem Sheet der Herr Strasser als Gesamtverantwortlicher seitens der VCP auf, als gesamtverantwortlicher Projektleiter.

Wie kommt es plötzlich dazu, dass Sie Strasser nicht weiterhin mit Energiefragen in Osteuropa befasst haben, sondern plötzlich mit Telekom-Projekten? Was konkret haben Sie sich da vom Herrn Strasser erhofft, da das ja nicht zu seinem ursprünglichen, hier gerade ausgeführten Profil gepasst hat, weswegen Sie ihn eigentlich engagiert haben?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich glaube, diesen Fragenkomplex habe ich ausführlichst bereits am Beginn meiner Ausführungen und gegenüber dem Abgeordneten Pilz im Detail beantwortet.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe beim Kollegen Pilz genau zugehört, da haben Sie nicht geantwortet. Daher frage ich konkreter: Sie haben das Bundesland Niederösterreich hier genannt. Niederösterreich, und das zweite Bundesland war Wien. Haben Sie sich erhofft, dass Ernst Strasser bei Entscheidungsträgern in Niederösterreich, und das kann nur die einzige Begründung sein, für mich logisch, durch seine politischen Kontakte – ehemaliger ÖVP-Landesgeschäftsführer in Niederösterreich, Innenminister, ranghohes ÖVP-Mitglied, Minister, beste Kontakte zu Landeshauptmann Pröll, zu den niederösterreichischen Entscheidungsträgern –, haben Sie Ernst Strasser deswegen in dieses Projekt eingeführt, weil er in Wahrheit so eine Art politischer Lobbyist für Ihre Interessen bei den zuständigen politischen Instanzen des Landes Niederösterreich und der Österreichischen Volkspartei Niederösterreich war, um Ihre Interessen im Zusammenhang mit dem Telekom-Projekt Belvedere durchzusetzen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich muss Sie korrigieren, es ging nicht um unsere Interessen, sondern wenn dann ging es um die Interessen der Telekom Austria, weil wir Berater der Telekom Austria waren, erstens. Zweitens war der Herr Strasser ja intern **unser** Berater diesbezüglich, und drittens war er derjenige, der uns beraten konnte, wie und in welcher Form man die Gesprächspartner – und ich muss mich korrigieren, das war Niederösterreich, das war Oberösterreich – am besten kontaktiert.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also Sie korrigieren von Niederösterreich auf Oberösterreich?

**Mag. Heinrich Pecina:** Nein, ich korrigiere von Wien auf Oberösterreich.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also sprechen wir jetzt von Niederösterreich und Oberösterreich? (*Mag. Pecina: Ja!*) Gut!

Dann bleiben wir bei Niederösterreich und Oberösterreich. Das ist schon richtig, die Telekom war ihr Kunde, Sie haben die Telekom beraten. Aber Sie werden ja auch das Ziel gehabt haben, erfolgreich zu sein.

Daher stelle ich an Sie die Frage noch einmal, die Sie jetzt konkret mit einem Ja oder Nein beantworten: War der Hintergedanke dieses Engagements Strassers bei diesem Projekt – Sie haben jetzt Oberösterreich und Niederösterreich genannt, beides Bundesländer unter einer ÖVP-Dominanz, beides sehr mächtige ÖVP-

Landeshauptleute –, dass er Ihr politischer Lobbyist in diesen beiden Bundesländern, für Ihre Interessen im Zusammenhang mit diesem Projekt „Belvedere“ war?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich wiederhole das, was ich gesagt habe, und ich werde keine Suggestivfragen mit einem Ja oder Nein beantworten, wenn Sie mir das gestatten.

Ich wiederhole: Dr. Strasser war unser interner Berater diesbezüglich, und das war's.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das war keine Suggestivfrage, sondern ich habe gefragt, ob Sie Dr. Strasser für politisches Lobbying eingesetzt haben, bei den zuständigen Behörden in Niederösterreich und in Oberösterreich. Das ist eine Frage, die ist **nicht** suggestiv, die kann man ganz leicht mit einem Ja oder Nein beantworten.

**Mag. Heinrich Pecina:** Für politisches Lobbying diesbezüglich haben wir ihn nicht verwendet und auch nicht zu verwenden brauchen. Nochmals: Es ging um die Interessen der **Telekom Austria**.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Herr Pecina, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Ihre Antwort auf die Frage des Kollegen Petzner, dann sehen Sie jetzt die Beauftragung von Ernst Strasser als Fehlinvestment in Ihrem Unternehmen. – Kann man das so bezeichnen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe auf die Frage, ob ich Herrn Strasser mit dem Wissensstand von heute nochmals beschäftigen würde, geantwortet, dass ich es auf Basis vieler Fakten oder Informationen, die mittlerweile zutage traten, nicht mehr tun würde.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie Ernst Strasser nicht mehr beauftragen würden, hätten Sie damals diese Informationen bereits gehabt.

Sie haben ein Interview im „FORMAT“ gegeben, wo Sie zitiert werden: „Er wird sich als geschäftsführender Gesellschafter der VCP Energy GmbH um diesen Bereich kümmern.“

Kollege Petzner hat bereits auf die angebliche oder fehlende Qualifikation von Ernst Strasser im Energiebereich verwiesen. Auch mir war Ernst Strasser nur als Innenminister bekannt, nicht als Energieminister. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir jemals im Innenausschuss über Fragen der Energieeinsparung oder Energiepolitik diskutiert hätten.

Was war der wirkliche Grund, Ernst Strasser mit einem **Thema** zu beauftragen, das nie das **Thema** von Ernst Strasser war?

**Mag. Heinrich Pecina:** Die Aufgabe in der vorgesehenen Form war eine organisatorische und geschäftsführungsmäßige, nicht eine technische im Sinne einer technischen Spezialkenntnis.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Sie haben uns zuerst am Beispiel von „Belvedere“ dargelegt, dass Ernst Strasser 40,5 Stunden für das Gesamtprojekt gearbeitet hat.

Meine Frage: Wie viele Stunden hat Ernst Strasser für die VCP Energy GmbH gearbeitet, und gibt es da auch Stundenaufzeichnungen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Diese Frage kann ich jetzt nicht beantworten, ich habe sie auch nicht vorbereitet. Aber Dr. Strasser war, davon gehe ich aus, hauptsächlich dafür tätig.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Hat Ernst Strasser die Möglichkeit gehabt, als geschäftsführender Gesellschafter der VCP Energy GmbH auch Aufträge zu vergeben, Subaufträge also? Wenn ja: Hat er derartige Aufträge vergeben?

**Mag. Heinrich Pecina:** Mir ist nichts von derartigen Aufträgen bekannt.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Aber Sie können sie auch nicht ausschließen?

**Mag. Heinrich Pecina:** Wenn das der Fall gewesen wäre, dann sollte ich davon gewusst haben.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Kommen wir zu diesem Memo, das Kollege Pilz eben angesprochen hat. Dieses Memo ist datiert mit 4. Juli 2008. Sie haben dargelegt, dass dieses Memo nie umgesetzt worden ist, und zwar in keiner Richtung. – Stimmt das? (*Mag. Pecina: Richtig!*) – Ich finde hier unter Ziffer 3 in der Beschreibung der Remuneration, unter Punkt b – ich möchte die Beträge nicht bewerten, aber da steht der Begriff **politische Lobbying-Tätigkeit**.

Was verstehen Sie unter **politischer Lobbying-Tätigkeit** in Ihrem Unternehmen? Was sollte Ernst Strasser tun?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich habe jetzt dieses Memo nicht vor mir.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Sie beziehen sich jetzt auf Punkt 3b? (*Abg. Mag. Maier: Ja!*) Damit war jedenfalls keine parteipolitische Lobbying-Tätigkeit gemeint, sondern eine Tätigkeit, wo er uns als Unternehmen eher bei Geschäftsabschlüssen, bei Kundenkontakten erfolgreich unterstützen könnte.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Politische Lobbying-Tätigkeit wird insbesondere in diesem Ausschuss etwas anders verstanden, aber ich habe Ihre Darstellung so zur Kenntnis genommen.

Unter Punkt 4 dieses Memos werden über die weitere Entwicklung der Gesellschaft der VCP Energy Holding GmbH Aussagen getroffen.

Wann wurde die VCP Energy Holding GmbH eigentlich liquidiert – oder gibt es dieses Unternehmen immer noch?

**Mag. Heinrich Pecina:** Das Unternehmen wurde in den darauffolgenden Monaten – ich kann jetzt keinen genauen Zeitpunkt angeben – stillgelegt.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Jetzt entnehme ich hier, dass Ernst Strasser an diesem Unternehmen beteiligt war. Ich zitiere:

Dein Anteil wird zum wirtschaftlichen Wert übernommen und die Firma und ihre Töchter stillgelegt. – Zitatende.

Wie hoch war der Anteil von Ernst Strasser, und wie hoch war der wirtschaftliche Wert?

**Mag. Heinrich Pecina:** Sein Anteil wurde zum Nominale, den er eingezahlt hatte, wieder zurückgenommen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wie viele Töchter hatte das Unternehmen? Es heißt hier:

Dein Anteil wird zum wirtschaftlichen Wert übernommen und die Firma und ihre Töchter stillgelegt. – Zitatende.

Welche Töchter sind da gemeint?

**Mag. Heinrich Pecina:** Das war aus rein formalen Gründen, glaube ich, eine Tochter, das kann ich Ihnen jetzt nicht genau beantworten. Aber jedenfalls hat Ernst Strasser für die Anteile wiederum nur den Betrag, den er einbezahlt hatte, zurückbekommen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich möchte jetzt zu den beiden Vertragswerken kommen, die Sie von den Bedingungen her als **üblich** bezeichnet haben. Ich habe mich als Jurist etwas gewundert über einige Formulierungen, aber ich nehme es zur Kenntnis.

Mich würde interessieren, in welcher Form Ernst Strasser an der Errichtung dieser Verträge mitgearbeitet hat: „Belvedere“ und „Grand Prix“.

**Mag. Heinrich Pecina:** Bei „Belvedere“ und „Grand Prix“, diesen Mandatsverträgen? (*Abg. Mag. Maier: Ja!*) Welche Verträge meinen Sie jetzt genau? Die zwei ...

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich meine „Belvedere“ und „Grand Prix“. In welchem Umfang und in welchem Ausmaß hat Ernst Strasser an diesen Verträgen mitgearbeitet?

**Mag. Heinrich Pecina:** Mir ist kein Umfang oder kein Einsatz seinerseits bei den Verträgen bekannt.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Also Sie sagen – das ist für uns wichtig –, dass Ernst Strasser an der Gestion dieser Verträge nicht mitgearbeitet hat?

**Mag. Heinrich Pecina:** Mir ist nicht bekannt, dass er daran mitgearbeitet hätte. Und ich sage nochmals, dass das Musterverträge sind, oder dass diese Verträge auf Basis von Musterverträgen, die von uns immer wieder verwendet werden, gestaltet wurden.

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

Können Sie Ihre Frage – vielleicht habe ich Sie missverstanden – wiederholen?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wir haben hier die beiden Verträge, „Belvedere“ und „Grand Prix“.

Meine konkrete Frage war und ist: In welchem Umfang hat Ernst Strasser an der Errichtung, Ausformulierung dieser Verträge mitgearbeitet?

**Mag. Heinrich Pecina:** Meines Wissens gar nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich komme noch einmal zurück zu Ihrem Engagement des Herrn Strasser. Sie haben die Bundesländer Oberösterreich und Niederösterreich im Zusammenhang mit dem Projekt „Belvedere“ genannt.

Können Sie uns die Hintergründe ausführen, warum es wichtig gewesen wäre und in welcher Form das hätte geschehen sollen, dass sich diese beiden Bundesländer in dieses Projekt einbringen? Können Sie bitte die wirtschaftlichen, die strategischen, die finanziellen Hintergründe ganz genau und konkret erläutern?

**Mag. Heinrich Pecina:** In Niederösterreich und in Oberösterreich waren der Netzausbau und damit der Wettbewerb, die Konkurrenz zwischen der Telekom Austria und den Landes-Energieversorgungsunternehmen am größten. Insofern wäre eine Kooperation, eine Zusammenarbeit von der Telekom Austria und den lokalen Netzbetreibern am sinnvollsten gewesen, um eben Doppel- und Parallelinvestitionen zu vermeiden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Es wäre sinnvoll gewesen für die Telekom Austria. Hätte das funktioniert, welchen wirtschaftlichen Vorteil hätte das der Telekom Austria gebracht? Sie werden das als Finanzexperte sicher relativ genau ausgerechnet haben und auch beziffern können?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich kann es jetzt im Nachhinein nicht genau ausrechnen und auf Punkt und Komma beziffern. (Abg. **Petzner:** Dann geben Sie uns eine Grobschätzung!)

Ich gehe davon aus, dass es dadurch sowohl für die Telekom Austria als auch für die Landesenergieversorger möglich gewesen wäre oder gewesen sein sollte, Investitionen in diesen beiden Bereichen nicht zu verdoppeln, nicht parallel zu haben, sondern entsprechend zu **reduzieren**, wodurch die entsprechenden Mittel anders hätten verwendet werden können, und zwar in einem nicht unwesentlichen Bereich; was immer auch wesentlich ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Es hätte der Telekom Austria, aber auch den Landesenergieversorgern, der EVN zum Beispiel für Niederösterreich, wirtschaftliche Vorteile gebracht Ihrer Auffassung nach.

Geben Sie eine Grobschätzung über diesen wirtschaftlichen Vorteil durch die Reduktion von Kosten, durch die Erreichung von Synergieeffekten ab?

**Mag. Heinrich Pecina:** Dazu kann ich Ihnen jetzt nicht ad hoc eine konkrete Ziffer nennen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe Sie um eine Grobschätzung gebeten.

**Mag. Heinrich Pecina:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das glaube ich Ihnen nicht. Sie sind so gut vorbereitet, ich habe Sie eingangs so gelobt, dass Sie sich so genau und detailgetreu äußern – und jetzt können Sie keine Grobschätzung abgeben für ein ganz, ganz wichtiges Projekt, das Sie betreut haben? Das ist für mich jetzt nicht ganz nachvollziehbar. Daher versuchen Sie es vielleicht trotzdem noch einmal. Geben Sie irgendeine Grob-Grob-Grobschätzung ab!

**Mag. Heinrich Pecina:** Herzlichen Dank für Ihr Lob, aber ich will jetzt nachträglich keine Ziffern aus der Hüfte herausschießen. Das Ganze ist immerhin schon etliche Jahre her.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sprechen wir von mehreren 100 000 €, von mehreren hundert Millionen €, oder in welche Richtung geht das?

**Mag. Heinrich Pecina:** Das wäre höchstwahrscheinlich in einer Größenordnung von jedenfalls 10 Millionen € oder ein Mehrfaches davon gewesen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Für wen konkret dieser wirtschaftliche Vorteil?

**Mag. Heinrich Pecina:** Für **alle** Beteiligten letztlich.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Insgesamt oder für jeden einzeln? (Mag. **Pecina:** Insgesamt!) – Also 10 Millionen € Bundesländer und Landes-Energieversorger im ÖVP-Bundesland Oberösterreich, im ÖVP-Bundesland Niederösterreich. Und genau für dieses Projekt engagiert haben Sie Herrn Ernst Strasser, der ÖVP-Landesgeschäftsführer in Niederösterreich war und einer der engsten Vertrauten des Herrn Landeshauptmannes Erwin Pröll, der Wunschkandidat des Erwin Pröll bei der Regierungsbildung 2000 und ein Parteifreund des oberösterreichischen Landeshauptmannes Josef Pühringer, der ebenfalls in Oberösterreich quasi so eine Art „Alleinherrschaft“ bildet.

Daher frage ich Sie jetzt noch einmal: Was war die konkrete Aufgabenstellung, die Sie an Ernst Strasser gestellt haben im Zusammenhang mit diesem Projekt und im Konnex mit den ÖVP-Bundesländern Oberösterreich und Niederösterreich?

**Mag. Heinrich Pecina:** Herr Abgeordneter Petzner, ich habe diese Frage bereits ausführlich beantwortet.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nein! Ich muss die Frage noch einmal stellen, dann müssen Sie sie mir bitte noch einmal beantworten, und ich werde Sie so lange stellen, bis ich eine zufriedenstellende Antwort erhalte. Die bisherigen Antworten waren nicht zufriedenstellend.

Also noch einmal: Was war Ihre konkrete Aufgabenbeschreibung und Aufgabenstellung an Herrn Ernst Strasser im Zusammenhang mit diesem Projekt und den Bundesländern Oberösterreich und Niederösterreich?

**Mag. Heinrich Pecina:** Ich habe die Frage schon beantwortet. (*Abg. Petzner: Wiederholen Sie es bitte!*) Ich möchte sie nicht drei Mal beantworten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ist Ihnen bekannt, dass Herr Ernst Strasser jemals im Zusammenhang mit diesem Engagement bei Ihnen für dieses Projekt politische Kontakte in Richtung Erwin Pröll, Entscheidungsträger des Landes Niederösterreich, Entscheidungsträger des Landes Oberösterreich, Landeshauptmann Pühringer oder Lobbying-Maßnahmen in diese Richtung gesetzt oder getätigt hat?

**Mag. Heinrich Pecina:** Dazu habe ich jetzt keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben keine Wahrnehmung dazu. Sie können es aber nicht ausschließen, dass er politische Kontakte gesucht hat?

**Mag. Heinrich Pecina:** Herr Abgeordneter Petzner, ausschließen ist das eine, Aussagen über Wahrnehmungen zu treffen, ist das andere.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also Sie können es nicht ausschließen.

Ich komme jetzt noch einmal darauf zurück und fasse zusammen: Sie engagieren Herrn Strasser im Jahr 2005, den Ex-Innenminister der ÖVP, ein ranghohes „ÖVP-Tier“, erklären in den Medien, Herr Strasser wird Projekte betreuen in Südosteuropa. Es geht um Kraftwerke, um Energien, um erneuerbare Energien; bla bla bla.

Auf einmal ist Herr Strasser nicht mehr irgendwo in Osteuropa für Herrn Pecina unterwegs, sondern ist in Österreich, macht auf einmal ein Telekom-Projekt. Im Rahmen dieses Telekom-Projektes geht es entscheidend um die ÖVP-Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich. Herr Strasser kommt zufällig aus Niederösterreich, war zufällig einer der engsten Vertrauten von Pröll, war zufällig Landesgeschäftsführer der Pröll-Partei – und Sie hätten es zufällig gebraucht für Ihren erfolgreichen Abschluss dieses Projektes, dass sich die Landes-Energieversorger in Niederösterreich und Oberösterreich und die zuständigen Landespolitiker in Niederösterreich und Oberösterreich positiv gegenüber diesem Projekt verhalten und entsprechend einstellen.

Jetzt wollen Sie mir noch einmal erklären, dass Sie nie den Auftrag an Herrn Strasser erteilt haben, da politisch aktiv zu werden?! – Bleiben Sie bei Ihrer Darstellung? Ich kann mir das nicht erklären, dass der erfolgreiche Geschäftsmann Pecina, der genau weiß, warum er wen engagiert und wen er mit welchem Projekt beauftragt und was er sich von wem erwartet, Herrn Strasser ganz zufällig dorthin gesetzt hat.

Also noch einmal, auf Basis dieses Sachverhaltes: War Ihr Hintergedanke in Wahrheit nicht die Hoffnung, dass Strasser politisches Lobbying für Ihre Interessen in Niederösterreich und Oberösterreich betreibt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Herr Abgeordneter Petzner, erstens war unser Kunde, für dessen Interessen wir tätig waren, die Telekom Austria. (*Abg. Petzner: Sie hatten*

einen Auftrag der Telekom, und den wollten Sie erfolgreich umsetzen!) Es war die Telekom Austria.

Zweitens: Zu dem Zeitpunkt, als Herr Strasser in die VCP eintrat – und die Vereinbarungen wurden 2005 abgeschlossen –, zu diesem Zeitpunkt waren beide Telekom-Projekte nicht bekannt.

Das eine Telekomprojekt konnte gar nicht bekannt sein, weil der Verkauf der Firma GTS, sprich das Mandat „Grand Prix“, überhaupt noch nicht bestehen konnte, weil der Verkauf erst eineinhalb Jahre später über die Bühne gehen sollte. Also daher konnte das nicht bekannt sein.

Andererseits – wie ich ausführlich dargelegt habe –, wurde auch das Projekt „Belvedere“ erst Ende des Jahres 2005 überhaupt angesprochen und von uns an die Telekom herangetragen.

Aber ich betone: Bei beiden Projekten ging es ausschließlich um das Interesse der **Telekom Austria**.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das weiß ich schon, Herr Mag. Pecina, dass der Kunde die Telekom war, nur: Sie hatten einen Auftrag der Telekom genau dafür, und ich gehe davon aus, dass Sie Ihren Auftrag, den Sie von der Telekom erhalten haben, erfolgreich umsetzen wollten. Sie sind ja sonst auch so mega-erfolgreich, also gehe ich davon aus, dass Sie auch diesen Auftrag erfolgreich umsetzen wollten. Also verweisen Sie bitte nicht immer auf die Telekom. Sie sitzen jetzt hier für die **VCP** und nicht für die Telekom. – Das ist einmal der erste Punkt. Ich muss den Sachverhalt ausführen, um dann die Frage stellen zu können.

Sie hatten einen Auftrag. Sie hätten finanzielle Vorteile aus diesem Auftrag heraus bekommen, wenn er erfolgreich umgesetzt worden wäre. Sie haben auf meine Frage hin, ob Sie Herrn Strasser noch einmal engagieren würden, klar geantwortet: nein.

Ich weiß auch ganz klar, warum. – Weil diese beiden Aufträge, diese beiden Projekte „Grand Prix“ und „Belvedere“ nicht erfolgreich umgesetzt wurden und Sie daraus nicht Ihre erhofften Vorteile ziehen konnten.

Ich weiß schon, dass Sie dann von Herrn Strasser enttäuscht waren, aber auf Basis dessen, dass Sie noch einmal einen Auftrag der Telekom erhalten haben, frage ich Sie noch einmal konkret: Wenn Sie in Wahrheit Herrn Strasser nicht für politisches Lobbying in den für die erfolgreiche Projektumsetzung relevanten Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich einsetzen wollten, wofür haben Sie ihn dann im Rahmen dieses Projektes eingesetzt?

Was war konkret die Aufgabe an Herrn Strasser, die Leistung des Herrn Strasser als Verantwortlicher für dieses Projekt „Belvedere“, wenn es nicht politisches Lobbying war?

Was hat Herr Strasser konkret gemacht, in welchem Umfang, und welche konkreten Leistungen hat er für Sie dann getätigt, wenn nicht die politische Kontakt-Anbahnung in Richtung Niederösterreichisches und Oberösterreichisches Landhaus, was für mich ganz klar auf der Hand ist?

Führen Sie aus, was Strasser sonst noch gemacht hat bei diesem Projekt?

**Mag. Heinrich Pecina:** Abgesehen davon, dass ich diese Frage schon drei Mal beantwortet habe, sage ich Ihnen noch einmal: Politisches Lobbying war es nicht, wäre meines Erachtens auch nicht notwendig gewesen, weil solche Transaktionen auf Basis von geschäftlicher Logik über die Bühne gehen (*Abg. Petzner: Politik ist nicht immer logisch!*) und beschlossen werden beziehungsweise auch vereinbart werden.

Das ist es; mehr kann ich Ihnen dazu auch nicht sagen. (*Abg. **Petzner**: Sie können zu den Aufgaben Strassers nichts sagen! Okay!*)

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl** dankt der Auskunftsperson **Mag. Heinrich Pecina**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste** Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitten.

14.15



14.17

### Auskunftsperson Ing. Mathias Reichhold

**Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim:** Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ing. Mathias Reichhold** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mathias Reichhold, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Das wird auch im Amtlichen Protokoll so festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mathias Reichhold; Geburtsdatum: 5. Juli 1957; Anschrift: Launsdorf; Beruf: Biolandwirt.

Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? (**Ing. Reichhold: Nein!**)

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Eine **generelle** Aussageverweigerung vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen. – Das gilt als in dem Fall wahrscheinlich überflüssige, aber trotzdem angebrachte Information.

Wollen Sie zu Beginn eine kurze Erklärung abgeben? (*Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim erteilt als erster Fragestellerin Abg. Tamandl das Wort.*)

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Grüß Gott, Herr Ing. Reichhold! Ich möchte Ihnen eine Rechnung vorhalten, die Rechnung Nr. 002, an den Herrn Dr. Peter Hohegger; diese wurde von Ihnen ausgestellt am 30. Dezember 2005.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Diese Rechnung ist für den Zeitraum November und Dezember 2005 und beinhaltet einen Betrag von 72 000 € inklusive 20 Prozent Umsatzsteuer. Diese Rechnung trägt den handschriftlichen Vermerk:

Job Telekom, EU-Präsidentschaft.

Ich gehe davon aus, dass dieser handschriftliche Vermerk von Herrn Hohegger gemacht worden ist. – Ist das korrekt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich glaube; ich weiß es nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ihre Schrift ist es nicht? (**Ing. Reichhold: Nein!**) – Gut.

Ist es wirklich so, dass diese Leistung für die EU-Präsidentschaft erbracht worden ist? (*Ing. Reichhold: Selbstverständlich!*) – Können Sie Ihre Leistung in diesen zwei Monaten – November und Dezember 2005 –, in denen Sie eben diese 60 000 plus 20 Prozent Umsatzsteuer erhalten haben, näher ausführen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Es ging um zwei Komplexe. Das eine war ein ganz konkretes Projekt, ein Auftrag. Herr Dr. Hochegger und ich haben die Telekom dabei unterstützt, einen Auftrag zu gewinnen. Die Telekom wollte der offizielle Internet-Serviceprovider der EU-Präsidentschaft werden – nicht nur die Telekom, sondern auch andere Marktteilnehmer –, und in diesem Zusammenhang habe ich mit Herrn Hochegger und auch mit einem Manager oder mit einer Abteilung im Management der Telekom zusammengearbeitet.

Zweiter Bereich: Es ging um einen inhaltlichen Komplex. Wie Sie vielleicht wissen, war die EU-Präsidentschaft zu der Zeit initiativ, um die 2002er-Richtlinien, die die Rahmengesetzgebung für elektronische Medien bilden, neu aufzusetzen. Und Herr Hochegger wollte damals von mir eine Art Monitoring haben, welche Auswirkungen diese Initiativen oder Initiative und Entscheidungen auf seine Kunden haben wird.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, Sie haben in diesem Fall nicht den Herrn Hochegger beraten, sondern Sie haben in diesem Fall gleich direkt die Telekom beraten?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, mein Ansprechpartner war immer der Herr Hochegger, aber ich bin von einem Telekom-Manager, dem Herrn Dr. Anton Steinringer, der damals der Abteilungsleiter der Abteilung Business Development war, über dieses Thema technisch informiert und aufgeklärt worden und er hat mir auch seine Vertriebsstrategie erklärt. Aber ansonsten habe ich immer mit Herrn Hochegger direkt zusammengearbeitet.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wer hat dieses Geschäft zwischen Ihnen und Herrn Hochegger eingefädelt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das war so: Ich war Manager bei Magna International, war dort zuständig für Logistik und Innovationsmanagement, und ich habe im Einvernehmen mit dem Unternehmen bereits im Sommer 2005 den Wunsch geäußert, selbständig zu werden, denn – Sie können sich vorstellen – ein internationaler Konzernjob beansprucht natürlich auch durch die vielen und sehr langen Auslandsaufenthalte den Betreffenden, und meine familiäre Situation gerade damals hat es nicht zugelassen, dass ich auf Dauer diesen Job machen kann, weshalb ich bereits im Sommer 2005 an meinen Vorgesetzten herangetreten bin, mit dem Wunsch, selbständig zu werden.

Herr Hochegger hat das erfahren, wir haben uns in Wien bei irgendeiner Veranstaltung getroffen, ich habe ihm davon erzählt. Und er hat gesagt, das ist eine gute Gelegenheit, es ist die EU-Präsidentschaft vor der Tür, es gibt viel zu tun und er würde gerne mit mir zusammenarbeiten, weil ich eben viele Kontakte besitze und mir auch über die Jahre hinweg als Politiker sehr viel Wissen angeeignet habe im Bereich Infrastruktur.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, Sie glauben also, dass Sie genau deshalb engagiert worden sind, weil Sie vorher als Minister mit dem Bereich Telekom schon zu tun gehabt haben?

**Ing. Mathias Reichhold:** So kann man das nicht sehen, aber es ist ganz allgemein ...

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Was, glauben Sie, war der Grund, dass Sie genau für diese Punkte, die Sie vorher angesprochen haben, engagiert worden sind?

**Ing. Mathias Reichhold:** Wie ich bereits sagte: Wenn Sie in Regierungsfunktionen sind – ich war insgesamt acht Jahre ungefähr in Regierungsämtern –, dann eignet man sich auch ein gewisses Wissen an. Und dieses Wissen ist natürlich auch in der Privatwirtschaft gefragt – nicht nur das Wissen, sondern auch die vielen Kontakte, die man aufbaut. Und nachdem es für Politiker, die aus Ihrem Amt ausscheiden, kein Berufsverbot gibt, habe ich drei Jahre ungefähr nach meinem Ausscheiden als Minister diese Selbständigkeit gewählt, um eben diese Kooperation mit dem Herrn Hochegger durchzuführen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie Herrn Hochegger oder sonst irgendjemanden auch in Bezug auf Telekommunikationsgesetze oder Verordnungen beraten, Stichwort: Telekommunikationsgesetz-Novelle oder Universaldienstverordnung? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Haben Sie im Rahmen Ihrer gesamten Beratungstätigkeit in diesem Zusammenhang auch mit anderen Beratern zusammengearbeitet – oder waren Sie da alleine unterwegs?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich war alleine unterwegs.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie da Mitarbeiter gehabt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe keine Mitarbeiter gehabt, aber ich habe ein Büro in Wien eröffnet, in der Jasomirgottstraße, und habe eben neben dem Herrn Hochegger auch bereits einen anderen Kunden gehabt, eine Medizintechnikfirma aus Tirol.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie ausschließen, dass Sie mit einer der folgenden Personen Kontakt hatten beziehungsweise zusammengearbeitet haben: mit dem Herrn Richard Regner? (*Ing. Reichhold: Kenne ich nicht!*) – Mit dem Herrn Adolf Andel? (*Ing. Reichhold: Kenne ich nicht!*) – Mit dem Herrn Stefan Prochaska? (*Ing. Reichhold: Sagt mir nichts!*) – Mit dem Herrn Heinz Lederer?

**Ing. Mathias Reichhold:** Den Heinz Lederer kenne ich natürlich. Ich habe ihn persönlich kennengelernt, ich weiß aber jetzt nicht in welchem Zeitraum, ob das damals oder später war, aber jeder hat gewusst, dass der Heinz Lederer natürlich für die SPÖ lobbyiert – um es einmal so auszudrücken.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Da haben Sie ihn nur so peripher kennengelernt – oder haben Sie mit ihm zusammengearbeitet?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe mit ihm nie zusammengearbeitet, aber wir haben uns natürlich gekannt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Die Firma echomedia? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Die Rechnung, die wir Ihnen vorher vorgelegt haben, hat die Nummer 002, ist also die zweite Rechnung – wenn man das so betrachten darf – in diesem Jahr, nämlich im Jahr 2005.

Ist das die zweite Rechnung an die Valora gewesen (*Ing. Reichhold: Nein!*), oder war die erste Rechnung eine andere?

**Ing. Mathias Reichhold:** Die erste Rechnung war an eine Firma mit dem Namen **AlliedPanels**, eine ursprünglich österreichische Firma, die mittlerweile an einen kanadischen Konzern verkauft wurde.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie im Jahr 2005 noch weitere Rechnungen ausgestellt? (*Ing. Reichhold: Nein!*)

In den Medien wurde berichtet, dass Sie zu den bereits berichteten 72 000 € im Jahr 2005 im Jahr 2006 noch die Summe von 10 012,50 erhalten haben sollen.

Von wem und für welche Leistung haben Sie diesen Betrag konkret bekommen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Also die Rechnung hat weder mit mir noch mit der Telekom etwas zu tun, sondern: Mein Sohn heißt auch Mathias, hat damals studiert und im Rahmen seiner Diplomarbeit eine Dienstleistung für den Herrn Hochegger erbracht – ist auch dokumentiert; es kann jederzeit Einsicht genommen werden.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie neben der Mathias Reichhold GmbH noch weitere Firmen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Zum damaligen Zeitpunkt nicht. Heute bin ich bei einer Firma beteiligt, die sich eben mit Software beschäftigt, und habe eine zweite Firma, eine Beratungsfirma gegründet – aber die ist erst später gegründet worden.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wann genau haben Sie die Firma im Jahr 2005 gegründet, weil Sie gesagt haben, Sie haben sich im Sommer schon damit auseinandergesetzt, sich selbständig zu machen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Die Firma wurde im Oktober gegründet, war seit Oktober in Gründung, und im Firmenbuch im November eingetragen, ich glaube, am 7. November.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Es war ja ursprünglich von einem Betrag von 144 000 € die Rede, der von der Firma Hochegger an Sie geflossen sein soll. Dann hat, glaube ich, Herr Hochegger selbst gesagt, es handelt sich um eine Doppelbuchung.

Können Sie sich das Missverständnis dieser möglichen Doppelbuchung erklären? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Das heißt, in Ihrer Buchhaltung war diese Rechnung immer nur einmal erfasst? (*Ing. Reichhold: Korrekt!*)

Haben Sie auch andere Tätigkeiten für den Herrn Hochegger ausgeführt (*Ing. Reichhold: Nein!*), als natürliche Person, also quasi als Einzelmensch sozusagen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, es hat ... Als wir im Sommer 2005 über dieses Thema gesprochen haben, hat eigentlich die Kooperation schon begonnen; geschäftsfähig war ich aber erst durch die Gründung der Kapitalgesellschaft im Herbst.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** War Ihnen von Anfang an bekannt, wie Sie mit Herrn Hochegger oder mit der Firma Hochegger dieses Geschäftsverhältnis eingegangen sind, dass diese Mittel oder dass diese Aufträge und das Geld von der Telekom kommen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, das war mir damals nicht bekannt. Ich war eigentlich mit dem Herrn Hochegger handelseins, dass wir über einen längeren Zeitraum als den ursprünglich geplanten zusammenarbeiten.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und warum ist daraus dann nichts geworden?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe im ersten Quartal des Jahres 2006 erfahren, dass die ASFINAG einen Vorstand ausschreibt, und zwar einen dritten Vorstand, habe mich dort beworben, bin dort auch siegreich hervorgegangen und habe dann ab Juli 2006 diese Funktion wahrgenommen. Deshalb war eine Zusammenarbeit mit Herrn Hochegger nicht mehr möglich, wollte ich nicht, habe die Firma dann auch abgetreten und meine Beratertätigkeit beendet.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie waren ja nicht allzu lange bei der ASFINAG.

Können Sie uns sagen, in welchem Zeitraum Sie bei der ASFINAG tätig waren?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das war der 1. Juli 2006 bis – und jetzt muss ich nachdenken oder nachschauen –, ich glaube, das war der 28. Februar 2008. Da muss ich in meinen Unterlagen nachschauen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie in der Zeit, wo Sie bei der ASFINAG waren, die GmbH stillgelegt, hat die GmbH dann keine Geschäftstätigkeit gehabt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Die GmbH wurde abgetreten, an eine Frau Bartusch (*phonetisch!*) oder so ähnlich, aber das hat für mich die Steuerberatungskanzlei organisiert. Jedenfalls war ich ab dem 1. Juli 2006 nicht mehr Eigentümer dieser Firma.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie jemals andere Gelder, Honorare von der Telekom auf anderen Wegen erhalten als über diese Beratung quasi, wo die Rechnung an die Hohegger-Firma gegangen ist? (*Ing. Reichhold: Nein!*)

Und Sie haben auch niemals eigene Aufträge von der Telekom Austria gehabt? (*Ing. Reichhold: Nein!*)

Ich möchte noch einmal – weil ich das noch einmal bekräftigt haben möchte – wissen: Warum, glauben Sie, hat Hohegger gerade Sie für diese Beratung ausgesucht?

**Ing. Mathias Reichhold:** Na, ich glaube, er hat gesehen, dass ich einerseits als Minister, andererseits aber auch als Manager bei der Magna ein gutes, auch international sehr wertvolles Netzwerk aufgebaut habe und dass ich von meinem Wissen her auch in der Lage bin oder war, im Bereich Infrastruktur mich rasch und schnell in gewisse Themen so einzuarbeiten, dass auch ein entsprechender Output möglich ist. Aber über die Motivation, mich zu engagieren, müssten Sie eigentlich mit dem Herrn Hohegger reden. Aber ich glaube, dass das der eigentliche Grund war.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie mir noch einmal ganz genau sagen, wann Sie den Herrn Hohegger persönlich kennengelernt haben?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, das war im Jahr 2002 als ich Minister war. Der Kontakt ist über eine seiner Mitarbeiterinnen zustande gekommen, über Frau Désirée Schindler, die in dieser Zeit bei Hohegger beschäftigt war.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Kommen wir zum Jahr 2002. Im Sommer 2002 wurde zwischen dem Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, vertreten durch den Herrn Dr. Rödler, und der Hohegger Kommunikationsberatung GesmbH ein Vertrag abgeschlossen mit dem Titel:

Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit des BMVIT.

In den Akten haben wir dazu unter anderem die Idee zur Positionierung von Ihnen als Infrastrukturminister gefunden.

Wie ist es aus Ihrer Sicht zu diesem Auftrag von Herrn Dr. Hohegger gekommen? Wer hat da die Initialzündung gegeben? War das eine Idee vom Herrn Dr. Rödler – oder haben Sie gesagt, ich muss mich besser positionieren und muss als Minister da hervorstechen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ist schon klar. Nein, ich war ja, wenn Sie sich erinnern – oder: viele werden sich daran erinnern –, bereits der dritte Minister in der gleichen Legislaturperiode. Vor mir war die Frau Forstinger und der Herr Schmid, und als ich in Wien ankam, war das Kabinett und die engsten Mitarbeiter – gelinde ausgedrückt – schwerst verunsichert und demotiviert.

Wir haben dann in den ersten Gesprächen überlegt, was wir tun können, und es kam dann der Vorschlag, wir sollten uns ein PR-Konzept und eine entsprechende

nachhaltig wirkende Kommunikationsstrategie zulegen. Wir haben dann festgestellt, dass es im Haus diese Ressourcen nicht gibt, und es hat dann ein Kabinettsmitglied – wer, weiß ich heute nicht mehr – gesagt, er weiß da jemanden, eine Dame, die eben beim Hohegger beschäftigt ist, ein Unternehmen, das sich im PR-Bereich besonders auf die Infrastruktur spezialisiert hat.

Was ich den Medien entnommen habe und jetzt auch aus Ihrer Wortmeldung heraushöre, ist, dass es sich nur um ein Positionierungspapier für den Minister gehandelt hätte. Das ist **nicht** richtig. Es ist ein sehr großes Konzept entstanden – es müsste auch im Ministerium dokumentiert sein – mit über 80 Seiten. Es sind alle Politikbereiche davon erfasst gewesen, weil gerade das Infrastrukturministerium eine Vielfalt von Themen abzudecken hat, die sehr komplex und sehr schwierig in der Öffentlichkeit zu erklären sind.

Es hat bei diesem Konzept nicht nur das Unternehmen des Herrn Hohegger mitgearbeitet, sondern drei weitere Agenturen, nämlich OGM, das Fessel-Institut und eine Firma Marrix, die Umfragen und Recherchen zum Thema ÖBB, zum Thema Transitverkehr, Ökopunkte, Forschung, Entwicklung, Innovation und so weiter gemacht hat.

Das heißt also, es ist wirklich ein umfassendes Konzept entstanden, und ich frage mich wirklich, warum nur diese 20 Seiten – oder wie viele das sind – in die Öffentlichkeit gekommen sind und warum nicht das Gesamtkonzept dem Ausschuss und der Öffentlichkeit vorliegt. Oder liegt es Ihnen offenbar eh vor? Ich weiß es nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie sind auf die Firma Hohegger gekommen durch die Frau Schindler, haben Sie gesagt? Nicht durch den Herrn Meischberger?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, nein, über die Frau Désirée Schindler, die damals schon dort gearbeitet hat.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** In den Akten des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie ist festgehalten, dass die Budgetabteilung, nämlich Herr Generalsekretär Rödler, auf die Haushaltsvorschriften des Bundes aufmerksam machte und es offenbar zu einem Wirbel innerhalb des Hauses bei der Vergabe Hoheggers gekommen ist.

Haben Sie davon erfahren? (*Ing. Reichhold: Nein!*)

Sind Sie vom Vertragsabschluss zwischen dem Generalsekretär in Ihrem Namen oder im Namen des Ministeriums und Hohegger informiert worden?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das weiß ich nicht mehr. Das kann ich nicht mehr mit Sicherheit sagen. Ich habe jedenfalls dem Herrn Generalsekretär diese Aufgabe übertragen, weil ich gesehen habe, dass er äußerst penibel, sehr sorgfältig und genau arbeitet.

Es hat nämlich bei meinem Eintritt als Minister ein Vergabeproblem meiner Vorgängerin gegeben, das er gelöst hat, aufgedeckt und gelöst hat. (*Abg. Tamandl: Wer?*) – Die Frau Forstinger hat ...

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Nein: Wer hat das aufgedeckt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Der Herr Rödler. Und mir war klar, dass dieser Mann für mich der Garant ist, dass, wenn es zu weiteren Vergaben in dem Bereich kommt, wirklich sauber und vorschriftsgemäß gearbeitet wird, und ich habe mich auf ihn voll verlassen können.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte in der zweiten Runde dann noch einmal auf das zurückkommen. (*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Ich möchte Ihnen aber ein E-Mail vorhalten, das Peter Hochegger an Friedrich Rödler schickt, am 14. Mai 2002, wo Hochegger schreibt:

Lieber Fritz! Anbei eine Liste von Firmen für die Ausschreibung. Heinisch arbeitet in derselben Loge wie Göweil. Er ist informiert. Löwe ist eine befreundete Agentur. Aufträge, die wir nicht annehmen können, leiten wir an sie weiter. Sind vier für die Einladung genug? – Zitatende.

Abgesehen von dem Umstand, dass der spätere Auftragnehmer selbst die Agenturen vorschlagen kann, die in der Ausschreibung eingeladen werden sollen, ist dieses E-Mail „natürlich“ wieder an die private Chello-Adresse von Generalsekretär Rödler gegangen. Herr Generalsekretär Rödler hat sich das dann an die BMVIT-Adresse geschickt.

Mir stellt sich jetzt die Frage, was Herr Hochegger mit „Loge“ meint. – Können Sie mir diese Frage beantworten?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich kenne mich bei Logen nicht aus und kann es auch gar nicht glauben, dass es solche Mails gibt. Aber, wenn ich es nicht mit ...

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, Sie können sich dieses E-Mail, das Herr Hochegger an Herrn Rödler geschickt hat, überhaupt nicht erklären? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Genau im Zusammenhang mit dem, was Sie vorher gesagt haben, dass Sie die Vergabe für ordnungsgemäß befunden haben? (*Ing. Reichhold: Ja!*) – Würden Sie das jetzt auch noch sagen, nachdem Sie das Mail gesehen haben, dass die Vergabe seinerzeit ordnungsgemäß war?

**Ing. Mathias Reichhold:** Man lernt nie aus.

\*\*\*\*\*

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Frau Vorsitzende, bei der Gelegenheit: Herr Hochegger hat hier ausgesagt, dass er seine Mitarbeit in der Loge „Zukunft“, seine Kollegen dort niemals für berufliche und geschäftliche Zwecke benutzt.

Ich glaube, dieses Mail zeigt, dass das eigentlich eine Falschaussage war. Vielleicht könnten Sie das überprüfen lassen.

Vorerst keine weiteren Fragen. Danke.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch darauf hinweisen, dass die Parlementsdirection mit Hochdruck daran arbeitet, weiteres Beweismaterial zum Beweisthema 1 für Sie aufzubereiten. Falls Sie Originaleinsicht nehmen wollen, es liegt bereits einiges an Lieferungen vor im Lokal V. In den nächsten Tagen wird dann sicherlich die DVD fertig sein. Es sind durchaus brisante Aktenstücke, was mein Überblick ergeben hat.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Herr Ing. Reichhold! Frau Kollegin Tamandl hat bereits zwei Themenkomplexe abgefragt beziehungsweise angerissen, einerseits die Leistung der 72 000 € von Hochegger und auch dieses Positionierungspapier für das BMVIT.

Jetzt ist ein dritter Punkt auch noch aufgetaucht, der im Rahmen des Lobbyings der Telekom aufgetaucht ist. Wir haben einerseits den Herrn Hochegger dazu schon befragt. Wir haben auch den Herrn Sundt dazu befragt. Es geht um die Bestellung des

Regulators 2002, wo es einen Wechsel gegeben hat von Herrn Otruba zu Herrn Serentschy.

Die Verdachtslage ist diejenige, dass seitens der Telekom ein massives Interesse da war, den Herrn Otruba abzulösen. Der Herr Vorstandsdirektor Sundt hat gemeint, das hat sachliche Gründe, die Regulierungsbehörde agiere im internationalen Vergleich äußerst unternehmensfeindlich, volkswirtschaftsfeindlich, arbeitsplatzfeindlich und Ähnliches. Es steht auch der Verdacht im Raum, dass sich die Telekom diese Abberufung durch Dirty Campaigning seitens Hochegger das auch etwas hat kosten lassen.

Können Sie aus Ihrer Sicht schildern, wie sich die Bestellung des Herrn Serentschy und die Ablöse des Herrn Otruba in Ihrer Amtszeit zugetragen haben?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, gerne. Es ist eine Unternehmensberatungsagentur beauftragt worden, eine Auslese der vielen Bewerber durchzuführen. Die Beratungsagentur war Ecker und Partner. Diese Agentur hat eine Shortlist erstellt – es waren fünf Personen auf dieser Shortlist – und natürlich auch eine Reihung erstellt, wobei Herr Serentschy der Erstgereichte war.

Mir als Minister war es damals wichtig – ich hatte auch andere Dinge zu tun, aber mir war es wichtig –, dass diese Reihung nicht verändert wird, weil Herr Serentschy ja einen untadeligen Lebenslauf hat. Im Gegenteil: Er hat ja durch seine Arbeit dann bewiesen, dass er in kürzester Zeit auch seine schärfsten Kritiker überzeugen konnte, und wurde im Anschluss daran ja auch vom damaligen Bundesminister Faymann und von Frau Minister Bures verlängert.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ich entnehme daraus, dass Sie dieses Auswahlverfahren einer Personalberatungsfirma komplett überlassen haben und sich dann an diese Expertise, an dieses Gutachten dieser Personalberatungsfirma gehalten haben, ohne in irgendeiner Form Einfluss zu nehmen? (*Ing. Reichhold: Korrekt!*) – Haben Sie Wahrnehmungen gemacht, dass unter Umständen – egal, ob vorher, zeitnah oder auch später – auf diese Personalberatungsfirma in irgendeiner Form Einfluss geübt wurde? Haben Sie da eine Wahrnehmung? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Hat der Herr Generaldirektor Vorstandsvorsitzende Sundt mit Ihnen jemals das Gespräch gesucht und gemeint, der bisherige Regulator Otruba sei ganz furchtbar?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ist mir nichts erinnerlich, nein.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Medial hat es aber trotzdem Kampagnen und Berichterstattungen gegen Otruba gegeben, wo insbesondere die Telekom entsprechende Attacken geritten hat mit den Vorwürfen, dass Otruba nicht der fähigste Mann sei.

Waren Ihnen diese Zeitungsartikel bekannt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe im Zuge meiner Vorbereitung für den heutigen Tag diese Berichte wieder gelesen und habe auch gesehen, dass da die Telekom Kritik geübt hat, aber ich glaube, jeder, der zum Regulator bestellt worden wäre, hätte Kritik aushalten müssen. Keiner, der in eine derartige Position kommt, würde von allen Marktteilnehmern akzeptiert werden.

Ich habe mich jedenfalls von diesen öffentlichen Aussagen nicht beeindruckt lassen, sondern habe auf die Expertise dieses Unternehmensberatungsinstitutes vertraut.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie haben gesagt, in Vorbereitung für den heutigen Termin haben Sie diese Artikel wieder gelesen. Das heißt, Sie haben sie damals auch gekannt.



**Ing. Mathias Reichhold:** Wahrscheinlich schon, aber das ist jetzt zehn Jahre zurück; man kann sich nicht an alles erinnern.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ich gehe davon aus, dass ein Kabinettsmitarbeiter diverse Pressespiegel aktueller Natur mit allem, was das Ressort betroffen hat, zur Durchsicht vorbereitet hat.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, natürlich.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Es kann also durchaus sein, dass das einmal in einer Pressemappe drinnen war, wie es halt täglich üblich sein dürfte.

**Ing. Mathias Reichhold:** Mit Sicherheit sogar.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie haben die Frau Schindler schon erwähnt, die in der Firma Hohegger tätig war, wo es da den Kontakt gegeben hat. Jetzt sagt diese Frau Schindler aus, sie hat an einem Projekt mitgearbeitet, und zwar an einer Hendlflugweltmeisterschaft. Was hat es mit dieser Veranstaltung auf sich? War die von der Telekom gesponsert oder von Hohegger?

**Ing. Mathias Reichhold:** Hier ging es um eine Veranstaltung, die ein örtlicher Verein organisiert hat. Das eigentliche Fest hat 14 Tage später stattgefunden, ist mittlerweile ein sehr bekanntes Fest in dieser Region.

Bei dieser Veranstaltung ist der Verein an mich herangetreten und hat mich gebeten, meine Bekanntheit damals zu nutzen, um viele Prominente einzuladen, die dann nicht nur eingeladen worden sind, sondern die auch gespendet haben, und zwar für einen guten Zweck.

Der Reinerlös dieser Veranstaltung kam einem Bauernhof zugute, der behinderte Kinder betreut, vor allem schwer traumatisierte Kinder, und wie Sie wissen, ist der Umgang mit Tieren oft eine Therapie, um solchen Kindern zu helfen.

Das war damals die Motivation, da mitzutun, auf freiwilliger Basis. Ich habe niemanden gezwungen, mitzutun. Es sind auch Kabinettsmitglieder dabei gewesen, die in ihrer Freizeit am Wochenende an dieser Veranstaltung mitgearbeitet haben. Also es war eine rein karitative Angelegenheit.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Was hat da die Agentur Hohegger damit zu tun gehabt? Weil das die Frau Schindler nämlich so extra erwähnt.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, das weiß ich nicht, ob sie als Agentur dort gearbeitet hat oder als Privatperson. Ich habe mit der Koordination meine damalige Pressereferentin beauftragt, die dann scheinbar ihre Kontakte genutzt hat, um da mitzuarbeiten.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ich habe keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Ing. Reichhold, ich muss mit etwas Politischem beginnen: Waren Sie jemals Mitglied des BZÖ? Ich frage das deswegen, weil Sie manche Medien immer als „BZÖ-Minister“ titulieren.

Waren Sie jemals für das BZÖ Minister oder waren Sie ausschließlich für die FPÖ Minister?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich war damals für die FPÖ Minister, bin aber im Jahr 2005, wie es diese Spaltung gegeben hat, aus der Partei ausgetreten und seit sieben Jahren parteifrei.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das heißt, Sie waren FPÖ-Mitglied und nie Mitglied beim BZÖ? Fasse ich das so richtig zusammen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, das fassen Sie richtig zusammen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist mir nur wichtig, dass wir das auch manchen Medien gegenüber klargestellt haben, die immer schreiben vom „FPÖ/BZÖ-Minister“.

Also: FPÖ-Minister, nie Mitglied beim BZÖ.

Gut, gehen wir ein auf diese Beratungsleistung: 72 000 €, EU-Präsidentschaft. Ich halte Ihnen dazu vor die Aussagen des Herrn Hohegger, der betreffend Ihre Leistung sagt, dass er zwei konkrete Anliegen gehabt hat bei diesem Projekt, dass es darum gegangen ist, zum einen die Telekom Austria bei Ministerien, Behörden und Entscheidungsträgern als integrierten Telekommunikationsanbieter zu positionieren, mit dem Ziel, dass die Telekom Austria auch einen entsprechenden Auftrag erhält. – Das war der erste Bereich.

Das zweite Anliegen war – Zitat Hohegger –, bei Veranstaltungen im Rahmen der EU-Präsidentschaft auf das BMF Einfluss .... oder entsprechende selbstorganisierte Auftrittsmöglichkeiten beziehungsweise Kontaktmöglichkeiten für Mag. Rudolf Fischer oder andere leitende Personen der TA zu organisieren.

Hohegger sagt dann weiters betreffend Ihre Person, betreffend die Person Reichhold:

Generell briefte ich alle meine Subauftragnehmer beziehungsweise Lobbyisten, daher auch Mathias Reichhold mit folgenden drei Schlüsselbotschaften für ihre Gespräche mit Entscheidungsträgern bei Bund und Ländern: erstens) Innovationsführerschaft der Telekom Austria, zweitens) Beteiligung des Bundes über die ÖIAG an der TA, drittens) Beamtenproblematik. – Zitatende.

Auf Basis dieser Ausführungen des Herrn Hohegger mit diesen drei Teilbereichen frage ich Sie: Welche konkrete Leistung haben Sie für Herrn Hohegger für diese 72 000 € auf Basis dieser drei genannten Leistungsbereiche durch Hohegger selbst erbracht?

**Ing. Mathias Reichhold:** Herr Petzner, könnten Sie den ersten Teil der Aussage noch einmal vorlesen? Ich habe das akustisch nicht verstanden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir können es Ihnen auch gerne vorlegen.

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, ist nicht notwendig, nur den ersten Teil der Aussage.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich hoffe nur, dass das Frau Moser dann nicht wieder von meiner Redezeit abzieht.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ach so! Entschuldigung! Da wäre ich ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich lese es noch einmal vor. Hohegger nennt zwei Teilbereiche: zum einen die Telekom Austria bei Ministerien, Behörden und Entscheidungsträgern als integrierten Telekommunikationsanbieter zu positionieren, mit dem Ziel, dass die Telekom Austria einen entsprechenden Auftrag erhält. – Da geht es darum, dass eben die Telekom Austria Telekommunikationsanbieter im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft wird. – Das war der erste Bereich.

Der zweite Bereich war, dafür zu sorgen, dass die Telekomvorstände – genannt ist hier Fischer – bei den Veranstaltungen im Rahmen der EU-Präsidentschaft entsprechende Auftrittsmöglichkeiten haben.

Und als dritten Bereich nennt er dann, dass er auch Sie gebrieft hat, die Innovationsführerschaft der Telekom Austria, die Beteiligung des Bundes über die ÖIAG an der Telekom Austria und die Beamtenproblematik bei Bund und Ländern bei Gesprächen mit Entscheidungsträgern zu thematisieren.

Diese drei Bereiche sind es.

Können Sie mir zu jedem dieser drei Bereiche aufzählen, was Sie da konkret an Leistungen für den Herrn Hohegger erbracht haben!

**Ing. Mathias Reichhold:** Punkt eins trifft zu. Punkt zwei trifft nicht zu, also ich habe nie für den Herrn Fischer irgendwelche Veranstaltungen oder Auftrittsmöglichkeiten organisiert. Punkt drei: Das Briefing, das der Herr Hohegger uns oder mir gegeben hat, das trifft zu.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Mit welchen Entscheidungsträgern haben Sie denn da auf Basis dieses Punktes drei gesprochen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ganz allgemein habe ich positive Stimmung für die Telekom und für dieses Projekt gemacht. Mit dem Herrn Dr. Steinringer hatte ich das technische Briefing, ihm habe ich auch meiner Meinung nach einflussreiche – oder sage ich einmal – Meinungsbildner in den Ministerien genannt. Welche das waren, das kann ich heute nicht mehr sagen; das ist sieben Jahre her.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Versuchen Sie es einmal! Irgendwelche konkreten Namen von politischen Entscheidungsträgern oder Beamten.

**Ing. Mathias Reichhold:** Mit politischen Entscheidungsträgern habe ich überhaupt nicht gesprochen. Ich stehe hier unter Wahrheitspflicht und wenn ich Namen verwechsle oder falsche Namen sage, dann bekomme ich hier auch noch zusätzlich Schwierigkeiten, denn ich bin zurzeit Zeuge und nicht Beschuldigter.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut. Haben Sie gegenüber dem Herrn Hohegger jemals einen schriftlichen oder mündlichen Leistungsnachweis erbracht, beziehungsweise haben Sie gegenüber der Telekom Austria jemals für Ihre Beratung von 72 000 € einen schriftlichen oder mündlichen Leistungsnachweis erbracht?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, schriftlich nicht, der Telekom schon gar nicht, aber dem Herrn Hohegger natürlich mündlich, wir haben uns ja oft getroffen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich halte Ihnen eine entsprechende Aussage des Herrn Hohegger vor, wo er bezüglich Ihrer Tätigkeiten angibt:

Es gibt keinerlei Papier oder Hardcopy, die von Reichhold geliefert wurde.

Und Hohegger sagt weiters, dass er mit Ihnen persönlich nicht über Ihre Leistungen für ihn gesprochen hat, aber – da ist er gefragt worden – er sagt betreffend Ihre Leistungen – Zitat Hohegger –:

Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, dass mir Mathias Reichhold ein Feedback, bei dem Namen seiner Gesprächspartner genannt wurden, gegeben hat.

Das heißt, Hohegger sagt, er hat kein Feedback von Ihnen betreffend Ihre Leistungen bekommen.

Wie können Sie sich das erklären, wenn Sie sagen, Sie haben mehrmals mit ihm darüber gesprochen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das kann ich mir nicht erklären. Ich weiß nur, wo wir uns getroffen haben. Das war meistens das Hotel Intercontinental, das Hotel Ambassador und zwei, drei Mal war ich auch bei ihm in der Goldeggasse im Büro.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Welche konkreten Leistungsberichte, welche mündlichen haben Sie ihm denn da gegeben?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe ihm erzählt ... Ich habe natürlich Recherchen angestellt, wer die Meinungsbildner in den einzelnen Ministerien meiner Meinung nach

sind und habe ihm neben diesem einen konkreten Auftrag natürlich auch über Initiativen der EU-Präsidentschaft berichtet.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich fasse zusammen: Der Vertrag wurde mündlich geschlossen und auch der Leistungsnachweis wurde mündlich gegenüber dem Herrn Hochegger erbracht. – Ist das korrekt? (*Ing. Reichhold: Ja!*) – Alles mündlich.

Jetzt komme ich zu den Rechnungen, denn da gibt es ein paar Unklarheiten. Es gibt das Angebot der Valora an die Telekom Austria, konkret an Fischer, vom 22. November 2005 über einen Leistungszeitraum von Oktober 2005 bis Dezember 2005. Das heißt, da gibt es eine Valora-Rechnung mitten hinein in den Leistungszeitraum. Das ist schon einmal auffällig. Wenn ich ein Angebot für eine Beratungsleistung mache, dann mache ich das ja im Vorhinein, aber nicht mitten drinnen.

Noch einmal: Leistungszeitraum für diese Beratung EU-Präsidentschaft Österreich Oktober 2005 bis Dezember 2005. Das Angebot von Hochegger war am 22. November 2005. Das heißt, mitten drinnen, als dieses Projekt eigentlich schon gelaufen ist, das heißt, der Herr Hochegger macht ein Angebot für ein Projekt, das Sie bereits betreut haben, denn Ihre Rechnung gibt an: für Leistungen Beratungstätigkeiten im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft Österreichs im Zeitraum November und Dezember 2005. Und Sie verrechnen dafür 72 000 €. Und Ihre Rechnung stammt vom 30. Dezember 2005.

Das heißt, wir haben, zusammengefasst gesagt, eine Beratung, wo Sie sagen, November, Dezember, Valora sagt, Oktober bis Dezember, Ihre Rechnung ist vom 30. Dezember, das Angebot der Valora an die Telekom mitten drin, nämlich im November.

Wie können Sie sich diese zeitlichen Widersprüche erklären? (*Ing. Reichhold: Gar nicht!*) – Sie können sich das gar nicht erklären.

Ihre Firma, die Mathias Reichhold GmbH, wann haben Sie die genau gegründet?

**Ing. Mathias Reichhold:** Im Oktober.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** In das Handelsregister und in das Firmenbuch wurde Ihre Firma eingetragen ...

**Ing. Mathias Reichhold:** Im November.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Genau. Am 7. November 2005. Was mir jetzt schon auffällt, ist, Sie lassen die Firma am 7. November 2005 eintragen, haben genau in diesem Zeitraum, nämlich November und Dezember 2005, Hochegger im Rahmen der Valora für die Telekom beraten, und Ihre Rechnung stammt vom 30. Dezember 2005. Das heißt, die Firmengründung haben wir im November, die Beratung haben wir im November und Dezember und die Rechnung kommt dann genau im Dezember.

Das lässt für mich den Schluss zu – und ich frage Sie das ganz konkret –: Haben Sie diese Firma damals ausschließlich gegründet, um diesen Hochegger-Auftrag abwickeln und verrechnen zu können?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, wie ich schon sagte, haben Herr Hochegger und ich uns im Sommer dieses Jahres 2005 getroffen und diese Kooperation vereinbart. Ich musste parallel dazu aber Einvernehmen mit meinem Arbeitgeber, mit meinem damaligen Arbeitgeber herstellen, das hat eine Zeit in Anspruch genommen, sodass ich erst im November geschäftsfähig wurde.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie im Zeitraum November und Dezember 2005 noch einmal die Firmenbucheintragung am Anfang November?

Gab es in dem Zeitraum November und Dezember 2005 weitere Rechnungslegungen der Firma Mathias Reichhold GmbH mit Sitz in Wien, außer dieser Rechnung an Herrn Hohegger in Höhe von 72 000 €?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, es gab eine Rechnungslegung.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie zu der Rechnungslegung etwas sagen, an wen die war oder was das für ein Auftrag war?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, das habe ich schon in einer vorhergehenden Anfrage beantwortet: Das ist die Firma **AlliedPanels**, eine österreichische Firma, die mittlerweile in kanadischem Besitz ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das sind die 12 960 €; Rechnung vom 6. Dezember 2005? (*Ing. Mathias Reichhold: Ja!*) Das muss die sein.

Haben Sie weitere Aufträge über die Firma Mathias Reichhold GmbH dann abgewickelt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein! Wie ich schon sagte, habe ich mich dann im ersten Quartal des Jahres 2006 für den dritten Vorstand der ASFINAG beworben und die Firma dann abgetreten und aufgelöst – beziehungsweise abgetreten; aufgelöst wurde sie nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Im „Flieder“-Bericht der Telekom – das ist der Prüfbericht, den die Telekom beauftragt hat – steht drinnen, dass es innerhalb der Telekom keinerlei Leistungsnachweise betreffend das Projekt der Valora „EU-Ratspräsidentschaft 2005“ gibt. – Können Sie sich das erklären? (*Ing. Reichhold: Nein!*)

Ich fasse zusammen: Es gibt einen mündlichen Vertrag. Es gibt mündliche Leistungsnachweise. Hohegger kann keinen nennen. Im „Flieder“-Bericht der Telekom werden auch keine Leistungsnachweise angeführt oder wurden innerhalb der Telekom aufgefunden. Von drei angegebenen Leistungsbeschreibungen des Herrn Hohegger oder Leistungsanforderungen des Herrn Hohegger ist zumindest eine Leistungsanforderung seitens des Herrn Hohegger unrichtig genannt worden. – Das war's für meine erste Runde.

Ich habe nur noch eine Schlussfrage in der ersten Runde. – Sie wissen vielleicht, mein spezieller „Freund“ ist der Herr Uwe Scheuch, unser „Mister part of the game“, spezieller Freund im negativen Sinne. Jetzt mache ich mir Sorgen, dass Sie vielleicht ein zweiter Uwe Scheuch sind, was ich nicht hoffe, denn wir haben gestern hier den Herrn Dr. Stefano Colombo vernommen, der in seiner Aussage unter Wahrheitspflicht angegeben hat, dass er Sie als Infrastrukturminister kennengelernt hat.

Und jetzt Zitat Colombo:

„Ich habe meinen Wunsch geäußert, österreichischer Staatsbürger zu werden. Reichhold hat gesagt: Darüber können wir reden.“ Es sei im Interesse des Staates, weil er – Colombo – in einem wichtigen Unternehmen gearbeitet hat.

Colombo hat dann tatsächlich die österreichische Staatsbürgerschaft bekommen.

Dazu zwei Fragen:

Erstens: Hat es dieses Gespräch gegeben?

Zweitens: In welcher konkreten Form haben Sie sich für die Staatsbürgerschaft des Herrn Colombo eingesetzt? Gab es für diese offensichtlich erfolgreiche Einsetzung – er hat ja dann die Staatsbürgerschaft bekommen – eine finanzielle oder andere Gegenleistung, wie sie Uwe Scheuch in Kärnten als „part of the game“ im Zusammenhang mit russischen Investoren vorgeworfen wurde? Waren bei Ihnen auch irgendwelche Dinge „part of the game“ oder nicht?

Vielleicht könnten Sie uns das (*Obfrau Dr. Moser: Bitte, Ihre Frage!*) kurz schildern.

Ich habe gerade die Frage gestellt, ich bin schon fertig.

**Ing. Mathias Reichhold:** Wann soll das gewesen sein?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Colombo sagt, im Jahr 2003.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich bin Ende Februar 2003 als Minister ausgeschieden und kann mich nicht daran erinnern, dass mich Herr Colombo jemals angesprochen hätte.

Weiß ich nicht. Da kann ich nichts dazu sagen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nur, damit wir den Sachverhalt geklärt haben: Sie können diese Angaben des Herrn Colombo nicht bestätigen, er hätte Sie im Jahr 2003 kennengelernt und hätte Ihnen gegenüber den Wunsch geäußert, dass er österreichischer Staatsbürger werden möchte, und Sie hätten gesagt: Darüber können wir reden! und hätten sich dann dafür eingesetzt?

Sie haben **nie** für den Herrn Colombo interveniert oder Tätigkeiten und Aktivitäten gesetzt, dass er die österreichische Staatsbürgerschaft bekommt?

Mehr noch: Sie haben **gar nie** mit dem Colombo über dessen Interesse, dass er die österreichische Staatsbürgerschaft bekommt, gesprochen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das weiß ich nicht, das ist jetzt neun oder zehn Jahre her. Ich kann mich auf **keinen** Fall erinnern.

Ich kann mich an kein Gespräch erinnern. Ich weiß gar nicht, dass ich den Herrn Colombo so gut gekannt haben soll.

Aber es hat sicher von meiner Seite aus **keine** Aktivitäten gegeben, weil ich ja gar nicht zuständig war.

Colombo sagte gestern – das habe ich den Medien entnommen –, dass ich mit Frau Dr. Riess gesprochen hätte und so weiter.

Ich muss Ihnen sagen: Das sind für mich Neuigkeiten! Ich weiß es nicht mehr. Ich glaube auch nicht, dass ich da interveniert habe.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Da geht es Ihnen dann besser als dem Herrn Scheuch, denn der hat anderes gemacht. – Danke schön für die erste Runde.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Mathias Reichhold, der „Robin Hood in der Regierung“, steht da als Positionierungsziel. Natürlich wäre es jetzt spannend, zu wissen, wer der Sheriff von Nottingham damals war. Aber in erster Linie sollten wir bei der Sache bleiben.

„Robin Hood in der Regierung“ und letztlich ein Minister, der den Kontakt zu den Bürgern sucht – das erwartet man sich natürlich!

In diesem Angebot von Hohegger geht es – das Ministerium wird zwar mit erwähnt – ganz stark um die Positionierung des Ministers. 150 000 €, wie Sie selbst angegeben haben, für die Positionierung des Ministers. Das würde eigentlich ganz stark in Richtung Parteipolitik gehen: Ich positioniere mich als Robin Hood, als FPÖ-Minister.

Was ist in diesem Konzept wirklich faktisch passiert?

Uns liegen zumindest die 80 Seiten nicht vor. Ich weiß nicht, wie es den anderen Fraktionen geht.

Vielleicht können Sie hier ein bisschen im Detail schildern: Wofür wurden die 150 000 € ausgegeben? Was war „Robin Hood in der Regierung“? Und was war dann wirklich sozusagen Kommunikationsstrategie des gesamten Ministeriums? Das ist sicher ein Unterschied!

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, gerne.

Zunächst einmal: Ich habe schon erläutert, wie es aus meiner Sicht zu dieser Auftragsvergabe gekommen ist. Uns war wichtig, ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das nicht nur den Minister positioniert, sondern alle Teilbereiche unseres Hauses abdeckt. Es ist, wie ich auch schon erwähnt habe, nicht nur die Agentur Hoegger eingebunden gewesen, sondern drei weitere Agenturen, die Umfragen zu den verschiedensten Themen gemacht haben.

Im Detail ist über die Öko-Punkte und die Transit-Regelung diskutiert worden in dieser Arbeitsgruppe, bei der auch Kabinettsmitglieder natürlich als Brücke zu den Informationen, die im Haus gesammelt wurden, gedient haben. Darüber hinaus ist auch über die Forschung und Entwicklung und das Innovationsklima in Österreich eine Umfrage gemacht worden. Weiters sind zum Thema „ÖBB“ Umfragen gemacht worden. Und diese Recherchen und diese Umfragen sind dann in dieses Konzept integriert worden.

Sie haben noch eine Frage gestellt, die wollte ich noch beantworten.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Die Frage nach dem „Sheriff von Nottingham“ müssen Sie nicht beantworten.

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein. Sie haben noch eine Frage gestellt, die wollte ich noch vollständig beantworten.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Sozusagen Schwerpunkt-Positionierung: FPÖ-Minister als Robin Hood. (*Ing. Reichhold: Ja! Okay!*)

Wie stark ist es in Richtung der Minister-Positionierung gegangen (*Ing. Reichhold: Ja!*), wenn man das vielleicht anteilig sehen kann? Und wie stark war es im Bereich des Ministeriums? Und was ist dann faktisch an Umsetzungsschritten in weiterer Folge gesetzt worden?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, das war es, ist klar.

Ich meine, der Minister ist einmal das Sprachrohr eines Ministeriums und prägt natürlich sehr wesentlich die Politik auch inhaltlich mit, und deshalb ist es legitim, wenn sich ein Minister auch positionieren lässt.

Nur: De facto war es so, dass das Konzept im Dezember fertig wurde. Es ist von Juni bis Dezember an diesem Konzept gearbeitet worden. Ich bin aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage gewesen, mein Amt eine Zeitlang auszuüben. Und als ich im Dezember aus der Rekonvaleszenz zurückkam, war mir klar, dass ich aus der Politik ausscheiden werde.

Das heißt, das Konzept selbst ist **nie** in dieser Form umgesetzt worden. Es ist auch so, dass ich **nie** dieses Konzept in dieser Form „abgesegnet“ habe – unter Anführungszeichen. Und meinen Mitarbeitern habe ich empfohlen, damit die Mühe nicht umsonst war, dieses Konzept meinem Nachfolger zu präsentieren, weil ja die

Inhalte dieselben geblieben sind. Und das ist offenbar auch passiert, denn es ist dann dieses Konzept auf Gorbach umgeschrieben worden.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Zumindest eine unglückliche Optik ist es natürlich, wenn man zuerst um 150 000 € eine Firma beauftragt und dann drei Jahre später selbst einen Auftrag über 72 000 € kriegt

Sie haben die Leistungsbereiche beschrieben, in Ihrer Rechnung haben Sie ganz klar nach Tagen abgerechnet, also beschrieben, dass Sie insgesamt 50 Tage erbracht haben, damit 400 Stunden Leistung.

War dies der zeitliche Einsatz, den Sie faktisch erbracht haben, oder ist es ein Pauschal-Honorar gewesen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Es war natürlich ein Pauschalhonorar. Die 50 Tage sind aus meiner Sicht eingebracht worden, weil ich über den Zeitraum, der ursprünglich mit dem Herrn Hochegger vereinbart worden war, nicht mehr als diese Tage arbeiten konnte und wollte.

**Abgeordneter Ing. Michael Schickhofer (SPÖ):** Können Sie sagen, wie hoch der zeitliche Aufwand für Sie dann faktisch war? Also 50 Beratungstage waren es nicht. Waren es 20, waren es 25, waren es 10?

**Ing. Mathias Reichhold:** Schauen Sie, Herr Abgeordneter, wie ich schon erwähnt habe, hat die eigentliche Zusammenarbeit oder Kooperation schon im Juni 2005 begonnen und hat dann, als klar war, dass ich mich für die ASFINAG-Position bewerbe, irgendwann einmal aufgehört. Das Pauschalhonorar ist aber immer von allem Anfang an vereinbart worden. Und es ist auch klar definiert gewesen, wofür ich eingesetzt werden kann.

**Abgeordneter Ing. Michael Schickhofer (SPÖ):** Haben Sie noch irgendwelche persönlichen Aufzeichnungen, wo man erheben kann, was Ihre Leistungen waren, etwa Terminkalender?

Irgendwo macht man sich ja auch, wenn man ein Monitoring durchführt, selbst Notizen. Gibt es da irgendwelche Unterlagen? Oder haben Sie wirklich nur wahrgenommen und sozusagen weitergegeben?

Irgendwo rechnet man ja manche Dinge dann durch, betrachtet es, sammelt Zeitungsartikel, wie auch immer.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe natürlich mit Laptop und damals Blackberry gearbeitet, habe leider keine Aufzeichnungen mehr gefunden.

**Abgeordneter Ing. Michael Schickhofer (SPÖ):** Eine Frage, noch einmal zurückgehend zu dem Auftrag mit 150 000 €: War Ihnen bewusst, dass Matrix auch eine Tochterfirma von Hochegger ist?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, habe ich nicht gewusst, habe ich erst später, als ich nämlich für den heutigen Tag Recherchen angestellt habe, erfahren, dass das auch eine Tochterfirma gewesen sein soll, wobei meiner Erinnerung nach Matrix einen relativ kleinen Betrag für eine Umfrage erhalten hat – müsste im Ministerium eigentlich dokumentiert sein – und der Anteil Hocheggers an der Gesamtsumme, also der Hochegger.Com an der Gesamtsumme bei ungefähr 80 000 € netto lag.

Das heißt, er müsste ein schlechter Geschäftsmann gewesen sein, wenn er, um auf Ihren Verdacht zurückzukommen, 80 000 € Umsatz macht, nachweislich auch Mitarbeiter, Personalressourcen beschäftigt hat und mir dann vom Umsatz fast die gesamte Summe nach drei Jahren wieder zurückgibt. Also er hätte überhaupt keine



Motivation gehabt, das zu tun, und wäre geschäftlich – Entschuldigung für diesen Ausdruck – ein Vollidiot gewesen. Das ist er aber nicht.

**Abgeordneter Ing. Michael Schickhofer (SPÖ):** Das war eine klare Positionierung.

Nur ganz kurz, weil ich es im Lebenslauf gelesen habe: Vice President for Special Operations bei MAGNA.

Was haben Sie da eigentlich für Magna gemacht? Haben Sie im Vorfeld als Verkehrsminister auch schon mit Magna zu tun gehabt, für Magna spezifische Verhandlungen geführt? Hat es diesbezüglich Projekte gegeben?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich weiß nicht, ob ich das beantworten muss.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung):** Herr Kollege, dieser Vorhalt ist unzulässig, weil er in keinem Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand in der Causa Telekom steht. Was der Herr Kollege Reichhold für die Magna gemacht hat, das hat nichts mit der Telekom zu tun, bitte.

Sie müssen diese Frage nicht beantworten, Herr Reichhold.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ist richtig, aber ich meine ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Er kann es ja. (*Abg. Dr. Jarolim: ..., und das ist lächerlich!*) Ja, das Problem ist, der Herr Petzner meldet sich einfach und spricht sofort, wenn er aufzeigt. (*Heiterkeit. – Abg. Dr. Jarolim: Das ist gleichermaßen unmaßgeblich! Also insofern ist das völlig wurscht!*)

Wir haben heute schon andere Fälle gehabt, wo Fragen gestellt worden sind, die sich am Rande des Beweisthemas bewegten. Es hat immer die Auskunftsperson dann für sich entschieden, ob sie antwortet oder nicht.

Wir können sie noch einmal darauf hinweisen, Herr Reichhold, dass Sie nicht unbedingt hier antworten müssen. Aber es ist ja kein Problem.

Herr Abgeordneter Petzner, gibt es noch etwas zur Geschäftsordnung? – Bitte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung):** Ja, eine kurze Meldung noch, Frau Vorsitzende.

Ich darf den Fragesteller ersuchen, dass er, wenn er schon die Frage nach Magna stellt, zumindest einen konkreten Zusammenhang herstellt, so wie ich das auf Vorhaltung der Vorsitzenden auch musste. Immer, wenn ich vom Befragungsgegenstand abweiche, werde ich sofort unterbrochen, andere nicht. Daher muss ich dann immer einschreiten, in diesem Fall bei Ihnen.

Daher bitte: Wenn Sie schon die Frage stellen, dann sollten Sie sie im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand stellen, und der lautet Telekom und nicht Magna und Stronach und ich weiß nicht wer alles noch.

**Abgeordneter Ing. Michael Schickhofer (SPÖ):** Es war letztlich eine Interessenshalberfrage. Eine Frage kann ich stellen, die habe ich klar ausgedrückt, nämlich: Was war im Bereich der Firma Magna, die auch ein internationaler Konzern ist und die in vielen Bereichen tätig war, sozusagen die Aufgabe „Special Operations“?

Ich will jetzt nicht in die Tiefe gehen, die Magna ist nicht das zentrale Thema, aber wenn man die Historie sieht – zuerst beim Ministerium, gleichzeitig bei der Magna, plus dieser Beratervertrag mit Hoegger –, dann sei die Nachfrage gerechtfertigt. Aber ich bestehe jetzt nicht auf eine Antwort diesbezüglich. (*Abg. Dr. Jarolim: Außerdem haben die auch Telefonanlagen von Telekom!*)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Damit hätten wir, glaube ich, fast 7 Millionen Fragethemen, wenn es um die Anschlüsse ginge. – Haben Sie noch eine andere Frage?

**Ing. Mathias Reichhold:** Kann ich das beantworten?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wollen Sie antworten?

**Ing. Mathias Reichhold:** Will ich eigentlich schon. Ich kann natürlich keine Geschäftsgeheimnisse ausplaudern. Das ist auch nicht Ihre Absicht.

Bei Magna – und da können Sie gerne mein Dienstzeugnis haben – war ich zuständig für zwei große Bereiche. Das eine war Logistik, das andere Innovationsmanagement. Es ging darum, junge Erfinder, solche, die Patente haben und an Magna herantreten, entsprechend durch das Unternehmen zu leiten und damit Innovation zu schaffen.

Ich war auch bei zwei großen Projekten beteiligt, sogar Projektleiter: einmal bei einem Logistikprojekt, das europaweit ausgerollt war, und einmal bei einem Innovationsprojekt im Bereich Wasserstoff. Von dort kommt nämlich dieser Weltraumbeauftragte, weil die Magna die Pipes, also die Treibstoffleitungen, für die Ariane-Rakete gebaut hat. Und diese Kompetenz wurde in ein Projekt übertragen, das EU-gefördert war. Und ich habe die organisatorische Leitung gehabt. Und auch im HA-Bereich bin ich phasenweise eingesetzt gewesen.

**Abgeordneter Ing. Michael Schickhofer (SPÖ):** Das wollte ich wissen. Danke für diese ergänzende Antwort.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe nicht viele Fragen. Mir geht es im Wesentlichen um diese Serentschy-Geschichte. Da gibt es die Beschuldigtenvernehmung vom 29. November 2011 mit Herrn Dr. Hohegger. Ich zitiere daraus:

Hohegger sagt:

„Heinz SUNDT seitens der TA trat bereits 2001 an mich heran, dass bei der nächsten Wahl zum Geschäftsführer der RTR OTRUBA auf keinen Fall gewählt werden darf, weil dies für die TA eine wirtschaftliche Katastrophe bedeutet hätte.“

Haben Sie als Minister gewusst, dass die Telekom Austria den Herrn Otruba als Regulator vehement ablehnt?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe es damals in den Medien gelesen, aber – ich habe das heute in dem Ausschuss schon erwähnt – ich habe mich auf die Expertise eines Unternehmensberatungsunternehmens ... (*Abg. Dr. Pilz: Darauf kommen wir ja noch zurück!*) Ja, das weiß ich. Das haben Sie schon im Ausschuss gesagt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann zitiere ich weiter Hohegger:

„Es war relativ leicht, die Entscheider davon zu überzeugen, dass OTRUBA nicht mehr wiedergewählt werden sollte, dies auch deswegen, weil er der SPÖ zuordenbar war.“

Frage: Wer waren die Entscheider, was den Telekom-Regulator betroffen hat?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das müssen Sie Herrn Hohegger fragen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie nicht mehr, wer entschieden hat, wer Telekom-Regulator wird?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe auf der Grundlage einer Expertise entschieden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es außer Ihnen noch einen Entscheider gegeben?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie wissen das nicht?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, wer soll denn das sein? Sagen Sie es mir!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, das frage ich **Sie**. Sie können sich ja noch daran erinnern, dass Sie Minister waren, gell? (*Heiterkeit bei Ing. Reichhold.*) Schon, ja. – Haben Sie das allein entschieden, oder haben Sie das gemeinsam mit irgendwem anderen entschieden?

**Ing. Mathias Reichhold:** Herr Pilz, es gab ein Auswahlverfahren.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das frage ich Sie jetzt nicht! Ich frage, ob Sie das allein entschieden haben oder gemeinsam mit jemand anderem.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich habe auf der Grundlage dieser Expertise entschieden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Waren Sie der Einzige, der das entschieden hat?

**Ing. Mathias Reichhold:** Meiner Erinnerung nach ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Dann kann der Herr Hohegger mit „Entscheider“ nur Sie meinen, denn es hat ja keinen anderen Entscheider gegeben.

Ich wiederhole noch einmal diesen Satz:

„Es war relativ leicht, die Entscheider davon zu überzeugen, dass Otruba nicht mehr wiedergewählt werden sollte, dies auch deswegen, weil er der SPÖ zuordenbar war.“

Haben Sie gewusst, dass Otruba der SPÖ zuordenbar war?

**Ing. Mathias Reichhold:** Darum habe ich mich nicht gekümmert. Aber eine Frage an Sie ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, ich bin keine Auskunftsperson! – Ich habe Sie nicht gefragt, ob Sie sich darum gekümmert haben. Ich habe Sie gefragt, ob Sie das **gewusst** haben, dass Otruba der SPÖ zuordenbar war?

**Ing. Mathias Reichhold:** Schauen Sie, das ist zehn Jahre her. Mich haben solche Themen nicht interessiert, denn ich habe die Auswahl des Regulators nicht nach parteipolitischen Grundsätzen gemacht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, ich habe überhaupt noch nie einen Minister getroffen, der in dieser Republik gesagt hat, ich habe mich immer kundig gemacht, wer ein Parteibuch hat, und habe danach meine Entscheidungen getroffen. Überraschenderweise sagen immer alle, ich habe nie auf Parteibücher Rücksicht genommen. Herr Dr. Strasser war da besonders überzeugend, aber ich „glaube“ Ihnen das genauso wie dem Dr. Strasser.

Noch einmal: Haben Sie in diesem Zusammenhang mit Herrn Dr. Hohegger gesprochen? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Nun, das war eine klare Antwort. Da werden wir Hohegger auch noch einmal dazu fragen.

„Auf der Shortlist fanden sich zwei Kandidaten,“ –

also wenn man sagt, Otruba weg, dann fanden sich zwei Kandidaten –,

„die dann in die engere Wahl für die RTR-Geschäftsführung kamen:

Dr. Steinmaurer, er war damals der Leiter der Rechtsabteilung des Mobilfunks ‚T-Mobile‘, und Dr. Serentschy, damaliger Geschäftsführer von Arthur D. Little Österreich.“

„Es kam zur Wahl von Georg Serentschy“ – sagt Hochegger – „und damit war mein Auftrag erfüllt.“

Frage: Ist diese Shortlist von Ihren Parteifreunden erstellt worden?

**Ing. Mathias Reichhold:** Von wem?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da hat es doch einen Parteifreund gegeben, den Herrn Firlinger. *(Ing. Reichhold: Mhm!)* Ist es richtig, dass dessen Unternehmen diese Shortlist erstellt hat? *(Ing. Reichhold: Nein!)* – Sondern?

**Ing. Mathias Reichhold:** Das Unternehmen Ecker & Partner.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ecker & Partner.

**Ing. Mathias Reichhold:** Und der Herr Ecker, das wissen Sie, wer das ist?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja. – So, und dann kriegen Sie eine Shortlist, und in dieser Shortlist stehen untereinander drei Namen. – Ist das richtig?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, es stehen fünf Namen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Oder fünf. – Und die waren in einer bestimmten Reihenfolge? *(Ing. Reichhold: Ja!)* – War diese Reihenfolge eine Reihenfolge, die bereits einer Bewertung gleichgekommen ist? *(Ing. Reichhold: Ja!)* – Sind Sie sich da vollkommen sicher? *(Ing. Reichhold: Absolut sicher!)* – Wir werden auf das noch zurückkommen.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, das kann ich Ihnen auch beweisen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es ist nämlich ein Punkt wichtig ...

**Ing. Mathias Reichhold:** Das kann ich Ihnen auch beweisen, Herr Dr. Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja. Es ist nämlich ein Punkt wichtig: ...

**Ing. Mathias Reichhold:** Er ist explizit an die erste Stelle gereiht worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja. Es war also explizit eine Reihung ...

**Ing. Mathias Reichhold:** An die *erste* Stelle gereiht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, das ist wichtig. Ich möchte es nur schön im Protokoll haben. Das reicht mir vollkommen. – Es war also explizit eine Reihung und keine Auflistung. – Ist das richtig?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja. Es ist im Text zu lesen, dass Herr Serentschy aufgrund des Bewertungsgutachtens von Ecker & Partner an die erste Stelle gereiht wird.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, ich möchte das nur ...

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich möchte das auch nur im Protokoll haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Reichhold, wir haben das jetzt so wunderbar im Protokoll! Ich will zu diesem Punkt überhaupt nicht mehr. Da werden wir den Dr. Hochegger beim zweiten Mal fragen müssen, wie er bei einem Minister, der als einziger Entscheider nie auf das Parteibuch geschaut und der eine gereimte Liste vorgelegt bekommen hat, dann dieses Wunder vollbracht und den Auftrag erfüllt hat. Denn möglicherweise stellt sich heraus, dass die Telekom den Herrn Hochegger völlig umsonst bezahlt hat! Das müssen wir uns ja auch alles anschauen. – Das ist die eine Sache.

Das Zweite ist: Frau Natascha Rabl – die hat einmal in der mediaConnection von Herrn Rumpold gearbeitet – hat am 9. August 2011 in einer Zeugenvernehmung Folgendes

gesagt. Sie hat berichtet, wie sie auch mit Rechnungslegung an die Telekom Austria beschäftigt worden ist, und sie sagt:

„Befragt zur Rechnungslegung an die Telekom Austria glaube ich mich zu erinnern, dass die von mir geschriebenen Rechnungen sich auf Lobbying für die Genehmigung von Standorten für Funkmasten bezogen. Es war mit Sicherheit ein Bezug zur Politik und durch diese zu erteilenden Standortgenehmigungen.“

Das heißt, Frau Rabl sagt: Funkmasten, Standortgenehmigungen, und da gibt es jetzt Geld von der Telekom an Rumpold, damit da bei der Politik interveniert wird, damit auf irgendeine Art und Weise – ich gehe davon aus – ein Vorteil für die Telekom Austria entsteht.

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen im Zusammenhang mit der Errichtung oder Genehmigung von Funkmasten? – Ich weiß schon, dass das in der Regel kompetenzmäßig woanders angesiedelt ist. – Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen in diesem Zusammenhang?

**Ing. Mathias Reichhold:** Wann soll das gewesen sein, Herr Abgeordneter?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das geht aus dem nicht klar hervor. Ich gehe aber davon aus, dass das etwa zwischen 2002 und 2004, irgendwann in dieser Zeit gewesen sein muss, wenn man andere Vorgänge damit vergleicht. Haben Sie keine Wahrnehmungen dazu? – Okay. Keine weiteren Fragen. Danke.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen damit zur zweiten Fragerunde. – Bitte, Frau Abgeordnete Tamandl.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Reichhold, ich möchte noch einmal auf Folgendes zurückkommen: Ich habe Ihnen vorher ein paar Personen genannt und Sie gefragt, ob Sie mit denen Kontakt hatten, unter anderem einen Herrn Heinz Lederer. Sie haben gesagt, Sie haben zwar nicht mit ihm zusammengearbeitet, aber Sie kennen ihn.

Ich hätte ganz gerne von Ihnen gewusst, ob Sie eine Wahrnehmung darüber haben, ob Lederer in Ihrer Zeit als Minister, als Sie noch Minister waren, mit Lobbying-Tätigkeiten beschäftigt war und eventuell auch an Sie herangetreten ist mit dem einen oder anderen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, ich glaube, den Herrn Lederer habe ich erst später kennengelernt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Also nicht in Ihrer Zeit als Minister?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, ich glaube, in der Zeit, wo ich für Hochegger gearbeitet habe.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und später, als Sie ihn dann kennengelernt haben, haben Sie da eine Wahrnehmung darüber, ob er Lobbying-Tätigkeiten gegenüber bestimmten Parteien oder gegenüber der Politik getätigt hat?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, ich habe Ihnen ja schon gesagt, ich habe nur die Wahrnehmung, dass Herr Lederer damals sozusagen der Verbindungsmann des Herrn Hochegger zur SPÖ war. Das war in der „Branche“ – unter Anführungszeichen – allgemein bekannt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Aber was konkret er da vermittelt oder verbunden hat, das wissen Sie nicht? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Ich habe Ihnen vorher eine E-Mail vorgehalten, wo eben der Herr Hochegger an den Herrn Generalsekretär

Rödler geschrieben hat, und hätte jetzt ganz gerne gewusst, ob Sie die Herrschaften, die da genannt werden, kennen, beispielsweise den Herrn Reinhard Göweil.

**Ing. Mathias Reichhold:** Der Herr Göweil war Wirtschaftsredakteur bei einer Zeitung. Ich glaube, beim „Kurier“. Ist das der?

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ja, „Wiener Zeitung“, nehme ich an.

**Ing. Mathias Reichhold:** „Wiener Zeitung“? – Nein, ich glaube, der war im „Kurier“. (*Abg. Tamandl: Kann sein!*) – Damals war er beim „Kurier“.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Hatten Sie mit ihm zu tun? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Hat Göweil für das BMVIT irgendwelche Leistungen erbracht?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nicht dass ich wüsste.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie haben vorher, als ich das Mail von Hohegger an Rödler vorgelesen habe und auch über die Loge berichtet worden ist, irgendwie so wissend geschaut.

Frage daher: Sind Sie auch in einer Loge tätig? (*Ing. Reichhold: Nein!*)

Hoheggers Grundidee war, Sie als Innovationsminister zu positionieren.

Warum haben Sie angenommen, dass Sie da jemanden von außen brauchen und dass das Ihr eigenes Haus nicht zustande bringen kann?

**Ing. Mathias Reichhold:** Weil es keine Ressourcen dafür gegeben hat, nicht ausreichend Ressourcen. Die Leute im Ministerium sind mit dem Tagesgeschäft beschäftigt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Aber es gibt zum Beispiel eine Pressestelle. Es gibt sicherlich Personen, die sich auch mit diesen Dingen ausgekannt haben. Und trotzdem haben Sie das weitergegeben?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ja, aber es gab eine kleine Pressestelle, die mit der täglichen Arbeit beschäftigt war – für ein Riesenministerium.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und dort war das nicht möglich, dass man das erstellen konnte?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, die haben für strategische Aufgaben wirklich keine Zeit gehabt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte Sie noch zu einem anderen Thema befragen, und zwar: Sie waren von September bis Oktober 2002, genau 40 Tage, auch FPÖ-Bundesparteiohmann. In dieser Zeit gab es die Auflösung des Agenturvertrages zwischen der FPÖ (*Ing. Reichhold: Mhm!*), also zwischen der Bundespartei, und der mediaConnection GmbH, wo der Herr Rumpold Geschäftsführer ist. Angeblich ist der Vertrag aufgelöst worden, weil auf eine tiefgreifende Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Rumpold und der FPÖ geschlossen werden konnte.

Können Sie uns darüber etwas sagen?

**Ing. Mathias Reichhold:** Frau Abgeordnete, darüber kann ich Ihnen nicht viel sagen. Da müssten Sie den damaligen Finanzreferenten, den Herrn Abgeordneten – damals Abgeordneten – Detlev Neudeck befragen, der diese Dinge verhandelt hat. Ich war im Wahlkampf und bin dann später überhaupt krank geworden. Da habe ich überhaupt keine Wahrnehmung gehabt darüber.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Es ist ja so, dass nicht nur die Auflösung dieses Vertrages in Ihrer Zeit geschehen ist, sondern dass auch die Firma mediaConnection GmbH der FPÖ einen doch recht hohen Betrag, zirka 760 000 €,

mehr oder weniger erlassen hat, indem keine Mahnhandlungen oder Klagshandlungen gesetzt worden sind, sondern in der Bilanz der mediaConnection diese rund 760 000 € als **uneinbringlich** ausgetragen worden sind.

Trotzdem sind aber dann in dieser Zeit, als der Vertrag aufgelöst worden ist, weiter Aufträge an die Firma mediaConnection erteilt worden. (*Ing. Reichhold: Durch mich? – Nein!*) Seitens der FPÖ an die mediaConnection.

Finden Sie das – ich meine, Sie haben ja damals auch die Verantwortung dafür gehabt, wenn auch nur kurze Zeit – nicht **ungewöhnlich**, dass jemand auf 760 000 € verzichtet, ohne irgendwelche Handlungen zu setzen? – Es geht aus dem Steuerakt und aus dem Schriftverkehr zwischen dem Herrn Rumpold und dem Finanzamt hervor, dass er gemeint hat, er hätte geglaubt, die FPÖ würde zahlungsunfähig werden oder würde in Geldprobleme kommen.

Können Sie sich erklären, wie jemand so einfach auf 760 000 € verzichtet, ohne irgendwelche Handlungen zu setzen, um das Geld jedenfalls einzutreiben?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, das kann ich mir überhaupt nicht erklären. Aber ich habe den Medien entnommen, dass mein Nachfolger, Herr Mag. Herbert Haupt, gemeint hat, es wären die vereinbarten Leistungen in dem Umfang nicht gekommen und deshalb wäre der Betrag ja niedriger gewesen; was aus meiner Sicht nachvollziehbar wäre.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Allerdings ist es dann insofern seltsam, weil ja auch noch nachher, nach der Kündigung, eben diese Vereinbarung geschlossen wurde. Der Betrag wurde erlassen, und dafür wurden wieder Aufträge erteilt. Das würde ja eigentlich dem Auflösungsgrund des Vertrages **widersprechen**.

Denn: Auf der einen Seite sagt man, man hat kein gescheitertes Vertrauensverhältnis mehr und es kommt zu tiefgreifenden Störungen des Vertrauensverhältnisses, zuerst erlässt man die ganzen Schulden – und auf der anderen Seite gibt man dann wieder Aufträge, und bei diesen Aufträgen kann man überhaupt nicht sagen, ob diese dann jemals bezahlt werden.

Finden Sie das nicht seltsam – Sie waren ja selbst Geschäftsführer Ihrer eigenen Firma –, dass man so etwas tut? Haben Sie sich da nicht gewundert, dass die auf so etwas eingestiegen sind?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich weiß nicht: War das in meiner Zeit? (*Abg. Tamandl: Ja!*) – Wie gesagt, ich war ja nur kurz, und dann bin ich aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage gewesen, die Geschäfte zu führen. Es hat ein Präsidium gegeben damals, das über solche Themen entschieden hat. Es hat einen Finanzreferenten gegeben, der diese Dinge verhandelt hat. Und man müsste Akteneinsicht haben und ich müsste mich mit dem Thema wirklich genau auseinandersetzen können, um Ihnen eine zufriedenstellende Antwort zu geben.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** In diesen zeitlichen Zusammenhang fällt ein Auftrag der Telekom Austria an die Firma mediaConnection GesmbH, wo die Firma Telekom vier Studien mit insgesamt 500 000 € beauftragt. (*Ing. Reichhold: Vier, bitte, was?!*) Vier Studien mit insgesamt 500 000 €.

Das sind also Studien – ich kann sie Ihnen gerne zeigen –, verschiedene Studien, die auch wieder mit Telekommunikation zu tun haben. Es fällt aber jetzt genau in diese Zeit.

Haben Sie Kenntnis darüber, dass es vielleicht einen Zusammenhang gibt mit der Finanzierung des EU-Wahlkampfes der FPÖ, dass die Telekom da einen Auftrag gegeben hat an die mediaConnection und dass die mediaConnection deshalb so

leichtfertig diese Forderung austragen konnte, weil auf der anderen Seite sowieso von einer anderen Seite Geld hereingekommen ist? Haben Sie Kenntnis davon?

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich war für den EU-Wahlkampf nie zuständig und habe auch keinerlei Kenntnis von solchen Initiativen oder Themen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie sagen, wer damals für den EU-Wahlkampf zuständig war, wer da der Verantwortliche war?

**Ing. Mathias Reichhold:** Könnten Sie mir sagen, wann der eigentlich war?

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das muss ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, Frau Abgeordnete, die Zeit ist schon überschritten.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich werde dann bei den Zusatzfragen noch einmal nachfragen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Dann können Sie nämlich überlegen, wann der EU-Wahlkampf war.

**Ing. Mathias Reichhold:** Ich kann mich nämlich nicht erinnern, dass ich jemals in einen EU-Wahlkampf involviert gewesen wäre.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Als Nächster würde Herr Abgeordneter Dr. Rosenkranz zu Wort gelangen. – Sie verzichten.

Herr Abgeordneter Petzner, gibt es noch eine Frage? (*Abg. Petzner: Sind wir schon bei den Zusatzfragen oder bei...?*) – Wir sind bei der zweiten Fragerunde. (*Abg. Petzner: Ja, eben! Die Zusatzfragenrunde kommt ja erst!*) Ja, eben. Sie haben Chancen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe nur noch eine kurze Frage an den Herrn Ing. Reichhold, und zwar:

Herr Hohegger hat ja im Rahmen dieses Projektes EU-Ratspräsidentschaft 2005 – wo wir noch einmal festhalten, es gibt einen mündlichen Vertrag, es gibt mündliche Leistungsberichte von Ihnen an den Herrn Hohegger, die dem Herrn Hohegger aber entfallen sei dürften; zumindest gibt er das in seiner Beschuldigteneinvernahme so an, dass er sich daran nicht erinnern kann – nicht nur Sie beauftragt, sondern auch den Herrn Meischberger.

Es handelt sich ja hierbei um eine Gesamtsumme von 480 000 €, die mit 28. Dezember 2005 an die Telekom verrechnet wurde, zu diesem Projekt EU-Ratspräsidentschaft.

Wenn jetzt Herr Hohegger auch Herrn Meischberger engagiert hat und Sie auch im Zusammenhang mit diesem Projekt für Hohegger tätig waren, dann hätten Sie ja irgendwann einmal auf den Herrn Meischberger stoßen oder mit ihm zusammentreffen müssen oder er wäre Ihnen im Rahmen Ihrer Beratungsleistungen für dieses Projekt untergekommen.

Ist das der Fall? Wenn ja: In welchen Zusammenhängen sind Sie da auf Meischberger getroffen? Beziehungsweise: Haben Sie mit ihm gemeinsam Aktivitäten gesetzt oder nicht?

**Ing. Mathias Reichhold:** Nein, ich habe zu der Zeit mit dem Herrn Meischberger keinen Kontakt gehabt und auch keine gemeinsamen Aktivitäten gesetzt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das heißt, Herr Meischberger ist Ihnen in diesem gesamten Projekt nie untergekommen. (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Können Sie sich das erklären, dass der Hohegger den Meischberger mit dem gleichen Projekt beauftragt hat und Sie nie auf den Meischberger treffen?



**Ing. Mathias Reichhold:** Das müssen Sie den Herrn Hochegger fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Oder den Herrn Meischberger, der wird das nächste Mal kommen. Dann werden wir die das fragen.

Jetzt können wir suchen, ob noch etwas offen ist. – Nein, das war es eigentlich schon. Danke.

**Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ):** Mehr beantwortet, als hätte sein müssen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie sind ja zu dieser Rechnung über 72 000 € schon befragt worden, deswegen möchte ich das eher kurz machen.

Nur zur Zusammenfassung: Gibt es irgendein Schriftstück, das eine Leistung dokumentiert? (*Ing. Reichhold: Nein!*) – Gibt es nicht.

Das sagt auch Dr. Hochegger: Es gibt keine Hardcopy, es gibt kein Schriftstück, überhaupt nichts. – Gibt es irgendeinen Beweis für Ihre Leistung?

**Ing. Mathias Reichhold:** Sie können mit dem verantwortlichen Manager der Telekom zum Beispiel reden. Das war Dr. Anton Steinringer. Bei dem war ich zwei, drei Mal dort. Der hat mich auch über die technischen Seiten dieses Projekts aufgeklärt. Ich habe mich dort informiert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Seit es diesen Untersuchungsausschuss gibt – ich kenne das eigentlich von vorher überhaupt nicht –, häufen sich die Projekte, wo es keine schriftlichen Leistungen gibt, keinen klaren Leistungsnachweis. Das Einzige, was schriftlich nachvollziehbar ist, ist die **Überweisung**. Das ist das Einzige, was es schriftlich gibt: der Vertrag, die Honorarnote, die Überweisung. Deswegen möchte ich mich da gar nicht länger aufhalten. Es gibt ja andere Möglichkeiten, zu überprüfen, ob dem Ganzen tatsächliche Leistungen gegenüberstehen.

Wir haben heute Vormittag mit Scheinrechnungen zu tun gehabt, gestern mit Scheinrechnungen zu tun gehabt, ich kann es jetzt wirklich nicht beurteilen. Aber wenn keine Leistung nachweisbar ist und wenn es kein einziges Schriftstück gibt, dann ist das entweder unglaubliche Fahrlässigkeit vonseiten der Telekom, die sagen: Na, da ist ja der Herr Mag. Reichhold, mit dem reden wir ein bisschen über die Technik (*Ing. Reichhold: Ingenieur!*), ja Ingenieur Reichhold ... Mit dem Ing. Reichhold reden wir ein bisschen über Technik, die Welt und alles, was noch dazu gehört, und der sagt uns ganz wichtige Sachen, die wir nicht wissen – weil Sie sicherlich etliches gewusst haben, speziell im Telekom-Bereich, was die Telekom nicht gewusst hat –, aber schriftlich halten wir nichts fest, das brauchen wir nicht, weil das Wissen vom Ing. Reichhold haben wir so gut verstanden, dass er es uns gar nicht aufzuschreiben braucht, und wir brauchen es uns selber auch nicht aufzuschreiben; das ist in Mark und Fleisch des Unternehmens übergegangen!

Das reicht normalerweise, um zu sagen: Schauen wir uns dann an – mit Mitteln, die uns eigentlich nicht zur Verfügung stehen –, ob es sich hierbei um eine **Scheinrechnung** handelt. Und deswegen werden wir tun, was wir in solchen Fällen immer tun, und wir werden das mit einem Begleitschreiben der Staatsanwaltschaft übermitteln.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir sind damit in der Runde der Zusatzfrage. Nachdem mehrere Fraktionen schon auf Fragen verzichtet haben: Hat die ÖVP-Fraktion noch eine Zusatzfrage? – Doch nicht. Die FPÖ-Fraktion, nehme ich an, auch nicht. – Abgeordneter Petzner, die Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich muss auch noch einmal den Sachverhalt zusammenfassen und dann mit einer abschließenden Frage schließen.

Herr Hohegger sagt in seiner Beschuldigteneinvernahme vom 24. Mai 2005 auf Befragung zum Engagement Meischberger im Rahmen dieses Projektes der EU-Ratspräsidentschaft:

Walter Meischberger hat mir Ende 2005 – also im gleichen Zeitraum, wo Sie die Rechnung gestellt haben – eine Rechnung über 70 000 € gelegt, wovon ein Großteil des an ihn ausbezahlten Honorars diesem Projekt – gemeint ist das EU-Projekt – zuzurechnen ist. Über den genauen Umfang der Leistungserbringung von Meischberger kann ich aber keine Angaben machen, weil ich diesbezüglich keine Aufzeichnungen geführt habe. – Zitatende.

Das heißt, wir haben da mündliche Verträge, wir haben mündliche Beratungsleistungen, wir haben mündliche Vereinbarungen, und wir haben überhaupt nichts Schriftliches. Es liegt nichts Schriftliches vor in diesem gesamten Projekt mit einem Gesamtumfang, den ich bereits genannt habe.

Das ist meiner Meinung nach durchaus aufklärungsbedürftig durch den Herrn Hohegger, dem man hier die Frage stellen wird müssen, wie er dann zu diesen Angaben kommt.

Die Schlussfrage, die ich in diesem Zusammenhang habe: Sie waren ja kurzzeitig auch FPÖ-Obmann, nämlich im Jahr 2003, wenn ich mich richtig erinnere. (*Ing. Reichhold: 2002!*) – 2002? – Ich war nie bei der FPÖ Mitglied, daher weiß ich das nicht. Also 2002.

Meine Frage: Sind Ihnen in Ihrer Zeit als FPÖ-Obmann – das war ja damals ein laufender Nationalratswahlkampf; Nationalratswahl 2002 – irgendwann Spenden, Zuwendungen legaler oder illegaler Natur untergekommen seitens der Telekom an Entscheidungsträger, Organisationen, Landesorganisationen oder an die Bundespartei, die Freiheitliche Partei Österreichs, oder nicht? (*Ing. Reichhold: Nein!*)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Ing. Reichhold, für die Auskünfte.  
15.45

\*\*\*\*\*

*(Die Auskunftsperson Ing. Reichhold verlässt den Sitzungssaal. – Die Obfrau leitet sodann über zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung. – Fortsetzung: 15.46 Uhr bis 15.50 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; **nichtöffentlicher Teil**.)*

\*\*\*\*\*

15.51

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** leitet – um 15.51 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die **nächste** Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitten.

15.51

### **Auskunftsperson Franz Kusun**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Herr **Kusun**, ich danke für Ihr Erscheinen als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und Übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Franz Kusun, geboren am 7.7.1953, Anschrift: Leitring. Beruf: Beamter.

Herr Kusun, Sie sind öffentlicher Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, die A1 Telekom, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Herr Kusun, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines eventuellen vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

\*\*\*\*\*

Die **Vertrauensperson**, die Sie mitgenommen haben, heißt **Dr. Peter Ringhofer**, geboren: 12.3.1944, Anschrift: Wien.

Ich frage nun die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Peter Ringhofer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien oder vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen** Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen kann zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

\*\*\*\*\*

Nun, Herr Kusun, haben Sie die Möglichkeit, in 10 Minuten Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss zu präsentieren.

*(Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Höbart das Wort.)*

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Kusun, wie Ihrem Lebenslauf zu entnehmen ist, haben Sie eine anständige Gewerkschaftslaufbahn im Telekom-Konzern hingelegt. Sie sind dort Chef der Christ-Gewerkschafter gewesen, Stellvertretender Zentralbetriebsratsobmann. Unsere Information ist die, dass Sie am 11.10.2010 vorläufig suspendiert wurden.

Können Sie uns bitte mitteilen, was derzeitige Stand ist, der Status, auch der Ermittlungsstand gegen Sie? Wie sind Sie noch – das sage ich einmal so – im Telekom-Konzern engagiert? Oder sind Sie nach wie vor suspendiert?

**Auskunftsperson Franz Kusun:** Ja, ich bin nach wie vor suspendiert. Die Telekom hat in der Zwischenzeit eine Firma gemacht, Servicekom, und in dieser Firma Servicekom bin ich zurzeit an und für sich integriert, allerdings als Suspendierter sozusagen vom Dienst freigestellt, mit zwei Dritteln vom Gehalt.

**Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Über welchen Zeitraum haben Sie diese, sage ich einmal, Spitzenfunktion im Telekom-Konzern innegehabt? Waren das wenige Monate, waren das mehrere Jahre? Wie gut kennen Sie das ganz Umfeld im Telekom-Konzern?

**Franz Kusun:** Ich habe an und für sich von 1968 bis 1972 die Fernmeldemonteurschule in Graz absolviert, bin dann zirka eineinhalb Jahre in der Fernmeldezentralbauleitung in Wien gewesen, was auch Österreich-Montage war, habe mit 21 oder nicht ganz 22 Jahren die Werkmeisterprüfung gemacht bei der Telekom – damals Post und Telegraphenbehörde, habe dann, mit 33, glaube ich, die B-Prüfung gemacht, bin dort Systemtechniker, Systemspezialist, und in den neunziger Jahren, 1989, 1990, habe ich eine neunmonatige Ausbildung gemacht zum OS Systemspezialisten, habe dann die OS Betriebsstelle in Leibnitz aufgebaut – die ist neu gemacht worden für die Digitalisierung der Ost-, Süd- und Weststeiermark –, war dort Systemspezialist und Leiter, und auch die Störungsmeldestelle habe ich als Leiter innegehabt.

Ich bin dann am 18. Februar 1999 als Quereinsteiger in die Personalvertretung gegangen. Ein Jahr davor hatte ich – weil ich mich schon irgendwo wegbewegen wollte von der OS Betriebsstelle – ein Assessment-Center gemacht für Key Accounter in der Steiermark. Da ist ein Posten ausgeschrieben gewesen, 2/2 in der Wertigkeit, eine relativ hohe B-Wertigkeit. Ich habe dort den besten Test gemacht in der Steiermark, aber diesen Posten dann nicht angenommen, weil man die Wertigkeit heruntergesetzt hat von 2/2 auf 2/3 mit der Begründung, ich hätte noch keine Verkaufserfahrung.

Mit 18. Februar 1999 bin ich in die Personalvertretung als Quereinsteiger gegangen und habe dort die Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der Steiermark übernommen, und ich denke, ich habe die auch sehr, sehr gut und erfolgreich geführt, denn bei den Wahlen 2002 habe ich, entgegen dem Trend in Österreich, wo wir von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter überall leicht oder etwas mehr verloren haben, 13,6 Prozent gewonnen – wir halt, mein Team. Bei uns war dann das Problem, dass unser Vorsitzender, der Bundesvorsitzende, sehr jung an Krebs gestorben ist. – Entschuldigung, nicht 2007, sondern 2003. 2003 war das, Verzeihung! Und da ist zwar ein Nachfolger von Wien gewesen, aber der ist nach einem Jahr noch mit dem Lehrermodell in Pension gegangen, sodass man mich dann gefragt hat, ob ich nicht nach Wien gehen möchte. Und so habe ich mit August 2004 als Bundesvorsitzender die Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der Telekom Austria übernommen. Diese Funktion hatte auch inne, dass ich im Präsidium der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten war, dass ich im Ausschuss für das Bauwesen war, wo ich zum Schluss auch den Vorsitz hatte, und auch im Ausschuss für, das war, glaube ich, mit Elektronik oder irgendetwas – das weiß ich nicht so genau –, und bin seit 2001 auch als Kammerrat in der steirischen Arbeiterkammer tätig.

Jetzt haben Sie so ziemlich meinen beruflichen Werdegang.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ein sehr umfangreicher Überblick. – Darauf zielt auch meine nächste Frage ab: Wie kann man sich so einen Tag oder auch eine Arbeitswoche eines Spitzengewerkschaftsfunktionärs in der Telekom Austria vorstellen? Wenn Sie das einmal versuchen, ein bisschen zu umschreiben. Denn – worauf zielt meine Frage ab? – Sie haben ja dann auch in Ihren Vernehmungen beispielsweise bekanntgegeben, wie Sie den Herrn Hohegger kennengelernt haben, nämlich im Vorzimmer des Vorstandsdirektors Schieszler. Wir war der Kontakt in die Vorstandsebene?

Also das würde mich einmal interessieren: wie so ein Tag aussieht.

**Franz Kusin:** Grundsätzlich hat die Funktion als Bundesvorsitzender, die Mandate an und für sich haben auch mitbewirkt, sagen wir so, dass man ein Mandat im Aufsichtsrat der Telekom Austria hatte, und damit hatte man automatisch schon Kontakt auch mit den Vorständen und auch mit dem Aufsichtsrat.

Ich war – das habe ich vergessen zu sagen, aber das geht ja aus meinen Unterlagen, denke ich, hervor – von 2004 – ich glaube, meine erste Sitzung war im September 2004 – bis 2007, also Mitte 2007 – da war die letzte Sitzung die Hauptversammlung der Telekom Austria im Mai –, im Aufsichtsrat der Telekom Austria als Vertreter der Arbeitnehmer, als einer von vieren. Das Mandat selbst hat zwar erst geendet, glaube ich, mit September oder Oktober 2007, aber Fakt ist, dass meine letzte Sitzung und Besprechung als Aufsichtsrat eben die Hauptversammlung war.

Schon aufgrund dessen, dass man eben ein Aufsichtsratsmandat hatte und natürlich der Vorsitzende der Fraktion war, hat man immer versucht, auch mit den Führungspersonlichkeiten – sei es jetzt in der ersten ME oder sei es jetzt in der zweiten ME oder dem Vorstand – Kontakt zu halten, weil unser Problem natürlich speziell in der FCG war, dass wir im Organ der Personalvertretung ja die Minderheitsfraktion waren, und die Telekom ja so ausgerichtet war, dass man sich in erster Linie an das Organ, sprich an die Vorsitzenden, gewendet hat, wenn es Probleme gegeben hat und nicht an uns. Und so musste ich immer wieder versuchen, eben Termine zu bekommen bei den für uns wichtigen Personen, damit wir auch informiert werden über die Sachen, die in der Telekom vorgehen. – Ich hoffe, dass das so ...

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Sagen Sie, kennen Sie als Spitzengewerkschaftsfunktionär in der Telekom Austria die Zeitschrift des

Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes namens „Freiheit“? Ist Ihnen das ein Begriff? (*Franz **Kusin**: Kenne ich, ja!*)

Na ja, seit gestern wissen wir ja, dass hier Druckkostenbeiträge erwünscht wurden, natürlich möglicherweise auf Inserate der Telekom Austria hin.

Haben Sie da Wahrnehmungen gehabt? Wie ist das Ganze vonstattengegangen? Können Sie das vielleicht ein bisschen beschreiben?

**Franz Kusin:** Dazu kann ich Ihnen leider überhaupt nichts sagen, da ich in keinsten Weise irgendwo irgendetwas wahrgenommen habe – überhaupt nicht, in keinsten Weise!

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Also Sie schließen für sich aus, dass Sie da unterstützend tätig waren, dass die Telekom Austria, über welche Leistung auch immer (*Franz **Kusin**: Absolut!*), in diesem Organ oder in dieser Zeitschrift inseriert hat. (*Franz **Kusin**: Absolut!*)

Sagen Sie, Sie haben ja kundgetan, dass Sie im Vorzimmer des Vorstandsdirektors Schieszler den Herrn Hohegger kennengelernt haben. Wie haben sich diese Dinge dann genau abgespielt? Wie kamen Sie dann letztendlich zur Beauftragung und um welche Themen genau ging es? Ich meine, wir haben natürlich in den Unterlagen einiges herausgelesen – um arbeitsrechtliche Dinge –, aber welche Sachen waren das konkret?

Wie haben Sie den Herrn Hohegger kennengelernt, wenn Sie das bitte beantworten, und wie gingen die Wochen danach vonstatten?

**Franz Kusin:** Ja, wie Sie schon gesagt haben: Es war im Vorzimmer. Ich hatte eine Besprechung mit dem Herrn Schieszler, und als wir herausgekommen sind ins Vorzimmer, ist eben der Herr Hohegger dort gesessen. Und da bin ich eben vorgestellt worden, und der Herr Hohegger hat gemeint, na, den Namen Kusin, den kennt er, der ist ihm geläufig.

Geläufig war er ihm dadurch, dass einer seiner Aufsichtsräte – in seiner Firma – der Herr Krenn war und mit dem Herrn Krenn bin ich in der steirischen Arbeiterkammer zusammengesessen und mit ihm habe ich mich ja auch des Öfteren unterhalten in allen Beziehungen, sei es jetzt arbeitsrechtlich und dergleichen, aber natürlich auch darüber, was er in Wien macht und was ich in Wien mache. Und da dürfte er sich wahrscheinlich – also mittlerweile weiß ich das auch – mit dem Herrn Hohegger beraten haben. Der Herr Hohegger hat ja auch gesagt, er hat immer Menschen gesucht, die aus der Praxis kommen und daher war ich für ihn interessant.

Er hat gesagt, wir sollten uns vielleicht einmal zusammensetzen. Und so ist es dann über sein Büro eben zu einer Terminvereinbarung gekommen und dann ist es in weiterer Folge zur Beratung gekommen.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Wie Sie ja wissen, wurden im Zeitraum Juli 2007 bis September 2008 doch einige Honorare gelegt, es waren in Summe fünf. Ich möchte jetzt kurz zitieren aus der Niederschrift vom 4.8.2010 – Dienstbehörde –:

Je nach Themenstellung, großer oder kleiner Auftrag, habe ich unterschiedlich Zeit aufwenden müssen. Die Anzahl der Zusammenkünfte, mit denen ich Herrn Hohegger über das Ergebnis des jeweiligen Auftrages berichtet habe, schätze ich vier- bis sechsmal im Quartal ein. – Zitatende.

Jetzt kommt eine durchaus interessante Sache – ich zitiere –:

Es gab niemals einen schriftlichen Vertrag mit der Firma Valora oder Herrn Hohegger als Person. Soweit ich mich erinnern kann, haben wir bei zwei oder drei Gesprächen

auch über das Honorar gesprochen. Ich habe ihm mitgeteilt, dass ich mir 2 000 bis 3 000 € netto pro Monat vorstelle, was für Herrn Hohegger akzeptabel war. Auf den Betrag bin ich deswegen gekommen, weil mir die Honorare im Lobbyismus nicht unbekannt waren und ich für meine Tätigkeit natürlich einen entsprechenden Zeitaufwand zu investieren hatte. – Zitatende.

Da würde uns jetzt einmal konkret Folgendes interessieren: Sie haben vorhin von arbeitsrechtlichen Beratungen gesprochen; hier sprechen Sie das Tätigkeitsfeld „im Lobbyismus“ an. Wie können Sie uns hier das darlegen?

**Franz Kusin:** Na ja, im Prinzip habe ich nicht damit gemeint, dass *ich* Lobbyismus betreibe, aber ich habe gewusst, dass der Herr Hohegger in der PR-Tätigkeit tätig ist. Und da hat er ja – das war für mich schon auch bekannt – so Werbegeschichten in der Telekom, speziell in der Mobilkom, gemacht. Mir bekannt war zum Beispiel ein Werbefilm, den er einmal gedreht hat, in dem ein Zeppelin oder so etwas war.

Das war mir an und für sich bekannt, aber dass *ich* damit Lobbyismus betrieben hätte oder ich lobbyiert hätte für irgendjemanden, das habe ich damit nicht gemeint.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Schon, aber Sie stellen ja hier definitiv einen Zusammenhang zwischen der Summe, die Sie ganz gerne gehabt hätten, oder diesen zitierten 2 000 € bis 3 000 € her und dem Lobbyismus. Also Sie versuchen hier oder haben versucht – nach der Niederschrift, ich habe sie zitiert –, sozusagen Ihre Gehalts- oder Honorarvorstellung mit der beim Lobbyismus zu vergleichen.

Das heißt mit anderen Worten, Sie können für sich ausschließen, dass Sie für eine Person oder für eine Organisation oder für wen auch immer lobbyiert haben? (*Franz Kusin: So ist es, ja!*) – Okay. – Ja, das war es jetzt einmal in erster Linie.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Kusin, Sie sind für mich ein klassischer Multifunktionär, wie er irgendwie in vergangen geglaubten Zeiten in Österreich existiert hat: Sie waren Aufsichtsrat in der Telekom, Sie waren Personalvertreter, Kammerrat, Bundesvorsitzender – und zugleich haben Sie dann noch den Herrn Hohegger im Rahmen eines Beratungsauftrages – eines mündlichen wohlgemerkt! – beraten. Das heißt, viele verschiedene Funktionen, wo sich jetzt die entscheidende Frage stellt, ob diese nicht in einem Interessenkonflikt teilweise oder vollständig zueinander stehen.

Ich beginne dazu einmal mit folgender Frage: Sie haben in Summe 138 000 € für eine Beratungstätigkeit gegenüber Hoheggers Valora im Zeitraum von Juli 2007 bis September 2008 bekommen. Gibt es für diese Summe, für diese Beratungstätigkeit einen schriftlichen Vertrag oder haben Sie den mit Hohegger mündlich abgeschlossen? Und welche konkreten Leistungen haben Sie für diese 138 000 € erbracht?

**Franz Kusin:** Also grundsätzlich nehme ich einmal an, dass Sie die Aktenlagen ja alle haben werden, aber natürlich vielleicht nicht Zeit hatten, das alles durchzulesen. Also grundsätzlich: Ich hatte keinen schriftliche, sondern eine mündliche Vereinbarung mit Herrn Dr. Hohegger und, wenn ich das sagen kann, für mich war es natürlich in erster Linie die Geschichte der arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten.

Sie können mir schon glauben: In der Telekom Austria haben gerade in den Jahren, seitdem wir privatisiert worden sind – 1996 ist ja die Telekom, Post- und Telegraphenverwaltung ausgegliedert worden, 1998 ist Post und Telekom getrennt worden und im Jahr 2000 ist die Telekom mehr oder weniger genötigt worden, auf den Aktienmarkt zu gehen –, wir in der Personalvertretung schon sehr viel an menschlichem Leid und dergleichen mitgemacht. Und es sind viele Menschen bei mir gesessen – Frauen, Männer –, die geweint haben, weil sie nicht mehr aus und ein wussten, wie es ihnen ergehen würde. Und da hat man schon eine sehr große

Erfahrung, mit man mit diesen Menschen umgeht, wie man ihnen helfen kann und dergleichen.

Diese Sachen, die wir dort so erlebt haben, die versuchte ich an und für sich auch über den Herrn Hohegger in eine Richtung zu bringen, was aus Sicht der Arbeitnehmervertreter und aus Sicht der Arbeitnehmer wichtig wäre, was man an und für sich machen sollte, damit solche Sachen, wo ... Es hat bei der Telekom, soweit mir bekannt, auch zwei Selbstmorde gegeben in dieser Beziehung; der eine war ja erst vor drei Jahren – oder zwei Jahren?; vor drei Jahren dürfte es gewesen sein – in Salzburg. Der andere war ein Kollege im Jahr 2002, und den habe auch ich besonders gut gekannt, und das ist schon etwas, was nicht so einfach ist.

Deswegen war es für mich in der Personalvertretung auch immer wichtig, dass man so viel wie möglich mit den maßgeblichen Leuten in Kontakt kommt, und für mich war eigentlich Herr Dr. Hohegger auch eine Chance, damit er vielleicht an andere maßgebliche Leute weitergibt, dass man es vielleicht anders machen könnte, als es in der Telekom oder auch bei der Post bewerkstelligt worden ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Zuallererst: Ich habe die Unterlagen genau gelesen. – Ich meine, Sie reden da wunderbar von Menschen und dass Sie Studien erstellt haben über Burn-out und das dem Hohegger geliefert haben und so weiter. – Ich halte die zwei wesentlichen Aussagen fest, die Sie in Ihrem Wortwust hier geäußert haben.

Der erste Sachverhalt ist: Wir haben einen weiteren Fall, wo es eine Zahlung gibt von insgesamt 138 000 € für eine Tätigkeit über 14 Monate. Das ist ein monatliches Einkommen in diesem Zeitraum, das Sie von Hoheggers Valora bekommen haben, von 9 857 €. 9 857 € pro Monat haben Sie von Hohegger bekommen, und dafür gibt es überhaupt keinen Vertrag, gar nichts! Das macht man sich irgendwo mündlich aus. – Alleine schon einmal da ist die Optik sehr schief.

Und jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt: Sie reden von Menschen und Gewerkschaften und wie Sie sich engagiert haben und so weiter. – Der Herr Hohegger ist kein Gewerkschafter. Der Herr Hohegger ist kein Gutmensch und keiner, der Wohltaten verteilt. Der Herr Hohegger war Lobbyist der Telekom und hat die Unternehmensinteressen vertreten! Und das ist der Interessenkonflikt, den ich Ihnen vorwerfe.

Sie als Gewerkschafter, als Kammerrat, hätten die Pflicht gehabt, die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten – und haben parallel für einen Lobbyisten um 9 857 € pro Monat gearbeitet, der die Aufgabe gehabt hat, die Interessen der Telekom durchzusetzen.

Ich halte Ihnen dazu folgende Aussage des Herrn Hohegger vor, aus der auch eindeutig hervorgeht, was er mit Ihrem schriftlichen Blablabla, Burn-out-Studien und was auch immer gemacht hat. Nämlich gar nichts hat er damit gemacht; in den Papierkorb hat er sie geworfen. Was sagt Hohegger in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 24.5.2011 – ich zitiere –:

Die wertvollsten Informationen, die mir Franz Kusin geliefert hat, war die ablehnende und kritische Haltung der Gewerkschaft zur Beamtenagentur. – Zitatende.

Wir wissen aus den Protokollen, dass es Hoheggers Ziel war, bei dieser Beamtenagentur die Telekominteressen durchzusetzen.

Und ich frage Sie jetzt: Ist es für Sie vereinbar, dass Sie als Gewerkschafter 9 857 € von einem Lobbyisten kassieren, dessen Ziel es ist, entgegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Sie vertreten, die Interessen des



Telekomkonzerns durchzusetzen im Rahmen dieser Beamtenagentur? Was können Sie dazu sagen?

**Franz Kusin:** Einmal Folgendes, wenn ich Sie ganz kurz berichtigen darf: Es waren nicht 14 Monate, sondern 15 Monate, aber das ist ja nicht unbedingt das Wichtige – damit ist es halt brutto ein bisschen weniger.

Für mich war aber nicht die Bruttogeschichte das an und für sich Wichtige, sondern für mich ist das Nettoergebnis das Wichtige. Und Sie wissen ganz genau, wenn Sie die Unterlagen eben genau studiert haben, ich habe ja nicht nur 20 Prozent Mehrwertsteuer bezahlt, sondern ich bin ja auch im Höchststeuersatz gewesen. Das heißt, ich habe 50 Prozent davon auch versteuert und ich habe auch ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Noch einmal – ich gehe von der Bruttosumme aus –, meine Frage war, wie Sie das vereinbaren können. Antworten Sie bitte auf meine Fragen! (*Zwischenrufe von Franz Kusin.*)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Petzner, es geht ganz der Reihe nach. Sie haben Ihre Frage gestellt und die Auskunftsperson Herr Kusin kann das in Ruhe beantworten und auch noch Nachdenkpausen einschalten. (*Abg. Petzner: ... Blablabla ...!*)

**Franz Kusin:** Noch einmal: Es waren 15 Monate, das Gehalt war netto 3 000 € und nicht 9 800 €, wie Sie mit vorgeworfen haben, und wenn Sie die Unterlagen gelesen haben, dann werden Sie auch gelesen haben, dass ich nicht wusste, dass der Herr Hohegger für die Telekom lobbyiert hat. Er selbst hat gesagt, er hat mich nie über seine Aufträge in der Telekom unterwiesen. Auch der Herr Fischer, auch der Herr Schieszler haben gesagt, dass Sie mir nie irgendetwas gesagt haben, welche Kontakte und welche Aufträge die Telekom mit dem Herrn Hohegger hatte. Daher war es für mich als Gewerkschafter nicht unververtretbar, dass ich mit ihm in einer Beratungsgeschichte drinnen war.

Aber ich gebe Ihnen recht, es ist vielleicht als Personalvertreter moralisch nicht okay gewesen, dass ich das gemacht habe: dass ich Geld genommen habe für diese Beratungstätigkeiten. Da gebe ich Ihnen recht, da, sehe ich hintennach, kann man sagen, okay, das könnte man vielleicht so sehen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist nicht nur moralisch fragwürdig, das ist **inakzeptabel!** Das ist ein Gewerkschafter, der **zu Lasten** der Arbeitnehmer in die **eigene Tasche** gewirtschaftet hat meiner Meinung nach. (*Franz Kusin: Entschuldigung, nicht zulasten der Arbeitnehmer! – Obfrau Dr. Moser: Das ist eine Wertung!*) – Und dann korrigieren wir es: Wenn es 15 Monate waren, dann haben wir 9 200 € brutto pro Monat (*weitere Zwischenrufe von Franz Kusin*), die Sie dann noch haben versteuern müssen.

Aber nun eine weitere Frage zu Ihren Ausführungen, weil das ist jetzt wirklich lachhaft. Sie sagen, der Hohegger hat Ihnen nie gesagt, er war Lobbyist. Sie sagen, Sie haben nie gewusst, dass der Hohegger für die Telekom tätig war.

Ich halte Ihnen vor, dass Sie Mitglied des Aufsichtsrates der Telekom waren und frage Sie jetzt konkret – es gibt in Summe Geldströme zwischen Hohegger und der Telekom von über 40 Millionen € –: Haben Sie als Aufsichtsratsmitglied der Telekom im Aufsichtsrat nie irgendetwas über das Engagement des Herrn Hohegger für die Telekom erfahren? – Das können Sie mir doch nicht erzählen! Wenn Sie es nicht von Hohegger selber erfahren haben, dann müssen Sie doch im Aufsichtsrat einmal mitbekommen haben, dass der Herr Hohegger seit Jahren, nämlich seit Sundt Vorstand war, für die Telekom aktiv war!

Ist Ihnen in Ihrer Funktion als Aufsichtsrat im Rahmen ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Stellen Sie eine Frage!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich stelle gerade die Frage: Ist Ihnen in Ihrer Funktion als Aufsichtsrat im Rahmen von Aufsichtsratssitzungen jemals bekannt geworden, dass Hochegger für die Telekom als Lobbyist tätig ist: ja oder nein?

**Franz Kusin:** Nein, und Sie werden auch kein einziges Protokoll finden in der Telekom Austria in der Zeit, in der ich im Aufsichtsrat gesessen bin, wo der Name Hochegger vorkommt. Das wird es nicht geben.

Ich gehe davon aus, dass Herr Dr. Michaelis hier war, dass diese Frage auch ihm gestellt worden ist und vielleicht auch dem Herrn Fischer – der war ja auch da –, und es ist mit Sicherheit der Fall, dass der Name Hochegger im Aufsichtsrat, in den Aufsichtsratssitzungen in der Zeit, in der ich im Aufsichtsrat gesessen bin, kein einziges Mal gefallen ist. – Ich wusste es nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und dass der Aufsichtsrat auch seinen Prüfpflichten und seinen Aufsichtspflichten nicht nachgekommen ist, das sehen wir jetzt sowieso alle. Denn hätte der Aufsichtsrat gehandelt, während Sie Mitglied waren, dann würden wir jetzt nicht alle hier sitzen in einem Korruptions-Untersuchungsausschuss, bei dem das Hauptthema die Telekom ist.

Der Aufsichtsrat der Telekom hat versagt. Mehr noch: Er hat zugesehen – mehr noch: Aufsichtsräte der Telekom haben selber Geschäfte mit der Telekom gemacht!

Ich frage Sie konkret: Ist Ihnen das bekannt, dass Aufsichtsräte der Telekom, die die Aufgabe gehabt haben, das Unternehmen zu beaufsichtigen, selber in einem Geschäftsverhältnis mit der Telekom gestanden sind und teils millionenschwere Aufträge von der Telekom lukriert haben? War Ihnen das bekannt?

**Franz Kusin:** In keinster Weise! Also, das höre ich heute zum ersten Mal. Also, wenn Sie mir da einen Namen sagen würden, das würde mich interessieren.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Hlawati zum Beispiel: Hlawati, die in einer (*Franz Kusin: Wer? Entschuldigung?*) großen Rechtsanwaltskanzlei arbeitet, und diese Rechtsanwaltskanzlei hat millionenschwere Aufträge von der Telekom. – Fragen Sie einmal die Frau Hlawati! Wir werden Sie vielleicht selber vorladen zu dieser Geschichte.

Aber noch einmal zu Ihren Expertisen, die Sie an Hochegger geschickt haben. Die sind alle gut und schön – das ist schönes Gewerkschaftskampfsprech –kampfrhetorik –, aber noch einmal: Hochegger hat gesagt, Sie waren für ihn in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. Nicht mir Ihren schriftlichen Expertisen! Das war dem Hochegger völlig wurscht, das war nur im Vordergrund; im Hintergrund kommt das eigentlich Entscheidende zutage, nämlich – noch einmal – die Haltung der Gewerkschaft zur Beamtenagentur.

Ich frage Sie: Welche Informationen haben Sie Hochegger dazu gegeben?

Ich sage: Sie haben Hochegger die Gewerkschaftsposition **verraten**, dass er sie missbräuchlich für die Interessen der Telekom zugunsten des Unternehmens und zulasten der Arbeitnehmer verwenden konnte. – Erster Vorhalt.

Zweiter Vorhalt: Hochegger sagt auch, dass Sie ganz wichtig waren – in einer Beschuldigteneinvernahme vom 6. Juni 2011 –, dass Sie wichtige Kontakte gehabt haben, etwa zu Karas, Molterer, Haki und anderen ÖVP-Politikern. Und – Zitat –:

Franz Kusin informierte mich auch laufend über seine Gespräche zum Thema Regulierung und Investitionsschutz mit Molterer, Hakl und anderen ÖVP-Politikern. Für mich waren diese Informationen insofern wichtig, weil ich sie mit meinen eigenen Wahrnehmungen vergleichen konnte.

Darum ging es dem Hohegger: Um Ihre Kontakte zur ÖVP und darum, dass Sie **Gewerkschaftsgeheimnisse verraten!**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, die Frage! Ihre Zeit ist abgelaufen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Meine zwei Fragen dazu sind: Welche Gespräche haben Sie mit ÖVP-Politikern in welchem Zusammenhang in der Causa Telekom geführt? Und welche Informationen haben Sie – das ist die eine Einvernahme, die ich Ihnen vorgelesen habe, und die zweite Einvernahme – an Hohegger gegeben im Zusammenhang mit der ablehnenden und kritischen Haltung der Gewerkschaft zur Beamtenagentur?

Noch einmal: Diese ablehnende, kritische Haltung der Gewerkschaft war dem Hohegger ein Dorn im Auge. Also, welche Informationen haben Sie ihm zu diesen zwei Bereichen gegeben: ÖVP-Politiker und Haltung der Gewerkschaft zur Beamtenagentur?

**Franz Kusin:** Grundsätzlich kann ich einmal sagen: Alles, was ich mit Herrn Dr. Hohegger in dieser Richtung besprochen habe, hätte ich mit Ihnen oder mit jedem anderen hier genauso besprochen. Meine Linie war – gehen wir von der Beamtenagentur aus – ganz klar jene, die eben die Gewerkschaft eingenommen hat: dass wir absolut gegen diese Beamtenagentur waren!

Meine Geschichte war auch so: Wir haben in der Telekom Austria eine TAP, in der alle Beamten gelagert sind. Ich habe auch dem Dr. Michaelis in der gleichen Art und Weise gesagt, warum wir gegen so eine Personalagentur sind. Wenn man das wirklich sinnvoll gemacht hätte – und ich war immer ein Befürworter, dass die Menschen nicht in den Pool kommen, sondern dass sie eine Arbeit haben –, wäre das auch der Sinn der TAP gewesen, dass die dort an und für sich geschult worden wären, damit sie in andere Berufssparten oder irgendwo anders hätten hinkommen können.

Fakt ist, dass es in der TAP nicht gemacht worden ist. Fakt ist auch – das haben wir befürchtet, und es wäre sicher auch in die Richtung gegangen –, dass die Beamten nur in eine andere ausgegliederte Gesellschaft, sprich in die ÖIAG, gekommen wären und dort im Prinzip irgendwo sinnlos herumgesessen wären, wahrscheinlich keine Vertretung mehr gehabt hätten und dergleichen. Daher haben wir diese Beamtenagentur grundlegend abgelehnt, das waren die Gründe. Aber wenn Sie mich gefragt hätten, hätte ich Ihnen das genauso erklärt.

Ich weiß nicht, was war die zweite Frage? (*Abg. Petzner: ÖVP-Politiker!*) – Die ÖVP-Politiker: Selbstverständlich habe ich den ÖVP-Politikern auch gesagt, dass wir dagegen sind, gegen diese Art und Weise. Selbstverständlich, damit es vielleicht in der Politik ein Umdenken gibt, damit man nicht auf diese Art und Weise versucht, wieder irgendetwas zu machen, gleich wie die Politik damals die Telekom auf den Aktienmarkt geworfen und sich keine Gedanken darüber gemacht hat: Was machen wir mit den Beamten? – Dass uns da nicht wieder das Gleiche passiert wie in der ÖIAG: Wir schicken sie alle hinein, und die Geschichte hat sich gehabt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe Sie nicht nach Ihrer Meinung gefragt.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke schön, wir haben schon 8 Minuten 20 Sekunden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nein, das war keine Antwort auf meine Frage nach den Namen: Mit welchen ÖVP-Politikern? – Nach den **Namen** habe ich Sie

gefragt, nicht nach Ihrer **Meinung** in Sachen ÖVP. Mit welchen ÖVP-Politikern haben Sie Kontakte gehabt in Sachen Hocegger, in Sachen Telekom im Auftrag von Hocegger? (**Franz Kusin**: *In Sachen Hocegger ...*) – Das war meine konkrete Frage, und ich ersuche Sie, diese zu beantworten. (**Vertrauensperson Dr. Ringhofer**: *Im Auftrag des Hocegger?*)

**Franz Kusin**: In keinem Auftrag! Ich habe in keinem Auftrag gehandelt. (**Vertrauensperson Dr. Ringhofer**: *Nein, das war vorher nicht ...!* – **Abg. Dr. Pilz**: *Entschuldigung, jetzt beginnt sich der Herr links von Herrn Kusin einzumischen! Ich glaube, es ist Ihnen nicht ganz klar, dass Sie sich nicht am Verfahren zu beteiligen haben, zumindest nicht hörbar!*)

Ich möchte nur Folgendes richtigstellen: Ich habe nie im Auftrag von Herrn Hocegger mit irgendeinem Politiker der ÖVP oder einer anderen Partei gesprochen, in keinsten Weise! Aber ich habe Kontakte mit dem einen oder anderen gehabt. Ich habe mit Herrn Molterer Kontakt gehabt, ich habe mit Herrn Karas einmal Kontakt gehabt. Aber zum Beispiel auch über das Büro von Herrn Brandl – er war im Büro von Molterer, glaube ich – ist das der Fall gewesen. Oder gegenüber dem einen oder anderen Politiker, den ich getroffen habe, habe ich natürlich auch Telekom-Probleme angesprochen.

Aber das hätte ich mit Ihnen genauso besprochen wie mit jedem anderen, weil mir einfach das Personal, die Menschen wichtig waren. Und wo kann man etwas ändern? – Nur bei den Politikern!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ)**: Ich hätte Sie aber nicht dafür bezahlt!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser**: Ihre Zeit ist aus! Sie können gerne in der nächsten Runde fragen, und ich ziehe Ihnen 1 Minute 20 Sekunden ab.

Nächste: Frau Abgeordnete Lapp.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ)**: Guten Tag, Herr Kusin! (**Franz Kusin**: *Grüß Gott!*) Bei Ihren Einvernahmen haben Sie zu Protokoll gegeben, dass Ihnen, als Sie in den Zentrallausschuss gekommen sind, vom damaligen Personalchef Nigl die Leistungszulage gekürzt worden ist. Verstehe ich das richtig? – Denn es steht hier:

Meine Vorgänger als Bundesvorsitzende der FCG in der TA/Zentrallausschuss hatten eine Einstufung 2/S mit zusätzlicher Leistungszulage auf 1/S. Als ich im August 2004 diese Funktion übernahm, wurde die Leistungszulage vom damaligen Personalchef, Herrn Nigl, auf ein halb – nehme ich an – gekürzt. Es handelte sich bei diesem Gespräch um ein Vier-Augen-Gespräch.

Weiter hinten in einer Einvernahme sprechen Sie davon, dass Sie dadurch einen Verlust von 1 685 € brutto hätten. – Stimmt das so?

**Franz Kusin**: Ja. Und zwar war da Folgendes – Sie werden ja alles gelesen haben, nehme ich an –: Es hat vor meiner Zeit eine Präsidiumslösung für die Personalvertretung gegeben, wo der Vorsitzende der zweitgrößten Fraktion, der Vorsitzende des Zentrallausschusses und der Stellvertreter dringesessen sind. Die haben 2/S gehabt und eine Leistungszulage auf 1/S.

Herr Nigl hat mir gesagt, als ich herausgekommen bin, er hat ein Gutachten von Professor Mazal, da ist als Conclusio die Personalvertretung angeschaut worden. Alles wäre da in Ordnung, nur diese Präsidiumslösung muss er herausnehmen, daher gibt es das für mich nicht mehr. Es ist nicht „ein halb“, sondern es ist die Leistungszulage: Alle anderen Mitglieder des Zentrallausschusses – außer dem Vorsitzenden, der hat das 1/S behalten – haben eine Leistungszulage von 1/2.

Er hat gesagt, er weiß zwar, dass das für mich nicht so angenehm ist, weil es natürlich ein Bruttoverlust von, ich glaube, ungefähr 1 600 € war. Aber wenn es mir nicht passt und nicht möglich ist, dann kann ich jederzeit in die Steiermark zurückgehen. Theoretisch hätte es auch noch die Möglichkeit gegeben, nach dem Beamtenmodell in Pension zu gehen wie mein unmittelbarer Vorgänger.

Ich habe beides abgelehnt, und wir sind übereingekommen, dass ich mir einmal anschau, wie es sich finanziell ausgeht. Ich habe ja mehr bekommen, eben diese 1/2-Zulage, und ich konnte auch mit meinem Privatauto Privatkilometer verrechnen. Das Dienstauto habe ich später bekommen. Ich konnte Privatkilometer verrechnen, und zusätzlich war es auch noch so, dass ich als Vorsitzender und freigestellter Personalvertreter nicht jeden Tag in Wien sein musste, sondern sozusagen auch von zu Hause aus Dienststellenbesuche oder was immer machen konnte. Es war dann letztendlich so, dass es für mich eigentlich ausreichend war.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Es hat dann anscheinend für alle Personalvertreter im Zentralausschuss die gleiche Regelung gegolten wie für Sie, bis auf den Vorsitzenden, wie Sie gesagt haben? (*Franz Kusin: Ja!*) – Ich komme jetzt zu dem Bereich, den die Kollegen schon vorher angesprochen haben.

Aus den Protokollen wissen wir, dass Herr Dr. Hohegger einen **Praktiker** wollte – wie es so schön zitiert wird – und dass Sie auch vermutet haben, dass er sein Wissen erweitern wollte und dass Sie eben die soziale Komponente, wie Sie das vorhin dargestellt haben, eingebracht haben. Dazu habe ich zwei Verständnisfragen.

Es gab damals die Projekte „**TARGET 09**“ und diese Beamtenagentur, von der schon vorhin gesprochen wurde. Es ist aber damals in der Telekom so gewesen, dass die Leute zu Hause warten mussten, ob Sie heute arbeiten gehen dürfen oder nicht. Sie haben auch schon diese sehr dramatischen Fälle angesprochen, dass Leute sich umgebracht haben, weil sie nicht mehr eingesetzt worden sind.

Jetzt möchte ich bezüglich der sozialen Komponente gerne mehr wissen, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie Herrn Dr. Hohegger erzählt haben, wie es den Leuten geht, sondern es muss Ihnen als Personalvertreter doch auch ein Anliegen gewesen sein, dass Sie andere Vorschläge für das Unternehmen machen.

**Franz Kusin:** Da kann ich Ihnen konkret ein Beispiel nennen. In war ja in meiner Funktion in EUROFEDOP – das ist die Vereinigung von öffentlich Bediensteten europaweit, in der, glaube ich, 20 oder 25 Länder Europas vertreten sind – auch im sozialen Dialog für Telekom zuständig, von Österreich aus. Da waren wir immer wieder in verschiedenen Ländern, wo wir unsere Kongresse oder Zusammenkünfte hatten. Anfang 2007 waren wir zum Beispiel in der Schweiz. In der Schweiz war der Personalmanager der Swisscom bei uns und hat einen Vortrag gehalten, einen Vortrag darüber, wie die Swisscom zum Beispiel mit den Mitarbeitern umgegangen ist, die sie durch die Technisierung zu viel hatten.

Es war zum Beispiel eines der Themen, dass er dort gesagt hat, sie haben eine Firma ausgegliedert, die an und für sich zu 100 Prozent bei der Swisscom ist. Dort haben sie Mitarbeiter hineingegeben. Da sind Busse in der Schweiz herumgefahren, da sind Laptops drinnen gewesen, Handys drinnen gewesen, da haben sie zum Beispiel ältere Leute in die neue Technik eingeschult. Oder wenn die Swisscom, die Mutterfirma, für übermäßige Arbeiten jemand gebraucht hat, dann konnte sie auf diese Firmen zurückgreifen.

Das war zum Beispiel auch eine Sache, die ich Herrn Dr. Hohegger vorgeschlagen habe, als etwas, von dem ich glaube, dass es eigentlich auch für die Telekom Austria

sicher eine gute Sache wäre. Es ist damals sogar so gewesen, dass Hohegger auch gesagt hat: Warum sagst du das nicht bei der Telekom?

Das habe ich natürlich auch bei der Telekom gemacht, und es ist dann 2008 tatsächlich in diese Richtung gegangen. Herr Sigrist – so hat er geheißen – vom Personalmanagement der Swisscom hat mich zum Beispiel im Dezember 2007 angerufen und hat sich bei mir erkundigt, weil er sich gewundert hat, dass die Telekom in Österreich eigentlich einen ganz anderen Weg als die Swisscom geht. Die Swisscom ist schon 2007 so weit gewesen, dass sie das mobile und das Festnetz zusammengegeben hat; das hat sozusagen nur noch eine Firma gemacht. Die Telekom ist 2007 den anderen Weg gegangen: Sie hat eigentlich eine Holding gemacht und unterhalb zwei gleichberechtigte Firmen, mobilkom und Festnetz.

Das hätte ihn sehr interessiert, und im Zuge dessen hat er gefragt, ob ich nicht in die Schweiz kommen und ihnen das besser erklären möchte. Ich habe dann aber gefragt – auch im Einvernehmen, ich habe das auch mit meinem Vorstand Schieszler besprochen –, ob es nicht besser wäre, wenn er zu uns kommen würde, denn mich würde es interessieren, wenn er das Modell bringen würde, das die Swisscom mit dieser ausgliederten Firma gemacht hat.

Das ist letztendlich auch passiert. Von der Swisscom sind zwei Personalmanager und der Chef dieser ausgliederten Firma im Frühjahr 2008 zu uns nach Wien gekommen. Es hat hier ein Meeting gegeben, da waren der Personalchef von uns, sein Stellvertreter und ein paar vom Personalmanagement dabei; der Herr Kolek, der nach mir kommen wird, war auch dabei, und auch ich. Da hat es eine Besprechung gegeben; die waren, glaube ich, zwei Tage da. Letztendlich ist dort aber nichts herausgekommen. Die Telekom hat das nicht gemacht, weil im Hintergrund – was ich damals noch nicht wusste – eben schon dieses Thema Beamtenagentur aufbereitet wurde.

Aber heute ist es so, dass die Telekom voriges Jahr diese Geschichte sehr wohl gemacht hat. Sie hat eine hundertprozentige Firma gemacht, eben diese ServiceCom, wo sie, glaube ich, 150 oder 160 Leute hineingegeben hat und genau diese Sachen macht. Wir haben zwar keinen Bus, mit dem wir herumfahren, aber wir machen zum Beispiel für die Telekom Arbeiten bei der Umstellung von OES auf NGN. Also diese Sache, die ich damals dort vorgeschlagen und vorgebracht habe, die aus meiner Sicht im Sinne der Mitarbeiter ist, weil die Mitarbeiter arbeiten können, wird jetzt gemacht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Aber da hätten Sie nicht den Vertrag mit Herrn Hohegger gebraucht. Das hätten Sie so auch im Unternehmen vorstellen können, nicht?

**Franz Kusin:** Ja, natürlich! (*Abg. Mag. Lapp: Ich beziehe mich da ...*) Ich möchte noch einmal klarstellen: Ich bin ja nicht zu Herrn Hohegger gegangen und habe gesagt, ich hätte gerne einen Vertrag. Ich habe auch nicht gesagt, ich möchte jetzt 3 000 € netto verdienen, sondern man hat mir Geld angeboten, und das habe ich angenommen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das heißt, Sie haben da nicht verhandelt, sondern die Summe, die uns vorliegt, wurde Ihnen damals von Hohegger angeboten?

**Franz Kusin:** Ja. Wir haben ein Gespräch geführt. Er hat gesagt, er könnte sich vorstellen kann, dass er mich bezahlt, und ich habe ihm gesagt ... – Er hat gefragt, was ich mir vorstellen könnte, da habe ich gesagt, es kommt natürlich auf den Umfang an. Wenn das nur eine Hin-und-wieder-Besprechung ist oder man sich alle zwei, drei Monate trifft, brauche ich gar nichts. Ansonsten habe ich gesagt, wenn es 2 000 oder 3 000 € netto wären, wäre es natürlich eine klasse Sache. Okay, das war's. Nur musste natürlich der Betrag wesentlich höher werden, weil ich so viele Abgaben habe.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Von der Vernehmung von Herrn Mag. Schieszler steht irgendwie der Verdacht im Raum, dass Mag. Schieszler meint, dass dieser Vertrag mit Hohegger für Sie so etwas wie eine Kompensation dafür wäre, dass Ihnen diese Leistungszulage nicht zugesprochen wurde. – Was meinen Sie dazu?

**Franz Kusin:** Ich kann Ihnen nur eines sagen. Ich glaube, die Ernennung hat er gemeint: dass ich nicht ernannt wurde in 1/S, wenn mich richtig erinnere. Dass ich der einzige im Zentralkommission wäre, hätte Herr Fischer zu ihm gesagt, der nicht in 1/S ernannt worden wäre.

Fakt ist – ich habe es Ihnen ja vorhin schon gesagt –, dass niemand bei uns im Zentralkommission in 1/S ernannt worden ist, sondern nur der Vorsitzende eine Leistungszulage auf 1/S hatte, alle anderen in 1/2. Dass der Stellvertreter 1/1 bekommen hat, glaube ich nicht; das könnte theoretisch sein, glaube ich aber nicht.

Worum es bei dieser Ernennung gegangen ist, das war im Prinzip an und für sich Folgendes: 1990 bin ich ernannt worden in 3/1, und seit ich im Personalausschuss war, bin ich immer in PT 2/S bezahlt worden. Ich hatte sozusagen eine dauernde Verwendung, eine dauernde Verwendung zwischen PT 3 und PT 2. Da war der Unterschied ungefähr 160 € oder 170 €, und die Hälfte davon habe ich eigentlich seit dem Jahr 2000 bekommen. Als es um die Ernennung im Jahr 2007 gegangen ist, ist es eigentlich nicht darum gegangen, ob ich in 2/S oder in PT 2 ernannt werde, sondern nur darum, ob ich in 2/1 oder in 2/S ernannt werde.

In dieser Vereinbarung der Telekom mit der Personalvertretung war eindeutig klargelegt, dass man, wenn man acht Jahre dienstfrei gestellt ist, in 2/S ernannt werden kann. Es gibt ja kein Recht auf Ernennung. Ich hatte mit Februar 2007 die acht Jahre zusammen, deswegen war ich eigentlich der Meinung, dass ich damit im Recht wäre, dass ich nicht in 2/1, sondern gleich in 2/S hätte ernannt werden sollen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Danke für die genaue Darstellung. Aber das ist, wenn man nicht in diesem Bereich tätig ist, auch eine eigene Wissenschaft.

**Franz Kusin:** Entschuldigung – Fakt ist, es ist dort um kein Geld mehr gegangen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Okay. Was mir verwunderlich war, ist Folgendes: Sie waren der Vorsitzende einer Fraktion, und Sie haben damals nicht Ihrer Fraktion, den Kolleginnen und Kollegen dort gesagt, dass Sie den Vertrag mit Hohegger haben, obwohl das ja eigentlich ein Vertrag wäre – so wie Sie es jetzt darstellen –, in dem es um die sozialen Belange und um Verbesserungen für Beschäftigte geht.

Warum war das so?

**Franz Kusin:** Schauen Sie, es ist eben bei uns so, dass wir in der Personalvertretung zwei Fraktionen sind. Wir sind die kleinere.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich rede jetzt einmal von Ihrer Fraktion.

**Franz Kusin:** Schauen Sie, wir haben ja auch Wahlen. Wenn ich das jetzt als Fraktion gemacht hätte, dann wäre das vielleicht irgendwann einmal bei den Wahlen schlecht angekommen. Ich habe es ja als Privatperson gemacht und habe auch privat fakturiert. Daher habe ich das mit meiner Fraktion in keinsten Weise in Verbindung gebracht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Entschuldigen Sie, ich muss noch einmal meine Frage stellen. Mir geht es darum: Sie haben sich auf einer anderen Ebene bemüht – mit einem Vertrag, laut dem die Bezahlung direkt an Sie gegangen ist –, dass es für die Beschäftigten bei der Telekom besser werden soll, nehme ich einmal

an. (*Franz Kusin: Ja!*) – Das haben Sie Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der Fraktion nicht erzählt, weil Sie persönlich fakturieren wollten? – Das verstehe ich jetzt nicht.

**Franz Kusin:** Ich habe privat fakturiert. Das war eine private Abmachung und keine Abmachung mit der FCG.

Ich habe das nicht als FCG-Vorsitzender gemacht, sondern ich habe die Beratung an und für sich als Franz Kusin gemacht. Nicht als FCG-Vorsitzender.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Also aus Eigennutz?

**Franz Kusin:** Aus Eigennutz, ja. Ich habe nie gesagt ... Sonst hätte ich es ja auch fakturieren können – wenn ich es für die Fraktion gemacht hätte, dann hätte ich es vielleicht für die Fraktion fakturiert und nicht für mich. Aber es war eigentlich aus Eigennutz, ja, wenn Sie es so sagen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich komme jetzt zu einem anderen Themenkomplex.

Herr Hohegger sagt in seiner Einvernahme, dass er mit Ihnen – das sage ich jetzt mit meinen Worten – sozusagen über Gott und die Welt gesprochen hat, darüber, wie in der Arbeiterkammer, wo Sie als Kammerrat tätig waren, die Meinungen waren. Was ihm, glaube ich, auch sehr wichtig war, ist, dass Sie einmal einen Kontakt zu Vizekanzler Molterer hergestellt haben oder herstellen konnten oder die Informationen dazu eingehalten haben. – Stimmt das?

**Franz Kusin:** Also ob ich jetzt genau zum Beispiel in diesem Zusammenhang mit Vizekanzler Molterer, weil ich in der Arbeiterkammer war, einen Kontakt gehabt habe, das kann ich so jetzt nicht bestätigen, aber ich habe natürlich in der Arbeiterkammer auch immer wieder Anträge eingebracht, eben zum Beispiel was Regulierung anbelangt.

Oder zum Beispiel wollte die Telekom das Ausbildungslager schon im Jahr 2002 oder 2001 schließen. Da habe ich auch einen Antrag eingebracht. Oder immer wieder, wenn irgendwelche Pool-Lösungen waren, hat es natürlich nicht nur von meiner Seite Anträge gegeben. Es hat ja auch vom Gegenüber, von der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, einen Kammerrat gegeben – in der Steiermark gibt es ihn nach wie vor jetzt –, der auch Anträge eingebracht hat, und alle Anträge sind eigentlich immer durchgegangen.

Das war aber nicht das Thema, dass ich gesagt habe, dass ich einen Auftrag von Hohegger habe, dass ich jetzt zum Beispiel zu Molterer gehe. Das habe ich nie gehabt. Aber ich habe natürlich versucht, in der Politik ... Ob das speziell jetzt der Herr Molterer war in diesem Fall – ich kann nicht jeden einzelnen genau zuordnen –, also ob ich diesbezüglich auch mit dem Herrn Molterer gesprochen habe, das weiß ich nicht. Aber Fakt ist natürlich, dass ich Politiker bei uns sensibilisieren wollte für die Telekom-Anliegen, das ist richtig, weil ich mir eigentlich aus der Vernunft heraus sage, wenn es der Firma gut geht, dann geht es an und für sich auch den Mitarbeitern gut. Und die Regulierung bei uns war ja an und für sich schon sehr, sehr heftig gegenüber der Telekom.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Also Sie haben Hohegger von Ihrem normalen Alltagsgeschäft erzählt?

**Franz Kusin:** So ist es, ja.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Dann komme ich zu den Abrechnungen, denn das ist für mich auch nicht schlüssig. Sie sagen in Ihrer Einvernahme, dass Sie



sich vier- bis sechsmal im Quartal mit Herrn Hochegger getroffen hätten und diese Treffen jeweils eine halbe Stunde bis eine Stunde gedauert hätten. Das ist einem Einvernahme-Protokoll zu sehen. Da denke ich mir, wenn man sich dann den Betrag anschaut, den Sie dafür bekommen haben, dann ist das meiner Meinung nach schon eine Überbezahlung, vor allem, wenn man sich anschaut, was sozusagen die PR-Beratungssätze sind, die allgemein öffentlich zugänglich sind.

In einer anderen Darstellung steht dann, dass Sie 40 bis 50 Stunden im Monat für Herrn Dr. Hochegger gearbeitet hätten.

Deswegen meine vorherige Frage: Das heißt, Sie haben die Dinge, die Sie in Ihrem Alltagsgeschäft erledigt haben, dann sozusagen nochmals an Herrn Dr. Hochegger verkauft?

**Franz Kusin:** Nein, das können Sie so nicht sehen. Ich habe natürlich schon recherchiert an und für sich. Ich habe ja Kontakte nicht nur in der Arbeiterkammer gehabt, ich habe auch internationale Kontakte gehabt. Die Probleme, die wir in der Telekom Austria oder hier in Österreich gehabt haben, die haben ja in Wahrheit, vielleicht in abgeschwächter Form, auch die Deutschen gehabt, die Franzosen gehabt, die Belgier gehabt, die Schweizer gehabt. Wir haben mit Kroatien, mit Ungarn und überall Kontakte gehabt. Bei denen hat man genauso gefragt: Wie ist das bei euch, wie wird diese Regulierung bei euch behandelt? Wie wird bei euch damit umgegangen? Wie geht ihr mit diesen Themen um, wenn zum Beispiel zu viele Arbeiter da sind? Wie macht das euer Dienstgeber? Diese Recherchen habe ich natürlich einfließen lassen.

Für mich war zum Beispiel ein Thema, dass, wie bekannt, in der France Télécom, ich glaube, im Jahr 2008 relativ viel Selbstmorde waren. Dann hat man natürlich auch mit dem Vertreter von France Télécom, der bei uns dabei war, gesprochen: Was ist jetzt auf einmal bei euch los, dass da so viele Selbstmorde sind?

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Entschuldigen Sie, dass ich Sie jetzt unterbreche, aber diese Recherchen und diese Aufstellungen sehe ich als Ihr Alltagsgeschäft als Personalvertreter. Mich wundert, dass Sie sozusagen diese Aufgaben genommen haben und dann nochmals verkauft haben. Das wollte ich hinterfragen.

**Franz Kusin:** Aber das war ja an und für sich im Prinzip nichts anderes. Er wollte ja an und für sich auch die sozialen Geschichten haben. Dass es für ihn dann letztendlich vielleicht nicht so wichtig war, wie er das auch kundgetan hat, das war mir damals nicht bewusst. Er selbst sagt aber, er hat mir immer das Gefühl gegeben, dass für ihn alles, was ich ihm gesagt habe, wichtig und von wesentlicher Bedeutung war. Also ich hätte nie annehmen können, dass das für ihn nicht wichtig wäre.

Daher habe ich auch nie Bedenken gehabt, dass ich das nicht machen sollte. Und wenn man mir eben Geld anbietet, ja, da ich hätte vielleicht sensibler sein können, das mag sein, da gebe ich Ihnen vielleicht recht. Aber das ist schon alles.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Danke, keine Fragen mehr.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Am 24. Mai 2011 sagt Dr. Hochegger in seiner Beschuldigtenvernehmung Folgendes – und das fasst eigentlich die ganze Geschichte sehr gut zusammen –:

Auf Nachfrage, ob Kusin derartige Fragen nicht auch umsonst beantwortet hätte, gebe ich an, dass dies vermutlich der Fall gewesen wäre, aber, wie eingangs erwähnt, nicht nur die Antworten für mich wichtig waren, sondern auch das Wissen über die Arbeitnehmervertretung beziehungsweise wie die Arbeitnehmervertreter der Telekom

effizient für Lobbying-Aufgaben im Sinne des Unternehmens eingesetzt werden können. – Zitatende.

Eine ganz einfache Geschichte: Der Herr Dr. Hochegger hat Sie instrumentalisiert, als Instrument eingesetzt. Er ist dafür von der Telekom bezahlt worden. Sie waren damit – ob Sie es gewusst haben oder nicht, das wird uns dann beschäftigen – ein **bezahlter Informant** des **Telekom-Vorstandes** über Ihre eigene Partei, die ÖVP, **und** über die Arbeitnehmervertretung.

Ich sage einmal etwas Persönliches dazu. Ich komme selbst aus einer Betriebsratsfamilie. Mein Vater und seine Kollegen und Kolleginnen hätten sich für so einen Arbeitnehmervertreter zu Tode geniert! Das nur als kleine Feststellung. Ich habe so etwas überhaupt noch nie gehört, dass ein ...

*(Die Vertrauensperson versucht, eine Einwendung zu machen.)*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie geben jetzt endlich einmal eine Ruhe dort!

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Das ist doch wirklich unglaublich!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es gibt einen Interessensgegensatz. Herr Abgeordneter Pilz, Sie können in Ausübung des freien Mandats durchaus Ihre Sicht der Dinge darlegen, zielen Sie allerdings bitte auf eine Frage ab. Der Herr möchte unbedingt antworten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es geht um etwas anderes. Dieser Herr da links drüben (*der Redner weist in Richtung der Vertrauensperson*) mischt sich ständig ins Verfahren ein. Wenn das noch einmal passiert, stelle ich den Antrag, ihn aus dem Verfahren auszuschließen! Nur, damit das einmal klar ist. Und ich ersuche auch, vom Vorsitz aus darauf Bedacht zu nehmen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es gilt die Belehrung, dass die Einmischung nicht gestattet ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wunderbar! So, das einmal zur Feststellung.

Egal, ob ich es Ihnen glaube oder nicht, dass Sie nicht gewusst hätten, dass die Telekom Ihre Informanten-Tätigkeit bezahlt, gehen wir es einmal von der anderen Seite her an: Warum haben Sie dem Dr. Hochegger, einem Lobbyisten, alles erzählt über ÖVP-Interna, Arbeitnehmer-Interna, was Telekommunikation betrifft? Über Ihre Gespräche mit allen möglichen hohen ÖVP-Funktionären, mit der Frau Hakl, mit dem Herrn Molterer und so weiter – er gibt ja das alles zu Protokoll – und was sich so in der Arbeitnehmervertretung tut? Warum haben Sie ihm das erzählt?

**Franz Kusin:** Also grundsätzlich muss ich einmal sagen, ich habe dort nichts Schlechtes gesagt. Ich habe keine Geheimnisse oder irgendetwas Großes von mir gegeben, sondern ich habe eigentlich etwas gesagt, was ich Ihnen genauso erzählt habe. Ich habe das dem Herrn Petzner auch gesagt, ich hätte es Ihnen genauso gesagt. Ich hätte das jedem Menschen gesagt, den ich nur irgendwie instrumentalisieren hätte können, damit es eigentlich ein Umdenken gibt zum Beispiel in der Regulierung oder bei dem Breitbandausbau. Wenn ich den gewinnen hätte können, hätte ich ihm das erzählt. Aber da waren ja keine Geheimnisse darunter, da war ja überhaupt nichts Schlechtes dabei.

Ich habe kein Geheimnis verraten im Prinzip, wenn ich zum Beispiel zu Karin Hakl gesagt habe, dass ich beim Breitbandausbau zum Beispiel ein Befürworter wäre, dass man so ein Konsortium machen würde, wo alle, die zum Beispiel ein Glasfasernetz betreiben, zusammenkommen und sagen, machen wir es ähnlich wie in der Schweiz.

Die Schweiz ist da relativ weit – und ich muss wieder sagen, sie ist ein kleines Vorbild für mich –, dort funktioniert es, dass man Glasfaserausbau ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Kusun, ich habe Sie das alles nicht gefragt! Es ist möglich, dass die anderen Abgeordneten Ihre äußerst weitschweifigen Ausführungen akzeptieren, mir ist dafür schlicht und einfach meine Lebenszeit eine Spur zu schade. Ich stelle Ihnen sehr präzise Fragen.

Also: Warum haben Sie Hohegger informiert? Warum?

**Franz Kusun:** Weil ich mir nichts Schlechtes dabei gedacht habe. Ich habe ja kein Geheimnis oder irgendetwas verraten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben informiert zum Beispiel über Ihre Gespräche mit der Abgeordneten Hakl, der Telekomsprecherin der ÖVP. Das steht ja da drinnen. Sagen Sie, gehen Sie zu allen Leuten und sagen: Wissen Sie was, ich habe da gerade mit der Telekomsprecherin der ÖVP geredet, und jetzt erzähle ich Ihnen, was ich mit ihr besprochen habe? Erzählen Sie das jedem? Erzählen Sie auch über Gespräche, die Sie mit dem Vizekanzler führen? Jedem, der sagt, was wissen Sie aus der ÖVP? Erzählen Sie das jedem, oder erzählen Sie das nur jemandem, der Sie **bezahlt**?

**Franz Kusun:** Es ist ja nicht so gelaufen, dass er gesagt hat, was haben Sie mit dem gesprochen oder mit der gesprochen habe, sondern es ist im Zuge des Gesprächs meine Einstellung in die Richtung gekommen, dass ich gesagt habe, das Gleiche würde ich auch gerne haben, dass die ÖVP sich umstellt in die Richtung. Da versuche ich auch, zum Beispiel eben Karin Hakl diesbezüglich zu kontaktieren. Er hat mich nicht dezidiert gefragt: Was sprechen Sie mit der oder mit dem?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Kusun, das stimmt schlicht und einfach aus einem einfachen Grund **nicht**, und den werde ich Ihnen sagen.

Um Ihre Einstellung zur Telekom, zu konkreten Projekten zu wissen, musste Dr. Hohegger nichts wissen über Ihre Gespräche mit der Frau Hakl oder dem Herrn Molterer. Er hat Ihre Einstellung gekannt, Sie haben ja immer wieder mit ihm gesprochen. Wenn Sie ihn über die Gespräche mit der Abgeordneten Hakl oder mit dem Vizekanzler informieren, dann ist nur ein Teil des Gesprächs für den Dr. Hohegger von Interesse, nämlich was der Vizekanzler gesagt hat oder was die Telekomsprecherin der ÖVP gesagt hat. Darüber haben Sie den Herrn Dr. Hohegger informiert, und insofern waren Sie sein **Informant**. Und das haben Sie für **Geld** getan.

Warum waren Sie als **Arbeitnehmervertreter** für den Dr. Hohegger, der nicht für Ihre Firma gearbeitet hat, ein **bezahlter Informant**? Warum?

**Franz Kusun:** Noch einmal: Ich kann Ihnen nur sagen, ich hatte nicht das Gefühl, dass ich ausgehorcht werden vom Herrn Dr. Hohegger.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Vielleicht haben Sie einfach eh von selber alles erzählt.

**Franz Kusun:** Ich kann nur eines sagen: Das ist ein Gespräch gewesen, und ich hätte dieses Gespräch mit Ihnen auch genauso geführt. Es war nichts ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich hätte es mir nur nicht leisten können, wissen Sie.

**Franz Kusun:** Wenn der Herr Dr. Hohegger mich gefragt hätte und mir gar nichts gezahlt hätte, hätte ich es auch umsonst gemacht. Das war ja nicht das Thema, ich habe ja nichts verlangt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist ja das Spannende an dieser einen Aussage vom Dr. Hochegger, genau mit „umsonst“, so wie Sie es jetzt sagen. Ich wiederhole es: Auf Nachfrage, ob Kusun derartige Fragen nicht auch umsonst beantwortet hätte, gebe ich an, dass dies vermutlich der Fall gewesen wäre –

der Hochegger ist eh Ihrer Meinung, aber dann sagt er, warum er auf Nummer sicher gehen wollte und Ihnen Geld gegeben hat –,

aber, wie eingangs erwähnt, nicht nur die Antworten für mich wichtig waren –

also die Informationen, die er über den Informanten kriegt –,

sondern auch das Wissen über die Arbeitnehmervertretung beziehungsweise wie die Arbeitnehmervertreter der Telekom effizient für Lobbying-Aufgaben im Sinne des Unternehmens eingesetzt werden können.

Sie haben ja dem Herrn Dr. Hochegger für Geld noch viel mehr Informationen gegeben, nämlich die Information, wie nicht nur Sie persönlich – das hat er eh schon gewusst –, sondern die Arbeitnehmervertreter in der Telekom eingesetzt werden können. Das ist ja sehr weitgehend.

War Ihnen das jemals klar, dass das Dr. Hochegger wollte?

**Franz Kusun:** Nein, in keinsten Weise. Das war für mich in keinsten Weise so dargestellt, und ich hätte nie in diese Richtung gedacht, dass ich da instrumentalisiert worden wäre in diese Richtung. Das ist mir nicht klar. In diese Richtung lenken Sie das, aber so hätte ich das nie wahrgenommen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hatten Sie den Eindruck, dass der Dr. Hochegger, dessen Unternehmen nichts mit Telekom direkt zu tun hatte, ein Liebhaber des Telekommunikationsbereiches ist, weil er sich so sehr dafür interessiert hat und sogar dafür bezahlt hat?

**Franz Kusun:** Vielleicht machen Sie sich jetzt über diese Art und Weise Gedanken, das kann schon sein, aber für mich war das so in keinsten Weise nachvollziehbar. Für mich waren in erster Linie nicht die Telekom zum Beispiel oder die Gewerkschaft oder die Arbeiterkammer, sondern für mich waren die Menschen immer das Ausschlaggebende. Das waren die Themen, die ich für mich in erster Linie gesehen haben. Sie interpretieren das jetzt anders, aber nicht für mich.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich interpretiere das überhaupt nicht anders, sondern ich **begründe** nur Fragen, weil ich es als absolut wirklichkeitsfremd ansehe, wenn jemand Geld kriegt von einem bekannten Lobbyisten, der selbst kein Telekomunternehmen hat, der aber zahlt und sich im Detail über Telekom-Interna aus der Arbeitnehmervertretung und aus der Österreichischen Volkspartei informieren lässt. Da geht es objektiv um einen – ich habe es schon gesagt – **bezahlten Informanten**.

Wichtig ist für mich – und ich glaube, auch für uns alle –, herauszukriegen: Wie hat der bezahlte Informant das wahrgenommen, und was hat er sich überhaupt überlegt? Was haben Sie sich eigentlich überhaupt überlegt, was das Motiv des Dr. Hochegger ist, dass er Sie bezahlt und Sie diese ganzen Sachen fragt?

**Franz Kusun:** Also für mich waren die arbeitsrechtlichen Geschichten das Motiv, und nicht das, was wir so nebenbei irgendwo diskutiert haben. Sie dürfen ja nicht unterschätzen, ich war ja nicht, was weiß ich, in jedem Monat beim Herrn Molterer oder bei der Frau Hakl oder bei irgendjemand. Das waren ja ganz vereinzelte Kontakte, die ich gehabt habe. Das war ja nicht so, dass ich dort aus und ein gegangen bin. Das ist überhaupt nicht der Fall gewesen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber wozu braucht einer der bekanntesten Lobbyisten Österreichs eine intensive arbeitsrechtliche Beratung durch einen Telekom-Betriebsrat?

**Franz Kusin:** Schauen Sie, wenn ich das nicht überreiße, weil ich halt im Prinzip an diese Sache nicht gedacht habe oder vielleicht so naiv war, zu wenig sensibel war, dann mag das so gewesen sein. Ich für mich kann ausschließen, dass ich jemals irgendetwas Schlechtes über irgendjemandem bewusst weitergegeben hätte. Das war mit Sicherheit nicht der Fall. Vielleicht war ich wirklich so naiv.

Sie bringen das jetzt in einem anderen Bild. Ich hätte mir, bevor diese Geschichte angefangen hat, nicht ein einziges Mal gedacht, dass ich irgendetwas Schlechtes gemacht hätte für das Unternehmen, für die Mitarbeiter. Im Gegenteil, ich war immer überzeugt davon, dass ich für das Unternehmen und für die Mitarbeiter etwas Gutes gemacht habe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sagen Sie, wie viel verdienen Sie pro Monat? (*Franz Kusin: Jetzt?*) – Damals. Wie viel haben Sie damals pro Monat verdient?

**Franz Kusin:** 4 000 €, so etwas.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Brutto oder netto?

**Franz Kusin:** Da müsste ich jetzt nachschauen. Ich glaube, brutto dürfte das sein. Da muss ich schauen. Also ich habe bei der Telekom, ich glaube, brutto 4 500 € oder so etwas gehabt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann kommt plötzlich der Dr. Hochegger und bietet Ihnen das Doppelte pro Monat. Ich bin genau zum gleichen Ergebnis bei der Berechnung gekommen wie der Abgeordnete Petzner. Er bietet Ihnen pro Monat das Doppelte Ihres Gehalts. Sie beginnen dann, ihn zu informieren über das alles, was wir bereits besprochen haben.

Sie haben niemanden im Betriebsrat informiert.

Haben Sie jemanden im Aufsichtsrat informiert?

**Franz Kusin:** Entschuldigung, es waren 5 500 € und 6 000 €.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann ist es knapp das Doppelte oder ein bisschen weniger, aber jedenfalls beträchtlich mehr als das, was Sie verdienen haben.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie über diese für Ihre Verhältnisse hohen Nebeneinkünfte, die höher waren als Ihr Gehalt, ihre Betriebsratskollegen und -kolleginnen **nicht** informiert. Ist das richtig? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Haben Sie jemanden im Aufsichtsrat darüber informiert? (*Franz Kusin: Nein!*) – Haben Sie jemanden in der FCG darüber informiert?

**Franz Kusin:** Nein, aber den Vorstand.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie jemanden in der ÖVP darüber informiert? Haben Sie überhaupt irgendwen darüber informiert?

**Franz Kusin:** Ja, den Vorstand.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Den Vorstand. Den Telekom-Vorstand, der den Dr. Hochegger bezahlt hat. Na ja, da schließt sich der Kreis.

**Franz Kusin:** Das wusste ich aber leider nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Schauen Sie, Herr Kusin, das kann ich Ihnen glauben oder nicht, aber da schließt sich jedenfalls der Kreis.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, die letzte Frage in dieser Runde.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe keine weiteren Fragen. Das ist klar genug.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Es sind zwar im Grunde die wesentlichen Fragen gestellt, mich hätte nur interessiert, Herr Kusin, zu diesen Honoraren, die der Dr. Hochegger Ihnen bezahlt hat: Wer hat eigentlich die Höhe des Honorars vorgeschlagen?

**Franz Kusin:** Herr Dr. Hochegger.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Sie haben vorhin gesagt, alle Infos, die Sie ihm gegeben haben, sind Infos, die Sie jedem erzählen würden, was anderes hat er eigentlich nicht verlangt dafür. Ich möchte da beim Kollegen Pilz anschließen. Was denkt man sich da dabei?

**Franz Kusin:** Entschuldigen Sie, ich verstehe die Frage jetzt nicht ganz. Was denkt man sich dabei? Bei was?

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Was haben Sie sich dabei gedacht, als Ihnen der Herr Dr. Hochegger ein Honorar dieser Größenordnung angeboten hat und gemeint hat, erzählen Sie halt, was Sie jedem anderen auch erzählen würden?

**Franz Kusin:** Grundsätzlich muss ich einmal sagen, ich bin ja nicht von dem Brutto ausgegangen – das habe ich heute eh schon ein paarmal gesagt –, sondern für mich galt immer die Nettogeschichte.

Das ist auch so, wenn ich heute zu einer Bank gehe und einen Kredit aufnehme, dann wird man mich auch nicht fragen, was ich jetzt brutto bekomme, sondern man wird fragen: Was verdienst du netto? Dementsprechend werde ich vielleicht einen Kredit bekommen und nicht nach dem Bruttogehalt.

Daher ist das für mich schon sehr wesentlich, dass man endlich auch hier zur Kenntnis nimmt, dass ich nicht 8 000 € oder 9 000 € oder 9 500 € oder wie immer zwar brutto bekommen habe, aber letztendlich sind maximal 3 000 € im Monat übriggeblieben. Wenn ich das jetzt dividiere durch den Aufwand, den ich gehabt habe, zum Beispiel 50 Stunden, dann sind das in der Regel 60 €, die ich in der Stunde verdient habe. Das ist nachher schon eine ganz andere Wertgeschichte, als wenn ich es vom Bruttolohn habe. Ich habe auch nie damit gerechnet, zumindest am Anfang nicht, und das wusste auch mein Steuerberater leider nicht – der hat das nicht gewusst, dass ich Beamter bin –, dass ich bei der gewerblichen Wirtschaft einen Sozialversicherungsbeitrag, ich glaube, von 14 oder 15 Prozent zahlen muss. Letztendlich waren es 14 000 €, nicht ganz, die ich bei der Sozialversicherung gezahlt habe, aber nie etwas davon habe.

Die Mehrwertsteuer, das ist ja auch ein Durchlaufposten. Wenn ich heute eine Rechnung von einer Firma bekomme, dann bekomme ich den Stundenlohn in der Art und Weise und die Mehrwertsteuer wird extra ausgerechnet. Das ist ja auch ein Durchlaufposten, den ich abgegeben habe. Das heißt, gehen Sie bitte von 3 000 € und 60 € Stundenlohn aus – und nicht von 9 000 € und 200 € für meinen Stundenlohn.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Das war nicht die Frage. Die Frage war, was Sie sich gedacht haben, nachdem Ihnen der Herr Dr. Hochegger dieses Angebot gemacht hat.

**Franz Kusin:** Grundsätzlich habe ich mir nichts gedacht, sondern ich habe mich gefreut, dass ich was dazuverdiene. Das war's.

Noch einmal: Vielleicht war ich zu wenig sensibel, das kann schon sein. Vielleicht hätte ich hinterfragen sollen, aber ich habe das leider damals nicht gemacht. Heute wüsste ich es und würde es auch nicht mehr machen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich halte Ihnen vor ein paar handschriftliche Unterlagen aus dem Akt, der Sie betrifft.

*(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)*

Da stehen ein paar ganz interessante Dinge drauf, auf der Seite 2:

Personalität, Subsidiarität, Solidarität, der Mensch steht im Mittelpunkt aller Überlegungen, Leistung ja, aber im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. – Zitatende.

Was ist das? Ist das ein Konzept oder was ist das?

**Franz Kusin:** Das sind im Prinzip an und für sich Unterlagen, die ich geschrieben habe im Nachhinein. An und für sich, glaube ich, waren das die, die ich abgegeben habe. An und für sich sind das eigentlich genau diese Sachen, die wir als Personalvertreter eigentlich immer sagen: In dieser Art und Weise sollte eigentlich die Zukunft oder die Firma sich entwickeln.

Ich habe auch in meiner privaten Familie an und für sich einen sehr tragischen Fall von Burn-out, der schon vier Jahre – ich glaube, 45 ist er – in Pension ist, und das erlebt man ja auch immer in anderen Richtungen auch. Wenn ich jetzt diese Werte anschau, die da drinnen sind, dann sind es genau diese Werte, wo ich sage: Okay, in dieser Art und Weise sollte man eben Arbeitnehmerpolitik machen und versuchen, so auch auf die Firmen einzuwirken.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Hohegger sagt aus in seiner Einvernahme – ich zitiere –:

Es kann sein, dass Franz Kusin mir Unterlagen übergeben hat, die ich mir aber, wie bereits zuvor erwähnt, nicht aufgehoben habe.

Sind das solche Unterlagen? *(Franz Kusin: Ja, das kann sein!)* – Haben Sie ihm noch mehr übergeben in der Zeit?

**Franz Kusin:** Im Prinzip an und für sich hat er sehr, sehr wenig genommen, weil er gesagt hat, er braucht an und für sich keine Unterlagen. Wenn er was braucht, hat er mich ja eh zur Verfügung.

Persönlich habe ich nur das Problem – wenn Sie das gelesen haben, in der Einvernahme ist das ja auch drinnen –, ich habe mir im Jahr 2009 einen neuen PC gekauft, im Dezember 2009. Da wusste ich nicht, dass das für mich irgendwann einmal von Wert ist, und daher habe ich die Unterlagen, die ich für mich gemacht habe und die ich immer mitgehört habe, damit ich ja nichts vergesse – speziell waren es allerdings immer nur diese Arbeitsgeschichten, also Informationen über Burn-out und solche Sachen, da habe ich mir natürlich bessere Unterlagen vorbereitet gehabt –, aber die habe ich jetzt natürlich nicht mehr, weil ich den PC nicht mehr habe. Und daher waren es nachher, bei der Einvernahme bei der BAK, wo ich freiwillig noch einmal hingekommen bin, Gedächtnisprotokolle, die ich dorthin gebracht habe.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Dann noch eine Frage, und zwar laut einem Gesprächsprotokoll des sogenannten Internal Audit vom 19. Juli 2010, das eine Besprechung zwischen Christopher Schneck und Ihnen festhält, wird ein anonymes Gerücht besprochen. Demnach sollen Sie vor mehreren Mitarbeitern erklärt haben, dass Sie seit dem Wechsel des Vorstandes Einkünfte für Beratungsdienstleistungen verloren hätten.

Können Sie sich an ein solches Gespräch mit Mitarbeitern erinnern?

**Franz Kusin:** Ja, kann ich mich erinnern, an den Herrn Schneck, an diese Frage. Ich habe zum Herrn Schneck auch gesagt, das kann nur in diese Richtung gewesen sein, weil ich schon Anrufe hatte, zum Beispiel von der Presse, dass das eben im Zusammenhang mit Herrn Hohegger ist. Aber nicht mit dem Vorstand. Mit dem Vorstand hat das überhaupt nichts zu tun. Er hat ja auch nie sagen können, von wem er das hat oder was diese anonyme Geschichte ist. Die entbehrt jeder Tatsache, ich habe nie von einem Vorstand Geld bekommen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Sie können keinen Bezug nehmen auf einen konkreten Vorstand? (*Franz Kusin: Überhaupt nicht!*) – Danke, ich habe keine Frage mehr.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen zur zweiten Runde.– Bitte, Herr Abgeordneter Höbart.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Vielleicht noch in aller Kürze: Es hat sich ja doch schon ein gewisses Sittenbild gezeigt. Sie bezeichnen das selbst als vielleicht ein bisschen patschert, wenn man das zusammenfassen darf. Aber vielleicht noch eine Sache, die ich Sie bitte zu kommentieren, nämlich was den Zwischenbericht des Bundesamtes für Korruptionsbekämpfung betrifft, Strafsache gegen Franz Kusin. Da wird nochmals die Tat dargestellt, im Zeitraum Juli 2007 bis September 2008, dass Sie eben insgesamt fünf Honorarnoten mit einer Gesamtsumme von 138 000 € inklusive USt. gelegt haben, lediglich handschriftliche Notizen und Aufzeichnungen, das haben Sie bereits gesagt, und dass der Verdacht besteht, dass den Zahlungen ein offensichtliches Missverhältnis zwischen Entgelt und von Kusin geleisteter Arbeitsleistung gegenübersteht. Bitte, da noch einmal Ihren Kommentar dazu.

Sie haben vorher versucht, das ein bisschen gegenzurechnen, brutto/netto hin und her. Was waren tatsächlich Ihre Leistungen? Gibt es da irgendwelche Dokumente? Wenn ich jemanden berate, und das habe ich auch schon getan in meinem Leben, dann berate ich dieses Unternehmen. Da gibt es ein Dokument, da gibt es einen Abschlussbericht, das ist ein Projekt. Was haben Sie da vorzuweisen gehabt? Oder haben Sie nur dem Herrn Hohegger in einem dunklen Kammerl unter vier Augen Ihre Expertise abgegeben? Wie kann das BAK zu so einem Verdacht kommen? Was ist da Ihre Auffassung dazu?

**Franz Kusin:** Grundsätzlich: In den Verdacht kann es natürlich deshalb kommen, weil es jetzt keine Unterlagen – da gebe ich Ihnen schon Recht –, keine schriftlichen Unterlagen gegeben hat. Ich habe das auch in diese Richtung immer gesagt, ich habe keine schriftlichen Unterlagen. Und ich habe gerade dem Herrn Amon vorhin auch gesagt, ich konnte diese Unterlagen, die ich für mich gemacht habe, die ich mitgebracht hatte zu den Besprechungen mit dem Herrn Dr. Hohegger, nicht mehr nachvollziehen, weil ich die auf dem alten PC gehabt habe. Ich habe auch keine Rechnung gelegt für das, dass ich im Dezember 2009 einen neuen PC gekauft habe und den alten PC nicht mehr habe. Daher konnte ich nur mehr Gedächtnisprotokolle machen.

Okay, jetzt kann man sagen, das kann gut sein, kann nicht gut sein. Das kann schon sein, dass die dann jetzt sagen, ich kann das nicht nachvollziehen, ob das den Wert hatte. Aber nachvollziehen, ob es wertvoll ist und die Beurteilung, das macht der Herr Dr. Hohegger. Wenn es ihm nicht wert gewesen wäre, dies zu bezahlen, dann hätte er gesagt, das ist mir nichts wert und er hätte nichts gezahlt, und die Geschichte hätte sich gehabt. Aus. Punkt. Schluss.



**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Schon. So viel ich verstanden habe, haben Sie eine mündliche Vereinbarung mit ihm abgeschlossen. (*Franz Kusin: Ja!*) – Mündliche Vereinbarung ist auch ein Vertrag. Das ist okay, das würde ich auch so nicht aufsetzen. Aber die Leistung, die Sie dann vollbracht haben, das waren mündliche Leistungen. Das heißt, Sie haben sich mit Herrn Hochegger getroffen und haben dann Ihre Expertise kundgetan. Hat er dann mitgeschrieben auf einem Zettel? – Das ist für mich, für uns nicht nachvollziehbar.

**Franz Kusin:** Entschuldigung, wenn Sie das Protokoll von Herrn Dr. Hochegger nachlesen, dann hat er ja auch gesagt, dass für ihn die Schriftlichkeit **nie** einen Wert hatte, nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen. Und das war eben so, dass er schriftlich nichts von mir in dieser Art und Weise verlangt hat. Ich habe immer etwas Schriftliches mitgebracht, auch das sagt er, aber die Leistung feststellen, ob sie etwas wert ist oder nicht wert ist, tut eigentlich immer der, der **bezahlt**, und das ist eben der Herr Dr. Hochegger gewesen. Und wenn es für ihn in Ordnung war und er mir auch das Gefühl gegeben hat, dass ich die Leistung entsprechend bringe, dann habe ich nicht den Verdacht aufbringen können, das war nicht in Ordnung, da muss ich nachdenken; wenn es für ihn in Ordnung ist.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Das heißt, ich halte fest: Für Sie war es in Ordnung, 138 000 € in einem Leistungszeitraum von über einem Jahr inklusive Mehrwertsteuer Honorar gelegt zu haben über fünf Honorarnoten und dafür halt ein bisschen eine mündliche Leistung dem Herrn Hochegger gegenüber erbracht zu haben.

**Franz Kusin:** Noch einmal: Es war nicht mündlich. Ich habe mich ja schriftlich vorbereitet. Ich habe einiges an Protokoll gebracht. Ich wurde ja bei der ersten Einvernahme auch gefragt, und ich habe es bei der zweiten abgegeben, und ich habe dort auch gesagt: Wenn mehr ist, wenn ich mehr Gedächtnisprotokolle machen sollte, bin ich jederzeit bereit, mich wieder hinzusetzen und mehrere Protokolle, Gedächtnisprotokolle zu machen. Aber ich kann halt nur mehr Gedächtnisprotokolle machen, und nicht das, was ich mich damals vorbereitet habe.

Wenn das über ein Jahr oder zwei Jahre vorbei ist, warum soll ich das aufbewahren, wenn es für niemanden mehr einen Wert hat, weil ich wusste, dass ich sicher keine Beratung mehr machen würde.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Das haben wir natürlich bei dem Ausschuss auch des Öfteren erlebt, dass Dokumente, die durchaus relevant wären, einfach nicht mehr auffindbar sind. Das müssen wir halt jetzt zur Kenntnis nehmen. Manchmal löscht es sogar die Polizei; das haben wir heute auch schon gehört.

Ja, aber vielleicht für Ihre Zukunft, so einen kleinen persönlichen Tipp: Heben Sie sich solche Unterlagen auf, dann hätten Sie möglicherweise auch vor dem BAK keine Probleme!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ist es korrekt, dass Sie im September 2010 durch Ihren Dienstgeber suspendiert wurden? (*Franz Kusin: Ja!*) – Gut. Ist diese Suspendierung nach wie vor aufrecht oder nicht? (*Franz Kusin: Ja!*) – Gut, das wollte ich nur noch einmal hören, denn mir geht es um Folgendes:

Sie zeigen da überhaupt kein **Reuegefühl**, obwohl die Optik so etwas von **fatal** ist. Jetzt frage ich Sie dazu: Wenn Sie jetzt zwei Mal bestätigt haben, Sie sind im September 2010 suspendiert worden, die Suspendierung ist bis heute aufrecht, wie erklären Sie sich denn die Suspendierung? Wenn ich Ihren Darstellungen da so lausche, dann müssten Sie die als völlig ungerechtfertigt empfinden.

Also frage ich Sie jetzt: Halten Sie die Suspendierung für gerechtfertigt oder nicht? Und warum wurde die Suspendierung konkret, Ihrer Auffassung nach, ausgesprochen? Und wie ist aktuell der Stand des Suspendierungsverfahrens?

**Franz Kusin:** Also grundsätzlich muss ich sagen: Ich halte sie nicht für gerechtfertigt, wir haben sie ja auch bekämpft. Aber es ist natürlich so, wenn es ein Strafverfahren gibt, dann wird die Suspendierung natürlich nicht aufgehoben.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich darf darauf hinweisen, dass die Frage über die Suspendierung nicht gerechtfertigt ist, weil sie ja im Verfahren bekämpft wird.

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Es wird von ihm die Suspendierung bekämpft und Sie dürfen ihn daher nicht fragen, ob er die Suspendierung anerkennt und für gerechtfertigt hält.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut. Ich zitiere noch einmal aus der Beschuldigtenvernehmung Hohegger vom 24. Mai 2011, wo er sagt:

Anfang 2007 lernte ich Franz Kusin in den Räumlichkeiten der Telekom Austria kennen.

Sie haben dann ein Treffen vereinbart, dieses Treffen hat stattgefunden.

Zitat Hohegger: Ich hatte das Gefühl, dass Franz Kusin nicht abgeneigt war, für mich als Berater zu arbeiten und mir sein Wissen zur Verfügung zu stellen. Ich habe ihn darauf angesprochen und er hat dem grundsätzlich zugestimmt. – Zitatende.

Können Sie zu diesen Aussagen des Herrn Hohegger Ihre Wahrnehmungen schildern? Woher konnte der Herr Hohegger das Gefühl – wie er es nennt – oder den Eindruck haben, dass Sie für ihn als Berater zu arbeiten bereit waren? Was ja dann auch der Fall gewesen ist, wie wir wissen.

**Franz Kusin:** Wenn Sie das alles gelesen haben, dann haben Sie auch sicherlich gelesen, dass Herr Hohegger sich beim Herrn Krenn über meine Person informiert hat und er dahin gehend auch gewusst hat, dass ich eigentlich in der Arbeiterkammer schon immer wieder Anträge im Sinne der Beamten beziehungsweise auch der Telekom eingebracht habe. Daher hatte er schon ein Grundwissen über meine Person.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Schildern Sie dieses Gespräch mit dem Hohegger, wo er Sie darauf angesprochen hat, ob Sie für ihn als Berater arbeiten möchten! Wie ist denn dieses Gespräch abgelaufen bei diesem Treffen? Und wie haben Sie sich dort verhalten?

**Franz Kusin:** Ja, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, was ich da jetzt schildern sollte. Wir haben ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ist der Hohegger hingegangen und gesagt: Herr Kusin, Sie sind jetzt Berater für mich, Sie kriegen die Summe X, und Sie haben gesagt, Sie machen das ohne Fragen? Das glaube ich ja nicht. Da muss es ja längere Gespräche gegeben haben. Ich ersuche Sie, dieses Gespräch zu schildern, weil es entscheidend ist für Ihr Engagement als Berater.

**Franz Kusin:** Na, er hat sich natürlich über meinen Lebenslauf erkundigt, was ich mache, wo ich überall drinnen bin. Das hat er natürlich genauestens wissen wollen. Ich habe meinen Lebenslauf ja auch schon erzählt, und ich denke, einiges habe ich ja doch irgendwo geleistet. Man muss ja nicht unbedingt eine Matura oder, was weiß ich, einen Dokortitel haben. Man kann ja auch so irgendwo einen Wissensstand sich in der zweiten Bildung aneignen. Und das hat ihm anscheinend imponiert, und das war ihm genug, sodass wir es einmal versucht haben.

Es ist ja nicht beim ersten Gespräch so gewesen, dass wir oder er mir dort schon etwas angeboten hat, sondern wir haben einmal ein, zwei Monate, glaube ich, waren das, geschaut, was machen wir. Und dann hat er gesagt: Ja, diese Informationen, also das Wissen, was ich habe, das ist wirklich was wert. Und dann hat man eben gesagt, okay, es könnte sein, also er bietet mir was an.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Noch einmal: Hohegger sagt, Anfang 2007 lernte er Sie eher zufällig in den Räumlichkeiten der Telekom Austria kennen. Dann haben Sie ein Treffen gehabt zu den Themen „Beamtenproblematik“ und „Regulierung“.

Und dann sagt Hohegger: Ich habe ihn darauf angesprochen. – Nämlich, ob Sie für ihn als Berater arbeiten. – Und er hat dem grundsätzlich zugestimmt.

Und zu diesem Satz frage ich Sie: Wie hat Hohegger diese Frage gestellt? Was haben Sie darauf geantwortet? Und welche Gegenfragen haben Sie gestellt? Wenn Sie der Herr Hohegger fragt: Wollen Sie für mich als Berater arbeiten?, dann werden Sie sich ja wohl gefragt haben oder ihn gefragt haben: Warum? Was soll das Ziel sein? Was soll das Ganze kosten? et cetera et cetera.

Ich ersuche Sie, das zu schildern, wie dieses Treffen hier stattgefunden hat und was Sie da mit Hohegger gesprochen haben.

**Franz Kusin:** Na, er hat mich natürlich gefragt, ob ich jetzt für ihn bereit wäre, irgendwo mein Wissen ihm weiterzugeben. Was ich denke, zum Beispiel, in den arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten.

Und da habe ich gesagt, damit hätte ich kein Problem, weil ich für mich gedacht habe, damit habe ich eigentlich eher vielleicht eine positive Wirkung, weil er ja Informationen vielleicht weitergeben kann, wo ich gar nicht hinkomme. Nicht?

Und daher ist das für mich sehr wohl von Interesse gewesen. Und ich habe gesagt: Ja, das wäre für mich schon denkbar, dass ich für ihn, sozusagen mit ihm öfters zusammenkomme.

Es war ja nicht beim ersten Mal; wie ich mich mit dem Schieszler damals getroffen habe, habe ich ja nicht schon übers Geld geredet. Nicht? Sondern da haben wir ja nur gesprochen, wir treffen uns, wir kommen zusammen. Und es ist auch nicht beim ersten Treffen schon gemacht worden, so und so viel gebe ich Ihnen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Worauf ich hinaus will, ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die letzte Frage bitte! (*Abg. Petzner: Waren das schon 5 Minuten? Sie haben mir ja Zeit abgezogen!*) – Nein, nein. Ich habe den Abzug von der ersten Runde für sehr, sehr notwendig erachtet. (*Abg. Petzner: Sie sind so streng mit mir, Frau Vorsitzende! Gut, dann die letzte Frage.*) – Das erübrigt sich durch entsprechendes Verhalten. (*Heiterkeit.*)

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Der war gut. – Herr Kusin, noch einmal: Hohegger bietet Ihnen an – und das ist für mich jetzt der entscheidende Punkt und meine letzte Frage – bei diesem Gespräch: Arbeiten Sie für mich als Berater!

Sie haben erklärt, Sie haben im guten Glauben heraus gehandelt, es geht Ihnen um den Menschen, um die Menschen. Sie haben von weinenden Leuten, von Selbstmorden erzählt, alles sehr tragisch. Das ist richtig.

Aber jetzt frage ich Sie: War für Sie damals klar, in welcher Funktion und in welcher Rolle Ihnen der Herr Hohegger diesen Beratungsauftrag bei seiner Valora anbietet? Wenn ja, in welcher Funktion, in welcher Aufgabe, in welcher Rolle hat Ihnen das Herr

Hohegger angeboten? Wenn Sie das nicht gewusst haben, warum haben Sie das nicht hinterfragt?

**Franz Kusin:** Also gewusst habe ich es mit Sicherheit nicht. Und warum ich es nicht hinterfragt habe, da kann ich Ihnen jetzt keine Antwort geben. Ich hätte es wahrscheinlich machen können. Aus jetziger Sicht hätte ich es machen können oder sollen. (*Abg. Petzner: Müssen!*) – Aber ich habe es nicht gemacht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Herr Kusin, ich möchte da ein bisschen weiterfragen, aber halt ein bisschen ruhiger als Herr Kollege Petzner. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) – Nein, das war jetzt irgendwie, ... Jeder Mensch ist anders, Herr Kollege!

Wenn ich rekapitulieren darf: Sie haben eine Person in einem Vorzimmer eines Vorstandes getroffen, haben diese Person nicht gekannt, und haben dann mit dieser Person einen Vertrag abgeschlossen, der Ihnen 138 000 € Honorar gebracht hat. Das ist einmal, wie wir es dargestellt haben, schon sehr interessant.

Mich würde jetzt interessieren: Sie kennen Wolfgang Krenn. Woher?

**Franz Kusin:** Er ist auch Kamerrat in der steirischen Arbeiterkammer in der gleichen Fraktion – ÖAAB, FCG.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Und seine Funktion hatte er, weil er Aufsichtsrat war bei Hohegger?

**Franz Kusin:** Meinen Sie die Funktion in der Arbeiterkammer? – Nein. Jetzt ist er schon in Pension, und er war Arbeitnehmervertreter bei der Firma Leiner, Möbel Leiner.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Er war aber bei Hohegger in einer Firma im Aufsichtsrat? (*Franz Kusin: Ja!*) – Und Sie haben sich dann beim Herrn Krenn erkundigt, wer der Herr Hohegger ist, den Sie vorher im Vorzimmer eines Vorstandes gesehen haben?

**Franz Kusin:** Nein, das waren Gespräche im Prinzip. Man trifft sich ja immer in der Arbeiterkammer, sei es jetzt bei der Vollversammlung oder in irgendeinem Ausschuss. Und dann hat man natürlich ...

Krenn hat gesagt, er ist des Öfteren auch in Wien, und er hat gewusst, dass ich auch in Wien bin. Und so spricht man eben auch über berufliche Geschichten oder was man eben in Wien alles macht. Und da hat er eben gesagt: Na, er ist eben auch in Wien in einem Aufsichtsrat drinnen. Und das ist beim Hohegger. Und er gesagt, das ist ein wahnsinnig gescheiter Mensch, interessant, was der alles kann. Und für mich ist das eine sehr positive Meinung vom Herrn Hohegger. Was ich ja selbst auch irgendwann wahrgenommen habe.

**Abgeordnete Mag. Lapp Christine (SPÖ):** Das war das Kriterium für Sie, warum Sie dann diese Geschäftsbeziehung eingegangen sind mit dem Herrn Hohegger?

**Franz Kusin:** Das Kriterium, im Prinzip, ich glaube es war eher das Kriterium vom Herrn Hohegger, dass er beim Herrn Krenn nachgefragt hatte, wer ich bin, weil ich war ja nicht der, der das Geschäft gesucht hat, sondern ich bin ja gefragt worden, ob ich mit ihm irgendwelche Beratungen machen würde.

**Abgeordnete Mag. Lapp Christine (SPÖ):** Ein anderer Themenkomplex ist Target 09. Da haben Sie als Personalvertreter mitverhandelt, wonach dann 1 000 Leute dienstfrei gestellt wurden. – Stimmt das? (*Franz Kusin: Ja!*) – War das für Sie damals die beste aller Lösungen für die Beschäftigten, die Sie zu vertreten hatten?

**Franz Kusin:** In keinster Weise. Wir waren doch alle – und da können Sie ja den Herrn Kolek nachher fragen ... Wir waren immer ... Also wir waren zwar in zwei verschiedenen Fraktionen, aber wenn es irgendwo um das Personal gegangen ist, hat es bei uns nie einen Unterschied gegeben. Wir haben uns immer **nur** für das Personal eingesetzt und das Target 09 war für uns keine Geschichte, die positiv unterlegt war, aber wir sind ja immer wieder vom Vorstand darauf hingewiesen worden: das Benchmark. Das Benchmark ist so schlecht bei uns in Österreich und Sie müssen etwas machen wegen der Aktiengeschichte. Es geht nicht anders und Sie müssen einfach Mitarbeiter freistellen.

**Abgeordnete Mag. Lapp Christine (SPÖ):** Meine Abschlussfrage wäre: Wie wurde der Leistungsvertrag bei Hohegger beendet?

**Franz Kusin:** Ja, indem der Herr Hohegger mir mitgeteilt hat, er hat eigentlich keinen Bedarf mehr für mich. Und ich habe auch gesagt, es gibt ja eigentlich auch kein Thema mehr. Und damit haben wir gesagt: Aus. Fertig. Schluss.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Abgeordneter Pilz hat keine Frage mehr. Abgeordneter Amon, haben Sie noch Fragen? – Auch keine. Dann ist noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage vonseiten der FPÖ. Möchten Sie die wahrnehmen? Sie könnten auch eine Zusatzfrage stellen. – Nein. Nun, das ist die Chance für Sie Abgeordneter Petzner. – Bitte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich nütze meine Chance und fasse für die Schlussfrage den Sachverhalt wie folgt zusammen: Sie waren einerseits auf der Payroll des Lobbyisten Hohegger, der die Telekominteressen vertreten hat, und waren zugleich Arbeitnehmervertreter, der die Aufgabe gehabt hätte, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Telekom zu vertreten. Ich habe in diesem Zusammenhang, weil Sie sich ja jetzt auch da überhaupt keine ... Sie rechtfertigen sich da – Ende nie. Sie stellen das alles in den schönsten Farben dar. Für mich ist das alles eher sehr düster, was hier zu Tage getreten ist, und ich möchte in diesem Zusammenhang eine Schlussfrage stellen, die eine persönliche Frage ist. Das heißt, die müssen Sie nicht beantworten, wenn Sie nicht wollen, aber ich frage Sie trotzdem:

Haben Sie eigentlich ein schlechtes Gewissen?

**Franz Kusin:** Also das ist eine Suggestivfrage.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die Gewissensfrage ist eigentlich eine private.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe gesagt, er muss sie nicht beantworten. Ich frage Sie trotzdem. (*Zwischenruf der Vertrauensperson Dr. Ringhofer.*)

**Franz Kusin:** Wissen Sie: Was ist Gewissen? Haben Sie ein Gewissen in manchen Dingen, die Sie politisch machen?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe eines. Sie nicht, das ist der Unterschied. – Danke.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Das ist eine Unterstellung, das geht nicht! Das geht nicht! (*Zwischenrufe der Abgeordneten Dr. Jarolim und Dr. Rosenkranz.*)

Unabhängig von dieser Bemerkung beenden wir jetzt die Befragung, bedanken uns bei der Auskunftsperson Kusin – und ich ersuche darum, dann die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

Ich entschuldige mich bei Ihnen persönlich, Herr Kusin, für diesen Fauxpas zum Schluss.

*(Auskunftsperson **Kusin** und dessen Vertrauensperson verlassen den Sitzungssaal.)*

17.24

17.25

### **Auskunftsperson Michael Kolek**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Michael Kolek** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Michael Kolek, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name ist Michael Kolek. Geburtsdatum: 15. November 1960. Anschrift: Gerasdorf. Sie sind Beamter.

Damit ist noch zusätzlich festzuhalten: Gemäß dem § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, die Telekom, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussagen für erforderlich hält.

Herr Michael Kolek! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich möchte Sie, Herr Kolek, noch darauf hinweisen, dass Sie für die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

\*\*\*\*\*

Der Name der **Vertrauensperson** lautet: **Dr. Alois Obereder**. Geburtsdatum: 17. September 1960. Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Alois Obereder als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ladung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze damit die **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der **Belehrung** über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten.

Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können aber auch anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden und dieser wird mich dann, falls er es für erforderlich hält, darüber informieren.

\*\*\*\*\*

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit einer zusammenhängenden Erzählung im Ausmaß von 10 Minuten.

*(Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Maier das Wort.)*

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Guten Abend, Herr Kolek! Darf ich Ihnen einen Bericht der Oberstaatsanwaltschaft Wien vorhalten, aus dem hervorgeht, dass ein Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen § 299 Abs. 1 StGB als auch gegen unbekannte Täter eingestellt wurde. – Ist das richtig?

**Michael Kolek:** Ja, das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wenn man sich die Entwicklung ansieht, die Ihre Person betrifft, dann stellt man fest, dass Sie am 7. April 2011 von der Telekom Austria mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert wurden, da der Verdacht der Begünstigung im Raum stand. – Ist das richtig?

**Michael Kolek:** Ja, das ist auch richtig.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Was haben Sie dagegen unternommen?

**Michael Kolek:** Ich habe gegen diese Suspendierung sofort Einwand erhoben. Diese Suspendierung wurde dann auch aufgehoben, ich kann jetzt das genaue Datum nicht mehr sagen, und danach wurde auch das Verfahren wegen Aussichtslosigkeit eingestellt, weil es ja nichts gegeben hat.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Die im Bundeskanzleramt angesiedelte Disziplinaroberkommission gab Ihnen in der Berufung gegen die Suspendierung recht und Sie wurden von der Telekom wieder beschäftigt.

**Michael Kolek:** Richtig, ja.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wo sind Sie derzeit beschäftigt?

**Michael Kolek:** Ich bin derzeit im IT-Bereich, im Bereich Management/Testing, das ist eine Abteilung, die sich nach der Konsolidierung um Konsolidierung mit Systemen beschäftigt.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wir hatten vor Ihnen die Gelegenheit, Ihren Kollegen Kusun zu befragen. Wie war Ihr Verhältnis zueinander? Wie war das Verhältnis der beiden Fraktionen FSG einerseits und ÖAAB-FCG andererseits?

**Michael Kolek:** Von meiner Seite aus, und ich glaube, auch von meinen Kollegen her, war das Verhältnis immer ein ganz normales. Wir haben normale demokratische Wahlen in dem Unternehmen. Die eine Fraktion hat mehr, die andere weniger, aber wir



haben in Summe geschaut, dass wir das Beste für die Menschen dort gemeinsam erreichen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Haben Sie auch gemeinsame Projekte durchgeführt mit dem ÖAAB-FCG?

**Michael Kolek:** Nein. Das hat es nie gegeben. Wir haben nur über relevante Dinge, die im Unternehmen waren, auch gemeinsame Beschlüsse gefasst, aber die im Betriebsratskörper.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Schön, dass Sie gekommen sind. Der Wunsch Sie zu laden, war ausschließlich ein Wunsch der beiden Regierungsfractionen, den ich, ich sage es ganz offen, nicht nachvollziehen konnte. Deswegen noch einmal herzlichen Dank für Ihr Kommen! Ich habe keine Fragen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich wünsche auch einen schönen guten Abend.

Können Sie uns etwas über das Umfeld des Betriebsrates in der Telekom sagen? Wie viele freigestellte Betriebsräte gibt es in der Telekom? Wissen Sie das?

**Michael Kolek:** Die genaue Zahl? Ich bin vor zwei Jahren aus dem Betriebsrat ausgeschieden, krankheitshalber, die Geschichte kennt man.

Das ist geregelt im Poststrukturgesetz und im Post-Betriebsverfassungsgesetz, aufgrund der Mitarbeiteranzahl gibt es eine Anzahl von freigestellten Betriebsräten. Ich kann es wirklich nicht auf den Punkt sagen, da sich ja die Mitarbeiteranzahl permanent nach unten verändert.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Welche Ressourcen stellt die Telekom einem Betriebsratsobmann zur Verfügung?

**Michael Kolek:** Einem Betriebsratsobmann genau die gleichen wie allen anderen, alles was notwendig ist an Büromitteln, an Telefon, alles, was sie vom Gesetz her zur Verfügung stellen muss.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Gibt es einen Fuhrpark?

**Michael Kolek:** Einen Fuhrpark gibt es nicht.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Eine Zugriffsmöglichkeit?

**Michael Kolek:** Es gibt eine Zugriffsmöglichkeit. Da wir ja für ganz Österreich zuständig waren, gibt es natürlich auch eine Zugriffsmöglichkeit.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Kennen Sie innerhalb der Telekom sehr viele Mitarbeiter?

**Michael Kolek:** Ich gehe davon aus, dass ich sehr viele kenne. Nach zehn Jahren in der Funktion kenne ich sehr viele – und wahrscheinlich kennen auch mich sehr viele.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Das heißt man kann davon ausgehen, dass Sie sich im Unternehmen sehr gut auskennen.

**Michael Kolek:** Das würde ich so *nicht* sagen. Ich kenne sehr viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, aber die Abläufe im Unternehmen, da sie ja permanenten Veränderungen unterliegen ... So schnell haben wir gar nicht reagieren können.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Sie waren Aufsichtsratsmitglied? (*Michael Kolek: Ja!*) – Können Sie uns ein bisschen schildern, wer außer dem Vorstand befugt war, Verträge über insgesamt 1 Million € zu unterfertigen?

**Michael Kolek:** Von meinem Wissensstand heute kann ich sagen, es hat eine Unterschriftenordnung – oder so heißt das – gegeben, wo Vorstände, Prokuristen für Summen, aber ich kann Ihnen nicht sagen, wie hoch diese Summen waren oder sind ...

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Das heißt, Sie haben auch über Staffellungen dieser Beträge keine Erinnerung, Wahrnehmung, wie auch immer.

**Michael Kolek:** Ich habe keine Erinnerung daran.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Können Sie schildern, wer die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates, die von der Personalvertretung in den Aufsichtsrat entsandt worden sind, waren?

**Michael Kolek:** Zur damaligen Zeit?

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Natürlich, zu Ihrer Zeit.

**Michael Kolek:** Das war der Herr Eidenberger Wilhelm, eine kurze Zeit der Herr Franz Kusin, die Frau Bauer, glaube ich.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Anders: Wie viele Mitglieder des Betriebsrates waren im Aufsichtsrat?

**Michael Kolek:** Immer im Verhältnis, so wie es im Gesetz steht. Der Aufsichtsrat hat am Anfang 15 Personen gehabt, daher waren es fünf, nachher reduziert auf zwölf und daher waren es vier.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Darf ich noch fragen welches Verhältnis zu folgenden Personen Sie gehabt haben: Heinz Sundt, Rudolf Fischer, Stefano Colombo, Boris Nemsic, Gernot Schieszler, Peter Michaelis?

Gibt es jemanden, zu dem Sie ein besonders gutes Verhältnis gehabt haben?

**Michael Kolek:** Ich glaube, als Betriebsratsobmann in einem Unternehmen, das so einer Entwicklung unterliegt, wird das Verhältnis zu Vorständen – und das sind größtenteils Vorstände der Aufsichtsratsvorsitzenden – kein besonders gutes sein.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Also Sie schließen aus, dass Sie zu einem dieser Herren ein freundschaftliches Verhältnis gehabt haben?

**Michael Kolek:** Als freundschaftlich würde ich meine Verhältnisse zu den Herren sicherlich nicht bezeichnen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Darf ich Sie noch fragen, was Ihre Einschätzung im Jahr 2004 zu diesem Stock Option-Programm war, von dem Sie wussten, nehme ich an, durch den Aufsichtsrat?

**Michael Kolek:** Es hat meines Wissens eine Untersuchung gegeben, bei der nichts herausgekommen ist. Und wir als Arbeitnehmer-Vertreter ... Wir sitzen dort in einem Verhältnis 2 : 1 im Aufsichtsrat, und das war auch Sache des Aufsichtsrates, das zu klären.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wie haben Sie persönlich den Kurssprung bewertet, den es da gegeben hat, am damals letzten Handelstag, der ja in Diskussion steht? Haben Sie das bewertet als Betriebsrat?

**Michael Kolek:** Persönlich habe ich es deswegen nicht bewertet, weil mir wichtiger war, wie es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geht in dem Unternehmen. Mir war es eigentlich relativ egal, ob jemand von so einem Programm profitiert oder nicht.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wussten Sie in irgendeiner Art und Weise über die Lobbying-Projekte des Peter Hoegger in der Telekom Bescheid? (*Michael*

**Kolek:** *Nein!*) – Das haben Sie nie mitbekommen im Aufsichtsrat? (*Michael Kolek: Nie!*) – Keine dieser Aktivitäten von Hohegger war jemals ein Thema im Aufsichtsrat?

**Michael Kolek:** In der Zeit, in der ich im Aufsichtsrat war, habe ich den Namen nie gehört. Das war mir gar nicht bekannt. Ich weiß es jetzt, aber zu dieser Zeit habe ich überhaupt nichts gewusst davon.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aus den Einvernahmeprotokollen von Rudolf Fischer und Gernot Schieszler geht hervor, dass Sie sehr vorsichtig sind, was die Nutzung des Telefons anlangt. – Stimmt das? (*Michael Kolek: Ja!*) – Können Sie das ausführen, warum das so ist.

**Michael Kolek:** Versuchen wir es einfach: Wenn Sie in so einer Funktion sitzen in so einem Unternehmen, das schon relevant ist, mit sehr vielen Stakeholdern auch außerhalb, dann gibt es nichts, was Sie am Telefon sagen. Das ist alles, was ich dazu sage. Aber es ist so: Meine Telefonate sind nachvollziehbar sehr, sehr kurz.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber das müssen Sie mir jetzt schon ein bisschen erklären. Ganz kann ich das nicht nachvollziehen. Was wollen Sie damit zum Ausdruck bringen?

**Michael Kolek:** Schauen Sie, ich will damit zum Ausdruck bringen, dass wir auch in der Gewerkschaft – und das wissen Sie, dass ich auch Gewerkschaftsfunktionär war –, immer wieder das Problem hatten, in verschiedenen Dingen, dass wir mit Dingen konfrontiert wurden, von denen wir nicht wissen, wie sie zu irgendjemandem gekommen sind. Daher haben wir uns das eben angewöhnt – und das ist eine Eigenheit, die ich mir bis heute behalten habe, obwohl ich nicht mehr Betriebsrat bin –, am Telefon nicht zu sprechen oder sehr wenig zu sprechen.

Aber das ist meine persönliche Einschätzung dazu. Da will ich niemandem irgendetwas unterstellen, verdächtigen, oder sonst etwas, auch das möchte ich gleich klarstellen. Das ist meine persönliche Einschätzung.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich darf Ihnen einen Aktenvermerk vorhalten. Dieser wurde am 13. Juli 2010 auf Weisung des Leiters des Operativen Dienstes des BAK an den Beamten des BAK Nr. 86 angelegt. Ich zitiere:

Am 8.7.2011 ab 8.30 Uhr wurde Mag. Gernot Schieszler, ehemaliger Chief Financial Officer der Telekom Austria AG als Beschuldigter in Zusammenhang mit § 209 a Strafprozessordnung von Beamten des BAK und der StA Wien vernommen. Im Rahmen eines Pausengesprächs, ein Small Talk mit ernstern und realen Themen, wurde von Mag. Schieszler auf die eher scherzhafte Fragestellung eines Beamten, dass alle Ermittler in dieser Causa bereits unter Verfolgungswahn leiden würden, und die Befürchtung geäußert wurde, dass die Diensttelefonate möglicherweise ja abgehört wurden, Folgendes erwidert:

Er, Schieszler, sei der Meinung, dass der Aufwand des Vorstandes der Telekom Austria zu einer Ausleitung der Telefonate, der Diensthandys von Ermittlungsbeamten die Öffentlichkeit an einem Akt arbeiten würden, der für die Telekom Austria von bedeutendem Interesse sei, vermutlich eine Kleinigkeit sei. – Zitatende.

Es geht dann noch weiter.

Können Sie dazu etwas sagen?

**Michael Kolek:** Dazu kann ich nichts sagen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber es ist doch interessant, dass da offenbar kumuliert indirekt der Vorwurf im Raum steht, dass Mitarbeitergespräche und auch Gespräche darüber hinaus mehr oder weniger permanent abgehört werden.

**Michael Kolek:** Ich möchte nur festhalten, dass meine persönliche Einschätzung zu den Dingen eben meine persönliche ist. Vielleicht habe ich ein bisschen Verfolgungswahn aufgrund vieler Dinge. Ich kann dazu sonst gar nichts sagen. Ich weiß auch nicht, wie es überhaupt funktioniert. Keine Ahnung.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Gibt es eigentlich eine Betriebsvereinbarung, die regelt, unter welchen Umständen die Telekom ihre Mitarbeiter zum Beispiel bei der Arbeit am PC elektronisch überwachen darf? Das müssten Sie als ehemaliger Betriebsratsvorsitzender ja wissen.

**Michael Kolek:** Es gibt eine Datenschutzvereinbarung, die aber, da das Unternehmen permanent neue Software, neue Dinge ins Spiel bringt, ununterbrochen adaptiert wird. Die wurde auch jetzt wieder adaptiert, aber den Letztstand kenne ich nicht. Zur damaligen Zeit, glaube ich, waren da keine Dinge drinnen, die relevant gewesen wären. Das waren nur Zutrittskontrollen oder so.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wenn noch in Ihrer Zeit als Betriebsrat Überwachungen eigener Mitarbeiter vorgenommen worden sind, ist da der Betriebsrat eingebunden worden?

**Michael Kolek:** Also bei Zutrittskontrollen, wenn zum Beispiel irgendwo Diebstähle passiert sind, sind wir dann informiert worden; und dann hat man erst auslesen können, wer der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin war. Das ist dort geregelt.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Gelten solche Richtlinien auch für Arbeiten am Laptop, zum Beispiel bei Außendienstmitarbeitern?

**Michael Kolek:** Da es jetzt, dieses Jahr eine neue Regelung gibt, bin ich, ehrlich gesagt, überfragt. Ich habe sie mir nicht angeschaut. Das müsste man nachschauen. Das liegt offen im Unternehmen, diese Datenschutzvereinbarung.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wie ist das bei Diensthandys?

**Michael Kolek:** Ob die geregelt sind in dieser Vereinbarung?

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wenn das Unternehmen selbst eine Überwachung von Mitarbeitern vornimmt, etwa im elektronischen Bereich, also Computer, Laptops, Terminals – wird da der Betriebsrat vorher informiert, in Kenntnis gesetzt, wenn so eine Maßnahme gesetzt wird oder nicht?

**Michael Kolek:** Also da ich nicht davon ausgehe, außer meiner persönlichen Meinung, dass so etwas passiert, glaube ich auch nicht ... Vielleicht ist es jetzt, in den neuen Regelungen abgedeckt. Zur damaligen Zeit hat es vielleicht zehn oder 15 Leute gegeben, die ein Diensttelefon gehabt haben. In der Zwischenzeit sind es ja viel mehr; und ich gehe davon aus, dass das adaptiert worden ist.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Welche Abteilungen sind in der Telekom Ihrem Wissen nach zuständig, wenn das Gericht oder die Polizei sich melden und sagen, sie brauchen dringend eine Handyortung?

**Michael Kolek:** Keine Ahnung. Ich weiß es wirklich nicht.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Über den Ablauf haben Sie auch keine ... (*Michael Kolek: Nein!*) – Wissen Sie nicht Bescheid? (*Michael Kolek: Nein!*) – Könnten die Mitarbeiter oder könnte der Betriebsrat unterscheiden, ob es eine polizeiliche oder gerichtliche Anordnung zu einer derartigen Maßnahme gibt, wenn von einem zuständigen Mitarbeiter der Telekom eine derartige Anordnung erteilt wird? Wissen Sie das?

**Michael Kolek:** Nein. Das kann ich nicht sagen. Das ist eine Vermutung. Ich kann es nicht, da ich nicht weiß, ob es erkennbar ist. Ich weiß nicht, wie es stattfindet, daher kann ich das auch nicht ausreichend beantworten.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Woher rührt dann Ihre ganz persönliche Einschätzung, dass im Unternehmen Telefonate abgehört werden?

**Michael Kolek:** Aus meinem ganz Persönlichen heraus. Da habe ich aber nicht behauptet, dass das Unternehmen das abhört, auch das möchte ich klarstellen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte auf dieses Stock Option-Programm zurückkommen. In der Zeit, als Sie im Aufsichtsrat gesessen sind und Betriebsratsobmann waren, im Jahr 2004, als dieses Stock Option-Programm dann abgelaufen ist und als dieser doch sehr auffällige Kurssprung in letzter Minute und doch noch die Zielerreichung war, da gab es eine Aufsichtsratssitzung. Da hat der Herr Vorstandsvorsitzende Sundt im Aufsichtsrat erklärt, wie es zu diesem Kurssprung gekommen ist. Sie als Personalvertreter haben gesagt, das hat Sie nicht interessiert. Da war ein Verhältnis 2 : 1.

Ist es nicht so, dass die Belegschaftsvertreter Interesse daran haben müssen, ob das mit rechten Dingen zugeht oder nicht – noch dazu, wenn man bedenkt, dass auf der einen Seite Manager, 100 an der Zahl, mit exorbitant hohen Prämien ausgestattet werden, aufgrund einer Manipulation und einer Kursmanipulation; auf der anderen Seite aber Mitarbeiter, bis zu 1 000 Leute, freigesetzt werden.

Herr Kusin hat uns vorhin gesagt, es waren menschliche Schicksale, Burn-out-Gefährdete, es war fürchterlich.

Und da haben Sie als Betriebsratsvorsitzender im Aufsichtsrat nicht gesagt: Hallo, erklärt uns das genau, was ist mit einer Einsetzung einer internen Revision!

**Michael Kolek:** Vielleicht zur Erklärung: Alle diese Stock-Option-Modelle wurden von uns ... – Das muss ja der Aufsichtsrat genehmigen, kein einziges dieser Programme wurde von uns mitbeschlossen. Wir haben uns immer dagegen ausgesprochen, gerade in dieser Zeit, als sich das Unternehmen so verändert hat.

Wir haben sehr wohl darauf hingewiesen, wir haben wahrscheinlich, im Nachhinein gesehen – auch ich kenne das Protokoll, das aus der Aufsichtsratssitzung überliefert wurde –, nicht vehement genug darauf hingewiesen. Aber es waren Hinweise darauf, dass man das untersuchen lassen sollte. Wir haben aber keinen Einfluss, auch im Aufsichtsrat nicht, wenn zehn Herrschaften gegen fünf stimmen. Dann können wir dort alles fordern, aber es wird nicht stattfinden.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Na ja, schon. Aber es ist schon sehr komisch, dass gerade, was das betrifft ... – Die FMA hat geprüft, und der Prüfbericht der Finanzmarktaufsicht hat auch festgestellt, dass da höchstwahrscheinlich in letzter Minute Kursmanipulation vorgekommen ist. – Und Sie haben nicht einmal dort die Hand gehoben und gesagt: Bitte kann man da nicht eine interne Revision einsetzen?

Sie waren ja lange Zeit Betriebsratsobmann, von 2003 bis 2010, das sind immerhin sieben Jahre.

Wie viele Jahre davon waren Sie im Aufsichtsrat?

**Michael Kolek:** Ab 2002.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie oft wurde da, und aus welchen Gründen, eine interne Revision durchgeführt?

**Michael Kolek:** Vom Aufsichtsrat aus?

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Überhaupt, im Unternehmen. Wie oft wurde das gemacht?

**Michael Kolek:** Überhaupt nie. Nach meinem Wissen hat es nie den Auftrag vom Aufsichtsrat gegeben, eine interne Revision durchzuführen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und wie oft gab es das vom Vorstand?

**Michael Kolek:** Das entzieht sich meiner Kenntnis, weil er uns über diese Dinge nicht informiert.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie das im Unternehmen nicht gemerkt, wenn da eine interne Revision unterwegs war? (*Michael Kolek: Nein!*)

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Herr Kolek, auch von meiner Seite Danke fürs Kommen! Der Grund ist bekannt. Daher auch nur ein paar kurze Fragen.

Im Zuge der ganzen dienstlichen Vorgänge und so weiter wurde ja Ihr Laptop gesichert beziehungsweise: Was war da im Detail Ihrer Ansicht nach der Hintergrund?

**Michael Kolek:** Im Zuge dessen, was da vorher besprochen worden ist? (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Ja!*) – Da ich anscheinend vom Staatsanwalt verdächtigt wurde – irgendwelche Informationen –, wurde in meiner Abwesenheit mein Laptop in die Interne Revision gebracht, dort untersucht, alle Daten wurden heruntergeladen, und dann habe ich ihn irgendwann wieder bekommen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Ohne irgendwelche Ausführungen?

**Michael Kolek:** Nein, ich bin nur von der Internen Revision, also eigentlich von der Polizei, die mich dann einvernommen hat, darüber informiert worden, dass bei mir im Büro Dinge sichergestellt wurden.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Waren auf Ihrem Gerät Hocegger-Papiere, Positionen von diversen Leuten, Reichhold, Gorbach, Schieszler, Fischer, Serentschy?

**Michael Kolek:** Ob die auf meinem Rechner waren? (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Ja!*) – Nein.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Angeblich, laut Unterlagen ...

**Michael Kolek:** Waren sie drauf? Ich kenne diese Unterlagen nicht. Also wenn die irgendwer hat, dann bitte mir vorzulegen. Ich habe bis heute keine gesehen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Okay. Eine ganz andere Frage in diesem Zusammenhang, oder nicht in diesem Zusammenhang: Sie waren ja als Betriebsrat auch im Aufsichtsrat. Dort sollten normalerweise auch Punkte wie Zutrittsberechtigungen zur Sprache kommen, und zwar dann, wenn sie permanente Zutrittsberechtigungen für beispielsweise Nicht-Telekom-Mitarbeiter betreffen.

Können Sie dazu etwas sagen?

**Michael Kolek:** In meiner Zeit war das nie ein Thema im Aufsichtsrat. Es sind auch andere Stellen im Unternehmen, die sich darum kümmern. Ich glaube nicht ... – Also in meiner Zeit hat es nie ein Thema gegeben, über irgendwelche Zutrittskontrollen für irgendwelche Nicht-Mitarbeiter.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Auch in der Funktion als Betriebsrat? Datensicherheit und Ähnliches – ist darüber nicht gesprochen worden?

**Michael Kolek:** Kein Thema. Es gibt einen geregelten Prozess darüber.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen zur zweiten Fragerunde.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Die Ladung war, wie Kollege Pilz schon gesagt hat, von den Regierungsfractionen verlangt. Aber es hat sich jetzt in einem Nebenthema ein spannender Aspekt herausgestellt, zu dem ich Sie kurz etwas fragen möchte.

Sie haben erläutert, dass Sie Betriebsrat bei der Telekom waren. Sie haben jetzt aber insofern keine Werbung für die Telekom gemacht, als Sie gesagt haben, Sie telefonieren immer nur sehr, sehr kurz. Mir geht es jetzt aber nicht um die Telekom-Entgelte – die dadurch sinken, denn je kürzer man telefoniert, desto weniger zahlt man an die Telekom –, sondern: Sie haben das damit begründet, dass immer wieder zu Tage getreten ist, dass Informationen aus Betriebsratskreisen hinausgesickert sind, die via Telefon ausgetauscht wurden.

Können Sie da einige Beispiele nennen? Beziehungsweise: Wie erklären Sie sich, dass da offensichtlich Informationen aus Telefongesprächen an dritte Personen weitergehen, die nicht Teil dieses Telefonkontaktes waren?

**Michael Kolek:** Also erklären kann ich es nicht, weil ich nicht weiß, wie es funktioniert. Wir haben uns auch keine Gedanken darüber gemacht, sondern wir haben versucht, Lösungen zu finden und haben dann mit Prepaid-Karten telefoniert. (*Abg. Petzner: Womit?*) – Mit Prepaid-Karten, mit Wertkartentelefonen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Hat diese Erkenntnis, dass immer wieder Informationen aus Telefongesprächen an dritte Personen gegangen sind, nur Betriebsräte betroffen?

**Michael Kolek:** Meiner Wahrnehmung nach war es so. Ich kann nicht für alle reden; ich kann nur meine Wahrnehmung hernehmen. Für mich – möglicherweise habe ich da ein bisschen einen Verfolgungswahn – war es aus vielen Dingen heraus so, und ich beziehungsweise wir haben dann über Prepaid-Karten telefoniert.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das kann dann nur eines bedeuten, wenn Sie sagen, aus Ihrer Wahrnehmung heraus war das so; wenn Sie sagen, das war ausschließlich bei Betriebsräten so. Es hat nur ein Einziger die Möglichkeit, Telefongespräche zwischen A und B nachzuverfolgen und die Inhalte festzuhalten beziehungsweise zu überwachen beziehungsweise auszuwerten, nämlich das Telekom-Unternehmen selbst, denn dieses zeichnet die Daten auf. Das heißt, Sie stellen damit in den Raum, dass die Telekom selbst die Telefon- oder Handyanschlüsse ihrer Betriebsräte überwacht hat – ich formuliere das einmal sehr, sehr vorsichtig. Das ist ein sehr schwerer Vorwurf.

Kann man diesen Vorwurf so stellen?, frage ich Sie jetzt, weil Sie ja gesagt haben, Sie können sich nicht erklären, wie das passieren kann. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder es wurde von einer öffentlichen Einrichtung des Innenministeriums oder des Justizministeriums eine Überwachung durchgeführt. Dafür braucht es einen Gerichtsbeschluss für eine Telefonüberwachung, so etwas gibt es. Ich gehe nicht davon aus und es liegt auch in den Akten nichts vor über Überwachungen von Betriebsräten durch Behörden. Es gibt andere Telefonüberwachungen, aber nicht solche von Betriebsräten.

Dann bleibt nur mehr die zweite Möglichkeit, dass nämlich die Telekom bei den eigenen Betriebsräten die Handys abgehört hat.

Können Sie ausschließen, dass das stattgefunden hat? Oder was können Sie dazu sagen?

**Michael Kolek:** Da kann ich gar nichts. Ich habe meine Wahrnehmung für mich als Person. Ob das wer immer ... – Es gibt es keine Wahrnehmung von mir dazu.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dann wiederholen Sie Ihre konkrete Wahrnehmung an einem Fall! Vielleicht können Sie einen konkreten Fall dazu ausführen, damit wir das alle verstehen, aus Ihrer Wahrnehmung heraus, was Ihnen persönlich passiert ist.

**Michael Kolek:** Aus der langen Zeit, wo das her ist, jetzt Dinge als Fall darzustellen ... – Entschuldigung, ich kann mich an Dinge nicht im Detail erinnern. Es war aber generell so, dass wir – die Zeiten im Unternehmen waren ja nicht sehr einfach – ganz einfach aufgehört haben, miteinander zu telefonieren, sondern die Gespräche nur mehr miteinander persönlich geführt haben. Ich habe niemandem unterstellt, dass er mich abgehört hat. Das ist meine persönliche Wahrnehmung zu den Dingen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe Sie deswegen mehrfach dazu gefragt. Sie haben jetzt schon zwei- oder dreimal ausgeführt, dass es Ihnen nicht erklärlich ist – wenn ich das falsch zusammenfasse, bitte ich, es zu sagen –, dass nach Gesprächen, die Betriebsrat A und Betriebsrat B am Telefon miteinander geführt haben, die Person C, wie auch immer, plötzlich Informationen über dieses Telefongespräch hat. Da liegt für mich natürlich ganz klar die Interpretation auf der Hand, dass irgendwer diese Information durch eine Überwachungsmaßnahme oder was auch immer bekommen hat, nämlich diese Person C.

Bleiben Sie dabei, dass es Telefongespräche gegeben hat, wo dritte Personen, die nicht über den Inhalt dieser Telefongespräche informiert waren, dennoch Informationen aus diesen Gesprächen erhalten haben; wobei Sie sich nicht erklären können, woher diese Informationen stammen? Sie haben das jetzt auf mehrfaches Befragen hin so ausgeführt. Daher stelle ich noch einmal die grundsätzliche Frage, ob Sie bei diesen Angaben bleiben. Die Interpretationssache daraus, das ist dann unsere Sache.

**Michael Kolek:** Ich kann nur noch einmal wiederholen, dass das mein persönliches Gefühl ist und ich mit einigen Kollegen das Gefühl hatte, dass das so ist – keine Verdächtigungen aussprechend. Wir haben nur darauf reagiert. Es sind auch Papiere von uns weggegangen ... – Aber die können intern passiert sein.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das halte ich schon für einen sehr, sehr wichtigen Sachverhalt. Ich fasse zusammen und komme schon zum Schluss:

Wir haben hier einen ehemaligen Mitarbeiter der Telekom, einen Betriebsrat der Telekom, der selber von sich sagt: Ich rede am Handy nur ganz, ganz kurz mit meinem Betriebsratskollegen, weil wir schon erlebt haben, dass Informationen aus Telefongesprächen an dritte Personen gelangt sind!

Das ist meiner Meinung nach von ganz massiver Relevanz. Das werden wir uns noch genau anschauen müssen, nämlich wie in der Telekom intern die Praxis dazu ist und ob es stimmt – das ist jetzt nur eine Vermutung von mir –, dass die Telekom offensichtlich die Handys der eigenen Mitarbeiter und Betriebsräte überwacht und daraus Informationen für sich verwertet hat, sogar Handys von Betriebsräten.

Das wollte ich nur noch am Schluss festgehalten haben. Das halte ich wirklich für eine unglaubliche Erkenntnis. Ich habe dazu keine weiteren Fragen. (*Michael Kolek: Darf ich noch etwas klarstellen?*)

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich glaube nicht, dass Herr Kolek das in dieser Form dargelegt hat. (*Obfrau Dr. Moser: Er möchte dazu noch etwas sagen!*) Ich würde Herrn Kollegen Kolek ersuchen, seine Wahrnehmung noch einmal deutlich zu machen, um in der Öffentlichkeit und auch hier klarzustellen, dass diese konkrete Annahme, die von Petzner getroffen worden ist, **nicht** der Wahrheit entspricht. – Bitte.



**Michael Kolek:** Ich möchte das auch klar wiederholen: Das ist das, was ich für mich persönlich empfunden habe in dieser Zeit. Ich habe damit niemanden ... – Denn wenn es so gewesen wäre, hätte ich alle damit konfrontiert. Das ist eine Maßnahme, wo ich nicht sage, dass die passiert ist. Ich kann sie weder belegen noch sonst etwas, und ich würde nur Dinge behaupten, die ich auch belegen kann. Und so habe ich das auch nie gesagt.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich bedanke mich für die Klarstellung, weise aber darauf hin, dass Kollege Amon zu Recht ein Problem angesprochen hat, mit dem Telekom-Unternehmen europaweit konfrontiert sind.

Ich verweise ausdrücklich auf die Bespitzelungsmaßnahmen bei der Deutschen Telekom, wo Betriebsräte, Mitarbeiter, aber auch betriebsfremde Personen belauscht und abgehört worden sind. Da kam es auch zu den entsprechenden Strafverfahren.

Ich verweise auf die Datenschutzverfahren in Deutschland, die die Deutschen Bundesbahnen betreffen, wo es ebenfalls ähnliche Entwicklungen gegeben hat.

Es wird eines deutlich, werte Kolleginnen, werte Kollegen: dass es in Österreich, aber auch in Europa ein Defizit gibt, was die datenschutzrechtliche Kontrolle in den **Betrieben** betrifft.

Daher eine konkrete Frage an Sie: Gibt es oder gab es bei der Telekom einen Datenschutzbeauftragten mit Rechten, der auch eigene Leute kontrollieren konnte und der vom Betriebsrat mitbestimmt wurde?

**Michael Kolek:** Es gibt in der Telekom einen Datenschutzbeirat, der vom Unternehmen und von Betriebsräten begleitet wird, also eigentlich besetzt ist, und der einen Datenschutzbericht jährlich, glaube ich, an ich weiß jetzt nicht welches Ministerium schickt – über alle Vorgänge, die bekannt sind.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Das zeigt das Defizit in Europa auf das, was benötigt wird, und wir diskutieren ja zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union, dass in Unternehmen Datenschutzbeauftragte, und zwar unabhängige Datenschutzbeauftragte, eingesetzt werden können, die entsprechende Kontrollmaßnahmen setzen können.

Die Rechtslage ist auch in Österreich klar: Derartige Bespitzelungen, wie sie der Kollege Amon abgefragt hat, sind natürlich rechtlich unzulässig, es sei denn, es gibt eine Betriebsvereinbarung.

Ich möchte auch als Vorsitzender des österreichischen Datenschutzrates auf die Bestimmungen des neuen Datenschutzgesetzes verweisen, wo ausdrücklich ein **Verbot** der Überwachung von Mitarbeitern mittels Videoaufnahmen vorgesehen ist.

Was derzeit noch abgeht, ist ein unabhängiger Datenschutzbeauftragter.

Für mich waren die Fragen vom Kollegen Amon und die Diskussion, wenn Sie wollen, Erkenntnis und Bestätigung, dass wir in Europa und in Österreich einen unabhängigen Datenschutzbeauftragten in den Betrieben benötigen, und zwar insbesondere in Betrieben wie der Telekom.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung):** Ich möchte nur gleich im Anschluss folgende Klarstellung treffen: Ich habe der Auskunftsperson gar nichts unterstellt, sondern ich habe ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) – Nein! Dann erkläre ich es noch einmal, Kollege Jarolim.

Es ist ohnehin alles im Protokoll, mehrfach protokolliert, wir werden genau nachlesen können, was die Auskunftsperson gesagt hat, nämlich dass man mehr mit Wertkartenhandys telefoniert hat, weil man eigenartige Erfahrungen gemacht hat. Ich habe dazu Fragen gestellt und bin dann für mich zur Interpretation gekommen, dass ich mir das nur so erklären kann: entweder es hat eine Überwachungsmaßnahme gegeben durch kriminalpolizeiliche Behörden – das ist nicht der Fall, wir haben dazu nichts in den Akten –, und dann war meine Interpretation, das habe ich bewusst gesagt, ich interpretiere das dann so, dass dann nur mehr einer übrig bleibt, nämlich die Telekom selbst.

Das heißt, ich habe das für mich interpretiert und habe das **nicht** der Auskunftsperson unterstellt. Aber ich treffe auf Basis Ihrer Aussagen diese Vermutung, und wir werden dem auch nachgehen.

Aber ich bleibe bei dieser Vermutung, das möchte ich auch gesagt haben, ausdrücklich.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Also ich habe das richtig verstanden, Sie wollen dem Unternehmen und auch sonst niemandem etwas unterstellen, sondern das ist einfach Ihre Wahrnehmung, die Sie haben. (*Michael Kolek: Genau!*)

Darf ich nur fragen: Es gibt ein SMS in den Akten, das Sie an den Herrn Rudolf Fischer schicken, da heißt es:

Hallo Rudi, ich hoffe, es geht dir gut. Wie schaut es aus mit einem Treffen? Terminvorschlag besser per SMS, du weißt sicher, warum. Liebe Grüße Michael. – Ist das so ein SMS, das Bezug nimmt auf diese Sorge?

**Michael Kolek:** Auf meine persönliche. (*Abg. Amon: Ja!*) Ja.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Okay, dann verstehe ich das.

Wissen Sie eigentlich, ob es technisch einfacher ist, Telefonate abzuhören oder SMS rückzuverfolgen? (*Michael Kolek: Keine Ahnung!*) – Okay.

Dann habe ich noch eine letzte Frage beziehungsweise einen letzten Vorhalt.

Frau Gertrude Kolek, ist Ihnen die bekannt?

**Michael Kolek:** Das ist meine Gattin, ja.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Ich halte Ihnen vor ein E-Mail von Gertrude Kolek an Sie vom 21. September 2010. Inhalt des E-Mails:

Danke, mein Herr. Kannst du mir noch einen Gefallen machen, ich bräuchte zu einer Telefonnummer einen Namen, könntest du den ausforschen lassen? Kann das über Google leider nicht herausfinden. – Dann steht die Telefonnummer da, die ich aus Datenschutzgründen nicht zitiere.

Und weiter: Bitte unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Dicker Kuss, Gabi.

Kommt das öfter vor, dass innerhalb der Telekom für andere Namen ausgeforscht werden?

**Michael Kolek:** Nein, das kommt nicht öfter vor, und es hat auch da nichts von meiner Seite gegeben, weil ich das ja überhaupt nicht kann. Ich kann das auch als Betriebsrat, in meiner Funktion damals konnte ich – und ich wüsste nicht einmal, wohin ich gehen sollte, um eine Nummer herauszubekommen.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Verstehe. Das heißt, es hat natürlich auch keine Konsequenzen gegeben, weil ja, das ist nämlich beim Akt ...

**Michael Kolek:** Ich habe mich nicht einmal erkundigt, weil ich es nicht kann. Ich wüsste nicht einmal, wen ich fragen sollte.

\*\*\*\*\*

Da es keine weiteren Fragen gibt, dankt **Obfrau Dr. Moser** der Auskunftsperson Michael Kolek und verabschiedet diese.

Sodann erklärt die Obfrau die Sitzung für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 18.07 Uhr

## ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 10. Mai 2012 als zulässig beschlossen:

**Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Ernst STRASSER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 15.Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 14. März 2012**

1. Auf Seite 36 von 131, 2. Absatz (= zehntletzter Absatz) muss es statt "Nach meinem Wissen habe ich von der **GVS** die Karten bekommen."  
richtig "Nach meinem Wissen habe ich von der **G4S** die Karten bekommen."  
lauten.